# Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

## Soziale Bewegungen



**AUFBRUCH AM ABGRUND?** 

Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise

schwerpunkt 10. Forum Bürgergesellschaft



Inhalt 1

#### **EDITORIAL**

3 Aufbruch am Abgrund - Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise

#### AKTUELLE ANALYSEN

- 9 Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik: Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung
- 17 Thomas Leif Nachruf: Andreas Buro (1928-2016). Wirkmächtigster Protest-Organisator und unermüdlicher Theoretiker der Friedens-

#### **THEMENSCHWERPUNKT**

bewegung

- 20 Jochen Roose Was lernt die Bewegungsforschung aus der Eurozonen-Krise?
- 28 Manlio Cinalli/Marco Giugni Öffentliche Reaktionen auf die große Rezession im europäischen Vergleich
- 39 Jochen Roose/Franziska Scholl/Moritz Sommer Schuldenkrise und Schuldfragen. Verantwortungszuschreibungen zwischen Deutschland und Griechenland in der Furozonen-Krise
- 50 Maria Kousis/Stefania Kalogeraki/Marina Papadaki/Angelos Loukakis/Maria Velonaki Alternative Formen von Resilienz in Griechenland
- 61 Hara Kouki/Joseba Fernandez Syriza, Podemos und die Anti-Austeritäts-Mobilisierungen: Bewegungen und Parteien in Zeiten der Krise

71 Ivan Molina Allende Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien: Eine soziale Bewegung in Zeiten politischer Unsicherheit

- 76 Aaron Bruckmiller/Franziska Scholl Blockupy - Ziviler Ungehorsam als Solidarität
- **82** *Ulrike Guérot* Europas "Bewegungslandschaft"

#### SONDERSCHWERPUNKT

- 94 Tobias Quednau/Nina Leseberg
  Mehr Selbstbewusstsein Voraussetzungen
  für eine starke Zivilgesellschaft
- 97 Ansgar Klein
   Engagement-Koproduktionen im Welfare
   Mix Herausforderungen, Voraussetzungen, Perspektiven
- 104 Rupert Graf Strachwitz Zusammenarbeit Staat - Markt - Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich

#### 108 Heiko Geue

Für eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Staat und Zivilgesellschaft brauchen sich bei der Bewältigung zukünftiger, gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen

#### **114** Reinhard Lang

Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wirtschaft: Gelingensbedingungen einer strategischen Engagementförderung vor Ort

#### **PULSSCHLAG**

119 Regina Schröter

Proteste gegen Groß- und Infrastrukturprojekte - ein Vergleich 2 | Inhalt

123 Priska Daphi/Sebastian Haunss/Moritz Sommer/Wolfgang Stuppert/Simon Teune/Sabrina Zajak

Größtenteils links und protesterfahren

- Befragung der Teilnehmenden der
TTIP-Demonstration in Berlin

**128** Sabrina Hosono Strafverfahren gegen Rechtsterrorismus

 130 Priska Daphi/Roland Roth/Dieter Rucht/ Simon Teune/Sabrina Zajak
 Unabhängig und universitätsübergreifend
 das Institut für Protest- und Bewegungsforschung

#### **TREIBGUT**

132 Materialien, Notizen, Hinweise

#### **LITERATUR**

143 Johannes Kiess

Von der Krise des Neoliberalismus zu einer neuen Dynamik sozialer Bewegungen?

145 Matthias Freise

Im Schraubstock der Austeritätspolitik. Zivilgesellschaft und Schuldenkrise in Griechenland 145 Ludger Klein

Frei.Wild - Zum Abschuss frei gegeben?

151 Matthias Freise

Zwischen Krisenreaktion und Spaßmobilisierung. Werte, politische Kultur und Protest im Fokus der empirischen Kultursoziologie

153 Stephanie Schmoliner
Marx mit Marx verstehen

155 Tobias Quednau Transparenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit

157 ABSTRACTS

167 IMPRESSUM

#### **FJSBPLUS**

Karin Scherschel

Flucht, Gender, Menschenrechte. Neue Herausforderungen für die Soziale Arbeit

Hannah Cornelsen

Wer sind "die" Freihandelsgegner? Zur Collective Identity zivilgesellschaftlicher Organisationen der Anti-TTIP Bewegung

Alle Artikel der Rubrik FJSBplus sind frei zugänglich unter www.forschungsjournal.de

## Aufbruch am Abgrund?

## Europas Bewegungslandschaft in der Eurozonen-Krise

Europa ist in Bewegung und das in viele Richtungen. Derzeit hält das Flüchtlingsthema ganz Europa in Atem. Rechtspopulistische Bewegungen fordern Grenzzäune und nationale Abschottung. Da kann die Wirtschafts- und Finanzkrise schon in Vergessenheit geraten. Doch auch sieben Jahre nach der Pleite der Bank Lehman Brothers und fünf Jahre nach dem ersten Rettungspakt für ein EU-Land (Irland) ist die Wirtschafts-, Finanz- und Staatsschuldenkrise in der Eurozone keineswegs Geschichte. Die drohenden Staatspleiten im Süden Europas und die darauf folgenden drastischen Kürzungen der Staatsausgaben und wirtschaftliche Rezession haben die Gesellschaften der Krisenländer und das europäische Projekt insgesamt in eine tiefe Krise gestürzt. Dabei wurde weit mehr erschüttert als das Rentenniveau oder die Arbeitslosigkeitsquote. Vertrauen in die Leistungsund Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten und der EU ging verloren; auch das Vertrauen in die repräsentative Demokratie wurde erschüttert. Lebensperspektiven brachen in sich zusammen. Das Versprechen stetig steigender Lebensbedingungen blieb für diese "verlorene Generation" auf der Strecke.

Diese einschneidenden Entwicklungen veränderten die Gesellschaften auf grundlegende Art und Weise. Die Folge ist aber nicht nur ein Zusammenbruch, sondern gleichsam ein Aufbruch. Menschen gestalten ihr Leben und ihre Welt im Angesicht der fundamentalen Änderungen neu und dies lässt sich auch in den südeuropäischen Krisenländern beobachten. Beobachtbar ist eine Vitalisierung und Veränderung der Bewegungslandschaft und Zivilgesellschaft. Dieser Wandel steht im Fokus des Themenheftes.

Die Krisenpolitiken haben vielfältigen Widerspruch und Widerstand hervorgerufen. In mehreren südeuropäischen Ländern hat die Protestdynamik deutlich zu- oder wieder Aufschwung genommen (Baumgarten 2013, della Porta 2015, Diani/Kousis 2014, Psimittis 2011).

Wir beobachten eine neue Protestwelle. Die unmittelbare Protestaktivität gegen die Krisenpolitik der nationalen und europäischen Eliten hat mittlerweile abgenommen, und es stellt sich unmittelbar die Frage: Was ist neu an diesen Bewegungen und was wird von ihnen bleiben? Der oberflächliche Blick mag nahelegen: nicht viel. Vor allem nicht viel mehr als vorher bereits da war, in linken oder links-autonomen Szenen oder im Rahmen der Global Justice Bewegung. Eine gesicherte Antwort wird noch auf sich warten lassen, doch die Geschichte anderer Bewegungen könnte uns zu einer anderen Vermutung führen: Vermutlich wurde in den Mobilisierungen der letzten Jahre der Grundstein für eine neue Bewegung gelegt, die auch langfristig Bestand hat. Und diese Bewegung, vielleicht auch nur die bereits wieder abgeebbte Protestwelle, hat eine Reihe von Spezifika, die es genauer zu beleuchten gilt.

Die Krise ist in ihrer Entstehung und vermutlich mehr noch in ihrer Bearbeitung eng an die EU und insbesondere die Eurozone gebunden.1 Damit haben auch die Bewegungen, die sich mit dieser Politik und ihren Folgen beschäftigen, zumindest thematisch einen europäischen Charakter, so wie die Bewegungen zu Klima und Global Justice thematisch einen globalen Charakter haben. Die europäische Dimension geht aber deutlich darüber hinaus. Die neu entstandene Bewegung scheint sich als eine europäische zu verstehen. Dies gilt für das Mobilisierungsnetzwerk und das Problemverständnis, das Framing. Zumindest dem Anspruch nach stellen sich viele Mobilisierungen in einen europäischen oder südeuropäischen Zusammenhang und greifen damit über die nationalstaatlichen Grenzen. Ansätze zu einem solchen Anspruch gab es auch bei früheren Bewegungen und die faktische Einlösung dieses Anspruchs ist vermutlich auch heute noch beschränkt, doch die Idee einer europäischen Bewegungsvernetzung scheint eine neue Stufe erreicht zu haben. Das Framing der Bewegung hat eine starke europäische Komponente. Die Problemverursachung wird in einem europäischen Zusammenhang gesehen. Es gab wohl bisher keine Bewegung, die sich in dieser Reich4 | Editorial

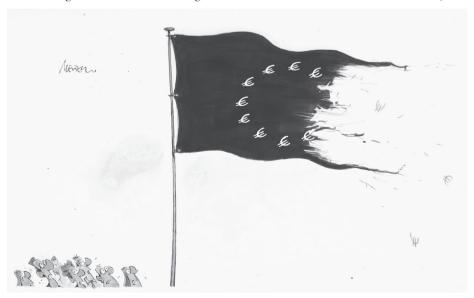
weite ihrer Vernetzung und Unmittelbarkeit des Framings auf europäische Politik bezogen hat.

Noch in einer weiteren Hinsicht ist die Mobilisierungswellle thematisch bemerkenswert: Sie verbindet die Kritik an der Austeritätspolitik und ihren Folgen mit der Forderung nach einer Revitalisierung der Demokratie durch die Stärkung partizipativer Elemente und Responsivität. Dass die Einschränkungen staatlicher Leistungen bis hin zu massivsten Einschränkungen wohlfahrtsstaatlicher Infrastruktur Proteste hervorrufen, mag nicht sonderlich überraschen. Dabei sollten wir aber nicht die fundamentale Wende übersehen, die eine so drastische Rückkehr sozio-ökonomischer Protestthemen bedeutet. Gewiss waren diese Themen nie vollständig verschwunden: Auch die Hartz IV-Proteste in Deutschland (Lahusen/Baumgarten 2010, Rucht/Yang 2004) waren große Sozialproteste. Mit der Bewegungswelle in Südeuropa nehmen sozio-ökonomische Themen als Gegenstand sozialer Bewegungen aber eine neue Dimension an. Während es lange Zeit als ausgemacht schien, dass postmaterialistische Themen materialistische Fragen verdrängt haben (Inglehart 1977), sind diese nun zurück auf der Protestagenda.

Andererseits sind auch typisch postmaterielle Fragen nicht von dieser Agenda

verschwunden. Wir erleben eben nicht mal Krisenproteste und mal Wohlstandsproteste, wie Kerbo (1982) es vermutet hatte. Vielmehr vereinigt die Protestwelle beide Themenfelder. Insbesondere Fragen von Demokratie und Beteiligung sind prominent (della Porta 2015, Diani/Kousis 2014). Die klassisch postmaterielle Partizipationsfrage wird direkt mit den Protesten gegen Austerität verbunden. Damit sperrt sich die Protestwelle gegen eine einfache Einordnung als entweder materialistisch oder postmaterialistisch.

Die Protestwelle in den südeuropäischen Ländern ist in einem weiteren Punkt bemerkenswert. Sie ist zumindest zum Teil nicht auf der Straße und den Plätzen geblieben, sondern gewissermaßen in Parlamente und im Falle von Svriza sogar in die Regierung geschwappt, Gewiss, Parteigründungen aus Bewegungen heraus hat es schon zuvor gegeben. Die grünen Parteien in Europa sind ein Zeugnis davon, genauso wie die Arbeiterparteien und historisch noch weiter zurück gilt dies auch für religiöse oder liberale Parteien (Rokkan 2000). Und doch ist ein solcher Prozess immer unwahrscheinlich, weil er einen Wechsel der politischen Grundlogik bedeutet. Rucht (1993) hatte idealtypisch Bewegungen, die mit dem Mittel des Protestes Einfluss ausüben wollen, von



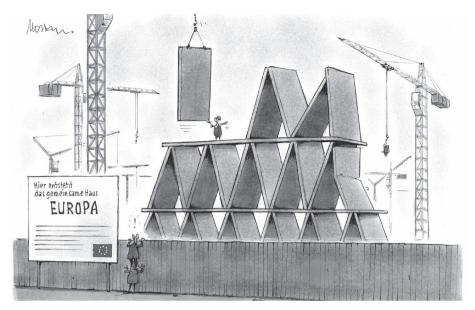
Parteien, die durch die Besetzung politischer Ämter Macht anstreben, voneinander getrennt und damit die unterschiedlichen Selbstverständnisse und strukturellen Anforderungen auf den Punkt gebracht. Ein Wechsel zwischen diesen Grundlogiken ist ein spannungsreicher und bemerkenswerter Prozess, weil er einen Wandel im Grundverständnis erfordert.

Schließlich verdient ein letzter Aspekt der Bewegungslandschaft in den südeuropäischen Krisenländern unsere Aufmerksamkeit. Neben der politischen Mobilisierung, die sich an Institutionen unterschiedlicher Art und Ebene wendet, vor allem politische, aber auch wirtschaftspolitische oder wirtschaftliche Institutionen, finden wir einen anderen, parallelen Arm dieser Bewegung. Gemeint sind die vielfältigen Aktivitäten, Initiativen, Aktionen, die sich auf die Lebensbewältigung richten und selbstständig Leistungen der Wohlfahrtspflege bereitstellen, die der Staat nicht länger gewährleisten kann oder will. Dies geschieht unabhängig oder in Kooperation mit öffentlichen Stellen, als lockeres Netzwerk, Initiative, Genossenschaft oder in sonstiger Form. Betriebe werden von der Belegschaft übernommen, Krankenhäuser oder Apotheken mit Freiwilligen betrieben, Suppenküchen und Tauschbörsen organisieren Umverteilung oder Armenhilfe, die es von staatlicher Seite nicht gibt. Hier entwickelt sich, so hat es den Anschein, eine breiter aufgestellte und leistungsfähigere Zivilgesellschaft insbesondere in Ländern, deren Zivilgesellschaft bislang als vergleichsweise schwach eingeschätzt wurde. Der Begriff Resilienz beschreibt diese Fähigkeit von Gesellschaften, sich auch unter widrigen Bedingungen selbst zu helfen und Soziales zu stabilisieren, auch wenn zentrale Anker sozialer Ordnung wegbrechen.

All diese Diagnosen stehen auf tönernen Füßen. Wir sind erst dabei, die Entwicklungen gründlicher zu untersuchen, uns einen Überblick zu verschaffen. Vor allem erfahrene Bewegungsforscher\_innen<sup>2</sup> werden zudem bei der einen oder anderen Beobachtung einwerfen wollen: "Das gab es alles schon." Ohne Zweifel ist dies richtig, vieles haben wir schon in anderen Fällen

in ähnlicher Weise gesehen. Dennoch sollten wir unseren Blick schärfen für das Ungewöhnliche dieser Protest- und Bewegungswelle und die damit implizierten Veränderungen nicht aus dem Blick verlieren. Wir erleben - mindestens möglicherweise - eine Verschiebung des Blicks auf Europa und die EU in einem breiten Bewegungsspektrum. Wir sehen die Entstehung von umfassender Eigeninitiative, die mit unserer bisherigen Vorstellung von punktueller Selbsthilfe in ansonsten bestehenden, stabilen Strukturen nur wenig gemein hat und deshalb mit Resilienz vielleicht besser beschrieben ist. Wir werden zudem in eine Diskussion gestoßen, wie Bürger\_innenschaft und soziale Rechte in Europa verstanden werden sollen (Gerhards/Lengfeld 2013), welche Umverteilungsverpflichtungen in Europa von wem erstritten oder wem zugestanden werden (vgl. dazu auch das kommende Heft 2 des Forschungsjournals Soziale Bewegungen in diesem Jahr). Nicht zuletzt sollten wir beobachten, wie sich die politische Landschaft und das Machtgefüge in Europa verschoben haben und weiter verschieben. Die Protestmobilisierungen und Bewegungen werden dabei ein Einflussfaktor sein und vermutlich auch bleiben. Es gibt also viel zu tun, das Feld neu zu vermessen, um sich einem Verständnis des sich ändernden Europas anzunähern. Das vorliegende Themenheft ist ein Schritt in diese Richtung.

Neben den hier aufgeworfenen empirischen Fragen kann eine derartige neue Bewegungswelle Ausgangspunkt sein, um auch die Theorien und Perspektiven der Bewegungsforschung zu überdenken und neu zu justieren. In seinem Eingangsbeitrag diskutiert Jochen Roose die Folgen der neueren Protestwelle für die Bewegungsforschung. Insbesondere die Frage nach der Rolle von Deprivation zur Erklärung von sozialen Bewegungen stellt sich mit den Protesten gegen Austerität neu. Die sozialstrukturelle Zusammensetzung von Protestierenden einerseits und die theoretische Rolle der politischen Ökonomie andererseits stehen damit in unmittelbarem Zusammenhang. Der regionale Fokus auf südeuropäische Länder und die systematische Beachtung von selbstorganisierter gesellschaftlicher Resilienz 6 | Editorial



als Teil der Bewegung sind weitere Themen, die für die Bewegungsforschung eine Akzentverschiebung bedeuten.

Die politische Debatte über die Eurozonen-Krise analysieren zwei Beiträge aus unterschiedlichen Perspektiven. Manlio Cinalli und Marco Giugni präsentieren erste Ergebnisse einer Claim-Analyse des europäischen Projekts "Living With Hard Times" (LIVEWHAT). Sie vergleichen für neun EU-Länder zwischen solchen, die stark, mittel oder wenig von der Krise betroffen sind und zeigen unter anderem, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure vor allem in den stärker von der Krise betroffenen Ländern rege an der öffentlichen Krisendebatte beteiligen. Jochen Roose, Franziska Scholl und Moritz Sommer wählen einen etwas anderen Zugang mit der Untersuchung von öffentlicher Verantwortungszuschreibung in einem deutsch-griechischen Vergleich. Dabei sind die öffentlichen Bezugnahmen dieser beiden in der Krise so prominenten Länder aufeinander überraschend selten. Die Regierungen schreiben sich keineswegs dominant Schuld zu; die Verantwortungszuschreibungen zwischen den Regierungen sind positiver und konstruktiver als es die prominent diskutierten gegenseitigen Beschimpfungen vermuten lassen.

Maria Kousis et al. beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit eben jenen Initiativen, die oben unter dem Begriff der Resilienz kategorisiert wurden. Sie schlagen ein Instrument zur Erhebung und Erforschung der Resilienzstrukturen vor und stellen dann am konkreten Beispiel zweier Städte im Norden Kretas die Bedeutung solcher Netzwerke heraus. Inwieweit selbstorganisierte Hilfe dauerhaft staatliche Strukturen ersetzen vermag und ob sie der Beginn gelebter Alternative zum bisherigen System ist, bedarf intensiver Forschung in den kommenden Jahren.

Drei weitere Beiträge widmen sich konkreten Akteuren in der Auseinandersetzung um die Eurozonen-Krise.

Hara Kouki und Joseba Fernandez vergleichen zwei bewegungsnahe Parteien: die griechische Syriza und die spanische Podemos. Trotz der augenscheinlichen Ähnlichkeiten beide verdanken ihre Erfolge den jeweiligen Krisenbewegungen und beide berufen sich auf eine gesellschaftliche Mehrheit von der sich die politischen Eliten entfernt haben – gibt es doch beträchtliche Unterschiede, unter anderem in der Organisationsstruktur. Podemos scheint dem partizipativen Ideal der Krisenbewegungen deutlich näher zu kommen als Syriza, deren py-

ramidenähnliche Struktur eher an die Tradition der eurokommunistischen Parteien anknüpft.

Die Bedeutung von Podemos in Spanien ist eng mit den Krisenbewegungen des Landes verknüpft. Ein zentrales Thema dieser breiten Bewegung ist die Immobilienkrise und die Unterstützung der von Zwangsversteigerung Bedrohten, die ihre Hypotheken nicht mehr bedienen können. Ivan Molina Allende beschreibt das Selbstverständnis der spanischen Plattform gegen Zwangsräumungen (PAH) und skizziert die Herausforderungen und Chancen für diesen neuen Akteur in einer sich im Umbruch befindenden politischen Landschaft, Aaron Bruckmiller und Franziska Scholl verlassen die Perspektive der südeuropäischen Länder: Sie stellen die Arbeit des Blockupy-Netzwerkes vor und diskutieren seine Perspektiven. Nach den großen Protesten gegen die Europäische Zentralbank, die viel Medienresonanz auf sich zogen, folgte eine Phase der Ernüchterung und Re-Orientierung, Nach Meinung der Autor innen gilt es, die Erfahrungen der Kooperation linker Akteure zu nutzen und Blockupy zu einem "organisierten Lager der optimistischen Unzufriedenheit" zu machen.

Abschließend stellt *Ulrike Guérot* dem positiven Blick auf den Aufbruch der europäischen Bewegungslandschaft eine nüchterne Perspektive gegenüber. Bewusst provokativ argumentiert sie gegen die euphorische Hoffnung, die mit zivilgesellschaftlicher "Politik von unten" für Europa oftmals verbunden wird. Auch wenn die multiple Krise in Europa den Ruf nach zivilgesellschaftlicher Partizipation verstärkt und tatsächlich eine Vielzahl von Bewegungen auf den Plan gerufen hat, so attestiert die Autorin diesen Akteuren doch das Fehlen einer adäquaten Antwort auf die fundamentale Systemkrise Europas.

In der Literaturrubrik bespricht *Johannes Kiess* drei aktuelle Publikationen, die sich mit der Krise des Neoliberalismus und der neuen Dynamik sozialer Bewegungen auseinandersetzen.

Der Themenschwerpunkt diskutiert somit eine Reihe unterschiedlicher Aspekte und Akteure der Protestwelle in den südeuropäischen Ländern und darüber hinaus. Er versammelt damit Schlaglichter auf diese Bewegung, die ihre Bezeichnung als Bewegung vielleicht erst noch rechtfertigen muss.

Ergänzt wird das Heft durch eine Aktuelle Analyse und einen Sonderschwerpunkt. In der Aktuellen Analyse beschäftigen sich *Dennis Eversberg* und *Matthias Schmelzer* mit dem Entstehen einer Degrowth-Bewegung, in der sie mehr sehen als eine bloße wachstumskritische Bewegung – sie konstatieren, dass "Degrowth' in der großen Mehrheit für eine herrschaftsund zunehmend auch kapitalismuskritische Transformationsperspektive steht".

Der Sonderschwerpunkt, den Tobias Quednau redaktionell betreut hat, dokumentiert das "Forum Bürgergesellschaft", das dieses Jahr sein zehnjähriges Jubiläum feierte und gut 30 Expert\_innen versammelte. Wie auch in den vergangenen Jahren dokumentiert das Forschungsjournal diese Veranstaltung. Unter dem Titel "Bürgergesellschaft 2020" geht es um das Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft.

Die Rolle des Staates bei der Gestaltung guter Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement steht ebenso im Fokus wie die Vor- und Nachteile so genannter Compacts, mit denen in verschiedenen europäischen Ländern Vereinbarungen über die Zusammenarbeit zwischen den verschieden Sektoren in Bezug auf die Förderung von Engagement und Zivilgesellschaft getroffen werden. Ein weiteres Thema ist die Kooperation zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Dabei wird einerseits kritisch hinterfragt, inwieweit strategische Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Unternehmen möglich und wie verlässlich sie sind. Andererseits wird aufgezeigt, wie derartige Kooperationen in der Praxis gelingen können. Nicht zuletzt geht es das Zusammenspiel zwischen den verschiedenen Akteuren und Sektoren im Welfare-Mix. Zwar sei die stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft vor dem Leitbild einer eigensinnigen Bürger\_innenschaft prinzipiell zu begrüßen. Gleichwohl müsse gefragt werden, inwieweit bestimmte Formen der Zusammenarbeit tatsächlich einen qualitati8 | Editorial

ven Gewinn bedeuteten und nicht schlicht eine Indienstnahme der Zivilgesellschaft darstellen. In fünf Beiträgen geht der Sonderschwerpunkt diesen Fragen nach.

Ergänzend finden sich in der Online-Rubrik FJSB-Plus ein Bericht zum Workshop "Flucht, Gender, Menschenrechte. Neue Herausforderungen für die Soziale Arbeit" von *Karin Scherschel* und *Hannah Cornelsens* Beitrag zur kollektiven Identität der Anti-TTIP-Bewegung. Beide Beiträge sind unter www.forschungsjournal.de/fisb-plus zu finden.

Am 19. Januar 2016 ist Andreas Buro verstorben, der das Forschungsjournal über sein gesamtes Bestehen als Beiratsmitglied begleitet hat. Das Journal dankt Andreas Buro für seine langjährige Unterstützung und widmet ihm einen Nachruf von *Thomas Leif*.

Jochen Roose, *Berlin*, Moritz Sommer, *Berlin* und Franziska Scholl, *Berlin*.

#### Literatur

Baumgarten, Britta 2013: Geração à Rasca and beyond: Mobilizations in Portugal after 12 March 2011. In: Current Sociology, Jg. 61, Heft 4, 457-473.

della Porta, Donatella 2015: Social Movements in Times of Austerity. Bringing Capitalism back into Protest Analysis. Cambridge: Polity Press.

Diani, Mario/Kousis, Maria 2014: The Duality of Claims and Events. The Greek Campaign against Troika's Memoranda and Austerity, 2010-2012. In: Mobilization, Jg. 19, Heft 4, 387-404.

Gerhards, Jürgen/Lengfeld, Holger 2013: Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer VS.

*Illing, Falk* 2013: Die Euro-Krise. Analyse der europäischen Strukturkrise. Wiesbaden: Springer.

*Inglehart, Ronald* 1977: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

*Jones*, *Erik* 2014: The Year the European Crisis Ended. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

*Kerbo*, *Harold R*. 1982: Movements of "Crisis" and Movements of "Affluence". A Critique of Deprivation and Resource Mobilization Theories. In: Journal of Conflict Resolution, Jg. 26, Heft 4, 645-663.

Lahusen, Christian/Baumgarten, Bettina 2010: Das Ende des sozialen Friedens? Politik und Protest in Zeiten der Hartz-Reformen. Frankfurt/M., New York: Campus.

Pisani-Ferry, Jean/Gouardo, Christophe 2014: The Euro Crisis and its Aftermath. Oxford: Oxford University Press.

*Psimittis*, *Michalis* 2011: The Protest Cycle of Spring 2010 in Greece. In: Social Movement Studies, Jg. 10, Heft 2, 191-197.

Rokkan, Stein 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Rucht, Dieter 1993: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 251-275.

Rucht, Dieter/Yang, Mundo 2004: Wer demonstrierte gegen Hartz IV? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 17, Heft 4, 21-27.

Schuppan, Norbert 2013: Die Euro-Krise. Ursachen, Verlauf, makroökonomische und europarechtliche Aspekte und Lösungen. München: Oldenbourg.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Die Publikationen zur Eurozonen-Krise entstehen derzeit in schneller Folge. Vgl. zum Beispiel Illing (2013), Jones (2014), Pisany-Ferry/Gouardo (2014) und Schuppan (2013).
- <sup>2</sup> Im Editorial wurde sich für eine genderplurale Schreibweise mit der sogenannten Gender-Gap, dem Unterstrich, entschieden. Für die übrigen Beiträge wurde keine einheitliche Vorgabe gemacht.

## Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik

## Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung

Dennis Eversberg, Matthias Schmelzer

#### 1 | Einleitung

Wachstumskritik ist *en vogue*. In seiner im Juni 2015 vorgestellten Ökologie-Enzyklika "Laudato Si" hat sich jüngst selbst Papst Franziskus dem Trend angeschlossen, Luxus und Konsum problematisiert und sogar eine wirtschaftliche Schrumpfung in den reichen Ländern gefordert:

"Wenn in einigen Fällen die nachhaltige Entwicklung neue Formen des Wachstums mit sich bringen wird, muss man immerhin in anderen Fällen angesichts des unersättlichen und unverantwortlichen Wachstums, das jahrzehntelang stattgefunden hat, auch daran denken, die Gangart ein wenig zu verlangsamen, indem man einige vernünftige Grenzen setzt und sogar umkehrt, bevor es zu spät ist. Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unvertretbar ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann."1

Was in der deutschen Fassung missverständlich mit "Rezession" übersetzt wurde, lautet im Original "decrescita". Franziskus greift damit direkt auf einen politischen Kampfbegriff zurück, unter dem sich seit gut zehn Jahren, ausgehend von Frankreich ("décroissance"), eine soziale Bewegung entwickelt hat, die mit den Begriffen "degrowth" und "Postwachstum" auch im englisch- und deutschsprachigen Raum Fuß gefasst hat.<sup>2</sup> Auch am anderen Ende der Welt ist das Thema inzwischen angekommen: In einer Rangliste der "Top 10 Grassroots Movements" des australischen "Shift Magazine" nahm Degrowth jüngst den ersten Platz ein.<sup>3</sup> Wer und was steckt dahinter?

Ungeachtet der Beschwörungsformeln der - gerade sozialdemokratischen - politischen Eliten, Europa könne nur mit kräftigem und nachhaltigem Wachstum wieder aus der ökonomischen Krise kommen, zieht dieses Versprechen zunehmend weniger. Viele Menschen bezweifeln, dass die immer weitere Ausweitung und Beschleunigung des wirtschaftlichen Geschehens ein besseres Leben für alle garantieren könne. In einigen südeuropäischen Ländern hat sich schon seit der Jahrtausendwende, und noch zusätzlich verstärkt seit dem Einsetzen der Finanz- und Schuldenkrise, ein Diskussionsstrang etabliert, der die eskalative Fixierung der kapitalistischen Moderne angesichts ihrer zerstörerischen ökologischen und sozialen Folgen grundsätzlich in Frage stellt und unter dem Schlagwort "Degrowth" auch zum Kristallisationspunkt bewegungsförmiger Mobilisierung geworden ist (Latouche 2006; Muraca 2015).

In Deutschland, dem Selbstbild nach wachstumspolitisches Musterland Europas, war hiervon bis vor kurzem wenig zu spüren. Zwar versuchten einzelne Intellektuelle, unter dem Label "Postwachstumsökonomie" oder "Postwachstumsgesellschaft" ähnliche Debatten anzustoßen (Paech 2012; Seidl/Zahrnt 2010). Doch erst in jüngster Zeit treffen diese Vorstöße auch hierzulande auf breiteres Gehör. Zum Kristallisationspunkt der sozialen und politischen Kräfte, die sich um das "Degrowth"oder "Postwachstums"-Label sammeln, wurde die vierte internationale Degrowth-Konferenz im September 2014 in Leipzig (Brand 2014).

Knapp ein Jahr später fand nun als Folgeveranstaltung dazu eine Degrowth-Sommerschule unter dem Motto "Degrowth konkret: Klimagerechtigkeit" im Rahmen des aktionsorientierten rheinländischen Klimacamps statt. Wie das Papst-Zitat verdeutlichen Motto und Rahmen dieser Veranstaltung, dass die hier geübte Problematisierung des Wachstums im Kern nicht nur ökologisch motiviert ist, sondern zugleich auch von der gewachsenen Überzeugung, dass das erreichte Niveau globaler Ungerechtigkeiten nicht länger hingenommen werden kann.

Wachstumskritik als solche ist keineswegs ein neues Phänomen, und sie lässt sich auch politisch nicht per se eindeutig verorten. Argumente wie das oft zitierte Paradox, dass ein auf unendliche Expansion angelegtes ökonomisches System innerhalb eines endlichen Ökosystems nicht dauerhaft existieren könne, sind jenseits aller weltanschaulichen Zuordnungen so breit anschlussfähig, dass die wachstumskritische Grundintuition im Grunde über das gesamte politische Spektrum hinweg artikuliert wird. Das geht von den nicht zuletzt vom ersten Bericht des Club of Rome zu den "Grenzen des Wachstums" (1972) inspirierten Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre über den heute in der ÖDP aufgegangenen wertkonservativen Flügel des "grünen" Spektrums und CDU-Abweichler wie Meinhard Miegel bis hin zu ökofaschistischen Argumentationen der Neuen Rechten, wie sie etwa Alain de Benoist in Frankreich vertritt (Muraca 2014: 30ff.).

Schon wegen dieser politischen Polyvalenz wachstumskritischer Denkmuster kann es nicht verwundern, dass über den Charakter und das mögliche transformatorische Potential von "Degrowth" kontrovers diskutiert wird. So besteht schon darüber, ob es gerechtfertigt sei, von einer Degrowth-Bewegung zu sprechen, keine Einigkeit. Während explizite Fürsprecher\_innen der Wachstumskritik dies bejahen (Muraca 2015), wird dies auch von in der Sache freundlich gesinnten linken Wissenschaftler\_innen bezweifelt (Brand 2014). Noch stärker auseinander gehen die Bewertungen allerdings im Hinblick auf Charakter und politisch-trans-

formativen Stellenwert dieses Spektrums oder dieser Bewegung. Aus der organisierten Linken und den Gewerkschaften sind in erster Linie Skepsis und Kritik zu vernehmen:4 Im Grunde artikuliere sich hier lediglich das postmaterialistische Unbehagen von Teilen der saturierten bildungsbürgerlich-akademischen Milieus, die sich über Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen keine Gedanken machen müssten. Deshalb argumentiere die Wachstumskritik vor allem kulturell und arbeite sich an "Oberflächenphänomenen" ab, während Kapitalismuskritik und die damit einhergehende konfrontative politische Positionierung vermieden würden. Teilweise wird die Zurückweisung von Wachstum auch als irreführend und politisch kontraproduktiv dargestellt, da sie neoliberalen Spar- und Austeritätslogiken in die Hände spiele, was sich mitunter bis zu dem Vorwurf steigert, es handele sich im Kern um einen konservativen, rückwärtsgewandten Ansatz (Müller 2011; Lessenich/Dörre 2014).

Dagegen hat zuletzt Ulrich Schachtschneider anhand einer Analyse des Programms der Leipziger Konferenz aufgezeigt, dass zumindest das dort versammelte Spektrum sich weit mehrheitlich hinter emanzipatorischen, herrschafts- und kapitalismuskritischen Ansprüchen zu versammeln scheint (Schachtschneider 2015). Weiterhin gibt es inzwischen verschiedene Versuche, die Heterogenität der wachstumskritischen Akteur innen genauer zu fassen und damit auch klarer zu benennen, wem gegenüber solche Kritik gerechtfertigt ist. Matthias Schmelzer unterscheidet zwischen einer prominent von Meinhard Miegel repräsentierten konservativen, einer etwa von Angelika Zahrnt vertretenen sozialreformerischen, einer vor allem von Niko Paech verkörperten suffizienzorientierten sowie daneben zwischen (weniger stark an einzelne Exponent\_innen geknüpften) kapitalismuskritischen und feministischen Richtung der deutschen Postwachstumsdebatte (Schmelzer 2015). Und Frank Adler, der eher nach den unterschiedlichen Ansätzen zur Gesellschaftstransformation fragt, unterscheidet zwischen einer alternativkulturellen Orientierung am

Ausweichen in nicht-wachstumsorientierte Nischen oder *Parallelgesellschaften* (Paech), einer primär theoretisch argumentierenden Position des Beharrens auf der Notwendigkeit grundlegender *Systemtransformation*, <sup>5</sup> und einer Zwischenposition, die ausgehend vom Hier und Jetzt eine weitgehende Veränderung anstrebt, den Weg dahin aber vor allem durch veränderte Formen der Praxis in *Reallaboren* wie Urban Gardening-Projekten oder Transition-Town-Initiativen sucht (prominent vertreten durch Harald Welzer, vgl. Adler 2015).

Nun beziehen sich diese Kategorisierungen in erster Linie auf die typischen Positionen im Diskurs des Postwachstumsspektrums, wie sie sich in Büchern oder Artikeln nachlesen lassen. Aber finden sich diese Unterschiede auch bei den Menschen, die im Degrowth-Spektrum aktiv sind, in der Breite wieder? Wo verlaufen dort die entscheidenden inhaltlichen Konfliktlinien, und wie viel Unterstützung kommt den divergierenden Positionen dabei jeweils zu? Um diese Fragen zu klären, haben wir die Leipziger Konferenz zum Anlass für eine Fragebogenerhebung genommen, an der sich 814 der etwa 3000 Teilnehmenden beteiligten.<sup>6</sup> Auf dieser Grundlage können wir empirisch fundiert erste Antworten geben, die wir in den folgenden Abschnitten in vier Thesen zusammenfassen.

## 2 | Degrowth als kapitalismuskritische Transformationspektive

Jenes wachstumskritische Spektrum, das sich unter dem Label "Degrowth" versammelt, steht in seiner großen Mehrheit für eine herrschaftsund zunehmend auch kapitalismuskritische Transformationsperspektive. Auch wenn es unter den Teilnehmenden der Degrowth-Konferenz in vielerlei Hinsicht erhebliche inhaltliche Differenzen gab, so waren sie doch verbunden durch einen weitgehend strömungsübergreifend geteilten Grundkonsens, der sich in etwa folgendermaßen zusammenfassen lässt:

Wachstum ohne Naturzerstörung ist eine Illusion, daher wird in den Industrieländern Schrumpfung notwendig sein. Das bedeutet auch, dass wir auf Annehmlichkeiten werden

verzichten müssen, an die wir uns gewöhnt haben. Die notwendige Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft muss friedlich sein und von unten kommen, sie läuft auf die Überwindung des Kapitalismus hinaus, und weibliche Emanzipation muss dabei ein zentrales Thema sein.

Dieser Konsens ergibt sich aus denjenigen Fragen, zu denen weniger als 100 Personen eine zur Mehrheitsmeinung gegenteilige Position einnahmen. Im Kern basiert diese gemeinsame Weltsicht auf zwei zentralen Säulen. Die erste ist der Abschied vom "nachhaltigen Wachstum": Gemeinsames Handlungsmotiv ist die Einsicht, dass eine "grüne" oder "nachhaltige" Wirtschaft eben keine mehr sein kann, deren Output an Gütern und Dienstleistungen, und damit deren Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß, dauerhaft wachsen. Dementsprechend stimmte die überwiegende Mehrheit den Aussagen "Wachstum ohne Naturzerstörung ist eine Illusion" und "Machen wir uns nichts vor: in den Industrieländern wird Schrumpfung notwendig sein" zu. Auch ein zukünftiger "Verzicht auf Annehmlichkeiten" der heutigen europäischen Gesellschaften wird - trotz des starken Worts - weit mehrheitlich als wünschenswert oder zumindest notwendig bewertet.

Die zweite Säule ist die Vision einer positiven Transformation, die antikapitalistisch, pro-feministisch, friedlich und basisdemokratisch sein soll: Auf ebenso große Zustimmung treffen die Aussagen, dass es berechtigt sei, sich gegen den Kapitalismus zu wenden, auch wenn man keine kohärente Alternative benennen könne, dass "weibliche Emanzipation [ein] wichtiges Thema für die Postwachstumsbewegung" sein müsse, dass Gewalt als Mittel in der Auseinandersetzung um die Postwachstumsgesellschaft abzulehnen sei und dass der nötige Wandel "von unten kommen" müsse.

So groß auch die Unterschiede in den Motiven für die Befürwortung oder Ablehnung dieser Aussagen gewesen sein mögen, so zeigt dies doch, dass es ein hohes Maß an Einigkeit über zentrale Punkte der gemeinsamen Anliegen gibt und dass diese von einem kapitalismuskritischen, pro-feministischen, an Gewaltlosigkeit und Basisdemokratie orientierten, kurz: im Kern herrschaftskritischen Grundkonsens getragen werden. Das lässt viele Fragen nach dem konkreten Verständnis solcher Kritik zunächst offen, macht aber deutlich, dass die von links verschiedentlich formulierte Vorhaltung, der Degrowth-Debatte fehle die Herrschafts- oder Kapitalismuskritik, am Selbstverständnis derjenigen, die sich mit ihren Zielsetzungen identifizieren, vorbeigeht.

## 3 Degrowth als entstehende soziale Bewegung

"Degrowth" steht inzwischen auch hierzulande für eine entstehende soziale Bewegung. In der Bewegungsforschung gelten drei Kriterien als Voraussetzung dafür, von einer sozialen Bewegung zu sprechen. Demnach teilen die in einer solchen gemeinsam handelnden Akteure (1) eine deutlich umrissene kollektive Identität, sie sind (2) in hohem Maße informell vernetzt und befinden sich (3) in konflikthaften Beziehungen mit klar identifizierbaren Gegnern (della Porta/Diani 2006: 21).

Die in Leipzig versammelte Degrowth-Szene, das zeigt die Befragung deutlich, hat - bei aller Offenheit und Heterogenität ihrer Zusammensetzung - in dem beschriebenen Konsens eine recht klar bestimmte kollektive Identität. Noch stärker verdichtet sich das für die 40% der Befragten, die explizit angaben, sich "der Degrowth-Bewegung" zugehörig zu fühlen. Ferner existieren eigene Organisationsformen - z.B. das Netzwerk Wachstumswende, das Degrowth-Webportal www.degrowth.de und das Konzeptwerk Neue Ökonomie - und eine enge Vernetzung mit und durch die alternativökonomische Szene (Commons, solidarische Ökonomie, Transition Towns, Gemeinwohlökonomie, Gemeinschaftsgärten, Umsonstund Tauschläden etc.), mit wissenschaftlichen Einrichtungen (Stiftungen, Wuppertal-Institut, DFG-Forschungskolleg "Postwachstumsgesellschaften") und punktuell auch mit politischen Akteur\_innen. Unsere Befragung zeigt zudem, dass es einen harten Kern hoch vernetzter Aktivist\_innen gibt, die schon zuvor mehr als 50 andere Konferenzteilnehmende persönlich kannten (7% der Befragten), umgeben von einem erweiterten aktivistischen Kern mit zwischen 11 und 50 persönlichen Bekanntschaften, der knapp ein Drittel der Befragten umfasst. All dies spricht dafür, dass auch das zweite Kriterium erfüllt ist.

Weniger offensichtlich ist dies für das dritte Kriterium, die Gegnerorientierung. Zwar ist deutlich, dass sich Wachstumskritiker innen im Konflikt mit dem wachstumsbasierten Kapitalismus befinden, doch ist dieser eben als "Gegner" nicht unbedingt klar definiert, insofern sich daraus nicht ohne weiteres ergibt, gegen wen oder was sich bewegungsförmiges Handeln und entsprechende Mobilisierung wenden sollten. Diese Unklarheit des Gegnerbezugs, ebenso wie die teilweise erkennbare Neigung, offen konfrontatives Auftreten zu vermeiden, sind nicht zuletzt Grundlage der von links geäußerten Bedenken, "Degrowth" sei zu unpolitisch oder nicht ausreichend kapitalismuskritisch.

Hier ist auf zwei bedeutsame Dinge hinzuweisen: Erstens handelt es sich bei Degrowth nicht um eine klassische Protestbewegung, sondern eher um den Versuch, gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren, praktisch auszuprobieren und im lokalen Maßstab umzusetzen. Und zweitens ergibt sich aus der gesellschaftlichen Verortung von Wachstumskritik eine spezifische Schwierigkeit der Kritikposition: Da sie sich nicht zuletzt gegen die "imperiale Lebensweise" (Brand/Wissen 2011) der Gesellschaften richtet, in denen die, die sie äußern, selbst leben - da sie also auch und gerade eine Form der Selbstproblematisierung ist -, ist es in gewisser Weise auch eine notwendige Besonderheit, dass Verantwortung oder Schuld nicht umstandslos einer klar identifizierten Gruppe von "Gegner innen" zugewiesen werden. Denn es liefe der Logik der eigenen Kritik zuwider, hier eine klare Linie zwischen jenen und sich selbst zu ziehen. Insofern scheint es uns trotz dieser Unklarheit hinsichtlich des dritten Kriteriums berechtigt, von einer entstehenden Degrowth-Bewegung zu sprechen.

## 4 | Die Degrowth-Bewegung ist heterogener und entspricht nicht den Diskursen

Die Degrowth-Bewegung ist in sich selbst heterogen und vielfältig und vereint unterschiedliche Strömungen, deren Orientierungen und Ansätze oft nicht mit der verbreiteten Wahrnehmung von Degrowth übereinstimmen. In der öffentlichen Wahrnehmung wie in den oben aufgegriffenen Kritiken erscheint die Degrowth-Bewegung häufig als einheitlich, oft werden ihre Anliegen auf stark vereinfacht wiedergegebene Positionen einzelner Exponent innen reduziert. In Wirklichkeit bestehen, wie unsere Befragung zeigt, jenseits des skizzierten Grundkonsenses jedoch ausgesprochen unterschiedliche Positionen. Es lassen sich fünf Strömungen identifizieren, die sich nicht nur hinsichtlich ihrer inhaltlichen Einstellungen klar voneinander unterscheiden, sondern auch im Hinblick auf ihre politischen und alltäglichen Praktiken.

- 1. Suffizienzorientierte Zivilisationskritik: Zur ersten Strömung zählen 22% der Befragten, darunter viele ältere Aktivist innen mit häufig langjähriger Erfahrung in den Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere der Umweltbewegung. Ausgehend von einer starken ökologischen Motivation äußern sie ausgeprägt zivilisationskritische Positionen und stimmen besonders stark Aussagen zu, die Naturnähe, Spiritualität oder Rückbesinnung auf die Lebensstile früherer Generationen einfordern. Ihr Engagement folgt einer (im Sinne Adlers) "parallelgesellschaftlichen" Orientierung am Aufbau suffizienzorientierter "Halbinseln" als Kerne einer alternativen Lebensweise, die nach dem von ihnen mehrheitlich für die nähere Zukunft erwarteten Kollaps der Industriegesellschaften zum Modell eines gesellschaftlichen Neuanfangs werden sollen.
- 2. Immanenter Reformismus: Die Angehörigen der zweiten Strömung (19%) nutzen aktiv die neuesten Technologien, reisen besonders häufig, sind oft Mitglieder von Parteien und studentischen Initiativen und fühlen sich vergleichsweise wenig verbunden mit sozialen Bewegungen. Diese Gruppe markiert

den fortschritts- und technikoptimistischen, reformistischen - im Sinne eines Denkens innerhalb bestehender Strukturen - Pol des Degrowth-Spektrums. Technikkritik, Spiritualität und rückwärtsgewandte Orientierungen werden von ihnen abgelehnt, aber auch revolutionäre Umwälzungen und Kapitalismuskritik finden wenig Zustimmung. Der weitgehend als notwendig anerkannte grundsätzliche Wandel wird - im Spannungsfeld zwischen "Green Growth" und wachstumsüberwindenden Reformen - innerhalb bestehender Institutionen angestrebt. Weil sie vom Degrowth-Grundkonsens tendenziell am stärksten abweicht, kann diese Strömung wohl nicht in Gänze als Teil der Bewegung gesehen werden. Eben deshalb spielen diese Akteur innen aber möglicherweise eine wichtige Rolle als Mittler\_innen zwischen Bewegung und institutionalisierter Politik sowie als anschlussfähige Multiplikator innen.

- 3. Voluntaristisch-pazifistischer Idealismus: Menschen in dieser Strömung (23%) sind im Schnitt relativ jung, zu zwei Dritteln weiblich und haben oft eher wenig Erfahrung mit sozialen Bewegungen und politischem Engagement. Insgesamt unterscheiden sich ihre Positionen wenig vom Durchschnitt, wobei die auffälligste Einzelposition ihre starke Befürwortung einer Degrowth-Partei ist. Ferner scheinen sie eine ausgeprägt voluntaristische Haltung an den Tag zu legen (das Problem am Wachstum wird vor allem im alltäglichen Handeln der Menschen verortet, das diese jederzeit ändern könnten, wenn sie es einsähen), und sie äußern besonders stark pazifistische, auf Konfliktvermeidung bedachte Einstellungen. Wenn die Abkehr vom Wachstum lediglich eine Frage der Einsicht sei und dann auch nicht als Verlust erlebt werden müsse, so die zugrundeliegende Logik, dann könne sie sich auch ohne offene Konflikte durch evolutionäre Ausbreitung eines veränderten Alltagshandelns von unten her durchsetzen. Die Befürwortung einer Partei scheint dabei weniger die Bereitschaft zu eigenem Engagement anzuzeigen als den Wunsch nach einem Sprachrohr der eigenen Position.
- 4. Modernistisch-rationalistische Linke: Diese mehrheitlich männliche, stark in Groß-

städten konzentrierte Gruppe ist mit 13% die kleinste. Ihre Mitglieder blicken häufig auf lange aktivistische Biographien zurück, wobei sie sich vor allem in "traditionellen" Formen linker Politik engagieren: Relativ viele sind Parteimitglieder, besonders viele beteiligen sich oft an Demonstrationen, während ihre Identifikation mit den sozialen Bewegungen schwächer ausfällt als im Durchschnitt. Ihre inhaltliche Position ähnelt den Intentionen der besprochenen linken Kritik an Degrowth und bildet damit ein beinahe exaktes Spiegelbild der ersten Strömung. Sie vertreten fortschrittsoptimistische Haltungen, lehnen Spiritualität, Romantisierung des Vergangenen und Konservatismus scharf ab und üben eine klare Kapitalismuskritik, die strukturorientiert argumentiert und deren Fokus eher auf Gerechtigkeits- denn auf Ökologiefragen liegt. Für sie ist eine kritische Analyse der Gesellschaft zentrale Voraussetzung politischer Praxis, und ein transformatives Handeln ohne Bezug auf eine solche erscheint schnell als naiv, aussichtslos oder sogar gefährlich. Auch diese Strömung ist nicht unbedingt vollständig als Teil der Degrowth-Bewegung anzusehen - derjenige Teil aber, der solche Positionen "von innen" artikuliert, hat für ihre Debatten eine erhebliche Bedeutung.

5. Libertäre Praxislinke: Die fünfte Strömung (22% der Befragten), der überdurchschnittlich viele Befragte aus dem Ausland angehören (21%), bündelt ein aktivistisches Alternativmilieu: Weit überdurchschnittlich nehmen diese Befragten an Direkten Aktionen teil oder wohnen in Alternativprojekten, sie fühlen sich stark verbunden mit sozialen Bewegungen, und sie sind innerhalb des Degrowth-Spektrums hoch vernetzt. Typisch für sie ist ein Muster von radikal kapitalismus- und gesellschaftskritischen Positionen, die sich aber nicht klar auf einer Seite der Bruchlinie zwischen Zivilisationskritik (Strömung 1) und Rationalismus (Strömung 4) verorten, sondern dazu guer liegen. Befürwortung von Spiritualität und Ablehnung von Naturromantik, strukturorientiertes Denken und Kritik an der Industriegesellschaft sind dabei keine

Widersprüche, sondern gehen miteinander einher. Ausgehend von einer anarchistisch inspirierten Kapitalismus- und Wachstumskritik, die sich wie bei der vierten Strömung auf Gerechtigkeitsaspekte, daneben aber auch auf Erfahrungen der Entfremdung durch verselbständigte Steigerungszwänge richtet, sucht diese Strömung den Ansatzpunkt transformativen Handelns in der eigenen Praxis. Sich praktisch loszusagen und anders zu handeln zielt dabei weniger auf die Errichtung von Parallelstrukturen als auf die Veränderung der eigenen wachstumsgeprägten Subjektivität, und vermittelt darüber auch der Gesellschaft: Die Vision ist letztlich die einer Revolution durch praktische Selbsttransformation.

#### 5 | Degrowth als neue Form der Herrschaftskritik?

Degrowth steht für eine Kapitalismus- und Herrschaftskritik, die die individuelle und kollektive Praxis im Hier und Jetzt zum zentralen Ausgangspunkt umfassender Gesellschaftsveränderung macht. Das Vorhandensein dieser letzten, fünften Strömung scheint uns entscheidend für das qualitativ Neue an der Degrowth-Bewegung. Denn zum ersten ist sie in sozialer wie inhaltlicher Hinsicht ein wichtiger Katalysator der Wahrnehmbarkeit einer Degrowth-Bewegung als Allianz ihrer verschiedenen Strömungen. Zum zweiten hierauf verweist der hohe Anteil ausländischer Befragter in dieser Strömung - scheint hier das originär mit der Idee der décroissance verknüpfte Transformationsverständnis, das in jüngster Zeit aus den südeuropäischen Ländern in den deutschsprachigen Raum eingewandert ist, am deutlichsten ausgeprägt.

Das gilt zum einen für die erweiterte, nicht rein ökologische, sondern von einem globalen Gerechtigkeitsimpuls getragene Motivation: Die schon im Gesamtsample mehrheitlich geteilte Position, die soziale Ungleichheit bleibe ein größeres Zukunftsproblem als der Klimawandel, und die insgesamt geteilte Meinung, dass in den Industriegesellschaften Schrumpfung unvermeidbar sein werde,

werden gerade von der fünften Strömung in dieser Kombination überdurchschnittlich stark bekräftigt. Und zum anderen verdichtet sich hier auch eine Form der Vermittlung von Kritik und Praxis, die über diese Teilströmung hinaus zum Gravitationszentrum dessen geworden ist, wofür "Degrowth" in seiner Gesamtheit steht.

Basierend auf klar herrschafts- und kapitalismuskritischen Positionen, lässt sie sich weder auf den zivilisationskritischen Rückzug in Alternativgemeinschaften der ersten noch auf den rationalistisch-fortschrittsoptimistischen Gestus theoretisch motivierter Kritik der vierten Strömung reduzieren. Zentral ist die Suche nach Formen transformativer Praxis, die am eigenen Alltag ansetzen und auf eine Veränderung nicht nur der sozialen Strukturen, sondern auch und zunächst des eigenen Selbst als Teil derselben zielen. Es geht bei diesen Aktions- und Organisierungsformen darum, nicht nur reale Spielräume für "anderes" Handeln zu eröffnen, sondern dabei als Handelnde zugleich im Tun "etwas anderes zu werden", sich zu anderen, in und von nicht-wachstumsfixierten Praktiken erzeugten Subjekten zu machen. Dem entspricht ein ebenfalls anarchistisch beeinflusstes Revolutionsverständnis: "Revolution" ist kein zukünftiger historischer Bruch, sondern eben jener Prozess gegenwärtiger Selbst- und Weltveränderung, wenn er denn "epidemisch" wird: Eine richtige, "befreite" Praxis und Subjektivität ist dieser Vorstellung nach "ansteckend" und entfaltet sukzessive immer breitere Wirkungen (Graeber 2009: 211, 526-534).

Anders als häufig unterstellt bedeutet dies also nicht etwa den Verzicht auf eine weiterreichende transformative Perspektive. Im Gegenteil: Es geht um eine Radikalisierung, insoweit auch die eigene Existenzweise als Subjekt problematisiert und zum Gegenstand der notwendigen Revolution gemacht wird. Statt gegen reale oder imaginierte "Gegner\_innen", die an allem "schuld" seien, richtet sich die Kritik gegen eine ressourcenintensive, auf globaler Ebene nicht mit einer universalistischen Gerechtigkeitsnorm vereinbare Lebensweise. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, auch die

eigenen Mobilitäts- und Konsumpraktiken, Arbeits- und Lebensmuster praktisch hinterfragen zu müssen.

In diesem Licht ist vielleicht auch die (von unseren Befunden durchaus bestätigte) Tatsache, dass es sich bei den Degrowth-Aktivist innen um eine überwiegend akademisch gebildete, privilegierte Gruppe handelt, neu zu bewerten: Wenn Kern des Anliegens der Bewegung die Skandalisierung globaler Ungerechtigkeiten ist, warum sollte es dann ein Problem sein, wenn gerade Teile derjenigen, die von diesen Ungerechtigkeiten am meisten profitieren, die eigene Lebensweise und deren "mentale Infrastrukturen" (Welzer) infrage stellen? Voraussetzung dafür, dass diese Formen kritischer Praxis breitere Wirkung entfalten kann, ist allerdings gerade die Reflexion auf diese Privilegien und ein Verständnis dafür, dass sich das Problem von anderen gesellschaftlichen Positionen aus gesehen anders darstellt. Dass sich dies in Teilen der Bewegung durchaus nicht von selbst versteht, zeigt die Neigung zu individualisierenden Formen der Problematisierung von Lebensstilen und zu personalisierenden Schuldzuschreibungen insbesondere bei Strömung 1 und 3.

Hieran knüpft sich auch die eigentlich zentrale Frage, die sich im Ausgang von diesen Befunden stellt: Handelt es sich bei Degrowth letzten Endes doch um eine immanente Gegenbewegung zu Beschleunigung und Konsumismus, die kapitalistische Verhältnisse am Ende noch stabilisieren könnte, indem sie auch unter Rezessionsbedingungen ein gutes Leben verspricht? Oder kann Degrowth - etwa in globalen Allianzen mit Kräften wie dem lateinamerikanischen Post-Extraktivismus (Brand 2015) oder der Environmental Justice-Bewegung (Martinez-Allier 2012) - als Vorbotin eines neuen Typs "antisystemischer" Bewegung gelten, die tatsächlich auf eine Überwindung des Kapitalismus zielt? Wie gezeigt lässt sich das nicht pauschal beantworten. In welche Richtung sich diese Bewegung entwickelt und wie sie dabei mit ihren inneren Spannungs- und potentiellen Bruchlinien umgeht, wird sich erst in noch ausstehenden Diskussionsprozessen

und im Zuge praktischen Lernens aus konkreten Erfahrungen entscheiden.

Dennis Eversberg ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Forschungskolleg "Postwachstumsgesellschaften" an der Universität Jena. Zurzeit arbeitet er zu den subjektiven Grenzen ökonomischen Wachstums im Allgemeinen und zur Degrowth-Bewegung im Besonderen, Kontakt: dennis.eversberg@uni-jena.de

Matthias Schmelzer ist Wirtschaftshistoriker an der Universität Zürich, freier Mitarbeiter am Konzeptwerk Neue Ökonomie und in der Degrowth- und Klimagerechtigkeitsbewegung aktiv. Kontakt: matthias.schmelzer@uzh.ch

#### Anmerkungen

- http://w2.vatican.va/content/francesco/ de/encyclicals/documents/papa-francesco\_20150524\_enciclica-laudato-si.html. [18,11.2015].
- <sup>2</sup> http://www.degrowth.de/de/2015/06/laudato-si-as-signalling-towards-degrowth/
- <sup>3</sup> shift-magazine.org/magazine/top-10-grassroots-movements-that-are-taking-on-the-world. [18.11.2015].
- <sup>4</sup> Ungeachtet dessen spielten die Rosa Luxemburg-, Heinrich-Böll-, Friedrich-Ebert- und die Otto-Brenner-Stiftung eine wichtige Rolle als Unterstützerinnen und Sponsorinnen der Leipziger Konferenz, die sich auch mit wichtigen inhaltlichen Beiträgen ins Programm einbrachten.
- <sup>5</sup> Diese Position wird aus Adlers Sicht vor allem im Kontext des Jenaer DFG-Forschungskollegs "Postwachstumsgesellschaften" von Stephan Lessenich und Klaus Dörre artikuliert.
- <sup>6</sup> Hierbei ist zu beachten, dass die Gruppe der Befragten einer doppelten (Selbst-)Selektion unterlag: Zum Einen konnten nur die befragt werden, die überhaupt an der Konferenz teilnahmen (die also die Möglichkeit hatten, im Sommer eine Woche nach Leipzig zu kommen), und zum anderen werden auch die Anwesenden nach bestimmten sozialen

Faktoren (insbesondere der eigenen Bildung) unterschiedlich geneigt gewesen sein, einen vierseitigen Fragebogen auszufüllen. Insofern sind die verschiedenen im Degrowth-Spektrum existierenden Positionen in unserer Stichprobe zwar wahrscheinlich vollständig repräsentiert, die relativen Größenverhältnisse der unter These 2 von uns unterschiedenen Strömungen sind jedoch nicht unbedingt "repräsentativ" für die Bewegung als Ganze.

#### Literatur

Adler, Frank 2015: Vielfältige Wege und Strategien vom Heute in eine Postwachstumsgesellschaft. http://blog.postwachstum. de/vielfaeltige-wege-und-strategien-vom-heute-in-eine-postwachstumsgesellschaft-20150427. [18.11.2015].

*Brand*, *Ulrich* 2014: Degrowth: Der Beginn einer Bewegung? In: Blätter 10/2014, 29-32.

*Brand, Ulrich* 2015: Degrowth und Post-Extraktivismus: Zwei Seiten einer Medaille? Working Paper der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2011: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Alex Demirovic et al. (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA-Verlag, 78-93.

della Porta, Donatella/Diani, Mario 2006. Social Movements: An Introduction. Oxford: Blackwell Publishing.

*Graeber, David* 2009: Direct Action: An Ethnography. Oakland: AK Press.

*Latouche*, *Serge* 2006: Le pari de la décroissance. Paris: Fayard.

Lessenich, Stephan/Dörre, Klaus 2014: Editorial: Grenzen des Wachstums - Grenzen des Kapitalismus? In: WSI-Mitteilungen 7/2014, 504f.

Martínez-Alier, Joan 2012: Environmental Justice and Economic Degrowth: An Alliance between two Movements. In: Capitalism Nature Socialism, Jg. 23, Heft 1, 51-73.

Müller, Albrecht 2011: Wachstumswahn,

Wachstumszwang, Wachstumskritik, Postwachstumsgesellschaft, etc. – seltsame Begriffe und eine vergleichsweise irrelevante und in die Irre leitende Debatte. In: Nachdenkseiten, 21. April 2011, http://www.nachdenkseiten.de/?p=9169. [18.11.2015].

*Muraca*, *Barbara* 2014: Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.

*Muraca*, *Barbara* 2015: Wider den Wachstumswahn: Degrowth als konkrete Utopie. In: Blätter 2/2015, 101-109.

Paech, Niko 2012: Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: Oekom. Schachtschneider, Ulrich 2015: Degrowth: Eine kapitalismuskritische Bewegung!? http://www.degrowth.de/de/2015/01/degrowth-eine-kapitalismuskritische-bewegung. [18.11.2015].

Schmelzer, Matthias 2015: Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr. Der Postwachstumsatlas. Berlin: Le Monde Diplomatique. 116-121.

Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika 2010: Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis.

## Andreas Buro (1928-2016)

## Wirkmächtigster Protest-Organisator und unermüdlicher Theoretiker der Friedensbewegung

Thomas Leif

Die zehn Zeilen seiner letzten Mail vom 23. September vergangenen Jahres waren verstörend knapp gehalten. Im Betreff: "Schlechte Nachrichten": Weder nach einer Operation noch einer Chemo-Therapie seien "Heilungschancen möglich". "Also wirklich keine gute Nachricht! Bitte, verzichte darauf, mich anzurufen. Gerne kannst du mir mailen oder schreiben. Ich wünsche dir alle Gute für deine wichtige Arbeit. Ich melde mich wieder, sobald sich neue Gesichtspunkte ergeben." Ein Abschied für immer und dann doch dieser letzte Hoffnungsschimmer.

Mehr als fünf Jahrzehnte hat sich Andreas Buro mit dem "Prinzip Hoffnung" politisch eingemischt, mit seinen Impulsen und Entwürfen die unterschiedlichen Phasen der Friedensbewegung(en) geprägt. Ein besonderes Kennzeichen seines tatsächlich unermüdlichen Einsatzes machte ihn zu einer Ausnahmefigur in der Nachkriegsgeschichte. Er war stets Theoretiker und Praktiker, Organisator und reflektierter Impulsgeber. Reflexion und Organisation verstand er stets als Einheit. Sein Veröffentlichungsfundus zur Internationalen Politik sowie zur Friedens- und Sicherheitspolitik, aber vor allem zu den notwendigen Lernprozessen der Friedensbewegung bieten eine unversiegbare Quelle.¹ Seine zweiseitige "Stellungnahme zur Situation der Friedensbewegung" vor einem Jahr war ein typisches Dokument aus seiner Werkstatt.

Knapp, klar, konkret. "Selbstverständlich haben sich die Formen, in denen sich Friedensbewegung äußert und kommuniziert, mit der Entstehung der Computerwelt stark verändert. Das wichtigste erscheint mir trotzdem, Menschen in Kommunikations- und wo möglich in Arbeitszusammenhänge einzubeziehen. Diese dürfen sie nicht überfordern", notierte er.

18 | Thomas Leif

Und: "Mobilisierung gelinge nur in besonderen Situationen starker Motivation." Anlässe zur Resignation gab es auch für Andreas Buro in fünf Jahrzehnten reichlich. Doch er widerstand – wie kaum ein anderer – dem Rückzug in die Bequemlichkeitsfalle.

Sein Lebenswerk hat der diplomatische Pazifist vor fünf Jahren in einer sehr offenen Autobiografie veröffentlicht. In seinem Buch "Gewaltlos gegen Krieg – Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten" (Buro 2011) hat er aufgeschrieben, was andere vergessen haben. Andreas Buro, der Lebensmensch, hat damit ein sehr ungewöhnliches Buch hinterlassen, das die Lernprozesse eines bewegten Lebens reflektiert – und damit wiederum Lernprozesse anstoßen will. 328 Seiten pralles Leben – spannender als jedes Politikerbuch der Ghostwriter.

"Es war nie meine Absicht gewesen, dieses Buch zu schreiben." Im ersten Satz der "Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten" schwingt die Skepsis eines reflektierten Praktikers gegenüber meist belanglosen Autobiografien mit. Denn das Gros der Politiker, Wissenschaftler oder Manager, die im Spätherbst ihrer Vita der Nachwelt ihre Lebensbilanz überliefern wollen, scheitern. Sie scheitern, weil sie wenig zu erzählen haben, das Erlebte nicht systematisch einordnen oder sich im Weichzeichnen ihrer Erinnerungen verlieren. All das passierte dem Forst- und Politikwissenschaftler, Friedensforscher und Bewegungsaktivisten Andreas Buro nicht. Der politisch "spätberufene" Mitbegründer und Sprecher der ersten Ostermärsche hatte sich von seinem Weggefährten, dem Historiker Volker Böge, zu seinen Lebenserinnerungen überreden lassen. Historiker benötigten - so Böge - den reflektierten Materialfundus, den subjektiven Blick der Akteure, die authentische Musterung von 50 Jahren Einsatz in den sozialen Bewegungen, um später "eine Geschichte von Unten" zu ermöglichen.

Diesen hohen Anspruch löste Buro in seinem Lebenswerk "Gewaltlos gegen den Krieg" überzeugend ein. Er verknüpfte "Persönliches und Politisches" und erzählte die Nachkriegsgeschichte aus der Perspektive seines "Doppellebens" als getriebener Friedensaktivist *und* Normalbürger in den Zwängen von Beruf(en) und Familie. Seine Erfahrungen im Protest gegen den Vietnamkrieg bis zum Engagement gegen die Afghanistan-Intervention sind deshalb von besonderer Bedeutung, weil stets persönliche Protestmotivation mit präziser Fallanalyse der jeweiligen Kriegs-Szenarien verknüpft wird. In chronologischer Folge musterte Andreas Buro etwa zwei Dutzend Kriegsfälle und friedenspolitische Themenfelder und unterlegte diese exemplarischen Beispiele mit seiner wissenschaftlichen Expertise.

Auch wenn die militärische Logik in den Kriegseinsätzen sich meist gegen alle Widerstände durchsetzte, vermitteln seine Lebenserinnerungen das Gegenteil von Resignation. Die Klammer aller Protestaktionen, Demonstrationen und Gegenexpertisen sind aus Buros Sicht "kollektive Lernprozesse", die auf Dauer Spuren in Gesellschaft und Politik hinterlassen. Erfolgreich Scheitern, das könnte die Kernbotschaft des Buches und seines vollen Lebens sein.

## Drei Grunderkenntnisse für soziale Bewegungen

Es sind vor allem drei Lernerfahrungen, die Buros gut dokumentiertes Erfahrungswissen aus der Praxis der sozialen Bewegungen für die kommenden Protestgenerationen fruchtbar machen können: In seinem Politikentwurf bündeln sich analytisch durchdrungene Konzeption, verlässliche Organisation und vor allem Kontinuität. Ganz gleich ob es um die Ostermärsche, das legendäre Sozialistische Büro (SB) oder das daraus erwachsene Komitee für Grundrechte und Demokratie (und viele weitere Initiativen) geht. Die profunde Konfliktanalyse und die daraus folgenden strategischen Bausteine wurden stets in ihrem politischen, ökonomischen und internationalen Bezugssystem "zusammengedacht".

Attac, Umwelt- und Friedensbewegung und sicher viele andere könnten aus diesem von wissenschaftlicher Expertise getränkten politischen Betriebssystem lernen, wie wertvoll und zielführend ein analytisches Fundament für alle Protestaktionen sein kann, "Politik ist Organisation" - dieses Leitmotiv von Herbert Wehner hätte sich Andreas Buro, der bekennende Parteien-Skeptiker, natürlich nie zu Eigen gemacht. Aber bei den hunderten von ihm geprägten Neugründungen, Initiativen und Projekten spielte die solide Organisation stets eine gewichtige Rolle. Perfekt hatten etwa die Organisations-Genies Klaus und Hanne Vack, die langjährigen Geschäftsführers des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dieses Prinzip umgesetzt. Auch der dritte Erfolgsfaktor, der sich wie ein Lesezeichen durch das Buch zieht, sollte im kollektiven Gedächtnis von sozialen Bewegungen verankert werden. Das mühsame Prinzip der Kontinuität der Aktivisten. Im Subtext seiner Erinnerungen schwingt die Losung erfolgreichen Protests stets mit: "Nie aufhören, anzufangen." Nichts kommt über Nacht. Weder Protest-Strohfeuer, emotionale Empörung oder abgehobene Theorie-Gebilde können die geforderten "kollektiven Lernprozesse" beflügeln. Einfacher ausgedrückt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

#### Das Politische und das Private

Dass diese Trias jedoch keine schlichte Blaupause für kollektiven Protest sein kann, schreibt Buro auch am Beispiel seiner vier Kinder. Leicht resigniert notierte er: "Für meine friedenspolitischen Ambitionen haben sich alle bisher nicht erwärmen können. Sie sind nicht gegen mein Engagement, doch es ist nicht 'ihr Ding'. Vielleicht habe ich das Thema zu stark besetzt und es nicht verstanden, sie einzubeziehen."

"Meine Absicht war es, Persönliches und Politisches zu verbinden", verspricht der Träger des "Aachener Friedenspreises" im Vorwort. Auch dieser schwierigen Gratwanderung wurde Buro gerecht; mit ungewöhnlicher Offenheit etwa in dem Kapitel über die Sterbebegleitung seiner Frau oder dem dramatischen Schicksal eines Sohnes zwischen "Alkoholismus, Epilepsie (und) psychotische(n) Zustände(n)". Auch über seine neuen Beziehungen im Alter, sein privates Kontaktnetz und seine Angst vor Einsamkeit und Tod berichtete er authentisch,

resümierte frei von Larmoyanz. Auch diese Kapitel gehören zu seinem "Doppelleben", zu dem mitunter komplizierten Spagat zwischen unermüdlichen politischen Dauereinsatz und alltäglichen Herausforderungen.

Buro hatte mit seinen "Lebenserinnerungen" zu Lebzeiten ein Ausnahme-Buch vorgelegt, das seine Ausnahme-Biografie als friedenspolitischer Aktivist mit analytischem Tiefgang vital vermittelt.

Der Wiener "Theoretiker der Subkultur", Rolf Schwendter, hätte Andreas Buro als eine "Drehpunktfigur" bezeichnet, auch Antonio Gramscis Konzept des "organischen Intellektuellen" passt zu der politischen Ausnahme-Biografie. Andere würden ihn als eine bedeutende "linke Leitfigur" hervorheben. Ein halbes Jahrhundert, seit seinem 30. Lebensjahr, hat der wissenschaftliche Aktivist der herrschenden Machtpolitik beharrlich das Prinzip der zivilen Konfliktbearbeitung entgegen gesetzt, um Frieden möglich(*er*) und Militär überflüssig(*er*) zu machen. Seine Lebenserinnerungen sind eine Kathedrale der Erkenntnis nicht nur für die kommenden Protestgenerationen.

Am 19. Januar ist Andreas Buro an einem schweren Krebsleiden im Kreis von Familie und Wegbegleitern verstorben. Die Herausgeber des Forschungsjournals verlieren mit ihm ein Beiratsmitglied, das die Zeitschrift seit Gründung im Jahr 1988 begleitet hat. Wir werden ihn vermissen.

Für die Herausgeber Thomas Leif

#### Literatur

Buro, Andreas 2011: Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

#### Anmerkungen

www.friedenskooperative.de. [26.01.2016].

## Was lernt die Bewegungsforschung aus der Eurozonen-Krise?

**Jochen Roose** 

Wenn neue Bewegungen aufkommen und an Dynamik gewinnen, ist deren Analyse für die Bewegungsforschung Routine. Die theoretischen Konzepte und methodischen Instrumentarien stehen bereit. Sie können angewendet werden, die Ergebnisse reihen sich in die bestehende Bibliothek an Befunden ein. So wächst das Wissen und die Theorien werden schrittweise erweitert und verfeinert. Doch manche Ereignisse sperren sich gegen eine solch routinierte Behandlung, Etablierte Konzepte erscheinen ungeeignet, weil sie Wesentliches nicht zu fassen vermögen. Ergebnisse erweitern nicht Bekanntes, sondern widersprechen Befunden, die als gesetzt galten. In manchen Hinsichten scheint die deutlich sichtbare Protestwelle vor allem in Griechenland und Spanien, aber auch in Italien und Portugal,1 in dieser Weise die Bewegungsforschung zu verunsichern.

Was die Entwicklungen der Protestlandschaft in Europa während der letzten acht Jahre, also seit dem Ausbruch der Finanzund Wirtschaftskrise, für die Bewegungsforschung bedeuten, ist Gegenstand dieses Beitrags. Gleich mehrere Perspektiven und Annahmen, die in der Bewegungsforschung dominant waren und als weitgehend selbstverständlich galten, werden nun hinterfragt und durch die Entwicklungen in Frage gestellt. Fünf Themen, auf welche die Proteste in der Eurozonen-Krise ein neues Licht werfen, möchte ich diskutieren: (1) Deprivation als Protestursache, (2) die Bedeutung des politisch-ökonomischen Systems, (3) die sozialstrukturelle Basis von Protest, (4) selbstorganisierte Lebensbewältigung als Teil von Bewegungen und (5) die regionale Fokussierung der Bewegungsforschung.

#### 1 | Deprivation und soziale Bewegungen

Die Bedeutung von Deprivation, also einer schlechten oder sich verschlechternden Lebenslage, egal ob objektiv oder subjektiv empfunden, schien für die Protestforschung geklärt. Dass Deprivation zu Protest führt, ist schon lange als Irrtum ausgeräumt. "Leid ist überall, Bewegungen nicht" (Japp 1984: 316, eigene Übersetzung) ist die Grundthese des Ressourcenmobilisierungsansatzes und darüber hinaus von sehr weiten Teilen der Bewegungsforschung. Deprivation ist nach Ansicht vieler eine notwendige Bedingung für Protest, aber keinesfalls hinreichend und das Ausmaß von Deprivation, also wie schlecht die Lebenslagen sind oder wie verbreitet schlechte Lebenslagen sind, hilft nach verbreiteter Ansicht nicht, Protest zu erklären. Zu oft haben die, denen es am schlechtesten ging, nicht protestiert, während andere, deren Probleme im Vergleich weit weniger ausgeprägt waren, intensiv mobilisierten.

Die Neuen Sozialen Bewegungen beschäftigten sich mit Umweltverschmutzung, Frauengleichstellung und Frieden, während sozio-ökonomische Probleme kaum eine Rolle spielten (Roth/Rucht 2008). Die Bewegungen fanden ihre Fortsetzungen in der Klimabewegung (Dietz/Garrelts 2013; Dietz 2011) oder der Global-Justice-Bewegung (Della Porta 2007). Ob diese Themen wirklich weniger drängend sind als beispielsweise sozio-ökonomische Probleme, ist kaum zu beurteilen. Doch unabhängig von dieser Frage ist das Grundsatzargument gegen den Deprivationsansatz nicht betroffen - denn ohne Zweifel waren die Frauenbewegung oder die Umweltbewegung nicht am stärksten, als die Situation der Frauen bzw. der Umwelt am schlechtesten war.

Die Protestwelle in den südeuropäischen Ländern (und darüber hinaus) setzt nun wieder sozio-ökonomische Probleme als Protestthemen ganz oben auf die politische Agenda. Damit erlebt auch der Deprivationsansatz sein Comeback. Wirtschaftliche Veränderungen und insbesondere Prekarisierung werden als Protestursachen ausgemacht. Damit nimmt die "merkwürdige Karriere" der Deprivationstheorie (Buechler 2007) eine neue Wendung.

Die Proteste im Kontext der Eurozonen-Krise stoßen die Bewegungsforschung auf ihr ungeklärtes Verhältnis zwischen Sozialstruktur, also sozialer Ungleichheit und sozialen Milieus, einerseits und der Organisation von Protest andererseits. Die europäische Tradition, die stärker vom Marxismus beeinflusst ist, hatte die Frage nach der Bedeutung sozialstruktureller Konstellationen für soziale Bewegungen nie aufgegeben (z. B. Brand 1990; Gerhards 1993), während die US-amerikanische Tradition sich voll auf die Organisations- und Netzwerkebene und die Mobilisierungstechniken konzentrierte (Melucci 1980). Was zunächst als Arbeitsteilung erscheint, ergab insofern einen (wenig thematisierten) Widerspruch, als die US-amerikanische Tradition die Konstruierbarkeit von Problemen als Möglichkeit vorsah oder sogar - mehr oder minder explizit - ins Zentrum stellte,2 während die europäische Seite an der Entstehung von Bewegungen aus gesellschaftlichen Widersprüchen heraus festhielt.

Die Proteste in der Eurozonen-Krise, die direkt auf die soziale Not der Menschen reagieren, scheinen nun die europäische Sicht zu stärken, die zwischenzeitlich in den Hintergrund gerückt war. So weist die Studie von Rüdig und Karyotis (2013) auf einen Einfluss von relativer Deprivation auf Teilnahme an Protesten gegen Austerität in Griechenland hin.3 Die Annahme eines naiven Automatismus von Not zu Protest steht gleichwohl nicht an. Als theoretisches Lösungsangebot zur Verbindung von sozialer Ungleichheit und Mobilisierung rückt der Konfliktlinien-Ansatz (cleavage-Ansatz) wieder in den Blick (Della Porta 2015b; Hutter 2014). Dieser eignet sich gut, um die objektiven Lage-Aspekte und damit

die spezifische Betroffenheit auf der einen Seite und die Vernetzungs- und Identitätsprozesse auf der anderen Seite zu verbinden. Die Ausbildung einer Konfliktlinie erfordert eine objektive sozialstrukturelle Ähnlichkeit, die Vernetzung in Milieus und die Ausbildung einer kollektiven Identität (vgl. auch Gerhards 1993; Rokkan 2000). Eine so ausgebildete Konfliktlinie schlägt die theoretische Brücke zu Tillys (1978: 62ff) Konzept von CATNETs als Basis von Bewegungen, also der Verbindung von Menschen, die einer Kategorie zugerechnet werden (CAT), mit ihrer Vernetzung (NET).

Ungeklärt bleibt dabei gleichwohl, ob die Konfliktlinie zwischen Prekarisierten und anderen ein Resultat von Mobilisierungsprozessen oder deren Bedingung ist. Dass sowohl Mobilisierung bestehende Konfliktlinien verstärkt als auch Konfliktlinien Mobilisierung erleichtern, ist unstrittig. Eine grundsätzliche Klärung der Beziehung zwischen objektiver Problemlage und wahrgenommener bzw. von der Bewegung dargestellter Problemlage ist kaum möglich. Die Bewegungsforschung täte aber gut daran, dieses Verhältnis explizit zum Thema ihrer Theoriediskussion zu machen. Die Protestentwicklungen in der Eurozonen-Krise und das Comeback eines modifizierten Deprivationsansatzes bieten dafür eine gute Gelegenheit.

#### 2 | Politisch-ökonomische Einbettung

Mit sozialen Bewegungen, die gegen wirtschaftliche Rezession, soziale Ungleichheit, soziale Probleme und Prekarität protestieren, geraten fast zwangsläufig auch der Kapitalismus und das politisch-ökonomische System in den Blick. Kritik am Kapitalismus und am politischen System ist in den Krisenländern das dominante Thema der Protestmobilisierungen (Della Porta 2015b; Goodwin/Hetland 2013; Tejerina et al. 2013). Rucht (1994: 291ff) hatte schon vor längerer Zeit, allerdings ohne große Resonanz, für die Berücksichtigung von Kontextfaktoren und Gelegenheitsstrukturen jenseits des Politischen argumentiert. Die Proteste im Rahmen der Eurozonen-Krise sind Gelegenheit und Anlass, diese Diskussion neu und gründlicher aufzunehmen.

22 Jochen Roose

Entscheidend ist allerdings die Frage, welchen theoretischen Status die Berücksichtigung des politisch-ökonomischen Systems haben soll (vgl. Zajak 2014). Zu diskutieren wäre, ob die politisch-ökonomische Institutionenstruktur als thematisch verbundene Struktur relevant wird oder ob die Bedeutung des das politisch-ökonomischen Systems darüber hinausgeht. So liegt es ja allgemein nahe, bei der Untersuchung von Bewegungen die thematisch einschlägigen Institutionen als relevante Umwelt zu betrachten. Die Entwicklung einer Anti-Atomkraft-Bewegung wird auch von den Strom produzierenden Unternehmen beeinflusst, ganz gleich, ob sie staatlich oder privatwirtschaftlich sind. Diese Unternehmen mit ihren Strategien und Strukturen wären dann für die Gelegenheitsstruktur relevant. Für andere Bewegungen lassen sich leicht andere thematisch angebundene Akteure identifizieren.

Die Argumente bei der Analyse von Bewegungen mit Bezug auf die Eurozonen-Krise gehen aber darüber hinaus: Die Form des Kapitalismus und des politischen Systems lässt sich auch genereller begreifen als eine Form der Gesellschaftskonstitution, die Machtrelationen definiert. Entscheidend für die theoretisch-konzeptionelle Rolle des politisch-ökonomischen Systems sind entsprechend grundlegende Auffassungen vom Charakter der Gesellschaft, vom Charakter der Macht und von der Bedeutung funktionaler Differenzierung. Über so grundlegende Fragen lässt sich in der Regel kein Einvernehmen herstellen; sie sind auch nicht empirisch zu klären. Möglich ist gleichwohl eine Darlegung der entsprechenden Vorstellungen und Hintergrundannahmen. Die Protestbewegungen rund um die Eurozonen-Krise sind eine Gelegenheit, sich in Bezug auf diese Grundannahmen zu orientieren und die Folgen der einen oder anderen Variante abzuschätzen. Auch unterschiedliche Einschätzungen, nicht zuletzt mit Blick auf die zuvor (Abschnitt 1) aufgeworfene Frage über die Bedeutung von Deprivation und die anschließende Frage nach der sozialstrukturellen Herkunft der Protestierenden (Abschnitt 3) sind von dieser Position abhängig.

## 3 | Sozialstrukturelle Herkunft von Protestierenden

Die sozialstrukturelle Herkunft von Protestierenden war lange kaum Thema der Bewegungsforschung. Auf die Organisationsebene fokussiert, hat die Bewegungsforschung sich vergleichsweise wenig mit dieser Frage befasst. Schließlich stand das Ergebnis relativ schnell fest – ohne, dass es theoretisch-konzeptionell nennenswerte Auswirkungen gehabt hätte. Die Unterstützer\_innen der Neuen Sozialen Bewegungen waren die jüngeren, hoch gebildeten Mitglieder der höheren Mittelschicht (z. B. Fuchs/Rucht 1994; Zwick 1990), vornehmlich aus sozialen Berufen und daher mit professioneller Nähe zu den Themen der Bewegungen (Raschke 1988).

Mit der These der Bewegungsgesellschaft (Neidhardt/Rucht 1993; Meyer/Tarrow 1998) wurde auch das Thema der sozialen Basis von Protest wieder interessant. Befragungen von Protestierenden, insbesondere auf Demonstrationen, sind dieser Frage noch einmal genauer nachgegangen, als dies allgemeine Bevölkerungsumfragen leisten konnten (Aelst/Walgrave 2001; Eggert/Giugni 2012; Rucht/Baumgarten 2013; Walgrave/Rucht 2010). Dabei waren die Befunde nicht grundsätzlich anders als bei den zuvor genannten Studien.

Allerdings nahmen in den südeuropäischen Ländern auch Arbeitslose und prekär Beschäftigte an den Krisenprotesten teil. Die soziale Basis der Proteste in Griechenland war beispielsweise deutlich breiter als bei vorhergehenden Fällen (Rüdig/Karyotis 2014). Die Teilnehmer innen an Demonstrationen gegen Austeritätspolitik in Italien zwischen 2011 und 2013 waren ebenfalls etwas weniger deutlich dominiert von Hochgebildeten und Jüngeren, wobei diese Gruppe nach wie vor mehr vertreten ist als in der Gesamtbevölkerung (Della Porta 2015b: 56ff). Im Ländervergleich sind die (gemäß Selbsteinordnung) niedrigeren Klassen bei Protesten in den Krisenländern stärker vertreten als in anderen Ländern (Della Porta 2015b: 59). Dies gilt insbesondere für Proteste, die von Gewerkschaften mitgetragen werden

(Peterson et al. 2015). Insgesamt scheinen die Krisenproteste von einer breiteren Basis getragen zu sein, in der sich neben den Hochgebildeten aus der Mittelschicht auch weniger Gebildete aus unteren Schichten finden. Die soziale Selektivität von Protest ist damit nicht verschwunden, schwächt sich aber bei den Krisenprotesten ab.

Jenseits der Tatsache einer etwas anderen sozialstrukturellen Zusammensetzung der Teilnehmenden bei Krisenprotesten hinaus, sind verschiedene Deutungen dieser Befunde möglich: Wir könnten den Schluss ziehen, dass wirtschaftliche Themen und vor allem die Verschlechterung oder Bedrohung der eigenen wirtschaftlichen Situation noch einmal andere Teilnehmer an Protesten anzieht. Denkbar wäre auch, dass wir einen weiteren Schritt hin zu einer Bewegungsgesellschaft beobachten, in der das Handlungsrepertoire sozialer Bewegungen für alle Bevölkerungsgruppen verfügbar ist. Die soziale Zusammensetzung bei den Pegida-Demonstrationen in Deutschland scheint in diese Richtung zu weisen (Daphi et al. 2015). Eine dritte Interpretation der Befunde wäre, in ihnen einen Hinweis auf den Zusammenhang von objektiver Deprivation und Protestteilnahme zu sehen. Es sind die objektiv Betroffenen, die hier protestieren, und diese Gruppe ist mit den Jungen, Hochgebildeten, prekär oder gar nicht Beschäftigten recht genau umrissen. Denkbar wäre aber auch, dass die sozialen Grenzen bei den Protestierenden sich nicht wirklich verschoben haben. Stattdessen hat sich die soziale Situation derer, die schon vor der Krise primär von Protestmobilisierung angesprochen wurden, lediglich verändert. Die jungen, hochgebildeten und (eigentlich) postmateriell orientierten Menschen sind durch die Krise nun arbeitslos oder prekär beschäftigt und ordnen sich aufgrund ihrer schwierigen Lage auch niedrigeren Klassen zu. Demnach hätte sich die Rekrutierungsbasis von Bewegungen tatsächlich kaum verändert.

Die Ergebnisse lassen unterschiedliche Interpretationen zu und die Interpretationen widersprechen sich auch nicht zwingend. Die Proteste in der Eurozonen-Krise erweitern und beleben die Diskussion um die sozialstrukturelle Basis sozialer Bewegungen, weil im reichen Europa soziale Proteste in großem Umfang bisher selten waren.

### 4 | Selbstorganisierte Lebensbewältigung

Ein die Bewegungsforschung thematisch erweiterndes Phänomen, das unter dem Begriff der Resilienz diskutiert wird, ist die zunehmende Bedeutung selbstorganisierter Lebensbewältigung in den Krisenländern. Der Einbruch und teilweise Zusammenbruch der staatlichen Versorgung sowie verbreitete Armut und Wohnungslosigkeit haben zu einer Vielfalt von Initiativen geführt, die unmittelbare soziale Probleme lindern oder lindern sollen (Kousis et al. in diesem Heft).

Die Bewegungsforschung hat ihr Hauptaugenmerk und auch ihre Theoriebildung bislang vor allem auf Bewegungen oder die Aspekte der Bewegungen gerichtet, die auf politische Veränderung zielen und im politischen System Entscheidungen erreichen wollen. Dazu wurden Unterscheidungen eingeführt, die politische Bewegungen von anderen trennen, um dann den Gegenstand entsprechend zuzuschneiden (z.B. Raschke 1988). Die politikwissenschaftlich geprägte Bewegungsforschung hat sich durchweg auf politikorientierte Bewegungen beschränkt. Die Engagementforschung hat sich eher der selbstorganisierten Hilfe gewidmet, allerdings steht hier das Engagement in Vereinen und klassischem Ehrenamt stärker im Vordergrund, sodass die selbstorganisierten Initiativen auch in diesem Forschungsfeld eine Randposition einnehmen. Eine weitgehende Vernachlässigung des Themas war und ist die Folge.

Angesichts der enormen Bedeutung solcher Initiativen unter Krisenbedingungen muss sich nun auch die Bewegungsforschung diesem Thema widmen. Die EU-Forschungsprojekte LIVEWHAT (siehe auch die Beiträge von Cinalli/Giugni sowie Kousis et al. in diesem Heft) und TransSOL leisten hier wichtige erste empirische Beiträge. Die Bewegungsforschung ist aber langfristig gefordert, diesen Phänomenen

24 Jochen Roose

ihre Aufmerksamkeit zu schenken, empirisch und theoretisch-konzeptionell.

Was wir bei diesen Initiativen beobachten, ist möglicherweise, wenn auch nicht zwingend, ein gesellschaftsveränderndes Potenzial. Die Frage nach einer möglichen Orientierung von Engagement auf Gesellschaftsveränderung ist nicht prinzipiell neu und wird in der Engagementforschung intensiv diskutiert. Mit den Entwicklungen in der Eurozonen-Krise und der Parallelität eines augenscheinlich deutlich wachsenden Feldes solcher Initiativen bei gleichzeitig starker Protestmobilisierung könnte aber eine neue gesellschaftliche Dynamik entstehen, die über die Durchsetzung von Entscheidungen im politischen System hinausgeht und Grundstrukturen der Gesellschaftsorganisation verändert - oder an diesem Projekt (sofern es eines ist) scheitert.

#### 5 | Regionale Fokussierung

Die letzte hier diskutierte Perspektivänderung ist eine räumliche. Über einige Jahrzehnte hat sich die Bewegungsforschung auf die Länder des Nordwestens konzentriert. Die Bewegungsforschung war überwiegend dort zu finden, wo die Sozialwissenschaften insgesamt stark sind. Weil in diesen Ländern auch die damaligen Bewegungen, insbesondere die Neuen Sozialen Bewegungen, intensiv mobilisierten, ergab sich eine Deckung von Schwerpunkten der Bewegungsforschung und dem regionalen Fokus der vornehmlich beforschten Bewegungen. Innerhalb Europas erhielten Bewegungen in Südeuropa (mit Ausnahme von Italien) und Mittelosteuropa recht wenig Aufmerksamkeit.

Die Mobilisierungen in der Eurozonen-Krise haben den regionalen Fokus deutlich verschoben. Es sind die südeuropäischen Länder, die nun die Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Mit einem Mal sind Griechenland, Spanien und Portugal im Fokus der Bewegungsforschung.

Diese regionale Umorientierung der Bewegungsforschung, die eigentlich eine Erweiterung ist, war längst fällig. Die zahlreichen EU-geförderten Projekte hatten der europäisch vergleichenden Bewegungsforschung bereits einen deutlichen Schub gegeben, doch mit der Eurozonen-Krise stehen nun Bewegungen im Fokus, die es im Norden Europas kaum gibt. Große Teile der institutionalisierten Bewegungsforschung in Europa betrachten die Entwicklungen von außen, wenn auch durchaus in Kooperation mit Forscher\_innen vor Ort. Diese Erweiterung des Blicks tut der Bewegungsforschung ausgesprochen gut. Die europäische Integration und die zunehmende Bedeutung der EU fordern auch von der Bewegungsforschung einen stärker europäisierten Blick und die Wahrnehmung der verschiedenen Länder und Regionen Europas.

Ganz ohne Wermutstropfen bleibt die Entwicklung allerdings nicht, denn sie überlagert sich mit einer gerade beginnenden Erweiterung des Blickes nach Mittelosteuropa. Für die Zivilgesellschaft und Bewegungslandschaft in den mittelosteuropäischen EU-Mitgliedsländern sind jüngst eine Reihe von Analysen erschienen, die einen Eindruck von den Entwicklungen in diesen Ländern vermitteln (Fehr 2014; Schreier 2015 und die Zeitschriften interface Jg. 7, Heft 2 sowie Intersections, Jg. 1, Heft 3). Es bleibt abzuwarten, ob die Süderweiterung der Bewegungsforschung die beginnende Osterweiterung gleich wieder beendet.

## 6 | Re-Orientierung der Bewegungsforschung

"Nun habe ich meine ganze wissenschaftliche Laufbahn argumentiert, politische Gelegenheiten erklären soziale Bewegungen – und nun soll plötzlich Deprivation entscheidend sein!" So kommentierte ein Bewegungsforscher die aktuellen Entwicklungen.

Von neuen Entwicklungen können Re-Orientierungen für die Bewegungsforschung ausgehen, aber sie brauchen Zeit. Die Verabschiedung von gewohnten Annahmen und etablierten Befunden, die sich als nur begrenzt gültig erweisen, braucht Zeit. Aber auch die sorgfältige Prüfung, ob eine solche Verabschiedung von Nöten ist, braucht Zeit. Innere Widerstände können auch den Vorteil haben, dass sich scheinbar Augenfälliges in

der Diskussion bewähren muss, und wir genau reflektieren, welche Sichtweisen wirklich verworfen, welche abgeändert werden müssen und welche vielleicht entgegen dem ersten Eindruck weiterbestehen.

Wenn eine wissenschaftliche Diskussion mit neuen Ereignissen konfrontiert wird, ist dies eine wunderbare Gelegenheit, um zu lernen. Die Bewegungswelle im Kontext der Eurozonen-Krise ist für die Bewegungsforschung eine solche Gelegenheit. Die Krisenproteste sind mehr als ein weiterer Fall für die Bewegungsforschung, an dem sich etablierte Perspektiven bewähren. Die Entwicklungen sind auch Anlass, den Blick zu weiten, Annahmen zu überdenken und lieb gewordene Befunde in Frage zu stellen. Sie ist natürlich auch ein Gelegenheitsfenster, um Positionen in der Debatte unterzubringen, die sich früher - zu Recht oder zu Unrecht - nicht durchsetzen konnten. Wir müssen genau prüfen, ehe wir Einsichten revidieren.

Wieder auf der Tagesordnung stehen Fragen der Europäisierung, der Erklärung von Bewegungswellen und des Verhältnisses von Bewegungen zu Parteien. Hier gibt es neue empirische Entwicklungen, die einer genaueren Untersuchung bedürfen. In diesem Beitrag habe ich mich vor allem mit fünf Perspektivveränderungen beschäftigt. Die Bedeutung von Deprivation für soziale Bewegungen ist die Wiederaufnahme einer Debatte. Eng damit zusammen hängen die Fragen nach der Bedeutung des politisch-ökonomischen Systems und nach dem Verhältnis von sozialer Ungleichheitsstruktur einer Gesellschaft und Bewegungen. Hier stellen sich sehr grundlegende Fragen, einerseits empirisch, andererseits theoretisch-konzeptionell. Die Bewegungswelle in den südeuropäischen Krisenländern zeigt zunächst einmal die Bedeutung der individuellen wirtschaftlichen Lage als Protestthema und eine moderate Ausweitung der sozialstrukturellen Basis von Protesten hin zu Arbeitslosen und den gemäß Selbsteinschätzung niedrigeren sozialen Klassen. Die Interpretation dieser Befunde und ihre Implikationen für die Bedeutung des politisch-ökonomischen Systems und der Konfiguration von Konfliktlinien in den europäischen Gesellschaften (oder eines Teils), wird ein wichtiges Diskussionsthema der nächsten Zeit sein.

Schließlich erweitert die Bewegungswelle der Eurozonen-Krise die Bewegungsforschung auf zwei Arten. Zum einen erfährt die selbstorganisierte Lebensbewältigung als Teil von Bewegungsaktivität eine größere Aufmerksamkeit. Es bietet sich eine neue Gelegenheit, die allein auf Einflussnahme im politischen Institutionensystem verengte Perspektive zu korrigieren und den lebensweltlichen Aktivitäten von Bewegungen größere Beachtung zu schenken. Die Nähe zur Engagementforschung nimmt damit zu und erweitert die Engagementforschung selbst. Zum anderen erweitert sich die regionale Orientierung der Bewegungsforschung. Die Länder im Nordwesten Europas, in denen die Neuen Sozialen Bewegungen besonders stark waren, verzeichnen nun vergleichsweise wenig Bewegungsaktivität, während in Südeuropa viel passiert. So ist die Bewegungswelle Anlass für die europäische Bewegungsforschung, sich intensiver mit den Entwicklungen und Kontexten in diesen Ländern zu beschäftigen und sich in dieser Weise stärker zu europäisieren.

Noch zeichnet sich nur bedingt ab, in welche Richtung sich die Bewegungsforschung angesichts der vor allem südeuropäischen Protesten entwickeln wird und ob es eine längerfristige Re-Orientierung geben wird. Beharrungskräfte sind erfahrungsgemäß auch in der Wissenschaft sehr stark. Das Potenzial, ein Nachdenken über grundlegende Fragen der Bewegungsforschung anzuregen, hat die Bewegungswelle allemal.

Dr. Jochen Roose ist Professor für Sozialwissenschaften am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław, Privatdozent an der Freien Universität Berlin und assoziierter Wissenschaftler am Institut für Protest und Bewegungsforschung Berlin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Partizipation, Europäisierung und Methoden der empirischen Sozialforschung. Kontakt: roose@bzw.uni.wroc.pl.

26 Jochen Roose

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Für Griechenland Diani und Kousis (2014) sowie Psimittis (2011), für Italien Della Porta (2012, 2015a, 2015b), für Spanien Flesher Fominaya (2015) und für Portugal Baumgarten (2013). Für mehrere Länder im Vergleich Ancelovici (2015), den Teil IV in Flesher Fominaya und Cox (2013) sowie Cinalli und Giugni in diesem Heft.
- <sup>2</sup> Selbst der am deutlichsten sozialkonstruktivistisch orientierte Framing-Ansatz bleibt vage bei der Frage, ob die von sozialen Bewegungen thematisierten Probleme notwendig eine faktische Grundlage haben müssen, die nur unterschiedlich dargestellt wird, oder ob sich "Probleme" relativ frei und (weitgehend) unabhängig von faktischen Situationen konstruieren lassen.
- <sup>3</sup> Die Autoren selbst ziehen diesen Schluss nicht. Allerdings ergibt er sich aus ihren Regressionsergebnissen, denn Deprivation hat einen deutlichen Einfluss auf Protestbereitschaft und Protestbereitschaft beeinflusst deutlich die tatsächliche Protestteilnahme. Ein Effekt von Deprivation auf Protestteilnahme ist daher wahrscheinlich.

#### Literatur

Aelst, Peter van/Walgrave, Stefaan 2001: Who is That (Wo)Man in the Street? From the Normalisation of Protest to the Normalisation of the Protester. In: European Journal of Political Research, Jg. 39, Heft 4, 461-486.

Ancelovici, Marcos 2015: Crisis and Contention in Europe. A Political Process Account of Anti-Austerity Protests. In: Trenz, Hans-Jörg/Guiraudon, Virginie/Ruzza, Carlo (Hg.): Europe's Prolonged Crisis. The Making or the Unmaking of a Political Union. Palgrave, 189-209.

Baumgarten, Britta 2013: Geração à Rasca and beyond: Mobilizations in Portugal after 12 March 2011. In: Current Sociology, Jg. 61, Heft 4, 457-473.

Brand, Karl-Werner 1990: Cyclical Aspects of New Social Movements. Waves of Cultural Criticism and Mobilization Cycles of New Middle-class Radicalism. In: Dalton, Russell J./Kuechler, Manfred (Hg.): Challenging the Political Order. New Social Movements in Western Democracies, Oxford, 23-42.

Buechler, Steven M. 2007: The Strange Career of Strain and Breakdown Theories of Collective Action. In: Snow, David/Soule, Sarah/Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, Oxford: Blackwell, 47-66.

Daphi, Prisak/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter (Koordination)/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfang/Zajak, Sabrina 2015: Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida. In: ipb working paper. Berlin: ipb, protestinstitut.files.wordpress. com/2015/01/protestforschung-am-limit\_pegida-studie.pdf [26.1.2016].

Della Porta, Donatella (Hg.) 2007: The Global Justice Movement. Cross-National and Transnational Perspectives. Boulder, London: Paradigm.

Della Porta, Donatella 2012: Mobilizing Against the Crisis, Mobilizing for "Another Democracy". Comparing Two Global Waves of Protest. In: Interface: a Journal for and about Social Movements, Jg. 4, Heft 1, 274-277

Della Porta, Donatella 2015a: Kritisches Vertrauen: Soziale Bewegungen und Demokratie in Krisenzeiten. In: Rössel, Jörg/Roose, Jochen (Hg.): Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 221-241.

Della Porta, Donatella 2015b: Social Movements in Times of Austerity. Bringing Capitalism Back Into Protest Analysis. Cambridge: Polity Press.

Diani, Mario/Kousis, Maria 2014: The Duality of Claims and Events. The Greek Campaign Against Troika's Memoranda and Austerity, 2010-2012. In: Mobilization, Jg. 19, Heft 4, 387-404.

Dietz, Matthias 2011: Gibt es eine internationale Klimabewegung? Ein skeptischer Befund. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 23, Heft 4, 6-18.

*Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko* (Hg.) 2013: Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS.

Eggert, Nina/Giugni, Marco 2012: Homogenizing "Old" and "New" Social Movements. A Comparison of Participants in May Day and Climate Change Demonstrations. In: Mobilization, Jg. 17, Heft 3, 335-348.

Fehr, Helmut 2014: Eliten und zivile Gesellschaft. Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa. Wiesbaden: Springer VS.

Flesher Fominaya, Christina 2015: Debunking Spontaneity. Spain's 15-M/Indignados as Autonomous Movement. In: Social Movement Studies, Jg. 14, Heft 2, 142-163.

Flesher Fominaya, Christina/Cox, Laurence (Hg.) 2013: Understanding European Movements. New Social Movements, Global Justice Struggles, Anti-Austerity Protest. London, New York: Routledge.

Fuchs, Dieter/Rucht, Dieter 1994: Support for New Social Movements in Five Western European Countries. In: Rootes, Chris/Davis, Howard (Hg.): A New Europe? Social Change and Political Transformation. London: UCL Press, 86-111.

*Gerhards, Jürgen* 1993: Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Goodwin, Jeff/Hetland, Gabriel 2013: The Strange Disappearance of Capitalism from Social Movement Studies. In: Barker, Colin/Cox, Laurence/Krinsky, John/Nilsen, Alf Gunvald (Hg.): Marxism and Social Movements. Leiden: Brill, 83-102.

Hutter, Swen 2014: Protesting Culture and Economics in Western Europe. New Cleavages in Left and Right Politics. Minneapolis: University of Minnesota Press.

*Japp, Klaus P.* 1984: Selbsterzeugung oder Fremdverschulden. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegung. In: Soziale Welt, Jg. 35, Heft 3, 313-329.

Melucci, Alberto 1980: The New Social Movements: A Theoretical Approach. In: Social Science Information, Jg. 19, Heft 2, 199-226.

Meyer, David S./Tarrow, Sidney 1998: A Movement Society: Contentious Politics for a New Century. In: Meyer, David S./Tarrow, Sidney (Hg.): The Social Movement Society. Contentious Politics for a New Century. Lanham, Boulder, New York, Oxford, 1-28.

Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter 1993: Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. In: Soziale Welt, Jg. 44, Heft 3, 305-326.

Peterson, Abby/Wahlström, Mattias/Wennerhag, Magnus 2015: European Anti-Austerity Protests - Beyond "Old" and "New" Social Movements? In: Acta Sociologica, Jg. 58, Heft 4, 293-310.

*Psimittis*, *Michalis* 2011: The Protest Cycle of Spring 2010 in Greece. In: Social Movement Studies, Jg. 10, Heft 2, 191-197.

Raschke, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Rokkan, Stein 2000: Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main/New York: Campus.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Rucht, Dieter/Baumgarten, Britta 2013: Die Protestierenden gegen "Stuttgart 21". Einzigartig oder typisch? In: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, 97-125.

Rüdig, Wolfgang/Karyotis, Georgis 2014: Who Protests in Greece? Mass Opposition to Austerity. In: British Journal of Political Science, Jg. 44, Heft 3, 487-513.

Schreier, Christian (Hg.) 2015: 25 Years After. Mapping Civil Society in the Visegrád Countries. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Tejerina, Benjamín / Perugorría, Ignacia/ Benski, Tova/Langman, Lauren 2013: From Indignation to Occupation: A New Wave of 28 Themenschwerpunkt

Global Mobilization. In: Current Sociology, Ig. 61, Heft 4, 377-392.

*Tilly*, *Charles* 1978: From Mobilization to Revolution. New York: Random House.

Walgrave, Stefaan/Rucht, Dieter (Hg.) 2010: The World Says No to War. Demonstrations Against the War on Iraq. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Zajak, Sabrina 2014: A Political Economic View of Social Movements. New Perspectives and Open Questions. In: Moving the Social, Heft 50/2013, 121-142.

Zwick, Michael M. 1990: Neue soziale Bewegungen als politische Subkultur. Zielsetzung, Anhängerschaft, Mobilisierung – eine empirische Analyse. Frankfurt/Main: Campus.

# Öffentliche Reaktionen auf die große Rezession im europäischen Vergleich

Manlio Cinalli/Marco Giugni

In Zeiten tiefer Krise und damit einhergehender wirtschaftlicher Härten kann sich Unzufriedenheit in kollektiven Reaktionsformen, wie z.B. Protestverhalten, zeigen. So führten die Reaktionen der Politik auf die 2008 begonnene Krise, die als "große Rezession" bekannt wurde (Bermeo/Bartels 2014) - z.B. Kürzungen öffentlicher Ausgaben - in einigen europäischen Ländern und anderswo zu massiven Protesten (Baumgarten 2012; Fuster Morell 2012; Karamichas 2009; Taylor-Gooby 2013). Auch ist bereits gezeigt worden, dass Politikveränderungen der EU in einigen Bereichen (z.B. Fischerei und Landwirtschaft) in Ländern wie Frankreich und Spanien (Uba/Uggla 2011) häufig von aktiven Protesten begleitet werden.

Die Analyse kollektiver Reaktionen auf Wirtschaftskrisen steht im Zusammenhang mit einem breiteren Forschungsinteresse daran, mit welchen politischen Interventionsformen sich organisierte Akteure im öffentlichen Raum äußern. Dazu gehören strategische Sprechakte mit explizit politischen Zwecken. Da unterschiedliche Akteurstypen auf höchst vielfältige Arten politisch intervenieren (Sanders 1997; Tilly 1978; Young 2000), muss eine systematische Analyse des öffentlichen Raumes alle möglichen Reaktions- und Interventionsformen einschließen, darunter vollständig diskursive Formen (z.B. öffentliche Äußerungen,

Pressemitteilungen, Veröffentlichungen und Interviews), konventionelle Formen politischen Handelns (z.B. Gerichtsverfahren oder Petitionen) und Protestformen wie Demonstrationen und politische Gewalt. Diese Vielzahl von Interventionsformen erkennt die Bedeutung des öffentlichen Raumes als einzigartiges Feld, in dem eine große Pluralität von Akteuren existieren und interagieren kann, um die jeweiligen Ansichten, gegenseitigen Konflikte, ausgehandelten Vereinbarungen etc. zu bekräftigen. Zu diesen Akteuren zählen mächtige politische Entscheider und politische Eliten sowie Wirtschaftsakteure, Interessengruppen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen. Damit gibt es unterschiedliche Typen von "Öffentlichkeiten", die Gegenstand politischer Entscheidungen sind (Bassoli/Cinalli im Erscheinen; Cinalli 2004, 2007).

Dieser Betrag möchte zeigen, dass europäische Bürger auf die Wirtschaftskrise reagierten, indem sie als organisierte kollektive Akteure durch politische Claims zu krisenbezogenen Themen im öffentlichen Raum intervenierten. Zu diesem Zweck untersuchen wir öffentliche Debatten zur großen Rezession mit einem breiten Blick, der nicht nur diejenigen Länder einschließt, die unter der Krise gelitten haben, sondern auch Länder, die von ihr verschont geblieben sind. Diese Länder sind Frankreich, Deutschland, Griechenland,

Italien, Polen, Spanien, Schweden, die Schweiz und Großbritannien.

Unsere Methode basiert auf der Political Claims Analysis (Hutter 2014; Koopmans/ Statham 1999). Dieser Ansatz ermöglicht uns, ein größeres Spektrum von Akteuren, Aktionsformen und Themen abzudecken als in der Bewegungs- und Protestforschung sonst üblich. Auch können wir den Inhalt von Claims, definiert als verbaler oder physischer Ausdruck einer politischen Meinung im öffentlichen Raum, detaillierter untersuchen. Auch sei darauf hingewiesen, dass diese Methode auf einer systematischen Analyse von Medienberichten beruht und damit eine konkrete Anwendung bietet, um unser Verständnis des öffentlichen Raumes zu operationalisieren. In einem großen Gemeinwesen wie dem Staat ist es nicht möglich, dass alle Akteure öffentlich und direkt von Angesicht zu Angesicht miteinander interagieren. Also müssen sie sich zu erheblichen Teilen auf die Medien beziehen, um den öffentlichen Raum zu betreten und zu gestalten, z.B. durch Meinungsäußerungen, Debattieren über das Für und Wider unterschiedlicher Politikoptionen oder Aufrufe an die allgemeine Bevölkerung zur Unterstützung einzelner Optionen. Wir führen eine weitreichende Untersuchung politischer Interventionen in Medienberichten während der Krise durch und gelangen so zu einer systematischen Analyse von Akteuren und ihren Handlungen, der angesprochenen Themen, der Objekte ihrer politischen Interventionen sowie Bezugsrahmen, Interpretationen und potentielle Akteure, die für die Situation verantwortlich gemacht werden.

Im Besonderen nutzen wir eine repräsentative Stichprobe, die alltägliche Debatten über die Krise beinhaltet. Die Daten wurden im Kontext des EU-finanzierten LIVEWHAT-Projektes erhoben und beziehen sich auf verfügbare Daten für den Zeitraum 2008-2014.¹ Die Claims wurden durch Zufallsstichproben von etwa 1.000 Claims pro Land (bei einer Gesamtstichprobe von 9.033 Claims) erhoben, die in jedem Land aus fünf Zeitungen ausgewählt wurden und den Zeitraum zwischen 2005 und 2014 abdecken (für Griechenland und Polen wurde die An-

zahl der Zeitungen aus praktischen Gründen eingeschränkt). Für die Kodierung wurden die folgenden Zeitungen verwendet: Repubblica, La Stampa, Corriere della Sera, Secolo XIX und Sole 24 Ore in Italien; Neue Zürcher Zeitung, Blick, Tagesanzeiger, Le Matin und Le Temps in der Schweiz; Bild, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Welt und Frankfurter Rundschau in Deutschland; Daily Mail, Daily Mirror, The Guardian, The Sun und The Times in Großbritannien; Dagens Nyheter, Svenska Dagbladet, Aftonbladet, Göteborgs Posten und Norrbottens-Kuriren in Schweden; Libération, Le Figaro, Le Monde, Le Parisien und La Tribune in Frankreich; El Pais, La Vanguardia, El Periodico de Catalunya, ABC und El Mundo in Spanien; Kathimerini, Rizospastis, Ta Nea und To Vima in Griechenland; Dziennik Gazeta Prawna, Gazeta Wyborcza, Rzeczcospolita und Fakt in Polen. Die Zeitungen wurden ausgewählt, um eine möglichst repräsentative und unverzerrte Stichprobe zu erhalten. Daher haben wir sowohl qualitative hochwertige Zeitungen als auch Boulevardzeitungen einbezogen. Auch umfasst die Analyse Zeitungen unterschiedlicher politischer Orientierungen und "neutralere" Zeitungen. Alle Artikel, die eines oder mehrere der drei Worte "Krise", "Rezession" oder "Austerität" beinhalteten, wurden ausgewählt und kodiert, sofern sie sich auf die Wirtschaftskrise bezogen. Die Artikel wurden per Stichwortsuche aus allen Bereichen der Zeitungen ausgewählt, mit Ausnahme von Leitartikeln.

Hier stellen wir einen länderübergreifenden Überblick zu den Reaktionen organisierter Akteure im öffentlichen Raum auf die große Rezession zwischen 2008 und 2014 vor.<sup>2</sup> Wir untersuchen die Haupteigenschaften der Claims, im Einzelnen den Akteur, welcher den Claim äußert (Subjekt), die Form des Claims, das angesprochene Thema, den Akteur, auf den sich der Claim bezieht (Objekt), sowie die Zuweisung von Schuld und den argumentativen Rahmen (Frame), der notwendig ist, um den Claim kognitiv zu verstehen. Die Analyse vergleicht drei Ländergruppen: Länder, die von der Wirtschaftskrise stark betroffen wa-

ren (starke Auswirkung); Länder, die nicht betroffen waren (schwache Auswirkung); und eine dritte Gruppe von Ländern, die sich zwischen diesen beiden Polen befanden (mittlere Auswirkung). Auf Basis allgemeiner Kenntnisse der Lage in den neun Ländern sowie im Rahmen des LIVEWHAT-Projektes gewonnener kontextueller Daten (hauptsächlich zu Indikatoren wirtschaftlicher Rezession) ordnen wir Griechenland, Italien und Spanien der ersten Kategorie zu; Deutschland, Polen und Schweden der zweiten Gruppe; und Frankreich und Großbritannien der dritten Gruppe. Durch diese zugegeben etwas grobe Klassifizierung erhoffen wir uns Hinweise darauf, ob der Schweregrad der Krise die Strukturen des entsprechenden Diskursfeldes geprägt hat

#### 1 | Akteure und Formen

Tabelle 1 zeigt die Verteilung von Claims nach wichtigstem Akteur-Subjekt. Mit dieser Variab-

len erhalten wir in klares Bild der Sender und damit eine Antwort auf die einfache Frage: "Wer äußert sich?" Die generierten Zahlen unterscheiden einerseits nach den wichtigsten Entscheidungsträgern im politischen Feld (Akteure, die zusätzlich zu ihren weniger öffentlichen Entscheidungsfunktionen Claims aufstellen), andererseits nach zivilgesellschaftlichen Akteuren, die im öffentlichen Raum primär über Äußerungen intervenieren (was wahrscheinlich auch Entscheidungsprozesse beeinflusst). Dabei stellen wir die Mittlerposition von Wirtschaftsakteuren als wichtige Interessenvertreter in der Krise besonders heraus. Wenn wir Länder nach Intensität der Wirtschaftskrise (entlang des Kontinuums von "schwach" zu "stark") unterscheiden, um zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Intensität sich auf die Hauptakteure im öffentlichen Raum auswirkt, zeigt sich ein interessantes Muster. Die Ergebnisse legen nahe, dass die Wirtschaftskrise für Wirtschaftsakteure den Raum verengt und es für sie schwerer macht, ihre Bedenken zu

Tabelle 1: Sender von Claims zur Wirtschaftskrise nach Stärke der Krise, in %

|                                      | Stark | Mittel | Schwach |
|--------------------------------------|-------|--------|---------|
| Staatliche Akteure und Parteiakteure | 58,4  | 46,3   | 45,0    |
| Staatliche Akteure                   | ,     | ,      | ,       |
|                                      | 46,6  | 30,9   | 36,1    |
| Parteien und Politiker               | 11,8  | 15,5   | 9,0     |
| Wirtschaftliche Akteure              | 9,4   | 20,6   | 30,3    |
| Zivilgesellschaftliche Akteure       | 31,8  | 32,0   | 23,1    |
| Andere professionelle Organisationen | 17,1  | 16,5   | 15,6    |
| Arbeitnehmerorganisationen           | 10,0  | 10,5   | 5,0     |
| Gruppenspezifische Organisationen    | 1,4   | 1,9    | 0,8     |
| Solidaritäts-, Menschenrechts- und   |       |        |         |
| wohltätige Organisationen            | 1,2   | 1,7    | 0,4     |
| Andere zivilgesellschaftliche        | 2,1   | 1,4    | 1,3     |
| Unbekannte/unbenannte Akteure        | 0,5   | 1,0    | 1,6     |
|                                      | 100   | 100    | 100     |
| N                                    | 2.969 | 1.841  | 3.921   |

Pearson Chi2(16) = 627,7; Pr = 0.00, Cramer's V = 0.19 Pearson Chi<sup>2</sup>(6) = 496,6; Pr = 0.00, Cramer's V = 0.17

Quelle: Eigene Darstellung

<sup>&</sup>quot;Organisationen" bezieht sich auf formelle und informelle Gruppen.

äußern. Unsere Ergebnisse zeigen, dass sich wirtschaftsnahe Akteure im Kontext starker Krisen prozentual dreimal weniger Claims äußern als in Kontexten geringer wirtschaftlicher Krisen.

Diese Ergebnisse sind nur auf den ersten Blick widersinnig. Tatsächlich bestätigen sie wesentliche Grundlagen von Theorien zu kontroversem politischen Handeln (Tilly 1978; Tilly et al. 2006): Alles, was Anlass zur Sorge gibt – sogar epochale Krisen und systemische Rezessionen –, hängt von den spezifischen Interventionen unterschiedlicher Akteurstypen im öffentlichen Bereich ab. Einfacher gesagt: Die Krise wird erst über die kontroversen Dynamiken politisch relevant, die Akteure inner- und außerhalb der Politik dazu generieren. Gleichzeitig mindert sie die Rolle von wirtschaftsnahen Akteuren (die am meisten Anlass zur Sorge haben).

Betrachten wir die Situation in einzelnen Ländern, ist festzustellen, dass es hinsichtlich öffentlicher Claims spezifische nationale Dynamiken gibt, die in einer Tabelle, die nur das Kontinuum "schwach zu stark" abbildet, nicht erfasst werden. In Deutschland fällt auf, dass Claims häufig von Eliten ausgehen und sich auf den Staat beziehen. Der öffentliche Bereich in diesem Land ist sehr geprägt von politischen Akteuren, während Wirtschaftsinteressen und Zivilgesellschaft nur in geringem Maße intervenieren. Im Gegensatz dazu gibt es im öffentlichen Bereich Italiens eine stärkere Dynamik von unten nach oben. Dort zeigt sich das Vorhandensein einer lautstarken Zivilgesellschaft, die sich gegen die leiseren staatlichen Akteure und Wirtschaftsinteressen stellt. In Polen gibt es ebenfalls eine erhebliche Präsenz zivilgesellschaftlicher Akteure im öffentlichen Raum. Am bemerkenswertesten ist hier jedoch die Kennzahl zur außerordentlichen Sichtbarkeit professioneller Organisationen (die es so in keinem anderen Land gibt). Sie steht im Einklang mit der hohen Sichtbarkeit von Wirtschaftsakteuren im polnischen Beispiel. Jedoch zeichnet sich nur das schwedische Beispiel durch eine starke Präsenz von Wirtschaftsinteressen auf der einen gegenüber politischen Akteuren und Zivilgesellschaft auf der anderen Seite aus. Die

Sichtbarkeit von Wirtschaftsakteuren ist auch in der Schweiz und Großbritannien gegeben, wobei in Großbritannien die Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren stärker ist und in der Schweiz die Rolle von Wirtschaftsakteuren. Zuletzt ist Frankreich interessant: Dort sind Arbeitnehmervertreter, gruppenspezifische Organisationen und unterschiedliche wohltätige NGOs für die höchste Anzahl von Claims von zivilgesellschaftlichen Akteuren verantwortlich und bilden so die spezifische gesellschaftliche Rolle dieser Organisationen ab.

Nach Studien aus komparativer Politik, Soziologie und Ökonomie wäre zu erwarten, dass Meinungsäußerungen in ähnlich strukturierten Ländern länderübergreifend zu höheren Modellen zusammenfließen. Das ist aber nicht der Fall. So sind z.B. die Claims in Griechenland wegen der hohen Präsenz politischer Eliten im öffentlichen Raum ähnlich gelagert wie in Deutschland. Obwohl die politischen Entwicklungen in Griechenland (darunter mehrere Wahlen im Zeitraum 2008 bis 2014) sicherlich zur Staatszentrierung der Meinungsäußerungen beitrugen, folgt überraschenderweise ein weiterer mediterraner Staat dem deutschen Muster - nämlich Spanien. Aus der Krise ergeben sich jedoch noch weitere ungewöhnliche Paarungen. Italien ist Frankreich ähnlicher als Griechenland und Spanien, Großbritannien ist Polen ähnlicher als die Schweiz, und in Schweden vernimmt man die Stimmen der Arbeiter, des Kapitals und der Zivilgesellschaft nur schwach.

Tabelle 2 enthält Daten zur Analyse der Aktionsformen und des Mobilisierungsrepertoires, beantwortet also die Frage "Mit welcher Aktion wird ein Claim in den öffentlichen Raum eingebracht?" Dabei zeigt sich, dass es weniger offensichtliche Muster gibt, Länder in das Kontinuum von schwach bis stark einzuordnen. Doch zeigen die Zahlen insgesamt, dass krisenbetroffenere Kontexte einhergehen mit größerer Sichtbarkeit von Protestaktionen (welche die schwache Ausprägung verbaler Äußerungen kompensieren). Ein weiterer wichtiger Befund ist, dass alternative Formen von Resilienz kaum geeignet sind, im öffentlichen Raum sichtbar zu werden.

Ν

|                                  | Stark | Mittel | Schwach |  |
|----------------------------------|-------|--------|---------|--|
| Rechtsverbindliche Handlungen    | 11,0  | 2,5    | 7,5     |  |
| Repressive Maßnahmen             | 0,1   | 0,1    | 0,1     |  |
| Politische Entscheidungen        | 10,8  | 2,4    | 7,4     |  |
| Verbale Äußerungen               | 81,5  | 90,8   | 90,0    |  |
| Protestaktionen                  | 6,7   | 6,6    | 2,4     |  |
| Konventionelle Protestaktionen   | 1,8   | 3,8    | 1,1     |  |
| Demonstrative Protestaktionen    | 2,6   | 2,2    | 1,0     |  |
| Konfrontative Protestaktionen    | 2,1   | 0,5    | 0,3     |  |
| Gewalttätige Protestaktionen     | 0,2   | 0,1    | 0,1     |  |
| Alternative Formen von Resilienz | 0,8   | 0,1    | 0,1     |  |
|                                  | 100   | 100    | 100     |  |

2.961

1.796

Tabelle 2: Formen von Claims zur Wirtschaftskrise nach Stärke der Krise, in %

Pearson Chi<sup>2</sup>(14) = 299,8; Pr = 0.00, Cramer's V = 0.13 Pearson Chi<sup>2</sup>(6) = 238,2; Pr = 0.00, Cramer's V = 0.12

Quelle: Eigene Darstellung

3.876

Ein genauerer Blick auf einzelne Länder bestätigt wiederum das Vorhandensein nationaler Besonderheiten zwischen den zwei Polen eines sehr homogenen (Schweden) und eines sehr heterogenen Repertoire (Italien). Unserer Analyse nach korrespondieren staatszentrierte Claims in Deutschland mit einer hohen Anzahl an politischen Entscheidungen. Bei den anderen staatszentrierten Ländern lässt sich in Spanien, nicht iedoch in Griechenland ein ähnliches Muster finden. Italien unterscheidet sich von Frankreich durch die höhere Anzahl an politischen Entscheidungen (trotz einer vergleichbar hohen Präsenz zivilgesellschaftlicher Akteure in beiden Ländern). Polen und Großbritannien sind einander erneut ähnlicher, als es nach der vorhandenen Literatur aus Komparatistik, Soziologie und Ökonomie zu erwarten wäre.

#### 2 | Themen und Objekte

Tabelle 3 zeigt die Themen der Claims, oder – einfacher gesagt – ihren Inhalt, also die Antwort auf die Frage "Was sollte getan werden?"

Unseren Befunden nach decken Claims zu Makroökonomie, Arbeit und Arbeitslosigkeit, Sozialpolitik, Wirtschaftstätigkeit und innerstaatlichem Handel den Großteil der Themen ab, unabhängig von der Intensität der Krise. Da sich in allen Ländern die entsprechenden Claims nur auf ein kleines Themenspektrum beziehen, gibt es geringfügige Variationen entlang des Kontinuums von starker zu schwacher Krisenintensität. Doch tauchen Arbeit und Arbeitslosigkeit häufiger auf, wenn die Staaten stärker betroffen sind. Auch ist zu beobachten, dass es bei weniger diskutierten Themen, darunter vor allem internationale Politik, ein ähnliches Muster gibt.

Einige nationale Besonderheiten werden in der Tabelle 3 nicht abgebildet. Hinsichtlich der Häufigkeit von Claims zu makroökonomischen Themen befinden sich Spanien (größte Häufigkeit) und Großbritannien (geringste Häufigkeit) an entgegengesetzten Enden der Skala. In Italien ist die Diskussion über Arbeit und Arbeitslosigkeit am intensivsten, während Frankreich im Ländervergleich die meisten

Claims zu Wirtschaftsaktivität und innerstaatlichem Handel aufweist. In Deutschland gibt es dafür keine Diskussion zu sozialpolitischen Themen.

Tabelle 4 zeigt die Verteilung von Claims nach den Objekten, auf die sie sich richten. Wir

beantworten damit die Frage "Welcher ist der Hauptakteur, dessen Interessen berührt sind?" Diese Darstellung legt ein enges Verständnis zugrunde, nach dem nur direkt genannte und auf den Claim bezogene Akteure als Objekte in diesem Sinne kodiert werden. Das Ergebnis ist

Tabelle 3: Themen von Claims zur Wirtschaftskrise nach Stärke der Krise, in %

|  | Stark | Mittel | Schwach |  |
|--|-------|--------|---------|--|
| Sozioökonomische Themen                          | 54,7  | 71,2   | 59,1    |  |
| Makroökonomie                                    | 42,4  | 56,5   | 52,0    |  |
| Arbeit und Arbeitslosigkeit                      | 10,3  | 8,3    | 7,0     |  |
| Sozialpolitik                                    | 1,9   | 3,9    | 1,5     |  |
| Wirtschaftstätigkeit und innerstaatlicher Handel | 0,2   | 5,8    | 0,1     |  |
| Andere Themen                                    | 45,3  | 28,8   | 41,0    |  |
| Menschenrechte, bürgerliche Freiheit             | en    |        |         |  |
| und Diskriminierung                              | 1,1   | 1,6    | 0,5     |  |
| Gesundheit                                       | 1,4   | 0,8    | 0,7     |  |
| Landwirtschaft                                   | 1,0   | 1,0    | 0,3     |  |
| Bildung, Kultur und Sport                        | 5,0   | 1,0    | 2,2     |  |
| Umwelt   | 0,9   | 0,7    | 0,7     |  |
| Energie  | 0,9   | 0,3    | 0,6     |  |
| Einwanderung und Integration                     | 0,4   | 0,6    | 0,6     |  |
| Transport  | 1,4   | 1,4    | 0,7     |  |
| Recht und öffentliche Ordnung                    | 3,9   | 0,5    | 2,7     |  |
| Urbane und regionale Politik                     | 15,6  | 11,0   | 23,0    |  |
| Verteidigung                                     | 0,3   | 0,1    | 0,3     |  |
| Wissenschaft                                     | 1,0   | 0,4    | 1,7     |  |
| Außenhandel                                      | 1,8   | 0,7    | 2,6     |  |
| Internationale Beziehungen                       | 9,8   | 2,7    | 2,1     |  |
| Regierung und öffentliche Verwaltun              | g 0,1 | 1,1    | 0,1     |  |
| Staatliche Ländereien und                        | ,     | ,      |         |  |
| Wasserversorgung                                 | 0,9   | 1,0    | 0,7     |  |
| Andere Bereiche                                  | 0,0   | 0,5    | 0,0     |  |
|  | 100   | 100    | 100     |  |
| N  | 2.851 | 1.752  | 3.862   |  |

Pearson  $Chi^2(40) = 1.1e+03$ ; Pr = 0,00; Cramer's V = 0,25 Pearson  $Chi^2(2) = 170,56$ ; Pr = 0,00; Cramer's V = 0,14

Quelle: Eigene Darstellung

ein hoher Anteil ungenannter oder unspezifischer Objekte. Darunter befinden sich implizite Objekte der Claims, wenn beispielsweise die "normalen Leute", die Bürger oder die Gesellschaft betroffen sind.

Ein Ländervergleich nach Intensität der Wirtschaftskrise bestätigt die bisherigen Erkenntnisse zur Akteurs-Subjekt-Variablen. Damit trägt die Intensität der Krise unter Umständen dazu bei, die Rolle von Wirtschaftsakteuren im öffentlichen Raum zu vermindern, während gleichzeitig die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure gegenüber politisch Handelnden und dem Staat ansteigt.

Tabelle 4: Objekte der Claims zur Wirtschaftskrise nach Stärke der Krise, in %

|  | Stark | Mittel | Schwach |  |
|--|-------|--------|---------|--|
| Staatliche Akteure und Parteiakteure                             | 11,7  | 24,13  | 12,3    |  |
| Staatliche Akteure   | 10,6  | 21,59  | 11,6    |  |
| Parteien und Politiker   | 1,11  | 2,54   | 0,7     |  |
| Wirtschaftliche Akteure  | 25,9  | 35,12  | 37,3    |  |
| Zivilgesellschaftliche Akteure                                   | 25,7  | 13,80  | 17,6    |  |
| Andere professionelle Organisationen                             | 3,8   | 2,16   | 2,7     |  |
| Arbeitnehmerorganisationen                                       | 16,1  | 8,71   | 11,9    |  |
| Gruppenspezifische Organisationen                                | 5,1   | 2,00   | 2,4     |  |
| Solidaritäts-, Menschenrechts-<br>und wohltätige Organisationen, | 0,2   | 0,76   | 0,1     |  |
| Andere zivilgesellschaftliche                                    | 0,5   | 0,16   | 0,5     |  |
| Unbekannte/unbenannte Akteure                                    | 36,7  | 26,95  | 32,7    |  |
|  | 100   | 100    | 100     |  |
| N  | 2.965 | 1848   | 3.918   |  |

Pearson Chi<sup>2</sup>(16) = 394,79; Pr = 0,00; Cramer's V = 0,15

Pearson Chi<sup>2</sup>(6) = 344,08; Pr = 0,00; Cramer's V = 0,14 "Organisationen" bezieht sich auf formelle und informelle Gruppen.

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Betrachtung nationaler Besonderheiten außerhalb von Tabelle 4 finden wir einige wichtige länderübergreifende Variationen, die zu bisherigen Annahmen aus Komparatistik, Soziologie und Ökonomie passen. Insbesondere zeigt eine Analyse der Claimmuster zu politischen Akteuren und dem Staat als hauptsächlichem Akteurs-Objekt, dass die beiden Länder, in denen es einen sozialen Wohlfahrtsstaat gibt – Deutschland und Frankreich – sich auf demselben Pol befinden. Er zeichnet sich durch weitreichende Claims zu institutionellen

Akteuren aus. Polen hingegen befindet sich zusammen mit der Schweiz am anderen Ende des Kontinuums. Dort werden fast gar keine Claims zu institutionellen Akteuren getätigt, womit sich auch die Existenz von ausgeprägt residual-liberalen Entwicklungen bestätigt. Die dem südlichen Modell folgenden Länder – Griechenland, Italien und Spanien – sind einander ähnlich. Nur im Fall Großbritanniens, das mehr Ähnlichkeiten mit den südlichen Ländern als mit dem liberal-residualen Pol aufweist (was zu erwarten wäre), greifen konventionelle

Erkenntnisse nicht. Jedoch zeigen die spezifisch nationalen Zahlen zu Wirtschaftsakteuren und Zivilgesellschaft kein vergleichbares Muster. In Deutschland, Italien, Schweden und Großbritannien beziehen sich Claims häufig auf Wirtschaftsakteure, in Polen, Griechenland und Italien eher auf zivilgesellschaftliche Akteure. Weiter ist festzustellen, dass sich Claims in einigen Ländern (Griechenland und Italien) nach wie vor auf den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital beziehen, während sie in anderen Ländern (Großbritannien und in geringerem Maße Spanien) in einem post-kapitalistischen Kontext stehen.

#### 3 | Frames

Die Variable "Sichtbarkeit von Wirtschaftsakteuren im öffentlichen Raum", als hauptsächliche Akteurs-Subjekte wie als Akteurs-Objekte, verlangt eine detaillierte Analyse ökonomischer Frames gegenüber anderen wichtigen rechtlichen oder politischen Frames. Tabelle 5 zeigt eine Analyse der diagnostischen Frames, also welche Ursachen nach Ansicht der Akteure für einen bestimmten Aspekt der Krise verantwortlich sind. Auch hier bestätigt sich die Annahme, dass Claims mit wirtschaftlichen Inhalten bei zunehmender Intensität der Krise an Bedeu-

Tabelle 5: Diagnostische Frames von Claims zur Wirtschaftskrise nach Stärke der Krise, in %

|                                   | Stark | Mittel | Schwach |  |
|-----------------------------------|-------|--------|---------|--|
| Wirtschaftliche Ursachen          | 38,7  | 57,9   | 61,1    |  |
| Rechtliche, administrative und    |       |        |         |  |
| regulatorische Ursachen           | 34,3  | 23,8   | 13,7    |  |
| Politische Ursachen               | 18,3  | 7,5    | 11,6    |  |
| Andere diagnostische Bezugsrahmen | 8,7   | 10,9   | 13,5    |  |
|                                   | 100   | 100    | 100     |  |
| N                                 | 1.014 | 1.270  | 1.376   |  |

Pearson Chi<sup>2</sup>(6) = 237,34; Pr = 0.00; Cramer's V = 0.18

Quelle: Eigene Darstellung

tung verlieren. Wirtschaftliche Frames sind vor allem in Kontexten schwach ausgeprägter Krise relevant, wohingegen bei starker Krise politische Frames am bedeutendsten sind. Hinsichtlich nationaler Besonderheiten zeigt sich hier, dass wirtschaftliche Ursachen in allen betrachteten Ländern für relevant gehalten werden. Eine wichtige Ausnahme bildet Italien, wo rechtliche, administrative und regulatorische Ursachen in der Wahrnehmung überwiegen. Auch in Griechenland, wo politische Ursachen zu den wichtigen Frames zählen, finden sich einige Gegenstimmen.

Tabelle 6 zeigt die Verteilung von Claims aufgeschlüsselt nach Akteuren, die explizit für die Krise beschuldigt werden. Ein Vergleich auf dem "schwach zu stark"-Kontinuum bestätigt bisherige Ergebnisse zu den beiden Variablen Akteur-Subjekt und Akteur-Objekt. Bei höherer Krisenintensität wird die Schuld eher bei zivilgesellschaftlichen und institutionellen Akteuren als bei Wirtschaftsakteuren verortet.

Bei einer Betrachtung nationaler Besonderheiten hinter dem "stark zu schwach"-Kontinuum finden sich nur wenige länderübergreifende Variationen, die sich mit etablierten Mustern aus Komparatistik, Soziologie und Ökonomie erklären lassen. Frankreich und Deutschland sind sich insofern ähnlich, als das in beiden Ländern häufig Wirtschaftsakteure beschuldigt werden. Doch bei anderen zu erwartenden Kombinationen ist dies nicht der Fall. Griechenland, Italien und Spanien sind einander recht unähnlich (wobei ausschließlich in Italien

|                                | Stark | Mittel | Schwach |  |
|--------------------------------|-------|--------|---------|--|
| Staats- und Parteiakteure      | 71,7  | 58,1   | 46,3    |  |
| Wirtschaftliche Akteure        | 14,5  | 31,6   | 34,9    |  |
| Zivilgesellschaftliche Akteure | 7,0   | 5,5    | 2,3     |  |
| Unbekannte/unbenannte Akteure  | 6,7   | 4,8    | 16,6    |  |
|                                | 100   | 100    | 100     |  |
| N                              | 683   | 924    | 441     |  |

Tabelle 6: Beschuldigte Akteure in Claims zur Wirtschaftskrise nach Stärke der Krise, in %

Pearson Chi<sup>2</sup>(6) = 153,44; Pr = 0.00; Cramer's V = 0.19

Quelle: Eigene Darstellung

häufig Wirtschaftsakteure die Schuld zugewiesen bekommen), und Großbritannien liegt nun näher bei Frankreich und Deutschland. Auffallend ist auch, dass in Schweiz der Prozentsatz derjenigen, welche Wirtschaftsakteure beschuldigen, am allerhöchsten ist: Jeder zweite Claim richtet sich gegen einen Wirtschaftsakteur.

## 4 | Fazit

Dieser Beitrag befasste sich mit den Reaktionen organisierter kollektiver Akteure im Kontext der großen Rezession zwischen 2008 und 2014. Über eine umfangreiche Untersuchung des öffentlichen Raumes, in dem sich politische Akteure und organisierte Teile der Öffentlichkeit verschränken, in Konkurrenz und womöglich im Widerstreit miteinander stehen, erstellten wir eine stabilere und weitreichendere Analyse der Krise, die über deren unmittelbare, dramatischste und spektakulärste Ereignisse hinaus ging. Das Hauptziel war, zu zeigen, wie europäische Bürger im öffentlichen Raum, vermittelt durch die Medien, auf die große Rezession reagierten. Dabei nutzten wir einen weiten Blickwinkel, der nicht nur Länder betrachtete, die von der Krise stark betroffen waren, sondern auch solche, die nur wenig berührt waren.

Wie unsere Ergebnisse zeigen, ist eine Unterscheidung anhand des "schwach zu stark"-Kontinuums ein sinnvolles Interpretationsinstrument, da öffentliche Debatten zur großen Rezession je nach Intensität der Krise im Land unterschiedliche Dynamiken aufweisen können. Die Unterscheidung erwies sich als unmittelbar nützlich für die Analyse, da unseren Befunden nach Wirtschaftsakteure und wirtschaftliche Frames vor allem in Ländern überwogen, in denen die Wirtschaftskrise nur gering ausgeprägt war.

Einerseits zeigte die Untersuchung, dass die öffentliche Debatte offenbar zu großen Teilen von makroökonomisch geprägten Diskursen beherrscht wird. Vor allem in Ländern mit schwach ausgeprägter Krise gibt es wenig Kontroversen über die politischen Dimensionen der großen Rezession, was wiederum Wirtschaftsakteuren (trotz ihres geringen Grolls) Raum für eigene Interventionen ermöglicht. In diesem Fall ist zu bemerken, dass Debatten über die Wirtschaftskrise von politischen Entscheidern und dem Staat dominiert werden. Manchmal bringen sich auch bestimmte professionelle Organisationen und Experten ein, die höchstwahrscheinlich politische Entscheider und den Staat mit Fachwissen zur Krise versorgen.

Somit lässt sich eine erste Form konsensueller Krisenpolitik in Europa beobachten: eine Klientelpolitik, die von staatlichen Akteuren, Wirtschaftsgruppen und staatlich finanzierten Interessengruppen getragen wird und sich hauptsächlich verbal äußert. In diesem Kontext haben auch Arbeitnehmerorganisationen wenig zu wichtigen politischen "Reformen" zu sagen, die als Reaktion auf die (gering ausgeprägte) Krise auf dem Arbeitsmarkt vorangetrieben werden. Dies bedeutet, dass Wirtschaftsakteure dort, wo ihre Interessen bedroht sind, keine große Sichtbarkeit erhalten. In Kontexten, die nur wenig Anlass zur Sorge bieten, nehmen ihre Stimmen jedoch den Hauptanteil aller Claims ein. Im öffentlichen Raum wird der Prozess der Befriedung durch politische Akteure getragen, gestützt von der Schwäche von Arbeitnehmerbewegungen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegenüber stärkeren politischen Akteuren wie Wirtschaftsorganisationen.

Andererseits kann Unzufriedenheit infolge wirtschaftlicher Not während der großen Rezession zu kollektiven Reaktionsformen wie beispielsweise Protestverhalten führen, wobei traditionelle Außenseiter strittiger Politik in den Bereichen Akteur-Subjekt, Akteur-Objekt, Frames etc. eine größere Rolle einnehmen. Dies zweite Claim-Muster wertet den öffentlichen Raum als einzigartiges gemeinschaftliches Feld auf, in dem eine große Vielzahl von Akteuren miteinander und gegeneinander interagiert, um Positionen, Allianzen und Konflikte auszutra-

gen. Die große Rezession ist damit nicht nur eine wirtschaftlich geprägte Krise, der durch die üblichen wirtschaftlichen Maßnahmen begegnet werden kann, sondern fällt durch ihren explizit politischen Charakter auf. Damit konnten einige Unternehmer (hauptsächlich Wirtschaftsgruppen und -interessen) die Idee der großen Rezession als politische Ressource nutzen, obwohl grundlegende Wirtschaftsindikatoren nicht den Kontext einer Wirtschaftskrise bestätigten. Vor allem jedoch bildete die große Rezession eine politische Arena, in der klassische politische Streitfragen zwischen politischen Insidern und unterschiedlichen Typen von außenstehenden "Öffentlichkeiten" verhandelt wurden. Eine direkte Verbindung zwischen der Besorgnis und demjenigen, der die Sorge äußert, fehlt zwar - jedoch ist dies mitnichten ein verwunderliches Ergebnis unserer Analyse. Wie erwähnt, existiert jegliche Beschwerde auch zu Zeiten der großen Rezession - vor dem Hintergrund kontroverser Dynamiken, die politische Insider und Außenseiter im selben Interventionsfeld verbinden. Die während der großen Rezession verhandelten Politiken sind dort am wichtigsten, wo sie den Kern neoli-



beraler Neuanpassungen des Arbeitsmarktes betreffen und somit Arbeitnehmer und Kapital gegeneinander ausspielen.

Neben der bedeutsamen Analyse einzelner Länder entlang des "schwach zu stark"-Kontinuums besteht eine weitere Dimension in der Analyse einzelner Länder. Zusammenfassend zeigen unsere Befunde, dass nationale Besonderheiten nach wie vor von großer Bedeutung sind, da politische Debatten zur Wirtschaftskrise in unterschiedlichen Ländern ihrer jeweils eigenen Logik folgten. Diese nationalen Besonderheiten fließen nicht zu länderübergreifenden Modellen zusammen, auch folgen sie selten etablierten Erklärungsansätzen aus Komparatistik, Soziologie und Ökonomie. Die Sichtbarkeit heterogener öffentlicher Räume in Europa zeigt, dass die globale Wirtschaftskrise im Wesentlichen innenpolitisch begriffen wurde. Dies bestätigt erneut die Annahme, dass die große Rezession aufgrund der politischen Interessen vieler politischer Akteure in unterschiedlichen Bereichen des nationalstaatlichen politischen Spektrums eine wichtige Rolle dabei spielen kann, traditionelle Politik neu aufzuwerten.

Manlio Cinalli ist Politikwissenschaftlicher und Forschungsdirektor an der Sciences Po (CEVIPOF) Paris. Kontakt: manlio.cinalli@sciencespo.fr.

Marco Giugni ist Professor am Department of Political Science and International Relations und Director des Institute of Citizenship Studies (InCite) an der Universität Genf. Kontakt: marco.giugni@unige.ch.

Aus dem Englischen übersetzt von Miriam Küller.

#### Anmerkungen

Die Ergebnisse dieses Beitrag wurden als Teil des Projektes "Living with Hard Times: How Citizens React to Economic Crises and Their Social and Political Consequences" (LIVEWHAT) erstellt. Das Projekt wurde von der Europäischen Kommission unter dem 7. Rahmenprogramm finanziert (Fördervertrag Nr. 613237). <sup>2</sup> Die Datenerhebung wurde erst kürzlich abgeschlossen und derzeit findet noch eine Datenbereinigung statt. Es kann daher noch zu kleineren Verschiebungen bei den Ergebnissen kommen. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, dass sich die grundsätzlichen Tendenzen mit solchen Korrekturen verändern.

#### Literatur

Ancelovici, Marcos 2011: In Search of Lost Radicalism: The Hot Autumn of 2010 and the Transformation of Labor Contention in France. In: French Politics, Culture & Society, Jg. 29, Heft 3, 121-140.

Bassoli, Matteo/Cinalli, Manlio forthcoming: Political Participation of Local Publics in the Unemployment Field: A Comparison of Lyon and Turin. In: Social Movements Studies.

Baumgarten, Britta 2012: "M12M," "M15M" and "M15O" - Differences and Linkages between Mobilization in Portugal and Spain. Paper vorgestellt auf der 19. International Conference, Council of European Studies, Boston, März 22.-24.

Beissinger, Mark/Sasse, Gwendolyn 2012: An End to Societal Patience? The Economic Crisis and Political Protest in Eastern Europe. Nuffield's Working Papers Series in Politics.

Bermeo, Nancy/Bartels, Larry (Hg.) 2014: Mass Politics in Tough Times: Opinions, Votes and Protest in the Great Recession. New York: Oxford University Press.

Cinalli, Manlio 2004: Horizontal Networks vs. Vertical Networks in Multi-Organisational Alliances: A Comparative Study of the Unemployment and Asylum Issue-Fields in Britain. EurPolCom Working Paper, Jg. 8, Heft 4. Leeds: University of Leeds.

Cinalli, Manlio 2007: Between Horizontal Bridging and Vertical Governance: Pro-Beneficiary Movements in New Labour Britain. In: Purdue Derrick (Hg.): Civil Societies and Social Movements: Potentials and Problems. London: Routledge, 88-108.

Fuster Morell, Mayo 2012: The Free Culture and 15M Movement in Spain: Composi-

tion, Social Networks and Synergies. In: Social Movement Studies, Jg. 11, Heft 3-4, 386-392.

Hutter, Swen 2014: Protesting Culture and Economics in Western Europe: New Cleavages in Left and Right Politics. Minneapolis: University of Minnesota Press.

*Karamichas, John* 2009: The December 2008 Riots in Greece. In: Social Movement Studies, Jg. 8, Heft 3, 289-293.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul 1999: Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. In: Mobilization, Jg. 4, Heft 2, 203-221.

*Kriesi*, *Hanspeter* 2011: Personalization of National Election Campaigns. In: Party Politics, Jg. 1, 1-20.

Machado, Fabiana/Scartascini, Carlos/ Tommasi, Marino 2011: Political Institutions and Street Protests in Latin America. In: Journal of Conflict Resolution, Jg. 55, Heft 3, 340-365.

Sanders, Lynn 1997: Against Deliberation. In: Political Theory, Jg. 25, Heft 3, 347-376.

*Taylor-Gooby, Peter* 2013: Riots, Demonstrations, Strikes and the Coalition Program. In: Social Policy and Society, Jg. 12, Heft 1, 1-15

*Tilly, Charles* 1978: From Mobilization to Revolution. Reading: Addison-Wesley.

*Uba, Katrin/Uggla, Fredrik* 2011: Protest Actions against the European Union, 1992-2007. In: West European Politics, Jg. 34, Heft 2, 384-393.

*Young, Iris* 2000: Inclusion and Democracy. Oxford: Oxford University Press.

## Schuldenkrise und Schuldfragen

# Verantwortungszuschreibungen zwischen Deutschland und Griechenland in der Eurozonen-Krise

Jochen Roose/Franziska Scholl/Moritz Sommer

Die Lage der deutsch-griechischen Beziehungen könnte besser sein, so scheint es. Die Eurozonen-Krise hat beide Länder ins Rampenlicht gerückt, allerdings in ganz unterschiedlichen Rollen. Griechenland ist von der Staatsfinanzkrise am stärksten betroffen, die Maßnahmen zur Eindämmung der Verschuldung sind dort am drastischsten, die soziale Krise am größten und der wirtschaftliche Niedergang ist dramatisch. Auf der anderen Seite steht Deutschland, dem es nicht nur wirtschaftlich gut geht, sondern dessen Regierung auch die Austeritäts- und Restrukturierungspolitik am prominentesten vertritt.

Diese besonderen Rollen hatten auch einen Effekt auf die öffentliche Auseinandersetzung. Die in griechischen Zeitungen gedruckten Bilder Merkels oder Schäubles im Nazi-Outfit wurden von zahlreichen deutschen Medien aufgegriffen. Andererseits erregte die Bild-Zeitung mit ihren Artikeln über die angeblich faulen "Pleite-Griechen" oder dem Vorschlag, Griechenland solle seine Inseln oder die Akropolis verkaufen, Empörung auf griechischer Seite. Diese prominenten gegenseitigen Bezüge, vor allem in Boulevard-Medien, scheinen auf eine intensive deutsch-griechische Auseinandersetzung hinzudeuten und sie stehen exemplarisch für die vielfach postulierte Nord-Süd-Spaltung in der Krise.

Gründe für eine solche Auseinandersetzung gibt es genug. Die Interessen und Standpunkte beider Länder in der Eurozonen-Krise sind grundverschieden. Eine konfliktreiche Auseinandersetzung über die Krisenursachen und Problemlösungen ist da eine naheliegende

Vermutung. Eine Debatte zwischen Akteuren aus beiden Ländern ist also erwartbar. In der Debatte um eine europäische Öffentlichkeit wurde immer wieder bemängelt, europäische Länder nähmen zu wenig Bezug aufeinander (Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2001, Heft 4 und Gerhards 1993, 2000; Klein et al. 2002; Risse 2015). Mit der Eurozonen-Krise scheinen Europa und insbesondere Deutschland und Griechenland nun einen Schritt in Richtung einer verstärkten grenzübergreifenden Aufmerksamkeit gemacht zu haben. Doch ob es tatsächlich einen Diskurs gibt, der über einzelne Beschimpfungen hinausreicht, und in welcher Art und Weise aufeinander Bezug genommen wird, ist unklar.

In diesem Beitrag wollen wir den gegenseitigen öffentlichen Bezugnahmen von Deutschland und Griechenland in der Debatte über die Eurozonen-Krise nachgehen. Dabei wählen wir einen bestimmten Blickwinkel: Im Zentrum der Analyse steht die Zuschreibung von Verantwortung. Im Folgenden stellen wir (1) das Konzept der öffentlichen Verantwortungszuschreibung in der europäischen Krisendebatte vor, erläutern (2) das inhaltsanalytische Vorgehen und präsentieren dann (3) Befunde zu den Diskurs-Beteiligten und (4) zur Art der deutsch-griechischen Bezugnahmen. Abschließend ordnen wir (5) die Befunde in die politische Situation in Europa ein.

## 1 | Verantwortungszuschreibungen

Die Zuschreibung von Verantwortung ist ein zentrales Diskurselement, das die wahrgenommene Rolle von Akteuren für politische oder soziale Entwicklungen deutlich macht. Dabei ist oft die Frage, wer wirklich verantwortlich ist, schwer oder gar nicht zu beantworten. Für Geschehnisse in einer Gesellschaft ist fast immer das Handeln – oder auch Nicht-Handeln – von vielen Akteuren entscheidend. Welchem Akteur nun Verantwortung zugeschrieben wird, ist dementsprechend eine Entscheidung, die auch anders hätte getroffen werden können.

Mit der Analyse von Verantwortungszuschreibungen fokussieren wir den Kernaspekt öffentlicher Diskurse (vgl. auch Gerhards et al. 2007, 2009). Die Verantwortungszuschreibung stellt die Verbindung zwischen sozialen Entwicklungen und dem Handeln von Akteuren her und erlaubt so, dieses Handeln zu beurteilen. In Demokratien ist die Zurechenbarkeit von Handlungen, und damit die Verantwortlichkeit, ein zentrales Element, das dem Demos die Beurteilung der Leistung von Repräsentanten und so entsprechende Wahlentscheidungen ermöglicht. Dies macht die Verantwortungszuschreibung so bedeutsam und auch so kontrovers.

Wenn Verantwortungszuschreibungen schon im Alltag der Politik wichtig sind, so gilt dies erst recht für die Politik in der Eurozonen-Krise. In dieser Krise geht es um viel. Die Stabilität der Währung und der Wirtschaft wurde immer wieder in Frage gestellt, und die sozialen Verwerfungen, mit denen die südeuropäischen Krisenländer in der Folge der Krise konfrontiert sind, sind enorm. Entsprechend bedeutsam ist die Frage nach der Verantwortlichkeit.

Zwar hat die Forschung zu europäischer Öffentlichkeit stets ein durchweg recht niedriges Niveau an gegenseitiger Bezugnahme konstatiert, horizontal (zwischen verschiedenen Ländern) ebenso wie vertikal (zwischen einem Land und der europäischen Ebene) (Gerhards 2000; Koopmans/Statham 2010; Machill et al. 2006). Die Gesamtkonstellation der Eurozonen-Krise lässt allerdings aus drei Gründen eine recht intensive Bezugnahme erwarten.

Erstens legt die Krise mit ihren dramatischen Ereignissen selbst eine solche europäische Debatte und vor allem eine Debatte zwischen Deutschland und Griechenland nahe. Die Omnipräsenz der Krise und die herausgehobene Rolle beider Länder (und damit die Bedeutung der Länder füreinander) lassen alles andere als einen Diskurs mit- und übereinander kaum vorstellbar erscheinen. Ähnliches legt die Politisierungsthese nahe, die angesichts eines deutlichen Kompetenzzuwachses der europäischen Ebene von einer breiteren und intensiveren Debatte über europäische (Krisen-) Politik ausgeht (de Wilde/Zürn 2012; Hutter/

Kerscher 2014; Zürn et al. 2012).

Zweitens hatten bereits ältere Arbeiten zu europäischer Öffentlichkeit gezeigt, dass herausragende politische Ereignisse auf europäischer Ebene wie Gipfeltreffen oder Europa-Wahlen zu einer deutlich intensiveren europäisierten Berichterstattung führen (z. B. Trenz 2005). Dies müsste auch für den Kernbereich des Diskurses, die öffentliche Zuschreibung von Verantwortung, gelten. Zahllose europäische Gipfeltreffen und weitreichende politische Entscheidungen auf europäischer Ebene boten während der Krise zahlreiche Gelegenheiten, die nationalstaatliche Orientierung der Medien zu durchbrechen.

Drittens legen sowohl die Überlegungen zur Vermeidung von Schuldzuschreibungen (blame avoidance) als auch die Überlegungen zu politischen Gelegenheiten nahe, dass Verantwortungszuschreibungen über Landesgrenzen hinweg sowie an die europäische Ebene vorgenommen werden. Die Literatur zu Verantwortungszuschreibung und insbesondere die Diskussion über Strategien, möglichst wenig für Misserfolge öffentlich verantwortlich gemacht zu werden (Hood 2014; Weaver 1986), verweisen auf die Möglichkeit des blame shifting: Dabei werden andere Akteure verantwortlich gemacht, um von der eigenen Rolle abzulenken und mögliche Schuldzuweisungen an die eigene Adresse zu vermeiden.

Das europäischen Mehrebenensystem, in dem neben der eigenen nationalen Regierung auch andere Regierungen und EU-Institutionen an Entscheidungen beteiligt sind, eröffnet günstige Möglichkeiten für ein solches *blame shifting* (Gerhards et al. 2009; Gerhards et al. 2013). Für die Krisenkonstellation in der Eurozone gilt das erst recht. Zu erwarten ist vor allem die Zuweisung von Schuld über die Landesgrenze hinweg – an andere Länder oder an die europäische Ebene.

Diesen Überlegungen zufolge sollte allerdings nicht nur die Europäisierung der Debatte zunehmen; es sind vor allem negative gegenseitige Bezüge, die in der Krise zum Vorschein kommen sollten. Wir müssten erwarten, dass Schuldige auf der EU-Ebene oder in anderen EU-Ländern und unter deren Vertretern im Europäischen Rat (oder der Eurogruppe) gesucht werden. Darüber hinaus sind auch Handlungsaufforderungen an diese Akteure zu erwarten.

Dies ist nicht der Ort, um diese theoretischen Überlegungen kleinteilig auszuführen. Das würde eine komplexe Analyse der Gesamtkonstellation und der Interessenlagen auf deutscher und griechischer Seite erfordern, die für verschiedene Akteure unterschiedlich ausfällt. Was die Überlegungen aber verdeutlichen, ist die hohe Wahrscheinlichkeit, in der Krisenkonstellation eine kontroverse Debatte zu finden, in der Verantwortlichkeiten über Ländergrenzen hinweg und zusätzlich in Richtung der EU zugeschrieben werden. In welchem Maße diese Annahme zutrifft, wollen wir im Folgenden genauer untersuchen.

## 2 | Discursive Actor Attribution Analysis

Bei der Discursive Actor Attribution Analysis handelt es sich um eine auf Verantwortungszuschreibungen fokussierte standardisierte Inhaltsanalyse. Für die in einem Zeitungsartikel verfügbaren Informationen wird die Antwort auf die Frage "wer [Sender] macht wen [Adressat] für was [Gegenstand] mit welcher Bewertung [Art] verantwortlich?" rekonstruiert und kodiert, wobei im gesamten Text verfügbare Informationen in die Kodierung eingehen. Diese Attributionen bilden die Analyseeinheiten.

Wir unterscheiden drei Grundarten von Attributionen. Kausale Attributionen identifizieren das Handeln eines Akteurs als Ursache für einen bereits eingetretenen oder zukünftigen Effekt. Je nach Bewertung wird also Schuld oder Erfolg zugeschrieben. Dazu gibt es zwei Arten von Forderungsattributionen (die wir in der Analyse nicht im Detail unterscheiden). Die Aufforderungsattribution formuliert eine konkrete Handlungserwartung, während die Kompetenzattribution eine generelle Zuständigkeit für einen bestimmten Akteur fordert. Beide Forderungsattributionen können auch als Zurückweisung formuliert sein (ein Akteur soll etwas nicht tun oder eine bestimmte

Kompetenz nicht bekommen). Im Folgenden konzentrieren wir unsere Analyse auf die drei Attributionsformen: Schuldzuschreibungen, Erfolgszuschreibungen und Forderungen.

Mit diesem Verfahren wurden in Deutschland die Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Zeit und Bild am Sonntag untersucht; in Griechenland waren es Eleftherotypia, Ta Nea, Kathimerini, To Vima und Proto Thema. Hinzu kommen Agenturmeldungen von Thomson Reuters, die eine eher transnationale Perspektive auf das Krisengeschehen repräsentieren. Pro Zeitung wurden in jeder achten erschienenen Ausgabe<sup>2</sup> alle Artikel ausgewählt, die sich auf die Eurozonen-Krise beziehen; der Zeitraum erstreckt sich über vier Jahre, beginnend mit dem 27. September 2009 (Bundestagswahl). Aufgrund der großen Menge der Artikel war eine Zufallsstichprobe für die griechische Berichterstattung (66 %) und für Reuters (25 %) erforderlich.

Das Projekt ist eine Kooperation mit Maria Kousis (Universität Kreta) und wurde gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem griechischen Ministerium für Bildung und Religiöse Angelegenheiten, Kultur und Sport. Für Details vgl. www. ggcrisi.org.

# 3 | Wer tritt in der Debatte um die Eurozonen-Krise auf?

Griechische Akteure spielen für die griechischen Medien eine größere Rolle, als deutsche Akteure es für die deutschen Medien tun. Tabelle 1 zeigt einen Vergleich der Attributionssender in den deutschen Medien, den griechischen Medien und in Berichten der Nachrichtenagentur Reuters. Für deutsche und griechische Medien werden jeweils Sender auf der nationalen Ebene, auf EU-Ebene, aus anderen Ländern der EU und transnationale Akteure unterschieden. Für Reuters fällt die nationale Ebene weg, dafür werden alle griechischen und alle deutschen Akteure extra ausgewiesen.

In beiden Ländern geht ein großer Anteil der Verantwortungszuschreibungen von den Zeitungen selbst aus. Dabei wurden Journalist\_innen als Sender nur kodiert, wenn sie eindeutig wertend gegenüber Akteuren und deren Verhalten auftraten und entsprechend

Tabelle 1: Sender-Vergleich (DE, GR, Reuters), in %

|                           |       | Medien |          |
|---------------------------|-------|--------|----------|
| Sender                    | DE    | GR     | Reuters  |
| Regierung & Koalition     | 12,2  | 16,8   |          |
| Opposition                | 8,4   | 16,1   |          |
| Zivilgesellschaftl. Org.  | 1,4   | 3,8    |          |
| Journalist_innen          | 23,2  | 21,8   |          |
| andere                    | 11,4  | 11,8   |          |
| EU Akteure                | 14,5  | 8,4    | 24,0     |
| Andere EU-Mitgliedsländer | 21,5  | 13,4   | 59,1     |
| darin GR/DE Akteure       | 4,4   | 6,9    | GR: 9,6  |
|                           |       |        | DE: 15,9 |
| Transnationale Akteure    | 7,3   |        | 16,9     |
| Anzahl                    | 2.844 | 4.728  | 1.932    |
| O II COORDIGER : 1 E:     | D 11  |        |          |

Quelle: GGCRISI-Projekt. Eigene Darstellung

ihre Rolle als neutrale Beobachter\_innen verließen. Umso erstaunlicher ist ihr hoher Anteil unter den Sendern.

In den griechischen Medien stammen deutlich mehr Sender aus Griechenland, und da vor allem aus der Politik. Vor allem die Opposition meldet sich in Griechenland deutlich häufiger zu Wort als in Deutschland. Zivilgesellschaftliche Organisationen, zu denen hier auch Gewerkschaften gerechnet wurden, spielen in Griechenland in den Medien zwar eine größere Rolle als in Deutschland, mit 4 % der Verantwortungszuschreibungen kommen sie jedoch seltener vor, als es die Protestflut in dem Land hätte annehmen lassen.

Akteure der EU-Ebene als Sender sind in deutschen Medien wesentlich präsenter als in Griechenland. Und bei Reuters machen sie fast ein Viertel der Attributionen aus. Dies verdeutlicht die europäische und transnationale Perspektive der Agentur. Auch der stärker an Finanzmarkt- und Wirtschaftsthemen orientierte Stil spiegelt sich in der Verteilung der Sender wieder: Die Europäische Zentralbank (EZB) allein kommt bei Reuters auf knapp 11 % der Attributionen. Akteure aus anderen EU-Mitgliedsländern spielen als Sender in der deutschen Berichterstattung eine größere Rolle als in der griechischen.

Die gegenseitige Beobachtung beider Länder ist dagegen verhältnismäßig wenig intensiv, gerade angesichts der prominenten Rolle beider Länder in der Krise. Bei Reuters sind es vor allem deutsche Akteure, die als Sender von Attributionen auftreten, während griechische trotz der außerordentlichen Situation des Landes seltener vorkommen (16 % zu 10 %).

Wen adressieren diese Sender von Attributionen? Der Fokus deutscher Akteure liegt deutlicher auf der EU-Ebene und anderen EU-Mitgliedsländern, als das für die griechischen Sender gilt. Wir beschäftigen uns genauer mit den Attributionen, die von Akteuren der deutschen und griechischen Politik (sowohl Regierung und Koalition, als auch parlamentarische Opposition und andere Parteien) in den Medien geäußert werden und nutzen dabei alle untersuchten Medien (deutsche und griechische Presse und Reuters, Tabelle 2). Relativ und absolut gesehen, tritt die griechische Politik im Vergleich zur deutschen Politik deutlich häufiger als Sender auf. Gemeinsam machen Sender aus der deutschen und griechischen Politik mit 2.906 Attributionen einen großen Teil unseres Datensatzes aus.

Die große Mehrheit der Verantwortungszuschreibungen aus der griechischen Politik ist auch an Akteure im eigenen Land adressiert,

Tabelle 2: Adressaten deutscher und griechischer Politik (alle Medien), in %

| Sei        | nder  |
|------------|---|
| DE Politik | GR Politik  |
| 37,9       | 1,3   |
| 5,1        | 0,5   |
| 14,1       | 75,7  |
| 1,3        | 10,6  |
| 24,6       | 5,3   |
| er 12,8    | 1,9   |
| 4,3        | 4,8   |
| 1.101      | 1.805   |
|            | DE Politik  37,9  5,1  14,1  1,3  24,6 er 12,8  4,3 |

Quelle: GGCRISI-Projekt. Eigene Darstellung

genau genommen: ebenfalls an Akteure der griechischen Politik. Die Debatte in Griechenland ist hoch politisiert und überwiegend national. Von der deutschen Politik gehen zwar auch viele Attributionen (fast 40 %) an die deutsche Politik, aber immerhin ein Viertel wird auch an EU-Akteure gerichtet. Auch andere EU-Mitgliedsländer werden relativ häufig von der deutschen Politik adressiert, deutlich seltener dagegen von griechischen Politiker\_innen.

Eine starke Europäisierung der Debatte lässt sich nur zum Teil belegen. In den deutschen Medien finden wir einen nennenswerten, aber nicht übermäßig großen Anteil an Attributionssendern der EU-Ebene. Zusätzlich kommt ein Fünftel der Sender aus anderen EU-Staaten. In den griechischen Zeitungen sind diese Anteile deutlich geringer, was angesichts unserer theoretischen Überlegungen überrascht. Das Muster wiederholt sich bei den Adressaten von Attributionen. In Deutschland sind die Anteile von Attributionen, die an Akteure der EU-Ebene und aus anderen EU-Staaten gerichtet sind, größer als in Griechenland. Dies gilt insgesamt und für Attributionen aus der Politik der beiden Länder, die wir hier genauer betrachten. Auch bei den Adressaten ist die Europäisierung in Deutschland stärker als in Griechenland.

Deutschland und Griechenland sind in der Eurozonen-Krise von großer gegenseitiger Bedeutung. Das schlägt sich in einem großen Anteil von Verantwortungszuschreibungen aus der deutschen Politik an Griechenland nieder (15 %). Dagegen richten sich nur 2 % der Attributionen griechischer Politiker\_innen an die deutsche Politik. Man kann also nicht davon sprechen, dass in den griechischen und deutschen Medien ein starker Fokus auf dem jeweils anderen Land liegt. In Deutschland wird deutlich mehr über andere EU-Mitgliedsländer gesprochen, allen voran über Griechenland und, wie Tabelle 1 zeigt, kommen auch Akteure aus anderen EU-Ländern und der EU-Ebene zu Wort. In Griechenland sind sowohl Sender, als auch Adressaten überwiegend national: die Verantwortung wird hauptsächlich im eigenen Land, vielmehr noch im eigenen System gesucht.

## 4 | Lob, Kritik und Aufforderungen zwischen den Ländern

Allzu oft nehmen deutsche und griechische Akteure nicht aufeinander Bezug. Doch gerade gegenseitige Beschimpfungen werden in den Medien breit diskutiert. Aber ist die Debatte wirklich so negativ, wie es die mediale Aufmerksamkeit um derartige Einzelfälle vermuten lassen?

# 4.1 | Verantwortungszuschreibungen an griechische Politiker\_innen

Abbildung 1 zeigt die Art der Verantwortungszuschreibungen politischer Akteure aus Deutschland an politische Akteure aus Griechenland in allen untersuchten Zeitungen

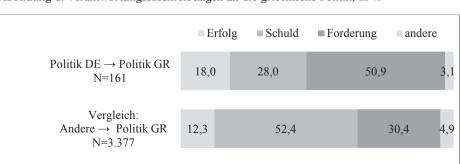


Abbildung 1: Verantwortungszuschreibungen an die griechische Politik, in %

Quelle: GGCRISI-Projekt. Eigene Darstellung

(erster Balken). Um die Ergebnisse besser einordnen zu können, fügen wir zum Vergleich die Art der Verantwortungszuschreibungen aller übrigen Akteure an die griechische Politik hinzu (zweiter Balken).

Die Hälfte der Bezugnahmen sind Forderungen. Angesichts der dominanten Rolle der deutschen Regierung in der Krise und der strengen Bindung weiterer Kredite an grundlegende Reformen und öffentliche Sparmaßnahmen in Griechenland ist das wenig verwunderlich. Ebenso wenig überrascht, dass Schuldzuweisungen (28 %) häufiger sind als Lob. Unerwartet hoch ist aber der beträchtliche Anteil von Erfolgszuschreibungen (18 %), der so nicht vorhersehbar war.

Interessant wird es, wenn wir den Vergleich zu der "generellen Reputation"3 der griechischen Politiker innen in der Krisendebatte hinzuziehen. Deutsche Politiker innen (und das heißt in unserem Datensatz in 85 % der Fälle: Regierungsakteure) stehen der griechischen Politik noch vergleichsweise wohlwollend gegenüber. Sobald die griechische Politik von anderen Akteuren evaluiert wird, dominieren negative Schuldzuweisungen (52 %); positive Verantwortungszuschreibungen sind nun deutlich seltener (12 %) und zudem teilweise auf positiven Selbstzuschreibungen der hier zusammengefassten Akteure zurückzuführen, also: Eigenlob. Die Bezugnahme deutscher Politiker innen auf griechische Politiker innen fällt in der Krisendebatte also keineswegs überdurchschnittlich negativ aus. Vielmehr werden griechische Politiker innen vor allem im eigenen Land noch deutlich stärker kritisiert.

Nun ließe sich vermuten, dass deutsche Politiker\_innen angesichts der weniger deprimierenden Situation im eigenen Land ganz allgemein häufiger zu Lob greifen und entsprechend nicht nur gegenüber den griechischen Kolleg\_innen relativ positiv eingestellt sind, sondern gegenüber allen Adressaten in der Krisendebatte. Tatsächlich ist das tendenziell der Fall. Die deutsche Politik verteilt etwas mehr Lob als andere, dabei erhält die griechische Politik wiederum etwas mehr Lob und etwas weniger Schuldzuweisungen als

der Rest der Akteure. Die griechische Politik nimmt also keine negative Sonderposition ein. Ganz im Gegenteil: Es scheint der deutschen Regierung und anderen politischen Akteuren in Deutschland wichtig zu sein, umgesetzte Haushaltskürzungen und Fortschritte in der Krisenbewältigung in Griechenland positiv hervorzuheben, auch wenn Ermahnungen und Forderungen trotzdem den bei weitem größten Teil der Bezugnahmen ausmachen.

## 4.2 | Verantwortungszuschreibungen an deutsche Politiker innen

Hat andersherum auch die griechische Politik gegenüber der deutschen Politik eine vergleichsweise weniger kritische Haltung? Abbildung 2 zeigt die Zusammensetzung der Attributionsarten für Verantwortungszuschreibungen griechischer Politiker innen an die deutsche Politik. Angesichts der kleinen Fallzahl (51) sind die Ergebnisse nur bedingt aussagekräftig. Eine Tendenz lässt sich aber dennoch ausmachen: In den wenigen Fällen, in denen sich griechische Politiker innen unmittelbar an Akteure der deutschen Politik wenden, ist das Attributionsverhalten deutlich negativer als im umgekehrten Fall. Ganze zwei Drittel sind Schuldzuschreibungen, mit weitem Abstand gefolgt von Forderungen (16 %) und immerhin noch 14 % Erfolgszuschreibungen. Noch deutlicher wird die negative Evaluierung im Vergleich: Andere Akteure in der Krisendebatte stehen der deutschen Politik deutlich wohlwollender gegenüber, wenngleich das Gesamtbild überwiegend negativ bleibt (47 % Schuldzuweisungen; 17 % Erfolgszuschreibungen) und nur leicht positiver ist, als das der griechischen Politik (siehe Abbildung 1).

Alles in allem verdeutlichen die Zahlen die kritische Haltung der griechischen Politik gegenüber der deutschen Politik und der von Deutschland maßgeblich vorangetriebenen Austeritätspolitik. Es gibt allerdings zwei zentrale Einschränkungen: Erstens entspricht diese Haltung dem generellen, von Schuldzuweisungen dominierten Attributionsverhalten griechischer Politiker\_innen in der Krise. Die

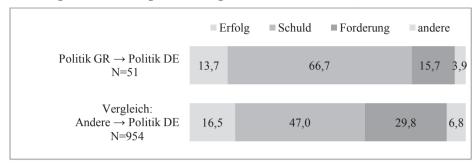


Abbildung 2: Verantwortungszuschreibungen an die deutsche Politik, in %

Quelle: GGCRISI-Projekt. Eigene Darstellung

sehr negative Evaluierung der deutschen Politik ist somit kein Sonderfall unter den Adressaten der griechischen Politik. Zweitens verdeutlichen die geringen Fallzahlen, dass die deutsche Politik keineswegs zum alleinigen Sündenbock gemacht wird (vgl. auch 3.). Die Antwort auf die "Schuldfrage" sucht man in Griechenland ganz überwiegend im eigenen Land.

# 4.3 | Verantwortungszuschreibungen an EU-Institutionen

Neben der horizontalen Dimension ist die vertikale Bezugnahme für die Europäisierungsforderung von zentraler Bedeutung. Abbildung 3 fasst die Bezugnahme deutscher Politiker\_innen (erster Balken) und griechischer Politiker\_innen (zweiter Balken) auf die EU-Institutionen zusammen und vergleicht diese erneut mit der generellen "Reputation" dieser Akteure in der Debatte (dritter Balken).

Zunächst zeigen alle drei Dimensionen die starke Bedeutung von Forderungen an EU-Institutionen die zwischen 38 % und gut 48 % der Attributionen ausmachen. Dieser im Vergleich zu anderen Akteuren hohe Anteil an Forderungen lässt sich vor allem mit der faktischen Kompetenz der EU-Institutionen in der Krisenpolitik erklären. Der Einfluss der Europäischen Zentralbank und der Kommission auf die Haushaltspolitik der Krisenländer im Rahmen der sogenannten *Troika* ist dafür nur das prominenteste Beispiel.

Von diesen Forderungen abgesehen überwiegen Schuldzuweisungen gegenüber Erfolgszuschreibungen. Für die Evaluierung durch die griechische Politik (47 % Schuld vs. 7 % Erfolg) gilt das besonders. Angesichts der Dominanz von Schuldzuweisungen in der griechischen Debatte lässt sich aber auch für die EU-Institutionen keine negative Sonderposition feststellen. Im Gegenteil ist der Anteil von negativen Evaluierungen noch vergleichsweise gering. Da darüber hinaus auch hier die Fallzahlen relativ klein sind, ist die oftmals gebrauchte Metapher des "Prügelknabens" irreführend.

Die deutschen Politiker\_innen beurteilen die Rolle der EU-Institutionen weniger negativ als die griechischen Kolleg\_innen, aber kritischer als der Durchschnitt der anderen Akteure. Interessanterweise zeigt der Vergleich zu Abbildung 1, dass die EU-Politik von deutschen Politiker\_innen noch deutlich negativer evaluiert wird als die griechische Politik.<sup>4</sup> Angesichts des traditionell pro-europäischen Konsenses in der deutschen Parteienlandschaft sind diese Ergebnisse überraschend und weisen auf eine zunehmend kontroverse Debatte über EU-Politik in Deutschland hin.

Damit ist das Gesamtbild der deutsch-griechischen Bezugnahmen aufeinander und in Relation zur europäischen Ebene deutlich anders einzuschätzen, als es auf den ersten Blick (in die Boulevard-Medien) scheint. Für die griechische Politik stellen weder Deutschland

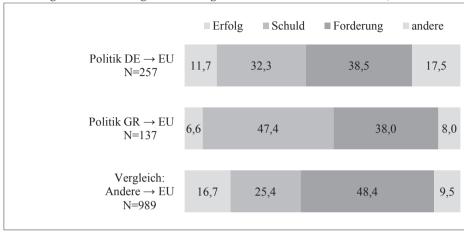


Abbildung 3: Verantwortungszuschreibungen an Akteure der EU-Governance, in %

Quelle: GGCRISI-Projekt. Eigene Darstellung

noch die EU einen besonders kritisch debattierten Sonderfall dar. Die überwiegend negativen Bewertungen fügen sich in das generelle Muster der griechischen Krisendebatte ein. Die deutsche Politik steht der griechischen Politik im Krisendiskurs vergleichsweise wohlwollend gegenüber. Die Haltung gegenüber der EU ist allerdings ungewohnt kritisch.

## 5 | Fazit

Nicht nur über "die Deutschen" und "die Griechen" geistern in der Debatte um die Eurozonen-Krise einige Vorurteile umher, sondern auch über die Debatte selbst. Oft gilt es als ausgemacht, dass in beiden Öffentlichkeiten extrem negativ über das jeweils andere Land gesprochen wird. Die Interessen an einer positiven Selbstdarstellung und an externer Schuldzuweisung führen zu der naheliegenden Vermutung, Schuldzuweisungen über Ländergrenzen hinweg, an Regierungen anderer Länder oder an die EU, seien der Normalfall.

In der Tat finden wir viele Schuldzuschreibungen, die sich an die griechische Politik, die deutsche Politik und die EU richten. Allerdings finden wir in der Debatte über die Eurozonen-Krise und in der Medienberichterstattung

insgesamt viele Schuldzuschreibungen. Ein genauerer Blick auf Verantwortungsattributionen zwischen der deutschen Politik, der griechischen Politik und der EU zeigt ein anderes Bild: Die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Griechenland ist keineswegs die dominante Konfliktlinie der Debatte. Die gegenseitige Bezugnahme ist weder besonders stark ausgeprägt, noch überdurchschnittlich negativ.

Die deutsche Politik adressiert vielfach Akteure anderer Länder, darunter häufig die griechische Politik. Allerdings wird die griechische Politik eben nicht durchgängig kritisiert. Erfolgszuschreibungen sind sogar vergleichsweise häufig, auch wenn mehrheitlich Forderungen geäußert werden. Von einem Griechenland-"Bashing" durch die deutsche Politik kann bis zum Herbst 2013 jedenfalls keine Rede sein. In wie weit sich das Muster der gegenseitigen Bezugnahme seit der Regierungsübernahme durch die Syriza/Anel-Koalition geändert hat, ist eine interessante Frage, lässt sich auf Grundlage der vorliegenden Daten nicht sagen.<sup>5</sup>

Im griechischen Krisendiskurs nehmen entgegen der ursprünglichen Annahme weder Deutschland noch die EU die Rolle der klassischen Sündenböcke ein. Vielmehr konzentriert sich die Schuldfrage auf die nationale Regierung, den politischen Gegner oder die Gesamtheit der politischen Elite. Diese nationale Fokussierung der Schuldfrage im medialen Krisendiskurs scheint sich auch mit der Interpretation der griechischen Bevölkerung zu decken: Im Jahr 2012 fragte das PEW Research Center in den jeweiligen Krisenländern nach den Schuldigen für die ökonomische Misere (Pew Global Attitudes Project 2012: 55f.): In Griechenland gaben knapp 70 % der Befragten der nationalen Regierung die Schuld, der weitaus höchste Anteil unter den südeuropäischen Krisenländern (Spanien: 27 %; Italien: 58 %). Die These einer populistischen Fokussierung auf externe Krisenursachen kann für den griechischen Diskurs zwischen 2009 und 2013 verworfen werden. Die breite Debatte um die gegenseitigen Beschimpfungen scheint somit eher deren medialen Nachrichtenwert geschuldet zu sein als deren Beispielcharakter für den deutsch-griechischen Krisendiskurs.

Das macht zumindest teilweise Mut für einen europäisierten Diskurs auch unter schwierigen Bedingungen. Deutschland und Griechenland stehen sich in der Eurozonen-Krise wie Pole gegenüber. Die Interessen sind diametral entgegengesetzt, gleichzeitig sind Bedeutung und Folgen der Krise für beide Länder enorm, auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen in Griechenland sehr viel stärker sind. Der Boden wäre also bereitet für eine sehr feindselige Auseinandersetzung. Doch der faktische Diskurs ist anders; vielfältiger, differenzierter und keineswegs nur negativ. Allein, er findet bislang kaum statt. Es würde sich lohnen, miteinander zu reden. Angst vor einem zu intensiven und dann zu negativen Dialog wäre fehl am Platz.

Dr. Jochen Roose ist Professor für Sozialwissenschaften am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław, Privatdozent an der Freien Universität Berlin und assoziierter Wissenschaftler am Institut für Protest und Bewegungsforschung Berlin. Seine Arbeitsschwer-



punkte sind Partizipation, Europäisierung und Methoden der empirischen Sozialforschung. Kontakt: roose@bzw.uni.wroc.pl.

Franziska Scholl arbeitet am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und ist assoziierte Wissenschaftlerin des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, Kontakt: franziska.scholl@fu-berlin.de.

Moritz Sommer arbeitet am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und ist assoziierter Wissenschaftler des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, Kontakt: sommer.moritz@fu-berlin.de.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> In empirischen Studien lässt sich zeigen, dass die Zurechnung von Verantwortung in der Tat Effekte auf die Einschätzung von Politikern oder anderen Akteuren hat (Hobolt/ Tilley 2014; Iyengar 1991).
- <sup>2</sup> Die Auswahl jeder achten Ausgabe (ohne Sonntagsausgabe bei der FAZ) führt dazu, dass immer ein anderer Wochentag in die Auswahl eingeht, weil nur sechs Ausgaben in der Woche erscheinen.
- <sup>3</sup> "Generelle Reputation" meint hier und im Folgenden das Muster der zugewiesenen Verantwortungszuschreibungen durch alle anderen Akteure in der Krisendebatte.
- Der hohe Anteil von anderen Attributionsarten ist auf zahlreiche Negativ-Forderungen zurückzuführen, also die Aufforderung, nicht zu handeln oder Zuständigkeiten abzugeben.
- In einer Projektverlängerung gehen wir dieser Frage derzeit nach. Ergebnisse werden unter anderem auf der Webseite www.ggcrisi.info veröffentlicht.

#### Literatur

de Wilde, Pieter/Zürn, Michael 2012: Can the Politicization of European Integration be Reversed? In: Journal of Common Market Studies, Jg. 50, Heft 1, 137-153.

Gerhards, Jürgen 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 22, Heft 2, 96-110.

Gerhards, Jürgen 2000: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Sonderheft 40 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 277-305.

Gerhards, Jürgen/Offerhaus, Anke/Roose, Jochen 2007: Die öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. Zur Entwicklung eines inhaltsanalytischen Instrumentariums. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 59, Heft 1, 105-124.

Gerhards, Jürgen/Offerhaus, Anke/Roose, Jochen 2009: Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In: Pfetsch, Barbara/Marcinkowski, Frank (Hg.): Politik in der Mediendemokratie. Sonderheft 42 der Politischen Vierteljahresschrift. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 529-558.

Gerhards, Jürgen/Roose, Jochen/Offerhaus, Anke 2013: Die Rekonfiguration von politischer Verantwortungszuschreibung im Rahmen staatlichen Wandels. In: Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hg.): Die Politisierung der Weltpolitik. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 109-133.

Hobolt, Sara B./Tilley, James 2014: Blaming Europe? Responsibility Without Accountability in the European Union. Oxford: Oxford University Press.

Hood, Christopher 2014: Accountability and Blame-Avoidance. In: Bovens, Mark/Goodin, Robert E./Schillemans, Thomas (Hg.): The Oxford Handbook of Public Accountability. Oxford: Oxford University Press, 603-616.

Hutter, Swen/Kerscher, Alena 2014: Politicizing Europe in Hard Times: Conflicts over Europe in France in a Long-term Perspective, 1974-2012. In: Journal of European Integration, Jg. 36, Heft 3, 267-282.

*Iyengar, Shanto* 1991: Is Anyone Responsible? How Televison Frames Political Issues.

50 Themenschwerpunkt

Chicago, London: The University of Chicago Press.

Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Trenz, Hans-Jörg/Klein, Ludger/Lahusen, Christian/ Richter, Emanuel/Rucht, Dieter (Hg.) 2002: Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa. Opladen: Leske+Budrich.

Koopmans, Ruud/Statham, Paul (Hg.) 2010: The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention. Cambridge: Cambridge University Press.

Machill, Marcel/Beiler, Markus/Fischer, Corinna 2006: Europe-Topics in Europe's Media. The Debate about the European Public Sphere: A Meta-Analysis of Media Content Analyses. In: European Journal of Communication, Jg. 21, Heft 1, 57-88.

Pew Global Attitudes Project 2012: European Unity on the Rocks. Greeks and Germans at Polar Opposites. Washington: Pew Research Center. http://www.pewglobal.org/2012/05/29/european-unity-on-the-rocks/. [22.01.2016].

Risse, Thomas (Hg.) 2015: European Public Spheres. Politics is Back. Cambridge: Cambridge University Press.

Trenz, Hans-Jörg 2005: Die mediale Ordnung des politischen Europas. Formen und Dynamiken der Europäisierung politischer Kommunikation in der Qualitätspresse. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 34, Heft 3, 188-206.

Weaver, Kent R. 1986: The Politics of Blame Avoidance. In: Journal of Public Policy, Jg. 6, Heft 4, 371-398.

Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias 2012: International Authority and its Politicization. In: International Theory, Jg. 4, Heft 1, 69-106.

## Alternative Formen von Resilienz in Griechenland

Maria Kousis/Stefania Kalogeraki/Marina Papadaki/Angelos Loukakis/Maria Velonaki

## 1 | Einleitung

Griechenland war einer der EU-Mitgliedsstaaten, die am stärksten von der jüngsten globalen Wirtschaftskrise betroffen waren. Um einen Zahlungsausfall abzuwenden, erhielt das Land von der Troika¹ massive *Bail-outs*, die mit radikalen Kürzungen von Staatsausgaben und Sparprogrammen einhergingen, darunter Kürzungen von Gehältern, Renten und Sozialleistungen bei gleichzeitig scharfen Steuererhöhungen (z.B. Mehrwert- und Vermögenssteuern). Mehr und mehr Menschen wurden arbeitslos, gerieten in prekäre Verhältnisse und wurden sozial ausgeschlossen (Balourdos/Spyropoulou 2012; Matsaganis 2013). Infolge erheblicher Streichungen öffentlicher Mittel für Gesund-

heit und Sozialleistungen erfuhren immer größere Teile der griechischen Bevölkerung Armut, Ungleichheit und fehlenden Zugang zu Primärleistungen² (auch Matsaganis/Leventi 2013), dazu kamen ein sprunghafter Anstieg von Obdachlosigkeit und "Neo-Obdachlosigkeit"³ (Theodorikakou et al. 2013) sowie die steigende Abhängigkeit von Suppenküchen und kostenloser Gesundheitsversorgung⁴.

Als die Wirtschaftskrise sich verschärfte und der Sozialsektor weniger öffentliche Gelder erhielt, entstanden eine große Vielzahl formeller und informeller Organisationen, Gruppen und Netzwerke, die sich bemühten, den alltäglichen Bedarf auf alternativen Wegen zu decken, z.B. Tauschnetzwerke, Essensbanken, kostenlose medizinische Leistungen, Suppenküchen, neue

Kooperativen, sozialwirtschaftliche Unternehmen und kostenlose Rechtsberatungen. Jüngere Studien stellen auch heraus, wie informelle Netzwerke und Bürgergruppen, NGOs, diverse Verbände (Wohlfahrtsverbände, Berufsverbände), kirchliche Organisationen, private Unternehmen und Behörden vor Ort mobilisiert wurden, um in wirtschaftliche Not geratene Menschen zu unterstützen und deren Existenzmittel und Gesundheitsversorgung zu verbessern (Garefi/Kalemaki 2013; Sotiropoulos/Bourikos 2014; Vathakou 2015).

Die Entstehung solch alternativer Formen von Resilienz (AFR)5 (Kousis/Paschou 2014) ist Ausdruck kollektiver Bemühungen - zumeist auf Graswurzel-Ebene -, die darauf abzielen, Bedürfnisse zu befriedigen, die der Staat nicht länger befriedigen kann oder will. Sie stellen Alternativen zu dominanten sozio-ökonomischen Praktiken dar und beinhalten Handlungen von Solidarität (z.B. kostenlose Verteilung von Kleidung, kostenlose medizinische Fürsorge etc.), die von formellen oder informellen Organisationen und Gruppen durchgeführt werden. Diese Initiativen sind auch Ausdruck einer kritischen kollektiven Resilienz (Kousis et al. 2015), durch die gemeinschaftlich alternative Wege geschaffen und unterstützt werden, um alltägliche Bedürfnisse zu erfüllen und mit bestehenden Schwierigkeiten und Herausforderungen umzugehen. Kollektive Handlungen kritischer Resilienz führen zur Selbstermächtigung und kollektiven Zielvorstellungen (Murray/ Zautra 2012; Berkes/Ross 2013) in Regionen, die nach der globalen Krise von 2007-2009 in umfangreiche wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind.

Strategisches AFR-Handeln im öffentlichen Raum zielt darauf ab, Menschen alternative Wege zu bieten, mit alltäglichen Schwierigkeiten und Herausforderungen umzugehen. Dazu gehören z.B. die Erfüllung dringender Bedürfnisse (Wohnraum, Nahrung, Gesundheit, Kleidung), Wirtschaft, Energie und Umwelt, alternative Formen von Konsum/Lebensstilen/Nahrungsmittelsouveränität, Kommunikationsmittel, selbstorganisierte Räume und Kultur (Giani/Kousis 2015). Unterschiedliche Typen

Alternativer Aktions-Organisationen (AAO), darunter Bürgerinitiativen, Produzenten-Konsumenten-Netzwerke, Zeitbanken, Kooperaiven, NGOs, soziale Bewegungsorganisationen, Freiwilligenorganisationen und andere AFR-Beteiligte arbeiten üblicherweise ohne die Unterstützung aus mainstreamorientierten Organisationen in Politik und Wirtschaft (also Unternehmen oder Staatsorganisationen) oder in hybrider Form (Giugni/Cousins 2015). Jedoch beinhalten sie mitunter lokale Regierungsoder kirchliche Organisationen, die alternative Unterstützungshandlungen anbieten, vor allem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Dieser Beitrag arbeitet neue Ansätze und systematische Forschungsergebnisse heraus, zunächst im Kontext des LIVEWHAT-Projekts, wobei ein Überblick über alternative Aktions-Organisationen in Griechenland gegeben wird, und zweitens hinsichtlich solidarischer Aktionen in den zwei größten urbanen Zentren Kretas: Heraklion und Chania.

## 2 | Studien zu alternativen Formen von Resilienz in Griechenland

Die Forschung der letzten Jahre betont das Vorhandensein informeller, häufig nicht eingetragener Initiativen, die nicht unter die normativen Definitionen von Zivilgesellschaft fallen und nicht in offiziellen Statistiken auftauchen (Kallas 2004; Karamichas 2007; Loukidou 2013). Diese Initiativen setzen sich in der Regel vom Staat ab und sind stark politisiert (Sotiropoulos/Bourikos 2014), dabei in ihren Strukturen häufig fluide, offen und anti-hierarchisch (Rozakou 2011). Sotiropoulos (2014) zufolge entstanden im Laufe der Wirtschaftskrise informelle Akteure der Zivilgesellschaft: eine Vielzahl von Bürgernetzwerken und Gruppen, die gefährdete soziale Gruppen dabei unterstützen wollen, mit den nachteiligen Folgen der Krise umzugehen. In Übereinstimmung mit dieser Argumentation weisen Garefi und Kalemaki (2013: 7) darauf hin, dass seit 2009 "neues alternatives Wirtschaften in der griechischen Gesellschaft immer beliebter wird und sich schnell über das ganze Land ausbreitet".

Jedoch wurden nicht nur die informellen zivilgesellschaftlichen Organisationen dazu mobilisiert, sozial benachteiligten Individuen zu helfen, sondern auch die formellen Organisationen und Institutionen wie lokale Behörden, die Kirche, der private Sektor etc.

Solidarisches Handeln rückt derzeit in den Fokus der griechischen Wissenschaft. Zwar haben einige Untersuchungen bereits erfolgreich unterschiedliche Typen solidarischer Organisationen und deren Aktivitäten identifiziert (Garefi/Kalemaki 2013; Sotiropoulos/Bourikos 2014; Afouxenidis/Gardiki 2014; Vathakou 2015), jedoch gibt es keine umfassenden Daten zu Anzahl, Größe, geografischem Ursprung und Handlungsformen auf nationaler Ebene. Untersuchungen auf der lokalen Ebene beziehen sich primär auf Athen und große urbane Gebiete wie Thessaloniki (Loukidou 2013). Darüber hinaus sind diese Studien rar gesät und zumeist qualitativ.

Die ethnografische und anthropologische Studie von Rakopoulos (2014a; 2014b) konzentriert sich auf Initiativen zur Nahrungsmittelverteilung und die Bewegung "ohne Mittelsmänner", um den dualen Charakter von Solidaritätsinitiativen in Griechenland herauszustellen, die sowohl auf gegenseitige Hilfe als auch auf politischen Wandel abzielen. Er stellt fest, dass diese Aktivitäten nicht nur Lösungen für die dringenden Bedürfnisse bieten, die durch die Krise entstanden sind, sondern dass die Organisationen darüber hinaus "eine bewusste, weitgreifende Kritik an der Sparpolitik darstellen" (Rakopoulos 2014a: 313). Die Dissertation von Sotiropoulou bezieht sich auf die wirtschaftliche Dimension von solidarischem Handeln und nutzt unterschiedliche Methoden zur Untersuchung von kleinteiliger Sozialwirtschaft, Tauschhandel und alternativen Währungen (Sotiropoulou 2012). Adam und Papatheodorou (2010) untersuchen



den Zusammenhang von sozialem Wirtschaften und sozialer Exklusion und Möglichkeiten, durch soziales Wirtschaften soziale Exklusion zu verringern. Makris und Bekridakis (2013) dagegen arbeiten von einem soziologischen Standpunkt die Bedeutung der griechisch-orthodoxen Kirche als Anbieter von Wohltätigkeit und Solidarität heraus. Sotiropoulos und Bourikos (2014) nutzen halbstrukturierte Interviews, um Organisationstypen zu untersuchen. Sie nehmen 35 formelle und informelle Organisationen der sozialen Solidarität in Athen in den Blick (Sotiropoulos/Bourikos 2014). Petropoulou (2014) untersucht den Zusammenhang zwischen spontanem und menschlichem Wirtschaften in Athen und die materiellen und emotionalen Auswirkungen von sozialwirtschaftlichen Beziehungen auf Menschen (Petropoulou 2013).

Wie oben dargestellt, sind die bisherigen Studien geografisch beschränkt und bieten keine systematische empirische Analyse der Charakteristika dieser Organisationen. Zu diesen gehören: Organisationstypen; Typen von Handlungen, die sie anwenden; Typen von Bedürfnissen, die sie abdecken; wem ihre Handlungen zugute kommen etc. Dieser Beitrag möchte einige der benannten Lücken in der systematischen Untersuchung alternativer Formen von Resilienz während der Krise schließen und stellt neue vorläufige Ergebnisse zu Griechenland vor. Diese beruhen auf einer neuen Methodik, die im Rahmen eines komparativen EU-Projekts zu bürgerschaftlicher Resilienz in Krisenzeiten zur Anwendung kam (LIVEWHAT)6. Darüber hinaus werden neue empirische Ergebnisse für die zwei größten urbanen Zentren auf der Insel Kreta vorgelegt.

## 3 | Solidarische Initiativen im ganzen Land

In diesem Abschnitt wird zunächst ein neuer methodischer Ansatz vorgestellt, der entwickelt wurde, um Daten zu diesen Initiativen in Griechenland (und acht weiteren europäischen Ländern) über einen längeren Zeitraum inhaltlich zu analysieren. Zweitens werden vorläufige Ergebnisse zu Typen von solidarischen Aktionen während der Krise dargelegt.

# 3.1 | Methode: Analyse alternativer Aktions-Organisationen

Die gegenwärtige Forschung im Rahmen des LIVEWHAT-Projekts verwendet einen neuen Ansatz, Alternative Action Organizations Analysis (AAOA), um eine systematischen und umfassenden Untersuchung von AAOs zu ermöglichen. Sie bezieht sich dabei auf Analysen von Protestereignissen und politischen Aussagen (,claims'). Die Analyseeinheit bildet die Alternative Organisation oder Initiative, eine spezifische formelle oder informelle Gruppe von Initiatoren oder Organisatoren, die im öffentlichen Raum handeln. Deren Handlungen werden als Fälle solidaritätsbasierter Austausche und kooperativer Strukturen verstanden, z.B. Tauschklubs und -netzwerke, Kreditgenossenschaften, ethische Banken, Zeitbanken, alternative soziale Währungen, Kooperativen, bürgerschaftliche Selbsthilfegruppen, Sozialunternehmen und Solidaritätsnetzwerke zur Bereitstellung von dringenden oder Grundbedürfnissen (Giugni/Kousis 2015).

Alternative Aktions-Organisationen werden zentral über sogenannte "hub/subhub"-Knotenwebseiten (,nodal-websites') erfasst, die auf nationaler Ebene von LIVEWHATs neun Teams auf Grundlage systematischer Google-Suchen und verwandter Literatur identifiziert wurden. Im Vergleich mit anderen Optionen zeichnen sich die für jedes Land ausgewählten hubs/ sub-hubs durch viele Links zu AAOs und eine bestmögliche Abdeckung der Hauptkategorien alternativer Aktionstypen aus. Diese Kategorien sind: dringende Bedürfnisse, Wirtschaft, Energie und Umwelt, bürgerschaftliche Medien und Kommunikationsformen, alternativer Konsum/Lebensstile, selbstorganisierte Räume sowie Kunst und Kultur (LIVEWHAT WP6 Codebook 2015). Diese Knotenwebseiten enthalten die Ressourcen, aus denen sich die "Bevölkerung" von AAOs zusammensetzt, damit zu Kodierungszwecken eine Zufallsstichprobe an AAOs gezogen werden kann.

Knotenwebseiten werden damit als Quellen genutzt, ähnlich der Nutzung von Zeitungen (die für die in Abschnitt 3 vorgestellte Untersuchung von solidarischen Aktionen in Kreta herangezogen wurden) bei Protestereignissen oder politischen Aussagen. Aus diesen priorisierten hubs/sub-hubs extrahierten wir in einer mehrlagigen Zufallsstichprobe Webseiten. Auf Basis der so erzeugten Listen erfolgte eine Probekodierung, die vor der Finalisierung der extrahierten Listen als weitere Kontrolle diente. Mit diesem Verfahren wurde die letzte vorläufige Schätzung der "Bevölkerung" auf AAO-Webseiten bis zum Mai 2015 gewonnen, aus der wir automatisierte Informationen extrahierten (Giugni/Kousis 2015).

## 3.2 | Vorläufige Ergebnisse

Auf Grundlage des beschriebenen Verfahrens wurden für Griechenland 3.356 Webseiten erfasst (Marketakis et al., UoC-Forth deliverable, 2015<sup>7</sup>). Diese gelten als erste grobe Schätzung der wachsenden und beträchtlichen Anzahl

derartiger Initiativen vor, aber vor allem nach der Eurokrise.<sup>8</sup>

Darüber hinaus basiert Tabelle 1 auf einer vorläufigen Erfassung der breiten Kategorien griechischer AAOs. Die häufigste Kategorie, unter die fast die Hälfte aller alternativen Aktivitäten fällt, ist "dringende Bedürfnisse", gefolgt von Aktivitäten zu "Wirtschaft und Umwelt". Die häufigsten Aktivitäten (44%) in der Kategorie "dringende Bedürfnisse" umfassen Handlungen wie Suppenküchen, Nahrungsmittelbanken, kostenlose Gesundheitsleistungen und Medikamentenvergabe, deren Zweck es ist, die negative Auswirkungen der Krise auf Einzelpersonen abzumildern. Die breite Kategorie "Wirtschaft" umfasst sozialwirtschaftliche Organisationen und Initiativen, darunter soziale Kooperativen, Kooperativen für Agrarerzeugnisse, Frauenkooperativen, selbstverwaltete Läden und andere. In Anbetracht der vorläufigen Natur dieser Analyse, der Vielfalt der Initiativen und des recht neuen Auftauchens dieses Phänomens in Griechenland lassen sich diese Initiativen nur schwer klassifizieren. Somit

Tabelle 1: Typen alternativer Aktivitäten in Griechenland, Mai 2015

|   | Häufigkeit |  |
|---|------------|--|
| Dringende Bedürfnisse<br>(z.B. Nahrungsmittel, Medizin, Wohnraum) | 44,1%      |  |
| Energie und Umwelt  | 8,7%       |  |
| Bürgerschaftliche Medien und                                      | 0,7 70     |  |
| Kommunikationsformen  | 1,4%       |  |
| Wirtschaft  | 14,6%      |  |
| Alternativer Konsum/<br>Nahrungsmittelsouveränität                | 0,4%       |  |
| Selbstorganisierte Räume  | 4,5%       |  |
| Kultur  | 3,2%       |  |
| Andere  | 23,2%      |  |
| Gesamt  | 100%       |  |
|   | 3.356      |  |

Quelle: LIVEWHAT, WP6 Vorschau der griechischen Ergebnisse auf Grundlage der erfassten Webseiten, 2015

fällt mehr als ein Fünftel der Aktivitäten in die Kategorie "Andere".

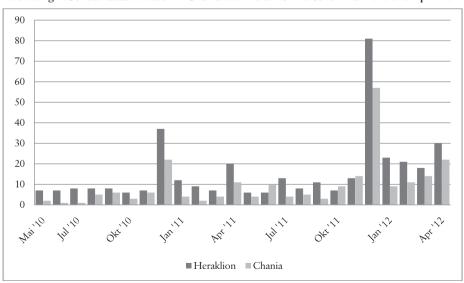
## 4 | Solidarische Aktivitäten im urbanen Kreta: Chania und Heraklion

Heraklion und Chania, die zwei größten Städte auf der Insel Kreta, sind Gegenstand von zwei aktuellen empirischen Studien zu solidarischen Initiativen während der Krise. Beide Städte haben eine lange Geschichte im Bereich Philanthropie und solidarischen Organisationen, die bereits in der Vergangenheit in schwierigen Zeiten mobilisiert wurden. Die Studie bietet systematische Daten zu solidarischen Aktivitäten während der Rezessionsperiode zwischen Mai 2010 und April 2012<sup>9</sup> mit Schwerpunkt auf den wichtigsten Organisatoren, Zeitmustern und den prinzipiellen Zielen der Aktivitäten.

## 4.1 | Methodologie der Untersuchungen

Bei beiden Untersuchungen wurde nach der gleichen, aus der Protestereignis-Analyse stammenden Methode verfahren: ein quantitativer Ansatz auf Grundlage von Daten zu Protestaktivitäten, die aus Zeitungsartikeln gewonnen wurden (Koopmans/Rucht 2002; Earl et al. 2004; Kousis 2007). Die Methode wurde angepasst, um statt Protestereignissen solidarische Aktionen zu identifizieren, zu organisieren und zu analysieren. Hauptquellen der Presseartikel sind die lokalen, politisch mittig orientierten und qualitativ hochwertigen Tageszeitungen "Patris" und "Chaniotika Nea" als jeweils wichtigste lokale Zeitungen in Heraklion und Chania. Die Analyseeinheit ist die Solidaritätsaktivität, die Einheit der Datenerfassung ist deren Erwähnung in der Zeitung. Im ersten Schritt der Methode werden systematisch alle gedruckten Tagesausgaben der beiden Zeitungen manuell durchsucht, um Erwähnungen von Ankündigungen oder Berichterstattung zu Solidaritätsaktionen im untersuchten Zeitraum (Mai 2010 bis April 2012) zu erfassen. Danach werden über das Kodierungsinstrument die Hauptvariablen der in der Zeitung erwähnten Aktivitäten kodiert, darunter das Datum der Aktivität, die organisierende Institution, sowie Ziel und Form der Aktivität. Während des untersuchten Zeitraums wurden in der lokalen Zeitung "Chaniotika Nea" insgesamt

Abbildung 1: Solidaritätsaktivitäten in Chania und Heraklion zwischen Mai 2010 und April 2012



Quelle: Eigene Darstellung

229 Solidaritätsaktivitäten angekündigt oder über diese berichtet, in "Patris" waren es 373.

Trotz der Vorzüge dieser Methode zur Erfassung von Solidaritätsaktivitäten sollte erwähnt werden, dass Aktivitäten, die in "Chaniotika Nea" und "Patris" nicht auftauchen, nicht berücksichtigt werden konnten – ein wesentlicher Mangel.

#### 4.2 | Ergebnisse

Schaubild 1 zeigt die Zeitmuster solidarischer Aktionen im Zeitraum Mai 2010 bis April 2012 in Heraklion und Chania. In beiden Gebieten kann klar ein ähnliches Muster identifiziert werden. In jeder der beiden urbanen Zentren

Tabelle 2: Aktionen in Chania und Heraklion nach Typen solidarischer Organisation/Gruppe/ Netzwerk, Mai 2010 und April 2012a

|  | Häufigkeit voi    | äufigkeit von Aktivitäten |  |
|--|-------------------|---------------------------|--|
|  | Chania<br>(N=229) | Heraklion<br>(N=373)      |  |
| Zivilgesellschaftliche Organisationen  |                   |                           |  |
| Formell  |                   |                           |  |
| Vereine (z.B. Kulturvereine, Frauenverbände etc.)  | 14,9%             | 19,8%                     |  |
| Formelle NGOs & lokale Freiwilligenorganisationen  | 12,7%             | 8,9%                      |  |
| Informell  |                   |                           |  |
| Lokale soziale Bewegungsorganisationen (z.B. Kollektive zur Unterstützung von Einwanderern, besetzte Häuser, Tauschnetzwerke etc.) | 14,9%             | 1,9%                      |  |
| Bürgerinitiativen (z.B. Künstlergruppen,<br>Freundesgrupppen etc.)   | 6,1%              | 0%                        |  |
| Institutionelle Organisationen und Privatsektor  |                   |                           |  |
| Lokale Behörden  | 17,5%             | 17,4%                     |  |
| Öffentliche Schulen  | 10,5%             | 11,3%                     |  |
| Gewerkschaften<br>(z.B. Ärztegewerkschaft,<br>Gymnasiallehrergewerkschaft etc.)  | 9,6%              | 7,2%                      |  |
| Orthodoxe Kirche   | 10,0%             | 8,9%                      |  |
| Wohltätige Institutionen für<br>Kinder, Frauen, Familie, Senioren  | 4,8%              | 15,3%                     |  |
| Politische Parteien  | 3,5%              | 0,8%                      |  |
| EU (z.B. Programm zur kostenlosen<br>Nahrungsmittelverteilung)   | 5,2%              | 2,1%                      |  |
| Andere (z.B. Museen, Polizei, öffentliche Bibliotheken, wissenschaftliche Organisationen)  | 2,2%              | 8,6%                      |  |
| Privater Sektor (z.B. kleine Unternehmen, Privatschulen etc  | 2.) 7,7%          | 15,6%                     |  |

a) Die Gesamtzahl der Aktivitäten übersteigt die in beiden Gegenden organisierten 229 bzw. 373 Aktivitäten, da sie von mehr als einer Organisation veranstaltet werden konnten.

Quelle: Eigene Darstellung

treten solidarische Aktivitäten regelmäßig auf, jedoch gibt es auch einen zunehmenden Trend von solidarischen Aktivitäten mit Spitzenwerten um die Weihnachts- und Ostermonate.

Die Ergebnisse stehen im Einklang mit spezifischen Eigenschaften griechisch-orthodoxer Kultur, bei der zu wichtigen orthodoxen Ereignissen eine Vielzahl philanthropischer Aktivitäten durchgeführt wird. Jedoch weist die Analyse Zuwächse z.B. im Dezember 2010 (22 Aktivitäten in Chania und 37 in Heraklion) und Dezember 2011 (also 57 Aktivitäten in Chania und 81 in Heraklion) auf. Auch gibt es im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen erheblichen Anstieg monatlicher Aktivitäten. Diese Ergebnisse können als Folge der dramatischen Zunahme an Bedürfnissen interpretiert werden, die durch die Wirtschaftskrise entstanden (Balourdos/Spyropoulou 2012; Matsaganis/ Leventi 2013) und die daraufhin beide lokalen Gemeinschaften konsequent dazu mobilisierten, sozial benachteiligte Gruppen bei der Erfüllung ihrer Bedürfnisse zu unterstützen.

Tabelle 2 benennt darüber hinaus die Organisatoren solidarischer Aktivitäten für beide Gegenden. Solidarische Organisationen/ Gruppen/Netzwerke in Chania und Heraklion beinhalten institutionelle Organisationen (z.B. lokale Behörden, öffentliche Schulen, Kirche etc.), den privaten Sektor und zivilgesellschaftliche Organisationen wie NGOs, wohltätige Organisationen und Vereine und informelle Organisationen wie lokale soziale Bewegungsorganisationen (Social Movement Organisations, SMOs) und Bürgergruppen (Afouxenidis/ Gardiki 2014; Sotiropoulos/Bourikos 2014). Lokale SMOs verfügen über eine bestehende Organisationsstruktur und zeichnen sich üblicherweise durch direkte Entscheidungsfindungsprozesse, Unabhängigkeit vom Staat und eine anti-systemische Ausrichtung aus. Informelle Bürgergruppen beinhalten Gruppen von Menschen, die keine Organisation bilden, sondern zusammenkommen, um eine bestimmte Solidaritätsaktion zu organisieren (z.B. eine Gruppe von Künstlern, die eine Ausstellung macht und die Erlöse einer Suppenküche zukommen lässt). Einige Vereinstypen (z.B. Kulturvereine, Frauenverbände etc.), lokale Freiwilligenorganisationen und NGOs sind ihrem rechtlichen Status nach nicht profitorientiert, in manchen Fällen sind sie staatlich finanziert. Die oben genannten Solidaritätsorganisationen in beiden urbanen Studien fallen unter die im LIVEWHAT-Projekt benannte Definition von AAO (siehe Abschnitt 2.1). Sie stellen damit alternative Formen von Resilienz dar, die sich während der betrachteten Rezessionsphase entwickelten.

Zu den aktivsten Typen solidarischer Organisationen in Heraklion gehören formelle Organisationen (19,8%), gefolgt von lokalen Behörden (17,4%) und dem Privatsektor (15,6%). In Chania sind lokale Behörden am aktivsten (17,5%), gefolgt von formellen Organisationen (14,9%). Aufgrund einer langen Tradition in diesem Feld sind jedoch lokale soziale Bewegungsorganisationen sehr involviert in solidarischen Aktivitäten (14,9%).

Die von zivilgesellschaftlichen Organisationen, institutionellen Organisationen und dem Privatsektor organisierten Aktivitäten zielen darauf ab, sozial benachteiligte Gruppen zu unterstützen, darunter Einwanderer, Obdachlose, Erwerbslose, Kinder mit Behinderungen etc., und deren Existenzmittel und Gesundheitsversorgung zu verbessern. Doch zeigt eine genauere Betrachtung der Ziele der Aktivitäten, dass solidarische Aktivitäten häufig den am meisten benachteiligten Mitgliedern der Gemeinschaft zugute kommen sollen, also denjenigen, die nicht in der Lage sind, sich mit Grundbedürfnissen wie medizinischer Versorgung, Nahrungsmittel, Kleidung und wichtigen Waren zu versorgen.

Die Analyse konzentriert sich damit auf Aktivitäten wie kostenlose medizinische Untersuchungen, Sammlung und kostenlose Abgabe von Medikamenten, Sammlung und Abgabe von Nahrungsmitteln (darunter Suppenküchen und soziale Lebensmittelhandlungen) sowie die Sammlung und Verteilung anderer wichtiger Güter (wie Kleidung, Schuhe etc.), also Aktivitäten, mit denen Mitglieder der Gemeinschaft versorgt werden, die stark armutsgefährdet sind. Tabelle 3 zeigt, dass diejenigen solidarischen Aktivitäten, die in Heraklion und Chania den

|  | Häufigkeit von Aktivitäten |              |
|--|----------------------------|--------------|
|  | Chania                     | Heraklion    |
| Kostenlose medizinische Untersuchungen,<br>Sammlung und Verteilung von Medikamenten  | 9,6%                       | 11,0%        |
| Sammlung und Verteilung von Nahrungsmittelerzeugnissen (einschließlich Suppenküchen) | 32,3%                      | 32,7%        |
| Sammlung und Verteilung anderer wichtiger<br>Güter (Kleidung, Schuhe etc.)           | 16,2%                      | 19,8%        |
| Gesamt <sup>a</sup>  | 58,1%<br>133               | 63,5%<br>237 |

Tabelle 3: Solidarische Aktivitäten in Chania und Heraklion zur Unterstützung der Versorgung mit Grundbedürfnissen (Gesundheit, Nahrungsmittel, wichtige Güter)

Quelle: Eigene Darstellung

größten Anteil ausmachten (32,3% in Chania und 32,7% in Heraklion), mit der Sammlung und Verteilung kostenloser Lebensmittel einhergehen. Dies ist Ausdruck der alarmierenden Schwierigkeiten sozioökonomisch benachteiligter Individuen in beiden urbanen Gebieten, ihre wesentlichen Grundbedürfnisse abzudecken. In beiden Gebieten machen Aktivitäten zur Versorgung mit Grundbedürfnissen mehr als 50% aller solidarischen Aktivitäten aus (58,1% in Chania, 63,5% in Heraklion).

#### 5 | Schlussbemerkungen

Die Memoranda der Troika und die Sparpolitik können als Bedrohungen für wesentliche Teile der Bevölkerung in Griechenland angesehen werden. Alternative Formen von Resilienz, also alternative Aktivitäts-Organisationen, waren eine Reaktion der griechischen Bevölkerung auf die von der Krise hervorgerufenen wirtschaftlichen Härten ihres täglichen Lebens. Zwar gab es bereits vor der Krise Initiativen, die sich für die Bedürfnisse marginalisierter Gruppe einsetzten, jedoch stieg ihre Anzahl seit 2011 stark an und breitete sich über das ganze Land aus, um alternative Möglichkeiten anzubieten, alltägliche Bedürfnisse zu erfüllen,

eine größere Öffentlichkeit zu erreichen und gemeinschaftliche Ressourcen bereitzustellen.

Diese Aktivitäten wurden durch eine Vielzahl von Organisationen durchgeführt. Mithilfe der in dieser Studie vorgestellten neuen methodologischen Ansätze zu ihrer Untersuchung lassen sich Daten bereitstellen, welche die Auswirkungen des lokalen Umfelds auf die beteiligten Organisationstypen zeigen.

Wichtiger jedoch ist die Tatsache, dass die Untersuchungen hinsichtlich der häufigsten Typen alternativer Resilienz-Aktivitäten übereinstimmen auch dies ein Ausdruck der verheerenden Folgen der Krise auf die nationale Bevölkerung. Auf nationaler und lokaler Ebene (Chania, Heraklion) war die häufigste Aktivität die Bereitstellung von dringenden und Grundbedürfnissen. Diese soziale Konstellation ist in der Geschichte des Landes seit dem Untergang der Diktatur einzigartig. Alternative Aktivitäts-Organisationen und Initiativen helfen dabei, die alltäglichen Grundbedürfnisse derjenigen zu erfüllen, die dazu aufgrund des hohen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und der Schließung von Tausenden kleiner Familienunternehmen in den letzten Jahren nicht mehr in der Lage sind. Indem sie gemeinschaftliche Ressourcen ihrer Mitglieder bündeln, konfrontieren sie auch indirekt wachsende soziale Probleme.

<sup>&</sup>lt;sup>a</sup> Die übrigen, hier nicht ausgewiesenen solidarischen Aktivitäten sind überwiegend Geldsammlungen für Individuen oder soziale Organisationen.

Der Anstieg und die Unterstützung dieser alternativen Formen der Resilienz stehen außer Zweifel, jedoch sind weitere Forschungen nötig, um festzustellen, in welchem Ausmaß die steigende Zahl an Initiativen die Probleme der immer mehr abgleitenden Mittelschicht auffangen kann. Die Tatsache, dass viele der Initiativen zu Grundbedürfnissen arbeiten (Nahrungsmittel und Medizin), ist Ausdruck einer aufs Überleben ausgerichteten Resilienz und zeigt die scharfen Auswirkungen der Krise auf neu marginalisierte Gruppen. Können AFRs all die Teile der Mittelschicht unterstützen, die darum kämpfen, ihr Familieneinkommen aufrecht zu erhalten oder ihren Kindern eine gute Bildung und Zukunft zukommen zu lassen? In diesem Bereich sind weitere Forschungen notwendig, ebenso zu den Perspektiven von AFRs und ihren Aussagen zu einer neuen Art von Gesellschaft, die in dieser Zeit von Unsicherheit, wirtschaftlicher Not und Zukunftsängsten langsam sichtbar wird.

Maria Kousis ist Professorin für Soziologie und Direktorin des Center for Research and Studies in Humanities, Social Sciences and Pedagogics an der Universität Kreta. Kontakt: kousis.m@uoc.gr.

Stefania Kalogeraki ist Soziologin an der Universität Kreta. Ihre Themenschwerpunkte sind Methoden der empirischen Sozialforschung und Sozialstatistik. Kontakt: kaloge@uoc.gr.

Marina Papadaki hält einen Masterabschluss in Statistik und unterrichtet quantitative Methoden und Sozialstatistik an der Universität Kreta. Kontakt: papadakma@uoc.gr.

Angelos Loukakis ist Soziologie an der Universität Kreta. Er promoviert zu alternativen Solidaritäts- und Resilienzstrukturen als Folgen der Eurozonen-Krise. Kontakt: loukakisangelos@social.soc.uoc.gr.

Maria Velonaki schloss 2015 ihr Masterstudium in Soziologie an der Universität Kreta ab. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Solidarität in Krisenzeiten, kollektive Aktionen, Zivilgesellschaft und Migration. Kontakt: belonakimar@social.soc.uoc.gr.

Aus dem Englischen übersetzt von Miriam Küller.

### Anmerkungen

- Der Internationale Währungsfonds (IWF), die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Kommission (EK).
- <sup>2</sup> OECD 2014: Society at a Glance 2014, Highlights: GREECE, The Crisis and its Aftermath. http://www.oecd.org/greece/ OECD-SocietyAtaGlance2014-Highlights-Greece.pdf [12.01.16].
- <sup>3</sup> Neo-Obdachlosigkeit bezeichnet eine neue Generation Obdachloser, die bis vor kurzem einen zufriedenstellenden Lebensstandard hatten und häufig über gute Bildung verfügen.
- <sup>4</sup> Doctors of the World 2013: Greece. The Human Face of the Economic Crisis. http://doctorsoftheworld.org/where-we-work/europe/greece/ [12.01.16].
- <sup>5</sup> Siehe auch das Work Package 6 von LI-VEWHAT unter http://www.livewhat.unige. ch/.
- <sup>6</sup> Einzelheiten zum Projekt finden sich unter www.livewhat.unige.ch/ [25.11.2015].
- <sup>7</sup> Siehe www.livewhat.unige.ch/wp-content/ uploads/2014/07/Analysis-of-Web-Accessible-Networks-Organizations-and-Groups.pdf [25.11.2015].
- 8 Unter http://arcg.is/1nlD9ia [27.01.2016] ist eine Karte abrufbar, die die momentane nationale Verteilung von 2.867 griechischen AAOs (von insgesamt 3.356) veranschaulicht. Die Karte basiert auf den verfügbaren Postleitzahlen und belegt die Bedeutung, die Anzahl und die Verbreitung alternativer Formen von Resilienz in wirtschaftlich schwierigen Zeiten über das ganze Land.
- <sup>9</sup> Der spezifische Zeitraum geht mit bestimmten Ereignissen einher. Im Mai 2010 gaben der IWF und die EK den ersten *Bail-out* frei, im Mai 2012 fanden nationale Wahlen statt. Zu beachten ist, dass die Studie in Heraklion einen längeren Zeitraum abdeckte. Für die Zwecke dieses Beitrags beschränkt sich die Analyse auf den gleichen Zeitraum wie die Studie in Chania.

#### Literatur

Adam, Sofia/Papatheodorou, Christos 2010: Social Economy and Social Exclusion: A Critical Approach. Athen: INE GSEE.

Afouxenidis, Alex/Gardiki, Maria 2014: Mapping Civil Society in Contemporary Greece. Problems and Perspectives (auf Griechisch). In: The Greek Review of Social Research, Heft 143, 33-53.

Balourdos, Dionyssis/Spyropoulou, Natalia 2012: Portraits of Poverty in Greece of Crisis. In: Social Portrait of Greece. Athen: EKKE, 157-179.

Berkes, Fikret/Ross, Helen 2013: Community Resilience: Toward an Integrated Approach. In: Society & Natural Resources, Jg. 26, Heft 1, 5-20.

Earl, Jennifer/Martin, Andrew/McCarthy, John/Soule, Sarah 2004: The Use of Newspaper Data in the Study of Collective Action. In: Annual Review of Sociology, Jg. 30, 65-80.

Garefi, Ioanna/Kalemaki, Eirini 2013: Informal Citizen Networks: The Case of Greece. A Deliverable of the Project "The Theoretical, Empirical and Policy Foundations for Building Social Innovation in Europe" (TEPSIE), Europäische Kommission – 7th Framework Programme, Brüssel: Europäische Kommission, DG Research.

Giugni, Marco/Kousis, Maria 2015: Introduction. In: Special Issue "Alternative Forms of Resilience Confronting Austerity and the Crisis in Southern Europe: A Social Movement Perspective", Southern European Society and Politics (in Begutachtung).

Kallas, Yannis 2004: Mia empeiriki dierevnisi tis koinonias politon sthn Hellada (An Empirical Research on Civil Society in Greece). In: Sotiropoulos, Dimitris (Hg.): He agnostic koinonia politon (The Unknown Civil Society), Athens: Potamos, 203-240.

Karamichas, John 2007: The Impact of the Summer 2007 Forest Fires in Greece. Recent Environmental Mobilizations, Cyber-Activism and Electoral Performance. In: South European Society and Politics, Jg. 12, Heft 4, 521-533.

Koopmans, Ruud/Rucht Dieter 2002:

Protest Event Analysis. In: Klandermans, Bert/ Staggenbord, Suzanne (Hg.): Methods of Social Movement Research. Minneapolis: University of Minnesota Press, 232-259.

Kousis, Maria 2007: Local Environmental Protest in Greece, 1974-94: Exploring the Political Dimension. In: Environmental Politics, Jg. 16, Heft 15, 785-803.

Kousis, Maria/Kalogeraki, Stefania/Mexi, Maria 2015: Alternative Forms of Resilience and Policy Change: an Exploration of the Theoretical, Empirical and Policy Dimensions. Vortrag im Rahmen der LIVEWHAT Scientific Conference, Universität Genf, 14.-16. Oktober 2015.

Kousis, Maria/Paschou, Maria 2014: Theoretical and Methodological Considerations about Alternative Forms of Resilience in Times of Crises. Working Paper on Definition and Identification of Crises. LIVEWHAT FP7, http://www.livewhat.unige.ch/?p=452 [12.1.2016].

Loukidou, Katerina 2013: Formal and Informal Civil Society Associations in Greece: Two Sides of the Same Coin? GPSG Working Paper 13.

Makris, Gerasimos/Bekridakis, Dimitris 2013: The Greek Orthodox Church and the Economic Crisis since 2009. In: International Journal for the Study of the Christian Church, Jg. 13, Heft 2, 111-132.

Marketakis, Yanis/Tzitzikas, Yannis/Anifantis, Nikos/Kalligiannakis, Vaggelis/Lionakis, Panagiotis/Yannakis, Thannos 2015: Analysis of Web Accessible Networks, Organizations and Groups. FORTH Institute of Computer Science für LIVEWHAT (WP 6).

*Matsaganis*, *Manos* 2013: The Greek Crisis. Social Impacts and Policy Responses. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Matsaganis, Manos/Leventi, Chrysa 2013: The Distributional Impact of the Greek Crisis in 2010. In: Fiscal Studies, Jg. 34, Heft 1, 83-108.

Murray, Kate/Zautra, Alex 2012: Community Resilience: Fostering Recovery, Sustainability, and Growth. In: Ungar, Michael (Hg.): The Social Ecology of Resilience. New York: Springer, 337-345.

Petropoulou, Chryssanthi 2014: Crisis, Right to the City Movements and the Question of Spontaneity: Athens and Mexico City. In: City. Analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, Jg. 18, Heft 4-5, 563-572.

Petropoulou, Chryssanthi 2013: Alternative Networks of Collectivities and Solidarity-Cooperative Economy in Greek Cities. Exploring their Theoretical Origins. In: Journal of Regional Socio-Economic Issues, Jg. 3, Heft 2, 61-86.

Rakopoulos, Theodoros 2014a: Resonance of Solidarity: Meanings of a Local Concept in Anti-austerity Greece. In: Journal of Modern Greek Studies, Jg. 32, Heft 2, 313-337.

Rakopoulos, Theodoros 2014b: The Crisis Seen from Below, Within, and Against. From Solidarity Economy to Food Distribution Cooperatives in Greece. In: Dialectical anthropology, Jg. 38, Heft 2, 189-207.

Rozakou, Katerina 2011: The Pitfalls of Volunteerism: The Production of the New, European Citizen in Greece. http://eipcp.net/policies/rozakou/en. [12.01.2016].

Sotiropoulos, Dimitri 2014: Civil Society in Greece in the Wake of the Economic Crisis.

Athen: Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)/Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sotiropoulos, Dimitri/Bourikos, Dimitris 2014: Economic Crisis, Social Solidarity and the Voluntary Sector in Greece. ELIAMEP CO Research Papers. Athen: Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP)/Crisis Observatory.

Sotiropoulou, Irene 2012: Exchange Networks and Parallel Currencies. Theoretical Approaches and the Case of Greece. Rethymno: University of Crete.

Theodorikakou, Olga/Alamanou, Alexandra/Katsadoros, Kyriakos 2013: "Neo-homelessness" and the Greek Crisis. In: European Journal of Homelessness, Jg. 7, Heft 2, 203-210.

Vathakou Eugenia 2015: Citizens' Solidarity Initiatives in Greece during the Financial Crisis. In: Huliaras, Asteris/Clark, Jennifer/Sotiropoulos, Dimitri (Hg.): Austerity and the Third Sector in Greece. Civil Society at the European Front Line. Farnham/Surrey: Ashgate, 167-192.

## Syriza, Podemos und die Anti-Austeritäts-Mobilisierungen

## Bewegungen und Parteien in Zeiten der Krise

Hara Kouki/Joseba Fernandez Gonzalez

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat vor allem im Süden Europas eingeschlagen, wo die Austeritätspolitik der internationalen und europäischen Institutionen, die von den nationalstaatlichen Regierungen übernommen wurde, massive Proteste hervorgerufen hat. Die Anti-Austeritäts-Mobilisierung in Griechenland und die *Indignados* auf den Plätzen Spaniens forderten die traditionellen politischen Parteien und Institutionen der repräsentativen Demo-

kratie heraus, indem sie Hunderttausende auf die Straße brachten. Bald wurde die linke Syriza zur regierenden Partei Griechenlands und in Spanien entstand mit Podemos eine echte Alternative zum traditionellen Zweiparteiensystem: Beide Parteien fechten inländische und europäische politische Eliten an, pflegen einen Diskurs gegen die vorherrschende Austeritätspolitik und eine Agenda, die die Verärgerung der breiten Massen artikuliert. Inwieweit sind

diese Parteien mit den überwältigenden Protestwellen in den beiden Ländern verknüpft?<sup>1</sup>

Aufgrund der Umwälzungen im Süden Europas sind die Grenzen zwischen Protest und Parteipolitik aufgeweicht und die Beziehungen, die sich zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Partizipationsformen entwickelt haben, werden komplexer. Dieser Artikel ist eine vorläufige Studie zur Frage, inwieweit die Beziehungen von Syriza und Podemos zu den sozialen Bewegungen in dieser entscheidenden Phase' (critical juncture) strukturelle Veränderungen und politische Neuausrichtungen voranbringen (Roberts 2014). Wir nähern uns diesen an als "Bewegungsparteien" (movement parties) (Kitschelt 2006) - also als ein ,work in progress' und ein vorübergehendes Phänomen, das die Dynamiken zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien widerspiegelt.

Auf den ersten Blick scheint es so, als wären beide Parteien aufgrund ihrer Verbindungen zur widerständigen politischen Kultur der krisenbehafteten Jahre in Griechenland und Spanien aufgestiegen. Jedoch sollte sich eine vergleichende Analyse nicht nur auf diese offensichtliche Gemeinsamkeit der beiden konzentrieren. Eine kurze Einführung stellt den kontextuellen Hintergrund beider Fälle und eine Darstellung diverser Mobilisierungen, wie sie sich in beiden Ländern während der Krise entfaltet haben, dar. Bei unserem Versuch, die Art und Weise, wie beide Parteien durch die sozialen Bewegungen beeinflusst wurden, zu entschlüsseln, greifen wir zwei wichtige Konvergenzen zwischen Syriza und Podemos auf: Parteiorganisierung und Framing.2 Im Hauptteil dieses Artikels nehmen wir die Perspektive der Parteien ein und untersuchen einerseits, wie sie alternative Krisennarrative bereitstellen, die die anerkannten Erklärungen der großen Parteien und Medienkonglomerate herausfordern. Darüber hinaus betrachten wir die Organisationsstrukturen der Parteien und deren interne Arbeitsweisen. Im letzten Teil skizzieren wir einige einleitende Gedanken zum Verhältnis zwischen Parteien und Bewegungen in der Krise in beiden Fällen. Dieser Artikel

ist das Ergebnis von Sekundärforschung und Feldarbeit. Unsere Analyse basiert auf akademischen Studien, Parteidokumenten und einer Reihe halbstrukturierter Interviews mit Parteimitgliedern und AktivistInnen in Griechenland und Spanien.<sup>3</sup>

# 1 | Kontext: Neuartige Parteien in Griechenland und Spanien

Die Entstehung von Podemos und der Aufstieg von Syriza zur politischen Macht vollzogen sich in einem bestimmten historischen Kontext in Südeuropa, der eine doppelte (wirtschaftliche und politische), bereits bestehende Krise in beiden Ländern mit den Verwerfungen der globalen Krise des neoliberalen Kapitalismus zusammenbrachte (siehe unter anderem das Editorial in diesem Heft). Diese mehrdimensionale Krise mit ihren brutalen sozialen Auswirkungen löste eine Welle intensiver Mobilisierung aus, was zum Zusammenbruch der Parteisysteme und zur Marginalisierung der traditionellen sozialdemokratischen Parteien (PSOE und PASOK) in beiden Ländern beitrug. Es scheint daher, dass sowohl die Entstehung von Podemos und der Wahlsieg Syrizas teilweise Nebenprodukte dieser Protestwelle sind, da es ihnen gelang, im Wahlkampf die Hauptforderungen der Anti-Austeritäts-Mobilisierung zu artikulieren. Jedoch ist dieser kausale Narrativ, wie wir argumentieren, keineswegs gradlinig, da die Beziehungen zwischen diesen Parteien und den sozialen Bewegungen mindestens kontrovers sind.

## 1.1 | Parteien fordern das Parteiensystem heraus

#### Griechenland

Die Haushaltskürzungen, die in Griechenland durch die sogenannte Troika (Internationaler Währungsfond, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission) koordiniert wurden, mündeten in die dramatischste Rezession in einer etablierten Demokratie in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Laut Experten der Vereinten Nationen (UNO) und der Europäischen Union (EU) lösten die in dem Land durchgesetzten Rettungspakete in der griechischen Gesellschaft eine humanitäre Krise aus. In diesen Jahren wandelte sich der seit langem existierende politische Zynismus vor allem in der jüngeren Generation zu einer Aggression gegenüber den politischen Eliten, verbunden mit einer breiten Delegitimierung nationaler und europäischer Institutionen und der repräsentativen Demokratie insgesamt (Teperoglou/Tsatsanis 2014). Die totale Neuausrichtung des Parteiensystems mit dem Machtaufstieg der linken Syriza 2015 wird als Folge dieser sozioökonomischen und politischen Krise verstanden.

Seit dem Übergang zur Demokratie 1974 wurde Griechenland von nur zwei etablierten Parteien regiert, der Neuen Demokratie (ND), vermeintlich mitte-rechts stehend, und der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK), mitte-links orientiert. Die Umfragewerte der Kommunistischen Partei (KKE) fluktuieren seit jeher bei stabilen, jedoch marginalen 10 %. Die euro-kommunistische Sinaspismos (SYN) wurde 1991 gegründet als kleinerer Pol innerhalb der griechischen Linken, die seit jeher um einen Platz im Parlament kämpft (Panayiotakis 2015). 2004 verbündete sich Sinaspismos mit linken und linksradikalen Parteien, Gruppen und Netzwerken, um Syriza zu gründen, die Koalition der radikalen Linken', deren Ziel es war, einen politischen Raum zwischen PASOK und KKE zu etablieren und die Jugend und die sozialen Bewegungen anzusprechen. Syriza blieb jedoch lange eine Partei am Rande, der es nicht gelang, das dominante Zweiparteiensystem herauszufordern. Als die Krise Griechenland traf, hatten sich ND und PASOK bereits derart dem neoliberalen Mainstream angepasst, dass sie 2011 eine Regierungskoalition formierten, die sich für die von den europäischen Eliten geforderte Austeritätspolitik aussprach. Dieses antagonistische Verhältnis, das zu einem symbiotischen wurde, führte zu einer steilen Abwärtskurve für ND, dem kompletten Kollaps von PASOK (von 44 % in 2009 zu 5 % in den Wahlen 2015) und dem erstmaligen Einzug der rechtsextremen

Partei Goldene Morgenröte ins griechische Parlament. In diesem Kontext stieg Syriza von 4 % (2009) auf 26 % (2014) und erreichte die Machtübernahme 2015 mit 36 % der Stimmen.

#### Spanien

Die ökomische Krise in der Eurozone hatte auch auf die spanische Wirtschaft enorme Auswirkungen. Diese Krise wurde in Spanien bald zu einer politischen Krise, die sich auch auf das politische Establishment und das Parteiensystem auswirkte. Der politische Konsens, etabliert durch die "Wende" zur Demokratie (,Transición') und die spanische Verfassung von 1978, brach zusammen, vor allem seit dem Aufkommen der sogenannten 15M-Bewegung 2011 und der Welle von Anti-Austeritäts-Protesten. Ausgelöst von der ökonomischen und politischen Krise fiel das politische System und das Parteiensystem, das zuvor als stabil galt, in eine tiefe Krise. Dies eröffnete das Feld für neue Diskurse und die Entstehung neuer politischer Möglichkeiten, zusätzlich begünstigt durch fortlaufende Fälle von Korruption in den Institutionen der Monarchie und den zwei zentralen politischen Parteien, der Spanischen Volkspartei (PP), vermeintlich mitte-rechts stehend, und der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE), die dem Spektrum links der Mitte zugeordnet wird. Dies führte zu einem großen Vertrauensverlust gegenüber den zentralen politischen Institutionen des Landes und einer Repräsentationskrise der beiden großen Parteien. In der Zwischenzeit änderte sich das politische Klima und begünstigte das Auftreten von 'Außenseitern' und systemkritischen politischen Akteuren. In diesem Kontext etablierte sich Podemos als eine der Auswirkungen der 15M-Bewegung im Januar 2014 durch die strategische Nutzung der Massenmedien und der charismatischen Figur ihres Anführers, Pablo Iglesias. Das schnelle Wachstum und die Popularität von Podemos schlug sich in dem ersten und überraschenden Wahlerfolg in den Wahlen zum EU-Parlament im Mai 2014 nieder (knapp 8 %). Dieses Ergebnis vergrößerte das Publikum und erhöhte die Beliebtheit bei den WählerInnen. In den darauffolgenden Monaten nahm Podemos in den Umfragewerten zu und stieg zwischenzeitlich zur stärksten Kraft auf. Obwohl die Partei sich derzeit aufgrund der stark abfallenden Umfragewerte in einer komplizierten Situation befindet, ist Podemos bereits eine gefestigte und etablierte Größe im spanischen Parteiensystem.

# 1.2 | Soziale Bewegungen fordern die Politik heraus

#### Griechenland

Als Antwort auf den durch die Troika hervorgerufenen Schock und die Implementierung der Haushaltskürzungen durch die griechische Regierung, entstand in Griechenland eine starke und vielseitige Anti-Austeritäts-Bewegung. In Anbetracht des Mangels an quantitativer Analyse dieser Mobilisierungen, nutzen wir Interviews als primäre Quelle in Kombination mit Sekundärstudien, um eine Zeitachse der Ereignisse zu rekonstruieren. Laut den Angaben unserer Befragten lässt sich diese in zwei Zeiträume unterteilen. Im ersten Zeitraum, der ungefähr von 2010 bis 2012 andauerte, wurde das Land durch viele und massive Generalstreiks. Protestmärsche und konfrontative Proteste lahmgelegt, die auf weitreichende polizeiliche Gewalt stießen (Kousis 2013). Ausbrüche öffentlicher Wut gegen PolitikerInnen, die sich für die Austeritätspolitik aussprachen, konnten nicht länger unter Kontrolle gebracht werden. Die weitverbreitete Ablehnung des politischen Establishments erreichte seinen Höhepunkt in der griechischen Version der spanischen Indignados (siehe unten) auf den Plätzen im ganzen Land im Sommer 2011, wo unparteiliche Versammlungen mit Anti-Austeritäts-Demonstrationen fusionierten. Die Wahlen 2012 mündeten dann aber in einer Pro-Austeritäts-Koalition und in einem anschließenden, gefühlten Rückgang der massenhaften Mobilisierung. Das Gefühl war, dass "die Bewegungen besiegt waren", so einer der AktivistInnen. Von 2012 bis 2015 setzte in der Bewegung eine neue Phase ein, in der lokale, ,ad hoc'-Proteste eine symbolische Rolle einnahmen, wie beispielsweise der Protest der entlassenen MitarbeiterInnen

der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt (ERT), die über Nacht aufgelöst wurde, oder der lokale Widerstand gegen eine kanadische Goldbergbaugesellschaft in Skouries in Nordgriechenland. Neben diesen entstand eine vielfältige Solidaritätsbewegung zur Unterstützung bedürftiger und von der Krise stark betroffener Menschen in lokalen Gemeinden im ganzen Land durch soziale Lebensmittelläden und Kliniken, ArbeiterInnenkollektive und MigrantInnenzentren. Während Massenproteste abgenommen haben, steigt seit 2012 die Zahl und Diversifizierung dieser alternativer Formen wirtschaftlicher und politischer Resilienz (siehe Kousis et al. in diesem Heft).

Diese Anti-Austeritätsbewegung hatte einen linken/anti-autoritären Unterton, stammte aber nicht aus einem klar abgesteckten Bereich der Gesellschaft oder aus den Reihen der bereits Mobilisierten (wie Gewerkschaften, linke und anarchistische Gruppen). Stattdessen ging die Teilnahme über ideologische, berufliche und altersbedingte Grenzen hinweg (Karyotis/Rüdig 2013). "Normale' BürgerInnen erzeugten eine widerständige politische Praxis, die sich durch hohe Inklusion und Flexibilität auszeichnete und charakterisiert war von Selbstorganisierung und Basissolidarität.

### Spanien

Die Anti-Austeritätsbewegung in Spanien nimmt Bezug auf die Demonstrationen der Indignados, die im Mai 2011 auf den zentralen Plätzen in vielen Städten zu "echter Demokratie" (,;Democracia Real YA!') aufriefen und ihre Stimmen gegen die Banken und Finanzmärkte erhoben. Nach Sampedro und Lobera (2014: 72) argumentiert die Indignados-Bewegung, dass beide großen Parteien, die sich an der Regierung abwechselten (PP und PSOE), einen praktisch identischen politischen Kurs einschlagen, sobald diese an die Macht kommen. Laut einem der AnführerInnen von Podemos hätte die 15M-Bewegung zudem eine neue politische Identität hervorgebracht, indem sie heterogene und zerstreute Forderungen in einem grundlegenden narrativen Rahmen zusammengebracht hätte, der weite Teile der Bevölkerung anspricht, indem er einen "Querschnitt mit ideologisch unklaren Grenzen darstellt" (Errejón 2015: 128, eigene Übersetzung). Dieser neue "Querschnittsdissent" und die Ideologie, die während der Anti-Austeritäts-Proteste entstanden, wurden später in den Kern der sogenannten "populistischen Hypothese" von Podemos aufgenommen.

Die Ablehnung der politischen Eliten, die Forderungen der Bewegungen mit einzubeziehen, und der darauffolgende Demobilisierungsprozess konstituierten einen Wendepunkt der Bewegung. Diese zweite Phase könnte, laut Subirats (2015: 164), den Wandel eines eher bewegungsartigen' prä-15M-Zyklus zu einem post-15M-Zyklus mit einem stärkeren Fokus auf Parteienwettstreit und Wahlkampf erklären. So profitierte die 15M-Bewegung und später Podemos von der Krise der Parteien und von der Legitimationskrise der Institutionen in dem Sinne, dass die anhaltenden institutionellen Blockaden den Bedarf für eine neue Generation politischer Parteien hervorriefen (Subirats 2015: 166). So entschied sich die Mehrheit der AktivistInnen, ihre Hilfe den basisdemokratischen und den Wahlalternativen, die näher an den Bewegungen waren und sich ab Ende 2013 im Aufstieg befanden, zu widmen (Romanos/ Sádaba 2015). Neben ihren Wahlerfolgen haben diese Parteien (hauptsächlich Podemos, aber auch erfolgreiche Kandidaturen in den

Kommunalwahlen in Madrid oder Barcelona) einige Kernforderungen, Repertoires und Framings der Bewegungen in die politischen Institutionen des Landes eingebracht.

## 2 | Syriza: Eine Randpartei an der Macht

### 2.1 | Framing der Krise

Als unbeabsichtigtes Ergebnis des Wandels von SYN zu Svriza bildete sich eine Generation von AktivistInnen heraus, die sowohl an internationalen globalisierungskritischen, als auch an inländischen Mobilisierungen teilnahm und die sich mit basisdemokratischem Aktivismus vertraut machte. Als die Krise ausbrach, waren zahlreiche Mitglieder Syrizas bereits normaler Bestandteil fast aller Mobilisierungen, obwohl es dafür keinen offiziellen Entschluss gab. Keiner der großen Proteste war auf Initiative der Parteiführung entstanden. Syriza hat kaum Einfluss auf die breiten Anti-Austeritäts-Bewegungen, wurde aber von diesen gestärkt. Ungeachtet ihrer Präsenz in sozialen Kämpfen, blieb die Partei jedoch relativ marginalisiert, zusammenhangslos und unfähig, das dominante Framing der Austeritätspolitik herauszufordern, demzufolge Anti-Austeritäts-Proteste ein Zeichen von Euroskeptizismus und die Krise auf die Korruption, Klientelismus und Rückständigkeit der griechischen politischen Kultur zurückzuführen waren (Triandafyllidou et al. 2013).





Jedoch fand im Mai 2011 eine Verschiebung statt, als Alexis Tsipras, der damals 36-jährige Anführer der Partei, die Einheit der Linken forderte, um ,das Land zu regieren' (Tsipras 2011). Vom Ziel eines "Linksrucks", der eine Opposition gegen Neoliberalismus und Zwei-Parteiensystem aufbauen würde, wurde der Schwerpunkt jetzt auf die Gründung einer Koalition gelegt, die etablierte Machtstrukturen und Narrative herausfordern und sogar einen unmittelbaren Machtanspruch stellen würde (Katsampekis 2015). Syriza verstand, dass die Menschen auf der Straße auch gegen linke Parteien als inhärenten Teil eines delegitimierten Systems protestierten und dagegen, dass es aus ihrer Sicht keine Wahlalternativen gab, in einer Zeit verheerender Rezession und großen gesellschaftlichen Widerstands. Indem er Hoffnung gab, auf die Würde des griechischen Volkes verwies und zu Veränderung aufrief, rüttelte Tsipras' Aufruf an den Spielregeln der politischen Eliten und formte Syriza von einer protest- hin zu einer (Regierungs-) machtorientierten Partei. Syriza rief nicht mehr ,die Jugend', ,die Bewegungen' oder ,die griechischen Bürger' auf, sondern richtete einen universellen Aufruf an ,das Volk' (Katsampekis 2015). Der Diskurs der Partei organisierte sich um den Antagonismus zwischen ,uns - dem Volk - als den von der Krise und der Austeritätspolitik betroffenen Menschen' und ,denen, im politischen Establishment, die für die Krise verantwortlich und von den internationalen Eliten abhängig sind' (Stavrakakis/Katsampekis 2013). ,Das Volk' wurde zu einer integrativen und pluralistischen Gemeinschaft, vereint durch "das gemeinsame Anliegen, die Interessen der Bevölkerung zu schützen und progressive Regierungsformen wiederherzustellen" (Syriza 2012).5 Gegen das drohende Dilemma, vor der Austeritätspolitik zu kapitulieren auf der einen Seite versus "Grexit' auf der anderen Seite, dem sich die griechischen BürgerInnen seit dem Ausbruch der Krise wiederholt ausgesetzt sahen, änderte Syriza die Bedingungen der Debatte: Der Kampf wurde nun zwischen der unfairen Austeritätspolitik versus Anti-Austerität und zwischen einer neoliberalen EU auf der einen und einem sozialen, auf Solidarität bauenden Europa auf der anderen Seite gefochten. Theoretisch strebt Syriza die Verwirklichung von "Sozialismus als Organisationsform der Gesellschaft" durch "den Sturz der dominierenden Mächte des Neoliberalismus und der Memoranden, der Mächte der sozialen Zerstörung" an (Syriza 2014). Praktisch jedoch waren die Lösungsvorschläge der Partei weit davon entfernt, eine linksradikale Strategie darzustellen, und eher die einer moderaten sozialdemokratischen Partei. Im Kern bestand diese Agenda darin, die Staatsschulden neu zu verhandeln, Löhne und Renten auf ihren früheren Stand wiederherzustellen, Arbeitsplätze zurückzugewinnen und die Reichen zu besteuern (Syriza 2014). In jedem Fall bot Syriza den Protesten gegen die Memoranden ein alternatives, schlüssiges Narrativ der Krise und somit ein organisiertes politisches Sprachrohr und eine parlamentarische Repräsentation.

## 2.2 | Organisierung in Zeiten der Krise

Bezüglich der Organisationsstruktur fungierte Syriza von 2004 bis 2012 als auf einem Konsensprozess basierende Koalition autonomer Organisationen, die sich in ihrem Gründungskongress 2013 in eine einheitliche politische Partei wandelte, eine Partei ,seiner Mitglieder', die dazu aufrief, ihre vielen Strömungen und Fraktionen aufzulösen. Örtliche Ableger - der angebliche Kern der Partei - sind souverän und autonom. Mitglieder werden dazu angeregt, direkt an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Ihre interne Organisierung jedoch ist pyramidenartig: Örtliche Sektionen wählen RepräsentantInnen für die regionalen Kongresse und für den Kongress, der das 'hohe Organ' der Partei darstellt und alle drei Jahre stattfindet. Dieser wählt den/die ParteipräsidentIn, das zentrale politische Komitee, als höchstes politisches Organ, das politische Sekretariat und seine/n SekretärIn, welche politische Aktionen koordiniert.

Die lose Organisierung, welche die Partei anfangs charakterisierte, ermöglichte es Syriza, zunächst ein breites Netzwerk zu etablieren. das die diversen Strömungen in der Partei und den Bewegungen vereinte (Kanellopoulos/ Kostopoulos 2013). Allerdings bevorzugte sie ab 2012 die Nähe zu etablierten Machtstrukturen auf Kosten ihrer Nähe zu diesen Bewegungen, Diese Neuorientierung setze sich durch, als es keine schlüssige Strategie für einen politischen Paradigmenwechsel gab. Top-Down-Organisationsstrukturen wurden noch hierarchischer, seitdem der Kurs der Partei von ihrer geschlossenen Führungsebene abgestimmt wurde - losgelöst von ihren Mitgliedern und ihrer Wählerschaft und ohne demokratische Teilhabe. Mitglieder haben nicht wirklich ein Mitspracherecht an politischen Entscheidungen, die durch ExpertInnen und höhere Verwaltungsorgane gefällt werden, und im Ergebnis wurden keine neuen Organisationsstrukturen geschaffen, um die veränderten Bedingungen und Bedürfnisse der Menschen widerzuspiegeln. Aus diesem Grund blieben Mitgliederzahlen niedrig, was interessanterweise nicht den guten Umfrageergebnissen der Partei entspricht, vor allem unter der jungen Wählerschaft. Laut unseren Befragten dominierten nach innen gerichtete Konflikte zwischen Gruppierungen der Partei auch noch nach 2013. Hinsichtlich der Organisierung und der Entscheidungsstrukturen, scheint Syriza somit Teil des alten Establishments zu bleiben.

## 3 | Podemos: eine neue Bewegungspartei?

## 3.1 | Das Framing der Krise

Podemos hat dem Framing und dem politischen Diskurs einen hohen Stellenwert verliehen. Dies ist kein Zufall. Einige der prominenten AnführerInnen der Partei haben die Ideen Antonio Gramscis zu Hegemonie studiert sowie diejenige Form der Diskursanalyse, wie sie von AutorInnen wie Ernesto Laclau oder Chantal Mouffe entwickelt wurde. Darüber hinaus resultierte die praktische Entwicklung dieser Theorien durch die AnführerInnen der Partei in der sogenannten "populistischen

Hypothese' (siehe unten) und in dem Versuch, einen linken Populismus in Spanien zu schaffen. In diesem Sinn hat sich die Strategie von Podemos in Richtung eines Wandels der politischen Situation durch eine Änderung der hegemonialen Diskurse orientiert. In der Tat war eines der Hauptergebnisse der 15M- und Anti-Austeritäts-Bewegungen die Erschaffung eines alternativen Diskurses hinsichtlich verschiedener krisenspezifischer Themen und der allgemeinen Orientierung wohlfahrtsstaatlicher Politik (Martínez/San Juan 2014).

Der Erfolg der Partei geht unmittelbar auf die erfolgreiche Bezugnahme auf die Mobilisierungswelle in Spanien zurück. Den Anti-Austeritäts-Bewegungen in Spanien gelang es, den "gesunden Menschenverstand einer Ära" neu zu formulieren (Errejón 2015). Dies bezieht sich auf die diskursive Auslegung von sogenannten "geteilten Vorstellungen" (Subirat 2015) zu Demokratie, der Krise und Austerität, von denen besonders Podemos profitierte, da hier ein Netzwerk von AktivistInnen, die in diesem besonderen Rahmen politisiert wurden, zusammenkam und da sich Podemos auf eine Wählerschaft stützen konnte, die bereit war neue Optionen dieser "geteilten Vorstellungen" zu wählen. Laut der Diagnose der Vordenker von Podemos erschuf die politische Krise eine Gelegenheit, einen neuen politischen Diskurs hinsichtlich der Unterstützung einer neuen Mehrheit anzuregen und ein linkes populistisches Projekt in Spanien zu schaffen. Der Rahmenplan ,el pueblo versus la casta' (das Volk gegen das Establishment [die Kaste]) formuliert eine klare Abgrenzung zwischen uns - dem Volk' und ,denen'. Tatsächlich wird durch dieses Framing gesellschaftlicher Dichotomie versucht, die ,Re-Aktivierung' der Menschen, die an den 15M - Mobilisierungen teilgenommen haben, zu erreichen (Stobart 2014).

Podemos hat sich selbst als "weder links noch rechts' definiert, mit Hilfe eines ähnlichen Framings wie es schon von 15M benutzt wurde ("die unteren gegen die oberen"). Auch dieser nicht-ideologische Appell unterscheidet zwischen den normalen Menschen und den

korrupten PolitikerInnen. Podemos präsentiert sich als Garant für die Verteidigung der Rechte des Volkes und als eine Bewegung für die politische Erneuerung gegen die Korruption der traditionellen Parteien. In diesem Sinn gibt es eine diskursive Vorstellungswelt, die zwischen der ,alten Politik' und der ,neuen Politik' unterscheidet. Diese neue Podemos-Politik wird dargestellt als ein Werkzeug, um die partizipatorischen Mechanismen, die öffentliche und soziale Kontrolle über die Institutionen und politischen Parteien zu stärken und die "Privilegien' der RepräsentantInnen zu beenden. Zusätzlich postulieren Iglesias und seine KollegInnen ein moralistisches Politikverständnis: In einem nationalen Kontext, wo Korruption das zentrale politische Problem darstellt, haben die SprecherInnen von Podemos regelmäßig die 'Drehtüren' zwischen Regierungen und den Beiräten und Vorständen großer Firmen verurteilt (Stobart 2014). Auch Podemos' Kampagnenbrief kombiniert den 15M-Diskurs der ,normalen BürgerInnen' mit einem demokratischen antikorruptions- und "Regenerierungsstandpunkt' (Flesher-Fominaya 2014).

Um die Situation zu ändern und die sozialen und politischen Probleme in Spanien aufzulösen, hat Podemos zudem einen strategischen Mobilisierungsrahmen entwickelt. Eine optimistische Rhetorik sollte aktive Unterstützung und kollektives Engagement fördern und folglich wurde das Framing durch die Begriffe Hoffnung, Begeisterung und Veränderung geprägt. ,Hoffnung' wurde bislang hauptsächlich als Mechanismus verwendet, um genau die Rhetorik des Establishments herauszufordern (Hirschman 1991), und so hat Podemos den Begriff weitgehend als alternatives Narrativ zu dem mit Angst und Krise konnotierten Diskurs verwendet. Zusätzlich kann diese Vorstellung von "Hoffnung" auch als Vermächtnis der Proteste und des ,Sí se puede' (,Ja, wir können') der sozialen Bewegungen, wie die PAH (Plattform der von Hypotheken Betroffenen; siehe Molina Allende in diesem Heft), verstanden werden.

Die Verbindungen zwischen Podemos und den früheren Anti-Austeritäts-Mobiliserungen

sind auch sichtbar in den offensichtlichen biographischen Kontinuitäten, die es erlauben Podemos als Ergebnis der "politischen Eingliederung eines Bereichs von 15M, genauer eines Bereichs mit mehr politischer Erfahrung" zu sehen (Calvo/Álvarez 2015). Viele der derzeitigen gewählten RepräsentantInnen waren aktive Mitglieder verschiedener sozialer Bewegungen (soziale Zentren, PAH, Gewerkschaften, Umwelt- und feministische Bewegungen u.a.). Dies spiegelt einen Trend in Richtung einer Kooptionsstrategie mit dem Ziel politischer Legitimierung und WählerInnenunterstützung wider.

Hinsichtlich der programmatischen Manifeste haben einige AutorInnen die Mehrdeutigkeit des politischen Programms hervorgehoben (Politikon 2015: 8): Obwohl Podemos selbst erklärt, außerhalb der klassischen Rechtslinks-Spaltung zu stehen, entwickelte sich ihr politische Programm nach und nach zu einem klassischem sozialdemokratischen Projekt. Beispielsweise ist die sozialpolitische Agenda der Partei auch laut den Aussagen ihrer AnführerInnen stark von der skandinavischen Sozialdemokratie inspiriert. Auf diesem Wege sollten Anschuldigungen gegen Podemos (propagiert von konservativen Massenmedien), sie würde versuchen die 'bolivarischen' und populistischen' Regierungsmodelle von Venezuela, Bolivien oder Ecuador nachzuahmen, entkräftet werden. Letztendlich lässt sich eine klare Verschiebung erkennen in dem Sinne, dass Podemos sich von der linksradikalen Programmatik der Wahlen zum EU-Parlament 2014 hin zu einem moderateren Programm im Wahlkampf zu den Regional- und Parlamentswahlen 2015 verlagerte (Rendueles/Sola 2015).

## 3.2 | Organisierung in Zeiten der Krise

Auf Organisationsebene kombiniert Podemos eine partizipative Vision und Rhetorik innerhalb einer vernetzten Struktur, die jedoch stark zentralisiert ist (Rendueles/Sola 2015). Dies ist von einigen AutorInnen als eine Kombination aus Vertikalität und Horizontalität beschrieben worden (Politikon 2015). Einerseits startete

eine Gruppe politischer UnternehmerInnen (Iglesias und seine MitarbeiterInnen) eine Top-Down-Strategie, während sich das Organisationsmodell von Podemos während seiner konstituierenden Versammlung (November 2014) noch auf soziale Medien und digitale Werkzeuge zur Schaffung einer dezentralisierten und partizipativen Organisierung stützte. Die stärkere Akzentuierung vertikaler Strukturen spiegelt auch den Personalisierungstrend um die Figur und Anführerschaft von Iglesias wider. Alles in allem gelang es Podemos innerhalb sehr kurzer Zeit, eine einheitliche und komplexe Organisationsstruktur erschaffen, angepasst an die Herausforderungen der Parteiendemokratie und mit der Absicht, die Partei zu einer "Maschine für den Wahlkampf" zu machen. Im Ergebnis kombiniert das Organisationsmodell von Podemos Teile einer innovativen Bewegungspartei mit klassischen Elementen einer Volkspartei.

## 4 | Fazit

Die Aufstiege von Syriza und Podemos können zu einem gewissen Grad als Folge der jüngsten Welle sozialer Bewegungen in Griechenland und Spanien betrachtet werden. Die basisdemokratische griechische Anti-Austeritäts-Bewegung und die spanische Mobilisierung für ,echte Demokratie' wurden so massiv und mächtig, dass sie Möglichkeiten für politische 'Außenseiter' über das traditionelle Zweiparteiensystem hinaus schufen. Als Ergebnis wurden beide Parteien durch die Radikalität dieser Proteste gefördert und versuchten, die Evolution und Dynamik der Bewegungen einzufangen und für sich zu nutzen. Die Unterschiede zwischen Syriza und Podemos machen jeglichen Vergleich schwierig. Dennoch offenbart die vorliegende Analyse die Existenz einiger gemeinsamer Elemente zwischen diesen beiden Parteien, die aus dem Erbe der sozialen Kämpfe hervorgingen: die Artikulierung von ,Hoffnung' und gesundem Menschenverstand' spiegeln die enorme Distanz zwischen den großen Parteien und der Bevölkerung beider Länder nach dem Übergang zur Demokratie wider. Beide formulieren zudem einen Appell an ,das Volk' mit Bezug auf eine neue soziale Mehrheit und einen diskursiven linken Populismus gegen, die Kaste' und .die Diktatur der Finanzmärkte'. Während das Framing beider Parteien den wachsenden Widerstand ausdrückte und die hegemonialen Diskurse herausforderte, war dies nicht der Fall für ihre Organisationsstrukturen, die nicht die Praxis der sozialen Bewegungen wiedergaben und stattdessen eine zunehmende Top-Down-Struktur herausbildeten. Während Syrizas pyramidenartige Struktur auf der Geschichte der Linken und europäischen kommunistischen Traditionen beruht, können wir im Fall von Podemos noch einige innovative partizipative Werkzeuge, die jedoch mit einer hierarchischen Organisationsstruktur kombiniert sind, finden.

Der Wahlerfolg beider Parteien wird im Zusammenhang mit der allmählichen Erschöpfung der Politik der Straße und der jüngsten Abnahme der Bewegungsaktivitäten beider Länder wahrgenommen. Syriza und Podemos sind gleichzeitig Ursache und Konsequenz des Rückgangs traditioneller sozialdemokratischer Parteien in Griechenland und Spanien. Und auch diese neuen Parteien konfrontieren die allumfassende Krise der politischen Institutionen im Süden Europas: Einerseits existiert in der Bevölkerung ein massiver Vertrauensverlust in traditionelle Parteien und Institutionen; andererseits werden "normale BürgerInnen" zu VertreterInnen des Widerstandes und verändern somit auch die Vorstellungen und Praktiken kollektiver Aktion und politischer Identifikation. In einer Zeit, in der beide Parteien moderater werden, wurde noch kein grundlegen neues politisches Paradigma vorgebracht, das diesen widersprüchlichen Prozess wiedergeben könnte. Ein Paradigma, das eine wirkliche Alternative zu der erstickenden Realität im Süden Europas darstellen würde.

*Dr. Hara Kouki* ist Wissenschaftlerin am Center on Social Movement Studies (COS-MOS) des European University Institute/Scuola Normale Superiore, Florenz, und arbeitet zum Thema Historisierung der gegenwärtigen sozialen Bewegungen in Südeuropa. Kontakt: hara.kouki@eui.eu.

Dr. Joseba Fernandez Gonzalez ist Wissenschaftler am Center on Social Movement Studies (COSMOS) des European University Institute/Scuola Normale Superiore, Florenz, und arbeitet zu sozialen Bewegungen und Protest. Kontakt: josebafergon@gmail.com.

Aus dem Englischen übersetzt von Sabina Mollenhauer.

### Anmerkungen

- Dieser Artikel ist im Zusammenhang des Forschungsprojekts "Mobilizing for Democracy", das von Prof. Donatella della Porta geleitet wird, entstanden. Für weitere Informationen siehe: http://cosmos.eui.eu.
- <sup>2</sup> Frameanalyse ist eine sozialwissenschaftliche Forschungsmethode, die untersucht, wie Individuen Ereignisse wahrnehmen und interpretieren. Siehe Goffman (1974).
- <sup>3</sup> Die Stichprobe der Befragten umfasst hauptsächlich Menschen aus Athen und Madrid mit verschiedenen Partei- und aktivistischen Hintergründen und sozio-demographischen Eigenschaften. Eine Liste der Befragten kann bei den AutorInnen angefragt werden.
- <sup>4</sup> Laut dem Präsidenten der griechischen Sektion von 'Ärzte der Welt', siehe http://www. theguardian.com/commentisfree/2013/feb/11/greece-humanitarian-crisis-eu [30.01.2016], sowie der Warnung, die 2014 vom UN-Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) formuliert wurde. Abrufbar unter http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=13281&LangID=E [30.01.2016].
- <sup>5</sup> In diesem Sinn ist dies kein typischer Fall von rechtem Populismus, ein Begriff der in Griechenland historisch negativ konnotiert ist und Bezug nimmt auf die Verschiebung von PASOK von einer sozialdemokratischen Partei hin zu einem klientelistischen und korrupten Netzwerk.

#### Literaturverzeichnis

Calvo, Kerman/Álvarez, Iago 2015: Limitaciones y exclusiones en la institucionalización de la indignación: del 15-M a Podemos. In: Revista Española de Sociología, Jg. 24, 115-122.

Errejón, Inigo 2015: We the People. El 15-M: ¿Un Populismo Indignado? In: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, Jg. 14, Heft 1, 124-156.

Flesher-Fominaya, Christina 2014: 'Spain is Different': Podemos and 15-M. https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/cristina-flesher-fominaya/%E2%80%9Cspain-is-different%E2%80%9D-podemos-and-15 m [30.01.2016].

Goffman, Erving 1974: Frame Analysis: An Essay on the Organization of Experience. Harvard: Harvard University Press.

*Hirschman, Albert* 1991: The Rhetoric of Reaction: Perversity, Futility, Jeopardy. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Kanellopoulos, Kostas/Kostopoulos, Konstantinos 2013: Alliance Building in the Greek Anti-Austerity Campaign, 2010-12. Beitrag auf der ECPR General Conference in Bordeaux, 3.-7. September 2013. http://ecpr.eu/filestore/paperproposal/6e60f90c-c040-4312-82de-85cf4 e03ce33.pdf [30.01.2016].

Karyotis, Georgios/ Rüdig, Wolfgang 2013: Beyond the Usual Suspects: New Participants in Anti-Austerity Protest in Greece. In: Mobilization: An International Journal, Jg. 18, Heft 3, 313-330.

Katsampekis, Giorgos 2015: The Rise of the Greek Radical Left to Power: Notes on Syriza's Discourse and Strategy. In: Linea Sur, Heft 9, 152-161.

Kitschelt, Herbert 2006: Movement Parties. In: Kratz, Richard/Crotty, William (Hg.): Handbook of Party Politics. London: Sage, 278-290.

Kousis, Maria 2013: The Greek Campaign against Memoranda and Austerity Policies. In: Sociological Review, Heft 1, 33-41.

Martínez, Miguel/San Juan, Elena Domingo 2014: Social and Political Impacts of the 15M Movement in Spain. http://www.miguelangelmartinez.net//M15\_impacts\_v3April\_2014.pdf [30.01.2016].

*Panayiotakis, Mihalis* 2015: The Radical Left in Greece. In: Socialism and Democracy, Jg. 29, Heft 3, 325-343.

Politikon 2015: Podemos: La Cuadratura del Círculo, Madrid: Debate.

Rendueles, César/Sola, Jorge 2015: Podemos and the Paradigm Shift. In: Jacobin Magazine. https://www.jacobinmag.com/2015/04/podemos-spain-pablo-iglesias-european-left/. [30.01.2016].

Roberts, John 2014: New Media and Public Activism: Neoliberalism, the State and Radical Protest in the Public Sphere. Bristol: Policy Press.

Romanos, Eduardo/Sádaba, Igor 2015: From the Street to Parliament through the App: Digitally enabled Political Outcomes of the Spanish 15M Movement. Beitrag auf der ESA Midterm Conference 2015 in Madrid, 19.-20. Februar.

Sampedro, Víktor/Lobera, Josep 2014: The Spanish 15-M Movement: a Consensual Dissent? Journal of Spanish Cultural Studies, Jg. 15, Heft 1-2, 61-80.

Stavrakakis, Yannis/Katsampekis, Giorgos 2014: Left-wing Populism in the European

Periphery: the Case of SYRIZA. In: Journal of Political Ideologies, Jg. 19, Heft 2, 119-142.

Stobart, Luke 2014: Understanding Podemos: 15M and Counter-Politics. http://left-flank.org/2014/11/05/explaining-podemos-1-15-m-counter-politics/ [30.01.2016].

Subirats, Joan 2015: ¿Desbordar el 'dentro'-'fuera'? In: Revista Teknokultura. Jg. 12, Heft 1, 161-168.

Syriza 2012: Electoral Declaration. http://goo.gl/9gHXoM [30.01.2016].

*Syriza* 2014: The Thessaloniki Programme. http://goo.gl/1CLTbz [30.01.2016].

Teperoglou, Eftichia/Tsatsanis, Emmanouil 2014: Dealignment, De-legitimation and the Implosion of the Two-Party System in Greece: The Earthquake Election of 6th May 2012. In: Journal of Elections, Public Opinion & Parties, Jg. 24, Heft 2, 222-242.

Triandafyllidou, Anna/Gropas, Ruby/ Kouki, Hara (Hg.) 2013: The Greek Crisis and European Modernity. New York: Palgrave Macmillan.

*Tsipras*, *Alexis* 2011: Statement after the Meeting between Political Leaders. http://goo.gl/BIFTma [30.01.2016].

## Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien:

## Eine soziale Bewegung in Zeiten politischer Unsicherheit

Ivan Molina Allende

## 1 | Einleitung

Der spanische Staat befindet sich inmitten einer tiefen politischen Krise, die die Glaubwürdigkeit der vorherrschenden ökonomischen und politischen institutionellen Ordnung infrage stellt. Ein bahnbrechendes Ereignis war der Protest im Mai 2011, als Tausende zusammen mit der 15M/Indignados-Bewegung auf die Plätze und Straßen gingen, um gegen das Krisenmanagement zu protestieren und zu

proklamieren: "Sie repräsentieren uns nicht". 15M dezentralisierte sich, nahm neue Formen an und verwandelte sich in verschiedene Bewegungen, die gegen die Auswirkungen der Austerität protestierten. Dies schuf ein Netzwerk des Widerstandes und der Forderung nach "echter Demokratie" und sozialen Rechten: die PAH (*Plataforma de Afectados por la Hipoteca* – Plattform der von den Hypotheken Betroffenen), die farbenfrohen *mareas* (Bewegungen zum Schutz der Stadtwerke), lokale

72 | Ivan Molina Allende

Kämpfe gegen Repression (das ,Knebelgesetz'1, politische Gefangene etc.), Bürgerbewegungen gegen Umweltbeeinträchtigungen im ganzen Land (Fracking, Tagebau in Galizien, Ölerschließung auf den Kanarischen Inseln, Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasser etc.), stark symbolische unbegrenzte Arbeiterstreiks (z.B. Panrico, Coca-Cola, Telefónica-Movistar etc.), feministische Mobilisierung gegen geschlechtsspezifische Gewalt und die Rücknahme der Reform des Abtreibungsgesetzes - und so weiter und so fort. All diese stellen die pulsierende Vielfalt sozialer Selbstorganisierung, demokratischer Experimente und das neue politische Bewusstseins dar, das in den letzten Jahren in Spanien entstanden ist.

Zusätzlich ist der Widerstand gegen den Staat seitens der Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien seit 2011 gewachsen und stellt heute eine der größten Herausforderungen für das vorherrschende territoriale und politische Modell der spanischen Regierung dar, Seit Mai 2014 zeigt sich die Unzufriedenheit auch zunehmend in Wahlen, wie das Auftreten von Podemos und ein Zuwachs an aktivistischen, von einer breiten Koalition getragenen WahlkandidatInnen deutlich machen, die im Mai 2015 Stadtverwaltungen im ganzen Land übernahmen (zuvorderst Barcelona und Madrid). Darin zeigt sich, dass sich die Mehrheit der Gesellschaft mit den Forderungen der Indignados nach Demokratie, Partizipation und sozialer Gerechtigkeit identifiziert.

In den vergangenen zwei Jahren öffneten die politischen Entwicklungen ein Gelegenheitsfenster das die potentielle Restauration des Regimes "von oben" (durch die Eliten) ebenso möglich macht wie einen radikalen demokratischen Bruch ("von unten"), wie es die ersten institutionellen Erfolge in den regionalen und lokalen Wahlen andeuten. Diese gegensätzlichen Möglichkeiten zeigen sich auch in der Bereitschaft der Eliten, eine Verfassungsreform voranzutreiben, was nicht zur behaupteten Öffnung des verfassungsgebenden Prozesses (der wie im Fall Katalonien vielfältig und nicht untergeordnet sein soll) passt. Die Instabilität ist unabdingbar mit dem Bestreben

nach einer Re-Konstituierung und Regenerierung der spanischen Finanz- und Wohnungssektoren verknüpft (durchgesetzt durch die Politik neoliberaler Parteien), wodurch jegliche zukünftige öffentliche Intervention unmöglich und letztlich die institutionelle Fähigkeit zur Umverteilung - oder zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit - unwirksam würde. Andererseits, folgt man Kräften wie Podemos und den sogenannten städtischen "Regierungen der Veränderung", zielt die Öffnung des verfassungsgebenden Prozesses, unter Partizipation der BürgerInnen und dem Druck der aktiven sozialen Gegenmächte, darauf, grundlegende soziale- und Arbeitsrechte in der Verfassung festzulegen und eine neue soziale Magna Carta zu definieren und festzuschreiben.

# 2 | Die PAH in der politischen und ökonomischen Krise

In diesem Kontext übernahm die PAH, als Hauptakteur zur Verteidigung des Rechts auf Wohnraum, eine vorherrschende Rolle in den Kämpfen der vergangenen Jahre. Mit ihrem radikalen Diskurs und ihren radikalen Praktiken prägte sie die politische Agenda und machte die Dramatik der Zwangsräumungen deutlich, indem sie das menschliche Leid, die Verantwortung des Finanzsektors und die geheimen Absprachen der herrschenden politischen Parteien in der estafa hipotecaria<sup>2</sup> offenbarte. So konnte sie in der Öffentlichkeit ein bemerkenswertes Maß an Unterstützung für ihre Forderungen sammeln3. Als zentralen Ausruf übernahm die Bewegung das beste Gegenmittel gegen das neoliberale TINA (,There is no alternative'): ,sí se puede' (,Ja, wir können'). Damit proklamierte sie aktive Solidarität und gegenseitige Unterstützung, lieferte das Framing für gegen-hegemoniale Bilder und Diskurse, entwickelte solidarische Praktiken, zeigte, dass Erfolge möglich sind, und bewies die Notwendigkeit, eine soziale Gegenmacht der breiten Masse aufzubauen.

Die PAH und andere ähnliche Bewegungen spielten eine zentrale Rolle darin, die Unzufriedenheit zu bündeln und in Machtressourcen

der breiten Masse zu verwandeln. In diesen Jahren stellte die PAH den Raum und die Mittel für all diejenigen bereit, die vom Platzen der Immobilienblase und dem finanztechnischen Betrug betroffen waren, um deren Fälle zu bestreiten und das Recht auf Wohnraum einzufordern. Eine Querschnittsbewegung, die alle vom Hypothekenbetrug betroffenen BürgerInnen vereint, diverse Schichten aus Mittel- und Arbeiterklasse zusammenbringt und damit Gemeinschaften aus Praxis, Pflege und Widerstand entfacht; und die so individuelle und kollektive Prozesse radikaler Politisierung ermöglicht. Die PAH stellt auch einen Treffpunkt für Betroffene und AktivistInnen verschiedener Hintergründe dar (Hausbesetzerbewegung, Autonome und antikapitalistische Linke fanden sich, vereint durch die Indignados-Bewegung, auf den Plätzen zusammen), an dem Prozesse des gemeinsamen und gegenseitigen Lernens stattfinden und die kollektive Aktion befördert wird. Dies mündet in einem Prozess der sozialen Selbstermächtigung und in einem Bewusstsein (der Betroffenen) für eigene effektive politische Gestaltungsmacht. Die Stärkung der Nachbarschaftsbewegung und die Vernetzung von Vereinigungen kann auch durch urbane Dezentralisierung erklärt werden, die von M15 angestoßen und die von der PAH maßgeblich in Nahräumen fortgeführt wurde, in denen Solidarität gelebt wird und echte Bedürfnisse befriedigt werden. Die "Protestzyklen" (Tarrow 1991, 1994), die von der 15M - Indignados-Bewegung - im Mai 2011 in Gang gesetzt wurden, stellen mit ihren natürlichen Schwankungen einen Fluss kreativer Formen täglichen Widerstandes und des Kampfs gegen die Auswirkungen von Austerität dar. In dieser Hinsicht werden die Ängste der Eliten beispielhaft ausgedrückt in dem vor kurzem verabschiedete sogenannte "Knebelgesetz". Dies ist nur ein Beispiel für die Tendenz zum autoritären Regieren und dem damit verbundenen Versuch, Initiativen und Bewegungen wie die PAH, die ein Risiko für die dominanten Strategien der neoliberalen Neugestaltung bedeuten, durch maßgeschneiderte Gesetze in die Schranken zu weisen.

# 3 | Formen im Kampf um Wohnraum

Die Umdeutung der Schuldfrage durch die spanischen Eliten, die der breiten Masse Verantwortungslosigkeit vorhielten ("ihr habt über eure Möglichkeiten gelebt") und ihnen vorwarfen, der Propaganda von Finanzprodukten im Zusammenhang mit Krediten zu niedrigen Zinsen erlegen zu sein, wurde von den Bewegungen mit einem erfolgreichen Gegen-Framing beantwortet: "Das ist keine Krise, das ist Betrug". Somit widersetzen sich die PAH und andere Bewegungen allen Versuche, die Schuld zu individualisieren, indem sie öffentlich auf die systemischen Dispositive und die organisierten Strukturen der Ausbeutung der Immobilienblase hinweisen. Die kollektive Zurückweisung von Schuld war ein Schrei nach Würde und der Versuch, Rechte einzufordern, der allen Betroffenen Stärke gab und dazu beitrug, gegen-hegemoniale Praktiken und ein kollektives Bewusstsein herzustellen, welche langsam durch die Brüche des politischen Status quo sickerten. Mir García (2015) verdeutlicht "die Bedeutung davon, von unten anzufangen, eine gemeinsame Basis zu bilden und Beziehungen und Gemeinschaft", und gesellschaftliche Missstande "in kollektive Forderungen umzuwandeln, die sonst private soziale Probleme sein würden" (Clua-Losada et al. 2013). In diesem Sinn spricht die PAH eines der Hauptprobleme an, die im Kern des produktiven Modells der Immobilienblase saßen: Spekulation um Wohnraum als Ware. Der spanische ,Volkskapitalismus' der letzten Jahrzehnte und das Akkumulationsregime, das noch aus der Franco-Ära stammt, richtete seine Bemühungen darauf, eine Gesellschaft von "Besitzern statt Proletariern"4 zu schaffen. Mit seinen Strategien fordert die PAH den Kern des spanischen Finanzkapitalismus heraus und entmystifiziert die Vorstellung von privatem Besitz. Ein Beispiel ist die "Anleitung zum zivilen Widerstand", die 2011 von der PAH vorgelegt wurde. Zwei Hauptforderungen darin waren, Familien wieder in die zwangsgeräumten Häuser einziehen zu lassen und leere Häuserblocks im Besitz der Banken zu besetzen, um zwangs74 | Ivan Molina Allende

geräumte Familien unterzubringen (letzteres ist bekannt als die "Obra Social'-Kampagne).

Die Proteste seit Beginn der Krise spiegeln die tiefgreifende Legitimationskrise der staatlichen Institutionen aufgrund mangelhafter Gewaltenteilung, verbreiteter Korruption und wuchernder Arbeitslosigkeit wider. Das ist der Kontext, in dem Podemos bei den Europawahlen im Mai 2014 im Anschluss an das kollektive Bewusstsein die politische Bühne erstürmte und den Weg für eine lange Zeit starker Volatilität bis zu den nächsten Parlamentswahlen Ende 2015 bereitete. In dieser neuen Phase überwog der Wahlkampf (in den Worten des Podemos-Anführers Iñigo Errejón: Podemos als "Wahlkampfkriegsmaschine"5) als Verkörperung echter sozialer Macht, das Bekenntnis zum Bedürfnis nach sozialer Mobilisierung, Selbstorganisierung und Kampf der breiten Masse. In dieser Situation startete die PAH neue Kampagnen und Strategien direkter Aktion gegen PolitikerInnen und BänkerInnen: die escraches-Kampagne<sup>6</sup>, bei der PolitikerInnen für ihre Verbindungen mit finanziellen Interessen öffentlich mit "moralischer Zurückweisung und Verurteilung" konfrontiert werden (Flesher Fominaya 2015: 2). Ebenso gehört die "Prozess und Verurteilung"-Kampagne dazu, die die Verurteilung derjenigen BänkerInnen fordert, die für die estafa verantwortlich sind. Die Plattform setzte zudem Volksinitiative in regionalen Parlamenten zum Schutz des Rechts auf Wohnraum und gegen Energiearmut durch (das katalanische Parlament verabschiedete ein solches Gesetz im Juli 2015), sodass Stadtverwaltungen das notwendige Werkzeug haben, um Druck auf Banken ausüben zu können. Gleichzeitig wurden weiterhin Bankfilialen besetzt, um Lösungen für Betroffene zu erzwingen.

So dienen öffentlichkeitswirksame Kampagnen dem Aufbau von Verbundenheit und tragen dazu bei, ein widerständiges kollektives Bewusstsein aufzubauen. Strategien des öffentlichen Anprangerns und Denunzierens, wie vor kurzem #laSarebEsNuestra ("die SAREB gehört uns"), weisen diese sogenannte "Bad Bank' als eine künstlich geschaffene öffentliche Instanz aus, die toxische Vermögenswerte sammelt und

es ermöglicht, dass private Schulden der Banken in öffentliche umgewandelt werden. In dieser Kampagne erstellte die PAH eine Karte aller leerstehenden Gebäude der SAREB in Spanien und veröffentlichte sie als Räume, derer sich die BürgerInnen wieder bemächtigen sollten ("wir haben sie bezahlt, sie gehören uns"), während sie gleichzeitig ein Handbuch zur Besetzung bereitstellte. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, an dem die attraktivsten öffentlichen Wohnungsbauten durch städtische und regionale neoliberale Regierungen an internationale Hedgefonds (z.B. Goldman Sachs, Blackstone) verkauft wurden - mit dem Ziel, einen zukünftigen "professionellen Mietmarkt" zu etablieren, in welchem diese Hedgefonds entscheidende Anteile besitzen. Dies ermöglicht spekulatives Handeln und verhindert die staatliche Regulierung der Mieten als Strategie gerechter Wohnungspolitik. Die PAH, die Distanz zu den politischen Parteien und ihre eigene Autonomie wahrt, interveniert in Wahlkampagnen, stellt Anfragen an alle politischen Akteure und prangert sie öffentlich an.

Dass Podemos und der Zusammenschluss "Candidatura d'Unitat Popular"<sup>7</sup>, an dem Podemos beteiligt war, bei den Regional- und Kommunalwahlen im Mai 2015 so viele Sitze gewonnen hatten, verlieh den Forderungen der PAH einen neue Dimension. Viele AktivistInnen der PAH sind nun Mitglieder in Gemeinderäten oder den sehr einflussreichen neuen kommunalen "Regierungen des Wandels". Diese Regierungen ergreifen konkrete Maßnahmen, um Zwangsräumungen aufzuhalten, den Betroffenen Lösungen zu bieten und Grundbedürfnisse zu befriedigen (z.B. Strom und Essensmarken für sozial ausgeschlossene Familien). Trotzdem beobachten wir unterschiedliche Strategien der Auseinandersetzung mit Finanzinstitutionen (innerhalb der begrenzten kommunalen Kompetenzen). Eine besteht darin, dass Regierungen all ihre Werkzeuge nutzen, um Banken zu drängen, ihre Verantwortung in der Krise wahrzunehmen. Die andere verlässt sich auf den sozialen Dialog und die Einigung zwischen zwei Seiten mit konträren Interessen und ungleicher Verantwortung. Am deutlichsten wird das im Vorgehen der neuen "Regierungen des Wandels" in Barcelona

und Madrid. Erstere konfrontiert öffentlich (rhetorisch und mit konkreten Maßnahmen) die Finanzinstitutionen, indem sie Geldstrafen gegen Banken verhängt, die mit Aktien leerstehender Wohnungen spekulieren, und indem sie diese zwingt, sie für eine soziale Nutzung abzugeben. Letztere scheint den Konflikt nur sehr widerstrebend als solchen anzuerkennen und hält weiter an der Idee von möglichen Win-Win-Situationen fest. Was offenbar in Madrid passiert, ist, dass die Banken eine Teil ihres Häuserbestands abgeben, wenn die Stadt die Kosten übernimmt; dies ist ein Manöver, das die PAH als neue indirekte Subvention der Banken anprangert. Der Fall Griechenland (als die jüngste schmerzhafte Lektion für die Linke), scheint für den schrumpfenden Spielraum progressiver Politik ein Beweis zu sein. Die dramatischen Kosten, die sich daraus ergeben, dass der wahre Charakter des unversöhnlichen Antagonismus zwischen Eliten und Bevölkerung verkannt wird, zeigen sich in der Kapitulation Syrizas in Form neuer Austeritätserklärungen. Wie Huke et al. (2015: 745) schreiben, scheint der "wachsender Antagonismus zwischen dem Ensemble der staatlichen Eliten [...] und den täglichen Bedürfnissen einer breiteren Masse der Bevölkerung, die sich in den neuen sozialen Bewegungen ausdrücken" kaum auflösbar zu sein.

# 4 | Schlussbemerkungen

Die PAH zeigt uns, wie wichtig es ist, die kreativen Prozesse der Selbstorganisierung und des Kampfes, welche über die staatlichen Strukturen hinaus "neue Situationen, neue Welten, neue Ökologien des Daseins schaffen" (Tianos et al. 2012: 449), zu beobachten und zu analysieren. Sozialer und politischer Wandel sind eng mit rebellischen Subjektivitäten verbunden, die das Einfordern von Rechten und Würde hervorbringt. Die radikale Pädagogik der PAH, alle Schuld von den Betrogenen zu nehmen, hatte eine gewaltige Wirkung; sowohl therapeutisch als auch im Sinne der kollektiven Selbstermächtigung. Die Strategien der PAH, das Kernstück der Restrukturierungsversuche des spanischen Finanzsektors anzugreifen,

erschweren es dem Staat, ihre Forderungen zu vereinnahmen oder zu neutralisieren, um die Bewegung zu demobilisieren und auszuschalten, ohne dabei selbst erhebliche materielle Zugeständnisse zu machen. Um es deutlich auszudrücken: Es gibt innerhalb der kapitalistischen Logik keinen Schutz für das Recht auf Wohnraum, nicht in einer historischen Phase der spanischen und europäischen Kapitalismen, die geprägt ist durch eine Klassenoffensive und durch strukturelle Bevorzugung der Immobilienfraktion der Bourgeoisie. Die Kombination aus dem dringenden Bedürfnis nach einem Dach über dem Kopf, dem Wissen um den Betrug und um den unveräußerlichen und nicht verhandelbaren - Charakter der grundlegenden Menschenrechte, stellt den mit Repression antwortenden Staat vor eine immense Herausforderung. Der Kampf um das Recht auf Wohnraum ist längst noch nicht vorbei. Der Fokus liegt jetzt darauf, zu beobachten, wie sich neue Formen der Störung und des Widerstandes, ausgehend von der Forderung nach dem Recht auf Wohnraum, formen und neu gedacht werden. Und in welchem Maße sie in der Lage sind, jede auf einen radikalen Bruch zielenden Wahlstrategie dem Erfordernis nachzuordnen, demokratische Graswurzel-, bottum-up- und Machststrukturen der breiten Masse zu schaffen, die geeignet sind, Mobilisierung aufrechtzuerhalten und Programme echter sozialer Transformation voranzutreiben.

*Ivan Molina Allende* ist selbstständiger Sozialwissenschaftler und Aktivist der PAH in Madrid. Kontakt: i.molina.allende@gmail.com.

Aus dem Englischen übersetzt von Sabrina Mollenhauer.

# Anmerkungen

<sup>3</sup> Anmerkung der Übersetzung: Das sogenannte "Knebelgesetz", offiziell "Gesetz zur Sicherheit der Bürger" beinhaltet eine massive Einschränkung der Demonstrations- und Versammlungsfreiheit und definiert unter anderem willkürlich interpretierbare Delikte wie "fehlender Respekt gegenüber Ordnungskräften". Siehe auch: "Two legal reform projects undermine the rights of assembly and expression in Spain" – UNO-Experten. Weiteres unter: http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=15597#sthash.z8bfp57h.dpuf [18.01.16].

- <sup>2</sup> Estafahipotecaria bedeutet so viel wie Hypothekenschwindel; dieser wird wahrgenommen als eine organisierte Strategie, um die breite Masse zu enteignen.
- <sup>3</sup> Das ILP (Popular Legislative Initiative Volksinitiative) gegen Zwangsräumungen und für Nichtzahlung, von der PAH 2013 repräsentiert, erhielt laut Meinungsumfragen die Unterstützung von 90% der erwachsenen Bevölkerung Spaniens. http://politica. elpais.com/politica/2013/02/16/actualidad/1361053281\_008924.html [18.01.16].
- <sup>4</sup> Zitat von José Luis Arrese aus dem Jahr 1959. Arrese war Francos Minister für Wohnungsbau von 1957-1960. Quelle: http://www.march.es/ceacs/biblioteca/proyectos/linz/Documento.asp?Reg=r-73814 [18.01.16].
- <sup>5</sup> http://www.publico.es/actualidad/construir-maquinaria-guerra-electoral.html [18.01.16].
- <sup>6</sup> Eine Kampagne die laut Meinungsumfragen Unterstützung von bis zu 89 % erhielt. http:// politica.elpais.com/politica/2013/03/16/actualidad/1363470095 882443.html [18.01.16].
- <sup>7</sup> Ein Zusammenschluss aus Parteien des linken Spektrums in Katalonien.

### Literatur

Clua-Losada, Mònica/Ferrer-Fons, Mariona/Simon, P. 2013: Countering the Isolation

Effect. Pedagogies of Hope within the PAH. Paper vorgestellt auf der European Sociological Association Conference in Turin, 28.–31. August.

Flesher Fominaya, Cristina 2015: Redefining the Crisis/Redefining Democracy: Mobilising for the Right to Housing in Spain's PAH Movement. In: South European Society and Politics, Jg. 20, Heft 4, 465-485.

Huke, Nikolai/Clua-Losada, Mônica/Bailey, David J. 2015: Disrupting the European Crisis: A Critical Political Economy of Contestation, Subversion and Escape. In: New Political Economy, Jg. 20, Heft 5, 725-751.

*Mir García, Jordi* 2015: El contrapoder ciudadano se presenta a las elecciones. http://www.eldiario.es/catalunya/opinions/IV-contrapoder-ciudadano-presenta-elecciones\_6\_387821270.html [27.11.2015].

*Tarrow, Sidney* 1991: Struggle, Politics, and Reform: Collective Action, Social Movements, and Cycles of Protest (Western Societies Program, Occasional Paper No. 21, 2d ed.). Ithaca, NY: Center for International Studies, Cornell University.

*Tarrow*, *Sidney* 1994: Power in Movement: Social Movements, Collective Action and Politics. New York: Cambridge University Press.

Tsianos, Vassilis/Papadopoulos, Dimitris/ Stephenson, Niamh 2012: This Is Class War from Above and They Are Winning It: What Is to Be Done? In: Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society, Jg. 24, Heft 3, 448-457.

# Blockupy – Ziviler Ungehorsam als Solidarität

Aaron Bruckmiller/Franziska Scholl

Nahezu zeitgleich mit der Wirtschaftskrise begann ein globaler Zyklus von Bewegungen: Die Revolten in Nordafrika, die Platzbesetzungen zum Beispiel im Gezi-Park in Istanbul oder auf dem Syntagma-Platz in Athen und die von dem

Protestcamp auf der Wallstreet ausgehende Occupy-Bewegung bildeten einen Reigen des Protests. Aber ausgerechnet im Machtzentrum der EU stand die organisierte Linke den weltweiten Entwicklungen lange hilflos gegenüber. Diese Lücke versuchten einige Aktivist\_innen in der BRD mit der Gründung von Blockupy zu füllen. Blockupy verstand sich von Beginn an als Teil eines "europaweiten Netzwerks vielfältiger Bewegungen, Gewerkschaften, Parteien und Flüchtlingsinitiativen aus Italien, Spanien, Griechenland, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Frankreich und anderen Ländern".¹ Im Folgenden wird die Geschichte von Blockupy nachgezeichnet, im Anschluss ein Blick in das Verhältnis von Organisation und Protest gewährt sowie der Stand der Dinge als eine Erneuerung der deutschen Bewegungslinken eingeschätzt.

# 1 | Erste überregionale Krisenproteste

Der Keim von Blockupy war die nicht umgesetzte Idee des Georg-Büchner-Kreises aus dem Jahre 2010, einen überregionalen Krisenprotest zu organisieren. Dieser plante die Umzingelung der Deutschen Bank in Frankfurt am Main. Zuvor war es in Deutschland zu kleinen Protesten gegen die Wirtschafts- und Finanzkrise und den politischen Umgang damit gekommen, organisiert von lokalen Krisenbündnissen "Wir zahlen eure Krise nicht", die allerdings nur beschränkt Zulauf hatten. Die Occupy-Bewegung änderte dies 2011. Diese Bewegung bekam zwar in Deutschland nie die Schlagkraft und die Ausdauer, die sie in anderen Ländern erlangte. Dennoch sahen linke Organisationen, darunter Die Linke, Attac und die Interventionistische Linke (IL), in Occupy den Moment der Empörung, der für organisierte Krisenproteste nötig ist. Die Europäische Zentralbank (EZB) als Ziel der Proteste kam im Herbst 2011 auf, um den Fokus der Occupy-Proteste auf Institutionen der Finanzmärkte zu legen. Die EZB als Schnittstelle von Politik und Ökonomie sollte eine geeignete Gegnerin sein, die gleichzeitig eine europäische Dimension aufweist. Das Bündnis wollte aber nicht nur wie Occupy sich auf Plätzen versammeln und diese besetzen, sondern noch eine weitere Form des Ungehorsams anwenden: Der Betriebsablauf der EZB sollte gestört werden. Als möglicher Zeitpunkt wurde das Jubiläum der spanischen Bewegung "Democracia Real Ya", der sogenannten Indignados, gewählt, die am 15. Mai 2011 begonnen hatte, zentrale Plätze in Spanien zu besetzen. Es wurden erste internationale Kontakte zu Organisationen in anderen Ländern geknüpft. Ein Fokus lag dabei auf italienischen Gruppen.

Die ersten Blockupy Aktionstage vom 16. bis 19. Mai 2012 verbanden mehrere Aktionsformen: Das Repertoire umfasste Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie die Blockade der EZB, die unangemeldete Errichtung eines Camps vor dem Bankenviertel in Frankfurt am Main und eine Großdemonstration mit rund 20.000 Teilnehmer innen. Schon im ersten Jahr waren die Protestierenden massiven Repressionen ausgesetzt. Aktivist innen wurden bei der Anreise von der Polizei behindert, unzählige Platzverweise wurden erteilt und an den einzelnen Tagen wurden immer wieder hunderte Menschen in Gewahrsam genommen. Das geplante, aber unangemeldete Camp im Zentrum von Frankfurt konnte deswegen nicht errichtet werden. Die Großdemonstration wurde als Erfolg gewertet, doch konnte das eigentliche Ziel der Blockade der EZB nicht erreicht werden. Damit war unklar, ob es Blockupy noch ein weiteres Mal geben würde. Zu wenig Menschen waren an den Planungen beteiligt und die polizeilichen Repressionen erschwerten einen effektiven Protest.

# 2 | Der Weg zum 18. März 2015

Die Planungen für das Jahr 2013 wurden schließlich zum Teil in lokale Plattformen ausgelagert. An ihr beteiligten sich neben den Bündnispartner\_innen, zu denen auch das linksradikale "...ums Ganze"-Bündnis hinzugekommen war, weitere Gruppen, Organisationen und Aktive. Das Vorbild dafür waren ähnliche Strukturen mit demselben Namen in Spanien. Die Plattformen sollten Blockupy lokal verankern und die Prozesse demokratisieren. Mit den zweiten Aktionstagen vom 31. Mai bis zum 1. Juni wurde schließlich auf die europäische Vielfachkrise aufmerksam gemacht und zum "Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes" aufgerufen.

Zuerst wurde abermals versucht, in Frankfurt am Main die EZB in ihrer Arbeit zu stören. In einer sogenannten zweiten Welle kamen auch neue Krisenakteure als Ziele der Proteste hinzu. Es gab Aktionen am Frankfurter Flughafen als Abschiebungsdrehkreuz unter dem Motto "Deportation Airport". Auf einer der größten Einkaufsmeilen Europas, der Frankfurter Zeil, wurden Geschäfte blockiert, um auf die Produktionsbedingungen in Bangladesch und anderen Ländern hinzuweisen. Auch fanden Aktionen im öffentlichen Raum statt, um auf soziale und persönliche Krisen und Prekarisierung im Care-Sektor hinzuweisen. Der erste Aktionstag fand dieses Mal weitestgehend ungestört statt, auch wenn klar war, dass effektiv keine EZB-Mitarbeiter innen blockiert wurden, da diesen angeraten wurde, von zu Hause zu arbeiten, da die Polizei die EZB weiträumig abgesperrt und abgesichert hatte. Zur Großdemonstration zog Blockupy 2013 deutlich weniger Menschen (ca. 10.000) als im Vorjahr an. Wegen eines mehrstündigen Polizeikessels, in dem fast 1.000 Teilnehmer innen der Demo festgehalten und Journalist innen von Polizist innen attackiert wurden, schaffte es die Demonstration dennoch in die Presse. Eine Woche später demonstrierten ca. 6.500 Menschen auf der ursprünglichen Route in Frankfurt gegen das Vorgehen der Polizei in der Vorwoche und forderten Aufklärung.

Mit dem Bekanntwerden des Öffnungstermins der neuen Zentrale der EZB im Herbst 2014 bekam Blockupy nochmals Auftrieb. Um Kräfte für eine Großmobilisierung zu sammeln, wurde im Frühjahr 2014 zu dezentralen Aktivitäten aufgerufen. Es fanden in Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg und Berlin Aktionswochen mit Veranstaltungen, Aktionen und Demos mit einigen tausend Teilnehmenden statt. Diese reihten sich in die europäischen Protesttage vom 15. bis 25. Mai ein.

Mit dem Verschieben der Eröffnung des Neubaus der EZB auf Juni 2015 änderte sich auch die Aktionsform des Netzwerkes für Herbst 2014 – ein Festival in Frankfurt wurde ausgerichtet. Im November diskutierten dort Aktivist\_innen aus verschiedenen europäischen Ländern, und es wurde die EZB aus der ebenfalls stattfindenden Demonstration heraus mit Farbbeuteln "markiert".

Die EZB legte ihre Eröffnungsfeier schließlich auf den 18. März 2015. Die Aktiven von Blockupy entschieden sich, für diesen Tag Protestaktionen zu organisieren, obwohl es ein Mittwoch und Werktag war. Die Mobilisierungskampagne stand schließlich auch unter dem Motto "18nulldrei - ich nehm' mir frei!" und damit sollten schon die Anreise und die Anwesenheit zu einem ungehorsamen Akt werden, z. B. durch "Blaumachen" oder "Krankfeiern" oder den lokalen Schulstreik. Ein Sonderzug aus Berlin und zahlreiche Busse brachten Aktivist innen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Spanien und Griechenland am 18. März nach Frankfurt mit dem Ziel, die Eröffnungsfeier der EZB und die Aufnahme des Betriebs zu stören. In den frühen Morgenstunden zogen Blöcke von Aktivist innen los, um die EZB von verschiedenen Punkten aus zu blockieren ("Fingertaktik"). Die Strategie der Polizei, eine Bannmeile mit Gittern und NATO-Draht um den Neubau herum, sorgte dafür, dass die rund 6.000 Teilnehmer innen keine Chance hatten, auch nur in die Nähe der EZB zu gelangen. Die Frustration über Krisenpolitik, Austerität und Handlungsohnmacht entlud sich stellenweise in brennenden Polizeiautos, zerborstenen Glasscheiben und Rangeleien mit der Polizei. Diese Bilder gingen um die Welt und überlagerten die Eindrücke der Aktionen am restlichen Tag. Auch einige Protestierende waren nur auf Aktionen im Rahmen des vorher vereinbarten Aktionskonsens (s. u.) eingestellt und durch die Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Polizei verunsichert. Deswegen entspann sich in weiterer Folge eine Diskussion über das Verhältnis von Absprachen und Militanz in linken Kreisen. Trotzdem wurden die Proteste des Tages später oft gewalttätiger dargestellt, als sie eigentlich waren. Tausende Menschen kamen auf dem Römerplatz zu einer nachmittäglichen Kundgebung zusammen und hörten Reden von der Autorin und Klimaaktivistin Naomi Klein und der Linksparteipolitikerin Sahra Wagenknecht.

Anschließend demonstrierten ca. 25.000 Menschen durch Frankfurt – selbst die Bilder vom Vormittag konnten nicht verhindern, dass die Demonstration massenhaft Menschen anzog.

Im Juni 2015 rief Blockupy eine "OXI!"-Kampagne zum griechischen Referendum über die Austeritätsmaßnahmen aus. In mehreren Städten Deutschlands wurden Solidaritätsdemonstrationen und -kundgebungen mit der griechischen Bevölkerung ausgerichtet. Vertreter\_innen von Blockupy sprachen während einer zentralen Kundgebung auf dem Syntagma-Platz in Athen vor deutlich mehr als 100.000 Leuten. Erschüttert wurde dies durch die Unterzeichnung des dritten Kürzungsprogramms durch die griechische Regierung, gegen welches Blockupy in Solidarität mit den sozialen Bewegungen in Griechenland gekämpft hatte.

### 3 | Ende 2015: Eine neue Situation

Die Aufbruchsstimmung, die die europäische Linke durch gemeinsame Protesterfahrungen und den Wahlsieg einer linken Bewegungspartei erfahren hatte, ist spätestens mit der Unterzeichnung des letzten Kürzungsprogramms ("Memorandum of Understanding", August 2015) durch die griechische Regierung vorbei. Die sozialen Bewegungen in Griechenland schafften es nicht, SYRIZA von links unter Druck zu setzen. Zudem gelang es auch einer Linken in Europa in ihrer Breite kaum, die herrschenden Eliten in der BRD und der EU in der Flanke anzugreifen, um den Kämpfenden in Griechenland Handlungsräume offen zu halten.

Damit hat die gesamte Linke des Kontinents eine Niederlage erfahren. Ob SYRIZA nun versagt oder die falsche Strategie verfolgt hat, diese Niederlage ist nicht nur eine der Linken an der Regierung, die lernen musste, dass dies nicht bedeutet, auch an der Macht zu sein. Wer angesichts der zahlreichen Generalstreiks, der Platzbesetzungen und der Großdemonstrationen in den letzten Jahren in Griechenland nun wieder nur zum Kampf in den Straßen bläst, macht es sich schlicht zu einfach. Blockupy war zwar die einzig sichtbare Intervention von links in Deutschland gegen die deutsche und

neoliberale Hegemonie in der EU. Aufgrund seines transnationalen Charakters in der Ausrichtung und der Vernetzung kann es daher getrost als Leuchtfeuer der Solidarität bezeichnet werden. Dennoch haben sich die auf dem Tisch liegenden Strategien im Kampf gegen die Austerität als erfolglos erwiesen. Der Ausnahmezustand scheint zur Normalität geworden zu sein. Aber der Bumerang der Austerität hat möglicherweise erst Schwung genommen und könnte nach Deutschland zurückkehren. Der neokolonialistische Umgang mit der Bevölkerung Griechenlands wird als ein Testballon für die weitere Politik in der EU gedient haben.<sup>2</sup>

Die Situation in Europa hat sich grundlegend verändert. Die Wirtschaftskrise wurde zumindest im Herbst 2015 von der sogenannten "Flüchtlingskrise" abgelöst. Die weitere Entwicklung von Blockupy ist somit wieder offen und wird sich in den nächsten Monaten der Diskussion entscheiden. Damit ist Zeit, einige strategische Überlegungen zu treffen. Die Bewegungslinke, zu der Blockupy zu rechnen ist, darf sich nicht weiter in die Tasche lügen: Soziale Bewegungen stellen für die Eliten der BRD momentan keine Bedrohung dar. Es ist für sie ein Leichtes, einfach darüber hinwegzusehen. Doch die Radikalität von linken Projekten sollte an ihren Ergebnissen gemessen werden und das gilt ebenso für Bewegungen. Im Moment müssen sich die Herrschenden weder vor einer ernstzunehmenden radikalen Gegenwehr noch vor einer in Passivität versunkenen kritischen Masse fürchten.

# 3.1 | Von Leuchtfeuern und effektivem Widerstand

Blockupy ging mit zwei Versprechen in die Öffentlichkeit: Erstens sollte sichtbar gemacht werden, dass nicht alle im der autoritären Krisenpolitik, sei es in Deutschland oder anderswo, mit den herrschenden Zuständen einverstanden sind. Der Protest war nicht nur transnational in seinem Inhalt, sondern wurde mittels des Koordinierungskreises von Aktiven aus verschiedenen Ländern organisiert. Dies führte zu einer regen Beteiligung aus verschie-

denen Ländern Europas an den Protesttagen in Frankfurt am Main und einer immer enger werdenden Vernetzung. Dieses Versprechen wurde eingelöst.

Zweitens sollten aber diese Leuchtfeuer der Solidarität immer wieder auch mit den Auseinandersetzungen in der BRD verbunden werden. Das gelang an mehreren Stellen (Unterstützung des Streiks bei H&M in Berlin, Blockade des Frankfurter Abschiebeflughafen und Unterbrechung des Betriebs in der Konsumstraße Zeil), war aber bislang keine Stärke von Blockupy. Es gilt, die Auseinandersetzung um die Zukunft Europas mit den Kämpfen vor Ort zu verbinden, um nicht in die alte, linke Entgegensetzung von lokalen Kämpfen und politischen Großereignissen zu verfallen. Blockupy wird von denen lernen müssen, die sich in ihrem Umfeld gegen Zwangsräumungen, Abschiebungen und Lohnsenkungen wehren und alternative Strukturen des Zusammenlebens aufbauen.

Obwohl die Nachrichten über den 18. März 2015 um die halbe Welt gingen, blieb die Technokratie der EZB eine relativ abstrakte Gegnerin und schwer vermittelbar – besonders in Deutschland, da hier die Bevölkerung nicht unmittelbar der Politik von EZB, Kommission und Internationalem Währungsfond (IWF) ausgesetzt war. Die Zukunft von Blockupy ist offen und in der Diskussion. Ein einfaches "Weiter so" ist weder möglich noch sinnvoll, doch hat sich in diesem langjährigem Prozess ein neuer Stil der deutschen Linken entwickelt, der bewahrt werden sollte.

### 3.2 | Stil ist eine Frage der Haltung

Mit Blockupy entwickelte sich nach und nach ein neuer Ausdruck linker Protestkultur. Nicht nur bei der Gestaltung des Logos wurde darauf geachtet, mehr als die eigene Klientel anzusprechen. Farbbeutelwürfe, Regenschirme, Sonnenbrillen und Protestschilder aus Styropor namens "book blocks" sorgten nicht nur für ansehnliche Bilder, sondern ebenso für die körperliche Unversehrtheit der Ungehorsamen. Es wurde ein Blockadekonzept angewendet

und weiterentwickelt, das sich aus Erfahrungen der Umwelt- und Antifabewegung in der BRD speiste. Von Occupy sind die Zelte als ein Ausdruck des dauerhaften Protests übernommen worden. Zentrale Bedingung für die Organisation des massenhaften zivilen Ungehorsams war stets, eine Situation zu schaffen, in der Gesetze aus politischen Gründen überschritten wurden, an der aber möglichst viele Leute teilnehmen konnten.

Der Verlauf, der Ausdruck und die Struktur Blockupys sind nicht am Reißbrett entworfen, sondern nach und nach entwickelt worden. Das Verschieben der Eröffnung des Neubaus der EZB machte dies möglich. Mit einem vorher verbreiteten Aktionsbild und einem im Bündnis beschlossenen, im Internet einsehbaren Aktionskonsens wurde eine transparente Ausgangslage für Interessierte geschaffen. Massenhafter ziviler Ungehorsam ist darauf ausgelegt, möglichst Vielen die Erfahrung von Widerständigkeit zugänglich zu machen. Trotzdem ist das nur ein Teil von Blockupy. Es wurden stets verschiedene Mittel des Protests kombiniert, um verschiedene Möglichkeiten der politischen Artikulation zu garantieren und damit unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden, aber dennoch ein einheitliches Bild zu organisieren.

Mit der Zeit entwickelte sich der Dreiklang von Blockupy: blockieren, demonstrieren und diskutieren. Neben den unterschiedlichen Formen des zivilen Ungehorsams wurden Demonstrationen, kulturelle Veranstaltungen und Kongresse organisiert. Dies wurde regelmäßig in offenen Aktiventreffen entwickelt, zu denen meist über hundert Leute kamen, manchmal deutlich mehr und oft aus verschiedenen Ländern. Es gab Arbeitsgruppen, die sich der Organisation der Demonstrationen, der Blockaden oder der Öffentlichkeitsarbeit widmeten. Der Koordinierungskreis (Ko-Kreis) behielt den Überblick und bestand aus Vertreter innen der Organisationen und wenigen Einzelpersonen. Vor allem dort entstand eine neue Vertrautheit der Zusammenarbeit von Aktivist innen verschiedener Generationen und Ansätze. Neben der Modernisierung des Ausdrucks, weg von

der Folklore der ewigen Linken, ist diese Organisierungserfahrung wertvoll für die weitere strömungsübergreifende Zusammenarbeit in Zukunft. Hervorzuheben ist die neue Selbstverständlichkeit der Transnationalität des Protests.

Ein Internationaler Koordinierungskreis sorgte für eine beständige Vernetzung der deutschen Gruppen mit denen außerhalb der BRD. In einigen Städten wie in Berlin und Hamburg kam es zur Gründung von Plattformen, in denen sich Organisationen und Einzelpersonen zusammenschlossen, um Blockupy lokal zu verankern und die Teilnahme an den zentralen Veranstaltungen zu organisieren. Dies alles führte dazu, dass die Organisation dieser Großmobilisierung im Vergleich zu ähnlichen früheren Protesten geöffnet und demokratisiert, also damit weniger klandestin wurde.

# 4 | Glanz und Elend der deutschen Linken

Der organisatorische Aufbau und der Prozess der Vernetzung müssen vorangetrieben werden, um langfristig über die einzelnen linken Strömungen hinaus handlungsfähig zu bleiben. Das Nebeneinander von verschiedenen Politikstilen und strategischen Einsätzen wird in den deutschen Debatten von manchen als "Mosaik-Linke" (vgl. Urban 2009: 71ff) bezeichnet. Blockupy kann dabei als ein Beispiel für Glanz und Elend der Mosaik-Linken gelten.

Einerseits zeigt sich, dass die jahrelange Zusammenarbeit bei den Protesten gegen G8, Naziaufmärsche und die Castor-Transporte zu einem vertrauten Umgang untereinander geführt haben. Immer wieder kommen Attac, Linkspartei, NGOs, organisierte außerparlamentarische Radikale, wie die Interventionistische Linke und "...ums Ganze" mit ein bisschen grüner Partei hier und etwas Gewerkschaften da zusammen. Gemeinsam wird sich auf ein Aktionsbild geeinigt und auf das, wogegen man sich ausspricht – seien es Nazis, Imperialismus oder die herrschende Umweltpolitik.

Auf das wofür und wohin nach den gemeinsamen Aktionen konnte nie eine Einigung stattfinden. Es werden der kleinste gemeinsame Nenner und ein bündnisfähiger Jargon gesucht. Im nächsten Bündnis sammeln sich wieder dieselben Organisationen, um das Spiel auf einem anderen Feld von vorne zu beginnen. Das ist gut und berechtigt, bietet aber keine weitergehende Perspektive, um politisch an Land zu gewinnen, sondern orientiert sich an der eigenen gesellschaftlichen Marginalität, die im besten Falle Abwehrkämpfe zulässt. Der Ansatz der Mosaik-Linken bietet deswegen mehr eine Zustandsbeschreibung als eine strategische Perspektive.

Durch die langjährige Zusammenarbeit ist bei Blockupy andererseits etwas im Keim entstanden, wofür das Mosaikbild als Beschreibung unzureichend ist: Etwas, das weit über eine offensichtliche stilistische Erneuerung des Ausdrucks hinausgeht. Die Auswertung der letzten Aktionen gegen die Eröffnungsfeier der EZB am 18. März 2015 war im Bündnis weniger umstritten als in den jeweiligen Einzelorganisationen. Daher wird Blockupy nicht zu Unrecht mittlerweile mehr als ein Akteur als ein bloßes Bündnis müssen wahrgenommen. Genau an dieser Stelle gilt es weiterhin anzusetzen, weil Blockupy der einzige Ort in der BRD ist, an dem eine dauerhafte, kapitalismuskritische bis antikapitalistische Kampagne möglichst unbürokratisch organisiert wird. Der Fluchtpunkt sollte ein organisiertes Lager der optimistischen Unzufriedenheit sein, eine Partei nicht im parlamentarischen Sinne, sondern im gesellschaftlichen: enger und straffer organisiert als ein Bündnis, einig in der Vielfalt, verankert in der resignierten Bevölkerung, mit einer gesellschaftlichen Vision, die auf realen Ansätzen aufbauen kann. Es ist damit nicht gesagt, dass sich das aus Blockupy zwangsläufig entwickelt. Aber es war bis jetzt mindestens ein Testlabor der Linken, wie es Griechenland für die europäische Krisenpolitik der Eliten ist.

Aaron Bruckmiller ist Mitglied der Interventionistischen Linken (IL), im Blockupy-Bündnis aktiv und studiert Philosophie an der Freien Universität Berlin. Kontakt: aaron. bruckmiller@posteo.de.

Franziska Scholl arbeitet am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und ist

82 Themenschwerpunkt

assoziierte Wissenschaftlerin des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Kontakt: franziska.scholl@fu-berlin.de.

# Anmerkungen

- <sup>1</sup> http://blockupy.org/blockupy/. [10.11.2015].
- <sup>2</sup> Wer die Berichterstattung genau verfolgt, erkennt die Vorzeichen: "Was Österreich von Griechenland lernen kann. Auch Österreich lebt über seine Verhältnisse. Der Rentenbeginn ist noch früher als in Athen." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, Christian Geinitz

20.07.2015). "Reformen: Bosnien bewegt sich ein bisschen. Trotz großer Straßenproteste wurde von EU und Geldgebern geordertes Arbeitsgesetz beschlossen." (Der Standard, Adelheid Wölfl, 05.08.2015).

#### Literatur

Urban, Hans-Jürgen 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, 71-78.

# Europas "Bewegungslandschaft" oder was ist europäische Zivilgesellschaft?

Ulrike Guérot

### 1 | Einleitung

Es ist Bewegung gekommen in die europäische Zivilgesellschaft; überhaupt in die europäische Meinungs- und Diskurslandschaft.1 Inzwischen scheint auch bei "normalen Bürgern" angekommen zu sein, dass das europäische Projekt in eine extreme Schieflage geraten ist und dass viele Dinge des ganz privaten Lebens - das eigene Geld, der Euro, die Sicherheit vor Terror, die freie Turnhalle für den Schulsport der Kinder - von der Handlungsfähigkeit der EU abhängen, diese aber nicht gegeben ist. Die Erfahrung der Unmittelbarkeit europäischer Entscheidungen für das eigene Leben ist neu; das Versagen der europäischen Institutionen führt konsequenterweise zu Vertrauensverlust: Während 2007 noch 57% der EU-Bürger den europäischen Entscheidungsträgern vertrauten, sank jener Prozentsatz in 2013 auf 31% (Europäische Kommission 2013).

Die schnelle Abfolge von europäischen Krisen, in den letzten Jahren eine Banken-, Staatsschulden- und Eurokrise, hat sich alleine in diesem Jahr zu einer Grexit-, Flüchtlings- und jetzt Terror-Krise verdichtet. Europa scheint am Abgrund, die "europäische Zivilgesellschaft" indes im Aufbruch. Ihr Ruf nach Gehör wird immer lauter angesichts eines Systems, das immer weniger Lösungskapazitäten bereitzuhalten scheint, kaum greifbare Lösungen produziert und überdies in einem tiefen Reformstau zu stecken scheint. Je größer dieses Empfinden, desto mehr rückt "die Zivilgesellschaft" in den Mittelpunkt der europäischen Betrachtung: Was macht sie, wohin will sie, was treibt sie an?

Damit stellt sich aber zunächst die Frage: Was ist eigentlich Zivilgesellschaft? Wissenschaftliche Definitionen scheinen kaum zielführend oder greifen doch zu kurz, wenn etwa Philipp van Amersfoort (2005: 396) in dem Versuch einer umfassenden Definition die moderne Zivilgesellschaft beschreibt "als einen Zusammenschluss einer Vielzahl von Organen, die selbstverwaltend, überparteilich, sowie verfassungsmäßig unabhängig sind (...) und zum größten Teil durch Voluntarismus funktionieren." Mit dem Zerfall der Sowjetunion entstand eine neue Auffassung des Begriffs hin zu einer Freiheitsbewegung gegen das totalitäre System,

die vor allem von Arbeiterorganisationen sowie der bürgerlichen Mittelschicht getragen wurde (van Amersfoort 2005). Womit sofort die Frage gestellt ist: Wer rechnet wen zur "bürgerlichen Mittelschicht"? Der Begriff Zivilgesellschaft scheint anderen zivilen Bewegungen kaum gerecht zu werden: Umfasst er auch jene, die inzwischen jeden Montag in Dresden bei Pegida-Demonstrationen mitmachen? Der Begriff der Zivilgesellschaft hat eine positive normative Konnotierung, die man mit Pegida erst einmal nicht in Zusammenhang bringt. Aber auch bei Pegida trifft sich die Mittelschicht und auch Pegida ist voluntaristisch organisiert.

Oder geht es nur um die sogenannte "organisierte" Zivilgesellschaft, und, wenn ja, national oder europaweit? Ist es nur dann Zivilgesellschaft, wenn die EU-Kommission in "Stakeholder Meetings" NGOs und Umweltorganisationen in die Beratungen zum TTIP-Abkommen strukturiert miteinbezieht oder eine "European Citizens' Initiative" startet? Oder ist es auch Zivilgesellschaft, wenn europäische, progressive Protestler im Mai 2015 eine Anti-EZB-Demonstration in Frankfurt am Main veranstalten, bei der es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt? So hatte z.B. das Blockupy-Bündnis durchaus eine länderübergreifende Wirkung. Es beschreibt sich selbst in seinem Programm als Teil eines europaweiten Netzwerks, das durch soziale Netzwerke und gemeinsame Hashtags die räumliche Trennung seiner Mitglieder überbrückt und ein transnationales Movement schafft2. Tatsächlich gehörten die Aktionstage im Mai 2012 zu den größten Demonstrationen in Europa während der Krise. Die Proteste wandten sich gegen die Krisenbewältigungsstrategie der Troika und die Sparmaßnahmen in Europa (Bieling et al. 2013).

Das V-Dem Institute aus Göteborg hat im Oktober 2015 einen "Civil Society Index" vorgelegt, der – sehr knapp verkürzt – nicht nur das Wachsen der europäischen Zivilgesellschaft beschreibt, sondern auch der gesellschaftlichen Resilienz der europäischen Zivilgesellschaft ein positives Zeugnis ausstellt. Die europäische Zivilgesellschaft insgesamt sei wachsamer und achtsamer geworden, verstärkt zu bürgerschaft-

lichem Engagement bereit, bereit also, aktiv zu werden und bereit, die Werte moderner demokratischer Gesellschaften zu schützen und zu verteidigen. Dennoch erschließt sich dem Praktiker aus dem parapolitischen Raum der europäischen Think Tank Community bei der Lektüre der Studie nicht unmittelbar, was hier eigentlich gemessen wird (Bernhard et al. 2015), ist doch die Bandbreite von zivilgesellschaftlicher Teilhabe am europäischen Diskurs bis hin zu Engagement, Mitarbeit oder Aktivismus, gar Demonstrationen oder Kampagnen kaum noch überschaubar.

In der neo-gramscianischen Definition, die in modernen komparativen Studien gerne als zentrales Analyse-Konzept für Zivilgesellschaft verwandt wird, gehört der Underground oder gehören Protestbewegungen, die gegen "autoritäre Regime"³ vorgehen, eindeutig zur Zivilgesellschaft. Wo also ist dann die Grenze zwischen schwach legitimiert und autoritär? Denn genau um diese Frage ginge es ja, wenn sich als zivilgesellschaftliche Ausformung z.B. die Commune of Europe⁴, als Anti-These zur EU definiert, mit deutlichem Bezug zu den Barrikaden von Paris im 19. Jahrhundert, also de facto mit revolutionärem Vokabular konstituieren würde.

# 2 | Das europäische "Wir" und die Suche nach dem anderen Europa

Auch den klassisch politischen Teilen der Zivilgesellschaft, die sich nicht als Underground oder Sub-Kultur verstehen, geht es unverkennbar um die Suche nach einem alternativen Europa. Die vergangene Ausgabe der NEON, einer Zeitschrift für junge Leser aus dem Hause Stern, titelte in verschiedenen Sprachen "WIR sind Europa - ein Europa Manifest". Das "Wir" ist hier nicht länger national, während sich Zivilgesellschaft früher maßgeblich in nationalen Kontexten organisierte. Aktuelle europäische Bewegungen richten sich gegen EU-Institutionen (Wigger/Horn 2014), aber sie mobilisieren sich für ein anderes Europa. Was entsteht, so argumentieren Sozialwissenschaftler, ist eine "partizipatorische Revolution" (Kaase 1984:

84 Ulrike Guérot

299), die dazu führt, dass bestimmte Bewegungen an Kraft gewinnen und transnational wirken. Historische Vorläufer – Ostermärsche, Anti-Atomkraft- oder Vietnam-Demonstrationen der 1970er Jahre – unterstreichen die Krisentheorie der Sozialwissenschaft, die davon ausgeht, dass Proteste ein Resultat "gesellschaftlicher Krisenerscheinungen" sind (Roth/Rucht 2008). Das, was soziale Bewegungen verändern wollen, ist dabei häufig auch ihr Entstehungsgrund. Durch die in einer Krise empfundene Bestandbedrohung und die daraus entstehende spürbare Deprivation gewinnen soziale Bewegungen an Zulauf (Brand et al. 1986).

Mit Blick auf die europäischen Protestbewegungen ist derartiges – indes sehr eklektisch – durchaus zu beobachten. An der Berliner Volksbühne wird eine solche "partizipatorische Revolution" und mit ihr das "Ende der europäischen Demokratie" inszeniert in Form einer Diskussion mit dem slowenischen Starphiloso-

phen Slavoj Žižek, wobei ein Hauch von Che Guevara in der Luft liegt<sup>5</sup>. Am Schauspielhaus Wien wird "Punk & Politik gegen Brüssel" und für eine transnationale Demokratie inszeniert (Pohl 2015). Ein ehemaliger griechischer Finanzminister tourt durch Europa und vertritt "one (...), but radical idea: to democratise Europe" (Sakalis 2015). Ist er jetzt Zivilgesellschaft? Eine sprichwörtliche ganze "Armee" von Zivilgesellschaft scheint derzeit angetreten, dem EU-System den Garaus zu machen. Die europäische Zivilgesellschaft demonstriert, formiert sich, ist aktiv und durchaus sichtbar, fordert Transparenz und Partizipation. Wer dieser Tage im Internet surft, findet unzählige europäische Internet- und Bürgerinitiativen, also ganz viel europäische und globale Zivilgesellschaft, deren Vernetzung und öffentlicher Diskurs als Vorform einer europäischen Öffentlichkeit sogar schon messbar und empirisch belegbar sind (de Wilde et al. 2013). Manchmal wird Europa nur durchreist und



beschrieben, manchmal werden konkrete politische Forderungen erhoben. Die Bandbreite der europäischen Zivilgesellschaft reicht vom "gemeinsamen Stricken" entlang der Donau<sup>6</sup> über Jugendtouren durch Europa (Herr et al. 2015) hin zu transnationalen, europäischen Jugendfestival<sup>7</sup> oder Unterschriftenaktionen für die Anwendung von Artikel 7 EUV auf Ungarn8. Positiv anzuführen ist hier natürlich, dass die "Willkommenskultur" im "Flüchtlingssommer" 2015 weitgehend von der deutschen Zivilgesellschaft getragen wurde. Und es fühlt sich alles auf den ersten Blick erst einmal gut an. Somit könnte die Hypothese aufgestellt werden, dass die Zivilgesellschaft ein zuverlässiger Relay bei menschlichen Katastrophen ist, als politisches Instrument bei systemischen Problemen indes eher wenig hilft; ferner bleibt an dieser Stelle zu konstatieren, dass die Zivilgesellschaft, so positiv dies in Deutschland bei der Flüchtlingsfrage zu beobachten war, dennoch nicht verlässlich, dauerhaft belastbar oder gar als Substitut für staatliches Handeln zu setzen ist, da das freiwillige Engagement der Bürger staatlicherseits schlechterdings nicht veranlasst oder gar befohlen werden kann. Der (positive) zivilgesellschaftliche Claim muss daher immer rückgekoppelt werden mit der eigentlich negativen Tendenz des Staatsabbaus und der Erosion staatlicher Tätigkeit in Kernbereichen der Gesellschaft.

Es scheint eine Blütezeit der Zivilgesellschaft angebrochen, die als Lösung für die systemische Krise der EU, zum Relay, zum Transmissionsriemen für eine bessere Gesellschaft avanciert. Wo noch vor wenigen Jahren höchsten Insider den Begriff Zivilgesellschaft kannten - ebenso wenig wie den des "Narrativ", das zu suchen Europa sich vor geraumer Zeit aufgemacht hat - ist die Literatur zum Thema Zivilgesellschaft heute überbordend (Müller-Pelzer 2015). Hauptsache möglichst viele partizipieren, dann haben wir eine bessere Welt, so möchte man glauben. Die Schnelligkeit mit der sich Stiftungen, Akademien, Diskurs und Medien in den letzten Jahren als Reaktion auf eine tief empfundene Malaise der politischen Systeme vor allem

mit Blick auf Europa auf die Begriffe Transparenz, Partizipation und Zivilgesellschaft eingestellt haben<sup>9</sup>, denen fast der Charakter einer Heilserwartung innewohnt, macht indes etwas perplex.

# 3 | Fehlende Antworten

Denn warum sollte die Zivilgesellschaft eine Antwort auf die fundamentale Systemkrise haben, in der die EU steckt, gar die "Lösung" sein? Und welche Möglichkeiten sollte die Zivilgesellschaft haben, die "post-demokratischen Zustände" der EU, die inzwischen auch wissenschaftlich ausgelotet sind, zu ändern? Wie sollte sie das tun?

Der Ruf nach zivilgesellschaftlicher Partizipation scheint das Korrelat zum Zustand der Post-Demokratie zu sein, so wie von Colin Crouch (2008) beschrieben: "You can always vote, but you have no choice". Die sogenannte "15-M"-Bewegung, häufig auch Indignados ("die Empörten") genannt, gründete sich ein paar Tage vor den Parlamentswahlen in Spanien am 15. Mai 2011 (Nofre/Feixa 2013). Der Grund war die Aufstellung der Parteien, deren Programme sich in den Augen der Bürger zu sehr ähnelten und damit keine politische Alternative boten. Letztlich bemerken wir die Entkernung, die Aushöhlung von funktionaler Demokratie und von institutioneller Wirkungsmächtigkeit angesichts eines rigiden Systems, den Leerlauf von Opposition und Wahlakten sowie das Gefühl, die Dinge nicht ändern zu können, keine andere Politik machen zu können. Demokratie scheint zu einer Formalität zu verkommen, obwohl wir formal - durch Wahlen, durch zahllose "Stakeholder Meetings", durch Bürgerinitiativen, durch Kampagnen etc. - durchaus partizipieren dürfen und auch aktiv partizipieren. Aber trotzdem offensichtlich keine Gestaltungsmacht haben: Millionen von Unterschriften gegen das TTIP-Abkommen werden wahrscheinlich nichts daran ändern, dass das Europäische Parlament für das TTIP-Abkommen stimmen wird. Wenn dies aber zutrifft: ist dann eine "Verstetigung der europäischen Zivilgesellschaft" und mehr

86 | Ulrike Guérot

Partizipation die Lösung? Ist die Eurokrise eine Chance, mehr Partizipation unser Glück? Doch sicher nicht!

Wer will schon permanente bürgerliche Achtsamkeit, wer will jeden Dienstag demonstrieren, um den Pegida-Megaphonen etwas entgegenzusetzen, wer hat endlos Zeit, im Internet über Europa zu diskutieren? Möchten wir nicht eher ein funktionierendes europäisches System, ausgestattet mit erkennbarer Input-Legitimität und mit ausreichender Output-Effizienz, so dass am Ende dabei sehr viel europäische res publica, also öffentliche Güter, ein gutes Gemeinwesen für alle Bürger in Europa herauskommt, und zwar so, dass man sich nicht mehr über Europa aufzuregen oder sich Sorgen zu machen braucht, weil die EU dann einfach systemisch funktioniert? Würden wir nicht doch lieber am Wochenende wieder ins Theater gehen oder einfach spazieren?

# 4 | Der "europäische Maschinenraum"

Ist nicht der "europäische Maschinenraum" als das institutionelle Set-Up der europäischen Institutionen in seiner jetzigen Form - ein Parlament ohne Initiativrecht und ohne Budget und ein dysfunktionaler EU-Rat - das eigentliche Problem, an dessen permanenter "Produktion von Krisen unter selbstreproduzierenden Bedingungen" die Zivilgesellschaft bestenfalls an der Oberfläche kratzt, ohne wirklichen Zugang zu haben, um die europäischen Verhältnisse durchgreifend ändern und verbessern zu können? Allenfalls kann Zivilgesellschaft Missmut äußern; Vorschläge in den öffentlichen Raum transportieren; einige der schlimmsten systemischen Fehlgriffe - z.B. bei TTIP - durch eine Watchdog-Position 10 von zivilgesellschaftlichen Akteuren abmildern, die sich hier durchaus institutionalisiert z.B. mit Blick auf die Regulierungstätigkeit der EU-Kommission geradezu in einer Art "regulativem Stellungskrieg" befinden und in kleinstteiligen Komitologie-Gefechten etwa bei Chemikalienrichtlinien um Zahlenwerte hinter dem Komma und Punkte fechten. Heutige Bewegungen zeigen durchaus strukturelle Defizite des institutionellen Gefüges auf

und können gegebenenfalls Dinge abmildern, bestenfalls verhindern, aber sie propagieren kaum wirkliche "Gegeninstitutionen" (Rucht 2002: 6). In diesem Zusammenhang wird gerne darauf verwiesen, dass z.B. durch zivilgesellschaftliches Engagement - in diesem Fall eine Unterschriftenaktion - die Wasserrichtlinie der EU (und damit die Privatisierung der Wasserbetriebe) verhindert werden konnte. Das ist sicher begrüßenswert; dennoch bleibt die Frage nach der Politiksteuerung, konkret: warum muss ex-post etwas verhindert werden, weil es ex-ante, also systemisch, nicht verhindert werden kann, da das EU-System sich offensichtlich in weiten Teilen von der Produktion akzeptabler öffentlicher Güter für die Gesamtheit der europäischen Bürger verabschiedet hat. Als Negativ-Beispiele könnten hier angeführt werden, dass die Finanzmarkttransaktionssteuer trotz großen Engagements ziviler Akteure vom EU-Rat torpediert wurde; oder aktuell die "Better Regulation"-Initiative der EU-Kommission, gegen die die gesamte Bandbreite der organisierten Zivilgesellschaft mobilisiert, da sie zentrale demokratische Mechanismen im EU-System aushebelt. Aber auch diese Richtlinie konnte nicht verhindert werden.

Damit drängt sich die Frage auf, ob Partizipation<sup>11</sup> - und die Ambition einer Verstetigung von europäischer Zivilgesellschaft - die richtige Frage, gar die richtige politische Forderung ist, um das Europa der Euro-, Flüchtlings- und neuerdings auch Terrorkrise vor dem Abgrund zu bewahren?12 Zumal auch die Abgründe unterschiedlich konnotiert sein dürften: Was ist der Abgrund für Europa? Ein kosmopolitisches Europa der "Willkommenskultur" dürfte der "europäische Abgrund" für viele Pegida-Demonstranten wie auch für viele "zivile" Osteuropäer von Polen bis Ungarn sein, während ein re-nationalisiertes, populistisches Europa umgekehrt der Abgrund für eine progressive, engagierte und zivilgesellschaftlich in vielen Foren aktive "Erasmus-Jugend" wäre.

Der Begriff der Zivilgesellschaft und ihrer Verstetigung führt also in die Irre. Was zur Zeit verhandelt wird – und dies durchaus mit viel Bewegung an der politischen Oberfläche, ganz egal ob es dabei um Klima, Nachhaltigkeit, Post-Wachstumsgesellschaft, Flüchtlinge oder Europa geht - ist eine Öffnungs- vs. eine Schließungs-Agenda, die beide jeweils sehr viel Zivilgesellschaft mobilisieren. Es sind alles Fragen, die die Gesellschaft polarisieren, gar spalten: Zivilgesellschaftlich steht in der Flüchtlingsfrage Pegida gegen Refugees Welcome. Was hier also eigentlich verhandelt wird, ist die Verlagerung der politischen Willensbildung vom geschlossenen Parlamentsraum in den öffentlichen Raum, von einer Meinungsbildung durch Parteien zu einer Meinungsbildung auf der Straße. Womit dann die Frage ist, welche zivilgesellschaftliche Seite gewinnt und wer die Mehrheit davonträgt bzw. überhaupt, wie die Mehrheitsfindung zu organisieren ist?

# 5 | Über die Zukunft der repräsentativen Demokratie

Zivilgesellschaft tritt oft in Erscheinung mit der Ambition dem Populismus entgegenzuwirken; ihr haftet der Nimbus der moralischen Überlegenheit an. Als Populist darf aber eigentlich a priori niemand bezeichnet werden, nur weil seine Meinung nicht der herrschenden Meinung der nationalen europäischen Eliten entspricht (Müller 2013), Anstatt die Ursachen des populistischen Votums ernst zu nehmen und anzuerkennen, dass es dafür reale Gründe der sozialen und kulturellen Exklusion gibt, reagiert die politische Klasse - und die "organisierte" Zivilgesellschaft - oft mit einer Moralisierung der sogenannten Populisten: Das eigene Argument wird moralisch höher gestellt, Populisten gelten als nicht integer, irrational, böswillig oder gefährlich, wobei die identitären Bedürfnisse der oft ländlichen Globalisierungsverlierer als konkurrierende Werteordnung nicht respektiert werden. De facto werden dadurch die Argumente der Anderen politisch entwertet, dem demokratischen Diskurs wird mithin selbst die Grundlage entzogen: Er muss zwangläufig erodieren, wenn die politischen Argumente a priori nicht gleichwertig sind und in einer Polarisierung und Frontstellung enden, in der politische Überzeugungsarbeit letztlich nicht mehr funktioniert.

Verhandelt wird derzeit also nichts Geringeres als der Fortbestand der repräsentativen Demokratie, wie wir sie kennen. Um die Rousseausche Terminologie zu bemühen: wo



Quadratur des Kreises

88 | Ulrike Guérot

die volonté générale offensichtlich nicht mehr genügt und erodiert, zu viele Verlierer produziert oder pervertiert erscheint von wahlweise Finanzmarkt, Handels- oder Big-Data-Lobbies, wo das allgemeine Gute also nicht mehr sichtbar ist, es zu viele Systemverlierer gibt, die zu Systemgegnern werden können, floriert die volonté de tous, der addierte Wille aller<sup>13</sup>. Im progressiv-elitären Spektrum ist das "die Zivilgesellschaft", die auf Teilhabe und Partizipation pocht; auf der anderen Seite schlicht "das Volk", das – gerade mit Blick auf Europa – derzeit auf der Straße ist und Referenden fordert.

Es geht also um Plebiszit gegen Repräsentation. Das aber ist gefährlich, denn die Mehrheit der Straße ist keine Demokratie, sondern, wie schon die alten Griechen wussten, jener "Mob", den Sokrates gefürchtet und der ihn schließlich sogar hingerichtet hat. Dieser Logik entkommen könnte man lediglich, wenn man Zivilgesellschaft gleichsam elitär abgrenzen wollte und dem Volk letztlich die Qualität von Zivilgesellschaft absprechen würde. Wer aber würde darüber befinden wollen, wer zivil ist und wer nicht?

Statt zivilgesellschaftlicher Partizipation müsste es also das eigentliche Ziel sein, das politische System in Europa wieder zum Laufen zu bringen, wieder eine volonté générale, einen allgemeinen Willen zu produzieren, der den Bedürfnissen der großen Mehrheit gerecht wird, der einer res publica europaea, der öffentlichen europäischen Sache dient. In seinem Buch "The Society of Equals" bringt Pierre Rosanvallon (2013) das auf den Punkt. Nach ihm geht es bei Demokratie nicht in erster Linie um Partizipation, sondern vielmehr um das Prinzip der Gleichheit und er erinnert an den Grundsatz der französischen Revolution: liberté, égalité, fraternité. Freiheit ist nur mit Gleichheit zusammen denkbar. Wo in Europa formale Demokratie angeboten, die soziale Frage aber nicht gelöst bzw. das Gleichheitsversprechen der Gesellschaft nicht - wenigstens bis zu einem bestimmten Grad - eingelöst wird, hat das demokratische System versagt, weil es seine Funktion nicht mehr erfüllt. Mehr als um Partizipation geht es

bei der Demokratie um die Erhaltung sozialer Körper. Dazu passt die Renaissance republikanischen Denkens, das augenblicklich überall in der politikwissenschaftlichen Debatte zu beobachten ist und in dem der Begriff des Gemeinwohls, der commons oder Allmende vor allem in sozialen Bewegungen neu besetzt und reflektiert wird (Besson/Martí 2009; Nowrot 2014).

Die Forderung nach Aktivierung und Verstetigung einer europäischen Zivilgesellschaft wäre dann ein Ablenkungsmanöver, ein Nebenkriegsschauplatz, der am eigentlichen Kern vorbei geht, nämlich an der Tatsache, dass wir einen neugestalteten europäischen Parlamentarismus brauchen, eine andere Input-Legitimität für die EU-Institutionen, die uns regieren, ein System, in dem Opposition funktioniert, und das funktionierende Transmissionsriemen für eine andere Politikgestaltung hat. Den "Abgrund Europas" überwinden wir nicht mit mehr Transparenz, mehr Partizipation oder mehr Konfliktlösung und schon gar nicht mit Konsens, eben jenen Begriffen, auf die sich der augenblickliche europäische Diskurs eingeschossen, um nicht zu sagen: in denen er sich festgefahren hat. Mehr Partizipation schafft Marine Le Pen nicht aus der Welt, mehr Transparenz entmachtet Orban nicht, mehr Konfliktlösung hilft der Ukraine nicht, mehr Konsens führt nur zu Stillstand.

# 6 | Es geht um Macht

Darum kommt vor allem ein Begriff in den Diskurs zurück und zwar der der Macht, gepaart mit dem der Werte, vor allem dem Werte des Sozialen an sich als Antipode zu einer als alternativlos gesetzten Ökonomisierung der Welt. Es geht, um Chantal Mouffe (2007) zu zitieren, um die Wiederkehr und die Wiederntdeckung des Politischen selbst. Mouffe erlebt derzeit mit ihren radikalpolitischen Thesen eine Renaissance – besonders bei jüngeren Lesern – wenn sie gegen den "Empire"-Diskurs von Hardt und Negri (2002) ins Feld führt, dass das "hegemoniale Empire" – gemeint ist die neo-liberale Weltordnung und das globalisierte

Marktsystem - sich nicht von selber auflösen werde, sondern dass man einen ausdauernden und gezielten "Stellungskrieg" gegen alle "Knotenpunkte" dieses System führen müsse (Mouffe 2009). Eine (linke) Gegenmacht müsse "politisch gebündelt" werden, um jenseits von Demonstrationen der Multitude von Hardt/ Negri, die Mouffe als unpolitisch ("Exodus") bezeichnet, eine Alternative zum bestehenden System aufzubauen. Zivilgesellschaft ist aber gerade keine solche Macht, sie ist nicht gebündelt und läuft darum allzu oft ins Leere. Nur am Rande sei erwähnt, dass die Bündelung von politischer Macht genau das ist, was den Populisten derzeit in Europa überall fast mühelos gelingt, und zwar durch die Herausbildung von Parteien: die AfD und der FN, Jobbik, Fidesz und die FPÖ, UKIP oder die schwedischen Demokraten, sie alle haben längst die nationalen Parteiensysteme gekapert und sind zu entscheidenden politischen Faktoren in den jeweiligen nationalen politischen Systemen geworden. Blockupy kann das nicht von sich behaupten.

# 7 | Vom gemeinsamen Rotieren im Netzwerk

Das Gros der zeitgenössischen Anti-Austerity-Bewegungen entstand in Europa zwischen 2010 und 2013. Diese Bewegungen erfüllten die grundlegenden Charakteristika einer sozialen Bewegung im Sinne von James/van Seeters (2014). Es ging um Grassroot-Proteste von unten gegen vorherrschende Regime der Wirtschaft, Politik und Ökologie. Aber eine zentrale Bedingung, die James und van Seeters, aber auch Hopke (2015) als bestimmendes Element sehen, nämlich die Herausbildung einer gemeinsamen Identität, war nicht erfüllt. Die Bildung einer europäischen Protestpartei gelang mithin nicht.

Es wird an keinem gemeinsamen Strang gezogen. Zu sehen ist das anhand von geplanten Pan-Europäischen Solidaritätstreffen wie "Firenze 10+10" oder dem "Alter Summit" in Athen, die verschiedene Aktivistengruppen, soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen versammelten



90 | Ulrike Guérot

und eine europäische Bewegungsdynamik herstellen sollten. Der erwünschte Zulauf blieb allerdings aus; mit weniger als 1000 Teilnehmern in Florenz mangelte es auch an medialer Berichterstattung und dadurch an der Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit (Wigger/Horn 2014). Beim "Alter Summit" in Athen im Juni 2013 konnten die Veranstalter im Wesentlichen auf die Unterstützung von SYRIZA zählen. Der Gipfel wurde später als eine ungeheure Verschwendung von Mitteln kritisiert und ging weitestgehend unbemerkt an der griechischen Bevölkerung vorbei (Vogiatzoglou 2013). Der Grund liegt wohl in zeitlichen und räumlichen Divergenzen der Europakrise. Die Krise hat sich, angesichts heterogener Ursachen, ungleich in europäischen Ländern entwickelt und zu "fragmentierten Konfliktdynamiken" (Bieling et al. 2013: 231) geführt.

Eine klar definierbare europäische Zivilgesellschaft ist nicht entstanden - aber viel Bewegung im Netz und an der Oberfläche. Neue Formen von Demokratie werden getestet - Liquid Democracy, Appstimmung, Civocracy. Wir spüren, dass der Rahmen, die Statik der herkömmlichen (nationalen) repräsentativen Demokratie aufgebrochen wird, vor allem durch das Internet, haben aber einen neuen Rahmen für repräsentative Demokratie sowohl unter transnationalen, als auch unter neuen technischen Bedingungen noch nicht gefunden. Die Zivilgesellschaft hat durchaus eine sichtbare transnationale Dynamik und das ist sicherlich gut. Die europäische Zivilgesellschaft ist damit Vorform oder auch der Vorbote einer europäischen Politisierung - aber noch keine europäische Politik. Diejenigen, die an alternativen Politikkonzepten arbeiten, die eine andere Weltordnung einfordern, die die kritischen Debattenforen in Europa bevölkern, sind heute, bedingt durch das Internet, meistens jung, digital, vernetzt, post-party und no hiercharchy. Aber ihnen gelingt keine Interessenbündelung, wie das etwa bei den GRÜNEN noch gelungen ist. Asymmetrische Strukturen, wie etwa Partei und Führung, Macht und Hierarchie werden

nicht mehr akzeptiert (Nassehi 2015). Damit können sie sich unter gegebenen institutionellen Bedingungen nicht durchsetzen und bekommen kaum Gehör. Der Vernetzungs-Hype der Zivilgesellschaft nützt ihr nur bedingt. Ein Installationskünstler hat kürzlich eine kleine Kunstperformance inszeniert und auf verschiedenen Videos Folgendes dokumentiert: Fünf Personen sollten an einer Töpferscheibe zusammen eine Schüssel formen. Es geht nicht. Nur mit Partizipation kommt man also nicht weiter. Derweil schnappen sich die Populisten die nationalen politischen Systeme.

Was wir wirklich bräuchten, wäre eine "europäische Vergesellschaftung" (Heidenreich 2014), eine konsequente Europäisierung nationaler Bürokratien, Administrationen, politischer Prozesse, Parteiensysteme, Strukturen und Öffentlichkeiten, die wie ein transnationales Zahnrad ineinander greifen müssten, damit sich die gesamten nationalen Gesellschaften quasi systemisch europäisieren, alle Gesellschaftsbereiche europäisch organisiert würden: die Sozialsysteme, die Wahlsysteme etc. Dafür müssten die institutionellen Grundlagen und Mechanismen geschaffen werden. Das politische System Europa muss neu ausgestaltet werden, es muss organisiert, administriert werden, es muss auch eine europäische Elite ausgebildet werden, die dieses politische System Europa dann lenkt, aber mit Anstand, mit Gemeinwohlverpflichtung, eben zum Wohle aller Bürger, im Sinne einer europäischen volonté générale, einer res publica europaea, so wie nationale Eliten - vorgängig zu post-demokratischen Verhältnissen - auch die jeweiligen nationalen Systeme gelenkt haben.

Denn wir wollen nicht als Zivilgesellschaft an der Oberfläche eines EU-Systems kratzen, das sich davon nicht beeinflussen lässt. Wir wollen letztlich auch nicht mit Megaphonen bei Straßendemonstrationen um Mehrheiten buhlen, bei Demonstrationen mit Pegida konkurrieren und permanent Gegendemonstrationen organisieren. Und wir wollen komplexe Themen nicht in Plebisziten strittig stellen. Schon gar nicht in Europa!

Dr. Ulrike Guérot ist Politikwissenschaftlerin und Direktorin des European Democracy Lab an der European School of Governance in Berlin. Kontakt: ulrike.guerot@eusg.de.

# Anmerkungen

- <sup>1</sup> Dieser Artikel entstand mit maßgeblicher Unterstützung von Johanna Schelle, die im Winter 2015 Programm-Assistentin am European Democracy Lab in Berlin war. Sie hat weitgehend die Recherche für diesen Artikel übernommen und einen Rohentwurf vorbereitet. Dieser kleine Beitrag ist der Vorlauf zu einer größeren Publikation über Europa und soziale Bewegungen, der im nächsten Frühjahr erscheinen soll. Daher ist der vorliegende Aufriss nicht als wissenschaftlicher Beitrag gedacht; vielmehr möchte er zunächst persönliche Überlegungen und Beobachtungen aus der europapolitischen Praxis der Berliner (und europäischen) Think-Tank Praxis zum Thema Zivilgesellschaft formulieren.
- Blockupy, Webauftritt unter http://blockupy. org. [12.01.2016].
- <sup>3</sup> Was auf das heutige Russland und seine jüngste Gesetzgebung, NGOs als "ausländische Staatsfeinde" zu bezeichnen, sicherlich noch zutrifft, mit Blick auf die EU die zugegebenermaßen schwach input-legitimiert ist wäre aber die Frage aufzuwerfen, ob sie als autoritär bezeichnet werden kann.
- <sup>4</sup> Die Commune of Europe Webauftritt unter http://www.thecommuneofeurope. org – versteht sich als "autonome Bewegung" und "interventionistische Linke".
- <sup>5</sup> Diskussionsrunde mit Jürgen Kuttner und mit Slavoj Žižek am 21. November 2015.
- <sup>6</sup> Preisträger Europa-Professionell 2015: "Die gewollte Donau", Webauftritt unter http:// thewanteddanube.eu/germany. [12.01.2016].
- European Alternatives, Belgrade Festival, 1.-5. Oktober 2015, Webauftritt unter https:// euroalter.com/. [12.01.2016].
- 8 Act4democracy, Webauftritt unter http://act4democracy.eu/. [12.01.2016].
- <sup>9</sup> Ähnlichen Auftrieb haben im derzeitigen Europa-Diskurs die Begriffe Transparenz, So-

- lidarität, Subsidiarität oder sogar der Begriff der Demokratie selbst, die indes – in ihrem weitgehend formalen Gehalt – alle schnell in diskursive Schieflagen führen können (Baumann 2014).
- <sup>10</sup> Finance Watch, Webauftritt unter http://www.financewatch.org. [12.01.2016]. Auch Lobby-Control, Abgeordneten-Watch etc., sind alles Einrichtungen, die eigentlich eine permanente "Systemüberwachung" inszenieren, womit die Frage aufzuwerfen wäre, ob systemischer Missbrauch quasi schon institutionalisiert ist, so dass dies nötig ist? Für einen tiefen Einblick in das Paradoxon, dass trotz massiver zivilgesellschaftlicher Aktivität das eigentliche Problem immer größer wird, siehe Schumann (2015).
- 11 Wobei hier nicht grundsätzlich gegen Partizipation argumentiert werden soll; in lokalen oder kommunalen Räumen hat diese sicher einen konstruktiven Platz, hier muss je nach Politikebene ausdifferenziert werden. Aber auch hier müsste jeweils ausgelotet werden, ob sich hinter dem Begriff Zivilgesellschaft nicht oft (oder auch) ein Kampf um die Privilegien einer bürgerlichen Minderheit versteckt, durch den letztlich der verfassungsrechtliche Grundsatz "Gemeinwohl kommt vor Eigenwohl" durchbrochen wird (z.B. "Wutbürger" in Stuttgart oder die bayrischen Initiativen gegen die neuen Stromtrassen im Rahmen der Energiewende). Dazu umfassend Walter (2013).
- <sup>12</sup> Gegen das durchaus problematische politische Mandat für europäische Kampfeinsätze gegen den IS gelang indes nicht einmal eine Großdemonstration, wie seinerseits in London oder Berlin nach der US-Invasion im Irak 2003.
- <sup>13</sup> Das Argument, das hier in dem längeren Beitrag entwickelt werden wird, ist, dass der Ruf nach Zivilgesellschaft de facto eine Reaktion auf ein kolossales Elitenversagen ist, die das politische EU-System – das aufgrund eines zwischen nationaler und europäischer Ebene gleichsam zerriebenen Parlamentarismus kein institutionell eingebautes Selbstkorrektiv hatte und dadurch zur "leichten

Beute" werden konnte - durch massierte Anstandslosigkeit zur "Selbstbedienung" genutzt und in eine quasi systemische Perversion getrieben haben, anstatt der volonté générale zu dienen (Grimm 2015). An der Finanzkrise kann das leicht und gut nachgezeichnet werden. Zu einem falsch - weil amoralisch - verstandenen Verständnis von Liberalismus, siehe Michéa (2007). Nicht von ungefähr weisen progressive Ökonomen wie Joseph Stiglitz (2012) seit Jahren darauf hin, dass, ist ein Gini-Koeffizient von rund 25 Prozentpunkten erst einmal überschritten, der sich systemisch in Richtung immer größere Ungleichheit selbst verstärkt und der Mangel an Gleichheit die Demokratie dann in Gefahr bringt. Die Demokratie erodiert, wie wir das heute in der "Weimarisierung Europas" (von Lucke 2015) bemerken. Folgt man dieser Hypothese, dann wären die positive Konnotierung der Zivilgesellschaft in ihrer heutigen - herkömmlichen - Lesart und ihr augenblicklicher Auftrieb eher ein Indiz für die Unruhe und Nervosität in der (bürgerlichen) Gesellschaft, dass eben genau dies gerade in Europa passiert.

# Literatur

Baumann, Max-Otto 2014: Die schöne Transparenz-Norm und das Biest des Politischen: Paradoxe Folgen einer neuen Ideologie der Öffentlichkeit. In: Leviathan, Jg. 42, Heft 3, 398-419.

Bernhard, Michael/Tzelgov, Eitan/Jung, Dong-Joon/Coppedge, Michael/Lindberg, Staffan 2015: The Varieties of Democracy Core Civil Society Index, Working Paper Series 13, The Varieties of Democracy Institute, University of Gothenburg.

Besson, Samantha/Martí, José Luis 2009: Law and Republicanism: Mapping the Issues. In: Besson, Samantha/Martí, José Luis (Hg.): Legal Republicanism. National and International Perspectives. Oxford, New York: Oxford University Press, 3-36.

Bieling, Hans-Jürgen/Haas, Tobias/Lux, Julia 2013: Die Krise als Auslöser eines neuen

europäischen Konfliktzyklus? In: ZFAS, Jg. 6, Heft 1, 231-249.

Brand, Karl-Werner/Büsser, Detlef/ Rucht, Dieter 1986: Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. Frankfurt: Campus.

*Crouch*, *Colin* 2008: Post-Demokratie. Berlin: Suhrkamp.

De Wilde, Pieter/Michailidou, Asimina/ Trenz, Hans-Jörg 2013: Exploring Euroscepticism in Online Media Coverage. Colchester: ECPR Press.

Europäische Kommission 2013: Eurobarometer 80. TNS Opinion & Social, Brussels.

*Grimm, Dieter* 2015: Auf der Suche nach Akzeptanz. Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der EU. In: Leviathan, Jg. 43, Heft 3, 325-338.

Hardt, Michael/Negri, Antonio 2002: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main: Campus.

Heidenreich, Martin 2014: Krise der europäischen Vergesellschaftung? Bielefeld: Springer.

Herr, Vincent-Immanuel/Speer, Martin/Moser, Katharina 2015: Who if not Us? A Four-Step Guide to Empower Europe and Our Generation. Plonsk: The Young European Collective.

Hopke, Jill 2015: Occupy is not a Place. A Cross-Country Comparison of the 15M and Occupy Movements. In: Convergence, Jg. 1, 1-20.

James, Paul/van Seeters, Paul 2014: Globalization and Politics. Volume II. Global Social Movements and Global Civil Society. London, Los Angeles, New Dehli, Singapore: Sage.

*Kaase, Max* 1984: The Challenge of the ,Participatory Revolution' in Pluralist Democracies. In: International Political Sciences Review, Jg. 5, Heft 3, 299-318.

*Michéa, Jean-Luc* 2007: L'Empire du moindre mal. Essai sur la civilisation libérale. Paris: Flammarion.

Mouffe, Chantal 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Berlin: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal 2009: Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik. Wien: Turia und Kant.

*Müller, Jan-Werner* 2013: Anläufe zu einer politischen Theorie des Populismus. In: Transit, Heft 44, 62-71.

Müller-Pelzer, Werner (Hg.) 2015: Europe Renaissance. Essaying European Civil Society. Europa-Renaissance. Die europäische Bürgergesellschaft auf dem Prüfstand. Göttingen: Cuviller.

Nassehi, Armin 2015: Die letzte Stunde der Wahrheit, Hamburg: Murman.

Nofre, Jordi/Feixa, Carles 2013: Policies of Inclusion? Some Thoughts on the ,Los Indignados' Movement, the Emerging of the Neoliberal Penal State and the Criminalization of ,Being Young' in Southern Europe. In: Duxbury, Nancy (Hg.): Rethinking Urban Inclusion. Spaces, Mobilizations, Interventions. In: cescontexto, Jg. 2, 338-350.

Nowrot, Karsten 2014: Das Republikprinzip in der Rechtsordnungengemeinschaft. Methodische Annäherungen an die Normalität eines Verfassungsprinzips, Jus Publicum, Jg. 237, Tübingen: Mohr Siebeck.

Pohl, Ronald 2015: Punk & Politik: Kabarettstoff mit Brüsseler Spitzen. Der Standard. http://derstandard.at/2000024894064/Punk-Politik-Kabarettstoff-mit-Bruesseler-Spitzen. [25.10.2015].

Rosanvallon, Pierre 2013: The Society of Equals. Harvard: Harvard University Press.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.) 2008: Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt: Campus Verlag.

Rucht, Dieter 2002: Vortrag im Rahmen der Gründungsversammlung für "Die Bewegungsstiftung – Anstöße für soziale Bewegungen", Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin, 02.03.2002.

Sakalis, Alex 2015: One Very Simple, but Radical, Idea: to Democratise Europe. An interview with Yanis Varoufakis. open Democracy. https://opendemocracy.net/can-europe-make-it/yanis-varoufakis-alex-sakalis/one-very-simple-but-radical-idea-to-democratise-eur. [25.10.2015].

Schumann, Harald 2015: Rede zu "10 Jahre Lobby-Control" vom 21. November 2015 in Berlin. https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Die-vollst%C3%A4ndige-Rede-von-Harald-Schumann.pdf. [14.12.2015].

Stiglitz, Joseph 2012: The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers Our Future. New York, London: W.W. Norton.

Van Amersfoort, Philippe 2005: European Civil Society. Asia Europe Journal. Jg. 3, Heft 3, 395-402.

Vogiatzoglou, Markos 2013: International Solidarity with the Greek Movement. In: Schols, Heleen/Hobbelink, Garan/Flesher Fominaya, Cristina/Trejo, Sat/Maeckelbergh, Marianne/Vogiatzoglou, Markos/Cox, Laurence/Van den Berg, Ewout 2013: Social Movement and the European Crisis: Activist and Researcher Reflections. Interface, Jg. 5, Heft 2, 111-114.

Von Lucke, Albrecht 2015: EU in Auflösung? Die Rückkehr der Grenzen und die populistische Gefahr. In: Blätter, Jg. 2015, Heft 10, 45-54.

Walter, Franz 2013: Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbeck: Rowohlt.

Wigger, Angela/Horn, Laura 2014: Uneven Development and Political Resistance against EU Austerity Politics. In: Pradella, Lucia/Marois, Thomas (Hg.): Polarizing Development. Alternatives to Neoliberalism and the Crisis. London: Pluto Press, 248-259.

# Mehr Selbstbewusstsein – Voraussetzungen für eine starke Zivilgesellschaft

Tobias Quednau/Nina Leseberg

Die Erkenntnis, dass die vielfältigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen, vor denen Deutschland steht, nur im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft gelöst werden können, hat sich zumindest in der Engagement-Szene, die sich dem von der Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" entwickelten Leitbild Bürgergesellschaft verschrieben hat, und auch in weiten Teilen der Politik seit langem durchgesetzt. Aber wie sieht das Zusammenspiel zwischen den Akteuren der unterschiedlichen Sektoren derzeit aus? Gelingt es bereits vielerorts oder spielt jeder noch sein eigenes Spiel? Dieser Frage widmete sich das Forum Bürgergesellschaft, das 2015 zum zehnten Mal Expertinnen und Experten zusammenbrachte. Im geschützten Raum wurde diskutiert, wie die Umsetzung des ideellen Konzepts der Bürgergesellschaft in die Praxis derzeit gelingt und welche Schlussfolgerungen daraus für die Engagementpolitik gezogen werden. Vor welchen Herausforderungen stehen die jeweiligen Akteure? Was tun sie, um ihnen zu begegnen? Welche Empfehlungen gibt es? Dazu wurde das Verhältnis der Zivilgesellschaft sowohl zum Staat als auch zur Wirtschaft in den Fokus gerückt. Außerdem wurde der Blick in andere europäische Länder gerichtet, um zu schauen, wie dort das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Sektoren gestaltet wird.

### Staat und Zivilgesellschaft

Die Enquete-Kommission hat der Zivilgesellschaft eine konstitutive Bedeutung für Gesellschaft und Demokratie zugeschrieben, die ebenso hoch ist, wie die des Staates und der Wirtschaft. Mit ihren Akteuren sollte daher ein Umgang auf Augenhöhe stattfinden. Expertinnen und Experten des Forums kommen in ihrer

Bestandsaufnahme allerdings zu dem Schluss, dass diese Rolle nach wie vor mehr Wunsch als Wirklichkeit ist. Das zeige sich unter anderem darin, dass die Bedeutung des Engagements bei Weitem nicht in allen (Bundes-) Ministerien anerkannt ist. So untersagt z.B. das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rahmen einiger geförderter Projekte explizit die Durchführung von Begleitprozessen mit Ehrenamtlichen. Und auch auf anderen Ebenen der Verwaltung überwiegen die Misstrauischen, Skeptiker und Zurückhaltenden gegenüber den Fortschrittlichen, die Zivilgesellschaft aktiv in die Gestaltung der Politik einbeziehen. Zudem wird oft eine Indienstnahme des Engagements festgestellt, die nicht der Idee der Enquete-Kommission entspreche. Nämlich dass es beim Engagement vor allem um politische Mitgestaltung der Gesellschaft geht, und es damit vor allem für die Demokratie von Relevanz ist. Aus dieser Perspektive werden Maßnahmen des Bundesfamilienministeriums begrüßt, die auf eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft und eine Förderung der Infrastruktur für Engagement zielen (vgl. zu diesen Maßnahmen ausführlich den Beitrag von Heiko Geue in diesem Schwerpunkt).

Unabhängig davon, wie man zu den unterschiedlichen politischen Schwerpunkten steht, lässt sich jedoch ein Defizit in "handwerklicher" Hinsicht konstatieren. So fehlt es unter anderem an Wissen über die Wirkungen verschiedener engagementpolitischer Maßnahmen: Wie wirken Freiwilligenagenturen vor Ort? Welchen Beitrag leisten Freiwilligendienste? Was sind die Folgen verschiedener Förderpolitiken? Auf diese Fragen fehlen derzeit nicht nur Antworten, sondern auch die Instrumente, mit denen diesen Fragen systematisch nachgegangen werden kann. Oder wie es Roland Roth, der

Mitglied der Enquete-Kommission war, beim Forum Bürgergesellschaft ausgedrückt hat: "Engagementpolitik wird im Blindflug betrieben."

Nicht nur auf der politischen Ebene sind Defizite festzustellen. Auch in der alltäglichen Praxis des Engagements sind Probleme zu konstatieren. Denn um seine demokratische Wirkung voll entfalten zu können, muss freiwilliges Engagement allen Bevölkerungsgruppen offenstehen. Das ist derzeit nicht der Fall, noch immer engagiert sich die Mittelschicht im Vergleich zu sozial Schwächeren stärker. Um auf der praktischen Seite Abhilfe zu schaffen bedarf es unter anderem aufsuchende Formate, mittels derer bestimmte Bevölkerungsgruppen gezielt angesprochen werden. Eine zielgruppengerechte Kommunikation wird aber vermutlich nicht ausreichen, um Menschen für ein Engagement zu gewinnen. Die Tätigkeiten, die im Rahmen der "Stellenprofile" angeboten werden, müssen gegebenenfalls so angepasst werden, dass sie stärker den Interessen und Fähigkeiten der Bevölkerungsgruppen entsprechen, die sich derzeit nicht engagieren.

# Das Verhältnis von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft in Europa

Das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zu gestalten, ist eine Aufgabe, vor der auch andere europäische Länder stehen. Im Forum Bürgergesellschaft wurden verschiedene Konzepte für die Zusammenarbeit vorgestellt und diskutiert, auch mit dem Blick darauf, welche dieser Lösungsansätze in Deutschland aufgegriffen werden können und wo die Grenzen der Übertragbarkeit liegen. Insbesondere die in Deutschland ideengeschichtlich herausgehobene Bedeutung des Staates ist für diese Überlegungen zentral (vgl. ausführlich dazu den Beitrag von Rupert Graf Strachwitz in diesem Sonderschwerpunkt). Ebenfalls eine deutsche Besonderheit ist die durch die Enquete-Kommission geprägte Debatte, die unter dem Begriff Bürgerschaftliches Engagement freiwillige Tätigkeiten und die demokratiepolitische Dimension der Zivilgesellschaft zusammenführt. In vielen anderen Ländern werden diese Themen getrennt verhandelt: Es gibt einerseits eine Freiwilligenpolitik und andererseits eine Politik, die Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Organisationen gestaltet.

Zwei Beispiele aus dem europäischen Ausland werden von den Diskutanten besonders herzvorgehoben: Erstens existieren in einigen Ländern wie Österreich oder Italien Legaldefinitionen des Engagements, in denen Engagementpolitik gesetzlich geregelt wird. Das macht deutlich, dass freiwilliges Engagement von den politischen Verantwortlichen als wichtige gesellschaftliche Ressource politisch anerkannt wird. Eine solche Definition muss allerdings offen genug sein, um die vielfältigen Formen des Engagements zu erfassen und zugleich sicherstellen, dass unzivile Formen des Engagements (zum Beispiel rechtsradikaler Gruppen) ausgeschlossen werden. Zweitens gibt es zum Beispiel in Großbritannien sogenannte Compacts, in denen das Zusammenspiel der unterschiedlichen Sektoren geregelt wird.

Diese Compacts stellen Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Akteuren dar, die keine rechtsverbindlichen Verträge sind, sondern deren Verbindlichkeit auf gegenseitigem Vertrauen basiert. Dabei werden konkrete Institutionen und Formate geschaffen, in denen verhandelt wird. Compacts eröffnen einen Diskussionsprozess über das Zusammenspiel, die Aufgaben und Rollen der jeweiligen Akteure aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft. In Ländern, in denen Compacts existieren, so die Impulsgeber, verfügt die Zivilgesellschaft über ein ausgeprägteres Selbstverständnis als in Deutschland und kann daher vielerorts insgesamt stärker und vereinter auftreten.

Da es für das Instrument des Compacts notwendig ist, dass eine Organisation für die gesamte Zivilgesellschaft spricht, besteht allerdings die Gefahr, der Vielfalt und Komplexität der Zivilgesellschaft nicht gerecht zu werden. Ferner sind Compacts allein noch kein Garant für die Gleichberechtigung der drei gesellschaftlichen Akteure. Vielerorts sitzt der Staat wieder am längeren Hebel und kann Vereinbarungen relativ einfach aufkündigen.

Einen ersten Hinweis, welche Form Compacts in Deutschland annehmen könnten

und wie sie wirken, bieten die Prozesse, bei denen auf Landes- und Bundesebene Engagementstrategien entwickelt werden. Deren Bewertung durch Expertinnen und Experten fallen naturgemäß ambivalent aus. Auf der einen Seite wird die Aufwertung des Themas Engagement begrüßt. Auf der anderen Seite beklagen Expertinnen und Experten, dass auf Bundesebene der Staat zu sehr dominiere und den Takt vorgebe. Und auch auf Landesebene hätten sich diese Prozesse schwierig gestaltet.

# Zivilgesellschaft und Wirtschaft

Kooperationen zwischen gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen sollten nach Möglichkeit strategisch angelegt sein und über einfaches Spenden oder Sponsoring hinausgehen. So lautet zumindest der Tenor der Expertinnen und Experten, wenn über Unternehmensengagement gesprochen wird. Aber wo gibt es solche strategischen und langfristigen Partnerschaften überhaupt? Wo beteiligt sich die Wirtschaft am Dialog der drei Sektoren? Und wie kann gewährleistet werden, dass auch bei diesen Kooperationen ein Umgang auf Augenhöhe stattfindet?

Bei strategischen Kooperationen stehen oftmals die spezifischen Kompetenzen der Unternehmen im Mittelpunkt, weniger das Geld. Das birgt das Risiko, dass mit dem Thema Geld unehrlich umgegangen wird. Dabei ist die finanzielle Förderung für viele zivilgesellschaftliche Organisationen schlicht wichtige Grundvoraussetzung für ihre Handlungsfähigkeit. Es gibt auch Konstellationen, in denen eine zivilgesellschaftliche Organisation schlicht nicht mehr benötigt, als eben eine finanzielle Unterstützung. Denn sie verfügen in vielen Fällen durchaus über die Kompetenzen, die für ihr Kerngeschäft notwendig sind. Das Ziel des Zusammenspiels zwischen Akteuren unterschiedlicher Sektoren ist nicht, dass sie ihre Verhaltensweisen angleichen, sondern dass ihre jeweiligen Stärken zum Tragen kommen. Vielen gemeinnützigen Organisationen fehlt die finanzielle Autonomie, was eine Begegnung auf Augenhöhe mit Wirtschaftsvertretern häufig erschwert, da sie auf ihre finanzielle Unterstützung angewiesen sind. So kommen denn auch einige Experten zu dem Schluss, dass diese Augenhöhe meist nicht vorhanden ist, was nicht zuletzt im stetigen Beschwören dieser Augenhöhe zum Ausdruck komme. Stattdessen sollten zivilgesellschaftliche Akteure selbstbewusst ihre Stärken und Kompetenzen herausstellen. Damit werden die Rollen klarer und es kann einer oft befürchteten und teilweise auch stattfindenden Übernahme der Wirtschaftslogik in die Zivilgesellschaft entgegengewirkt werden. Das setzt jedoch auch voraus, dass sie sich diese Stärken bewusst machen.

Ein weiteres Problem der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Unternehmen ist mancherorts, dass die Unternehmen keine verlässlichen Partnerschaften aufnehmen und ihnen die Vorteile strategischer und langfristiger Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen oft noch nicht bewusst sind. Zwar existieren vor allem auf kommunaler Ebene bereits viele gute Beispiele, wie es in der Praxis gelingen kann, gute Rahmenbedingungen für Unternehmensengagement zu gestalten (vgl. den Beitrag von Reinhard Lang in diesem Sonderschwerpunkt), es fehlt jedoch nach wie vor zu vielen Unternehmen das Bewusstsein für ihre gesellschaftliche Verantwortung. Daher müssen insbesondere Wege gefunden werden, wie dieses Bewusstsein bei Unternehmen geschärft werden kann.

Gleichzeitig ist es in der Zivilgesellschaft wichtig zu akzeptieren, dass Unternehmen ihr Engagement auch neu ausrichten können. Auch ihr bürgerschaftliches Engagement basiert auf Freiwilligkeit und darf durchaus auch unternehmerischer Logik folgen.

Ebenso sollten sich zivilgesellschaftliche Organisationen im Klaren darüber sein, mit welcher Art von Unternehmen sie zusammenarbeiten. Also Augen auf bei der Partnerwahl.

### Zusammenspiel mit Mehrwert?

Viele öffentliche Güter und soziale Dienstleistungen werden sowohl durch staatliche als auch private Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft bereitgestellt. Zunehmend lassen sich aber auch Mischformen beobachten, in denen die verschiedenen Logiken der jeweiligen Sektoren zusammenwirken. Kommunen setzen z.B. im Rahmen der Flüchtlingsarbeit finanzielle Anreize, um Menschen zum Engagement zu motivieren. Zukünftig gilt es solche Mischformen genauer zu untersuchen, das Bild stärker zu differenzieren und auch die Vor- und Nachteile der verschiedenen Formen zu benennen. Vor allem ist das Zusammenspiel verschiedener Akteure bzw. ein neues Arrangement bei der Bewältigung gesellschaftlicher Aufgaben kein Selbstzweck, Nicht immer hat das Zusammenwirken verschiedener Akteure tatsächlich einen Mehrwert. Es bedarf daher einer Antwort auf die Frage, unter welchen Bedingungen ein qualitativer Mehrwert durch Kooperationen und neue Arrangements entsteht.

Aus Sicht des Leitbilds Bürgergesellschaft lautet das Ziel der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit, dass die Logiken und Stärken der jeweiligen Akteure bestmöglich zum Tragen kommen. Nicht immer ist das der Fall. Beobachten lässt sich dies z.B. bei der Entwicklung von Förderkriterien, die sich bei Stiftungen und staatlichen Stellen in manchen Punkten immer stärker ähneln. Es scheint daher sinnvoll, den Fokus nicht nur auf Kooperationen im Rahmen konkreter Herausforderungen zu legen. Ebenso müssen die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Sektoren in den Blick genommen werden. Schafft der Staat die sozialen Voraussetzungen dafür, dass Bürgerinnen und Bürger sich engagieren können? Ermöglichen Unternehmen eine Arbeitswelt, in der es möglich ist sich zu engagieren? Ist die Wirtschaft ausreichend produktiv, um dem Staat seine notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen? Um diese Fragen zu beantworten, sollten die jeweiligen Akteure eine systematische Analyse vornehmen, welche erwartbaren Auswirkungen ihre Aktivitäten auf die jeweils anderen Sektoren haben.

# Mehr Selbstbewusstsein ist nötig

Es geht darum, dass die Logiken der verschiedenen Sektoren anerkannt werden und ihre jeweiligen Stärken genutzt werden. Das Bewusstsein für die Stärken der Zivilgesellschaft ist gesamtgesellschaftlich nicht ausreichend ausgeprägt und in der Folge wird ihren Akteuren bei politischen Entscheidungen oft keine angemessene Mitsprache zugestanden. Dies gilt es zu ändern. Dabei reicht es nicht aus, dass zivilgesellschaftliche Organisationen von Staat und Wirtschaft einen Umgang auf Augenhöhe einfordern. Sie müssen ihn selbst schaffen indem sie ihre Stärken deutlicher herausstellen und selbstbewusst auftreten und handeln.

*Tobias Quednau* ist Redakteur des Forschungsjournals Soziale Bewegungen. Kontakt: t.quednau@gmx.de.

*Nina Lesberg* ist Vorstandsmitglied der Stiftung Bürger für Bürger. Kontakt: leseberg@buerger-fuer-buerger.de.

# Engagement-Koproduktionen im Welfare Mix – Herausforderungen, Voraussetzungen, Perspektiven

Ansgar Klein

Zivilgesellschaft wird als wichtige Voraussetzung demokratischer Gesellschaften verstanden. Es scheint an der Zeit, die sich bezüglich der Zusammenhänge zwischen Zivilgesellschaft und Staat und zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft stellenden Fragen mit Blick auf die Zukunft demokratischer Gesellschaften

in einem systematischen Zusammenhang zu erörtern. Die hier angesprochenen Themen sind daher alle auch zentrale Themen der Zivilgesellschafts- und Engagementforschung.

Die aktuelle und graduelle Ausbildung der neuen, eher fragilen Politikfelder der Engagement- und Demokratiepolitik in der Bundesre98 Ansgar Klein

publik macht deutlich, dass unser Verständnis des Politischen zivilgesellschaftlich fundiert ist (Klein 2001). Die Förderung von Engagement und Partizipation verbindet sich dabei mit einer reflexiven Fortentwicklung der Institutionen der repräsentativen Demokratie, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Gestaltungsraum öffnen soll (Klein et al. 2015; Schmalz-Bruns 1995). Ich möchte mich mit den folgenden Überlegungen auf die Fragen konzentrieren, die sich mit Blick auf das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Wirtschaft stellen. Die Zusammenhänge von Zivilgesellschaft und Wirtschaft haben viele Gesichter. Sie sind hierzulande weit weniger ausgeleuchtet als die Zusammenhänge im politischen Raum.

# Zivilgesellschaft und Wirtschaft – Die Perspektive der Unternehmen

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" diskutierte in ihrem 2002 vorgestellten Abschlussbericht (Deutscher Bundestag 2002: 456ff) vor allem die Fragen der Verantwortung von Unternehmen. Dementsprechend ging es hier vor allem um die Diskurse von Corporate Volunteering, Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility, also um die systematische Förderung des Mitarbeiterengagements, um die Verantwortungswahrnehmung von Unternehmen an ihren Standorten sowie um die Prinzipien und Standards einer gesellschaftlichen Verantwortungsrolle von Unternehmen sowie deren Wirksamkeit für die unternehmerische Praxis.

Einen Eindruck über die empirischen Dimensionen des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen vermittelt der letzte Engagementbericht der Bundesregierung: "Mindestens 11,2 Milliarden Euro investieren, vorsichtigen Schätzungen auf Basis dieser repräsentativen Umfrage zufolge, die deutschen Unternehmen, um sich freiwillig über die gesetzlichen Vorgaben hinaus für die Gesellschaft zu engagieren" (Deutscher Bundestag 2012: 234ff).

Etwas später kam der Diskurs über Social Entrepreneurs hinzu – soziale Innovationen als Produkt erfinderisch-kreativer Unternehmens-

persönlichkeiten. Auch dieser Diskurs hat ältere historische Vorläufer in den Diskursen des sozialen Engagements. Er findet mit Blick auf die ökonomischen Dimensionen der sozialen Arbeit und auf die historischen Erfahrungen etwa der Wohlfahrtsverbände Resonanzen: Mit Recht wird gegenüber einer überzogenen Bewertung der kreativen Unternehmenspersönlichkeit auf die soziale Innovationskraft sozialer Bewegungen hingewiesen: Es sind nicht nur und keineswegs vor allem individuelle Persönlichkeiten und der Markt, sondern oft bürgerschaftliche Solidarität, aber auch kollektiver Protest, die zu sozialen oder politischen Innovationen führen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die derzeit wieder wachsende Bedeutung etwa der Genossenschaften als Rahmen für die wirtschaftliche Kooperation unter Einschluss zivilgesellschaftlicher Akteure hingewiesen (Klein/Walk 2015).

# Zugänge der Zivilgesellschaft zur Wirtschaft

#### Das Thema Konsum

Von Seiten der Zivilgesellschaft wird mit Blick auf die Wirtschaft und den Markt ein kritisches Konsumentenverständnis ins Spiel gebracht. Es umfasst den "Politischen Konsum", der politische Impulse durch Marktverhalten gibt, etwa durch Nichtkauf der Produkte von solchen Unternehmen, die Menschenrechtsverletzungen dulden oder sogar veranlassen (Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2015; Saage-Maaß/Rau 2015). Konsum ist ein klares Marktsignal, das die Nachfrage nach Waren bestimmt - die Zivilgesellschaft hat in Anschluss an Naomi Klein u.a. erkannt, dass unverantwortliches Handeln von Unternehmen auch am Markt sanktioniert werden muss und vor diesem Hintergrund seit Jahren immer wieder Fehlverhalten von Unternehmen angeprangert (Klein 2000; Baringhorst et al. 2010).

Eine an Bedeutung stetig wachsende Facette ist zudem der *Faire Handel*, der die Gewinnmargen des Zwischenhandelns, die zu Lasten der Produzenten gehen, verringert. Ein weiteres Thema ist zudem die Bedeutung der Figur des *Prosumers*: In ihr verbinden sich die Rollen

des Produzenten und des Konsumenten, wie es etwa oft in den Sozialen Medien oder auch im Rahmen von Energiegenossenschaften der Fall ist, in denen Energieverbraucher selbst Energie produzieren oder umwandeln. Die Rolle des *Prosumers* verweist systematisch auf das Feld der Koproduktionen von Wirtschaft und Zivilgesellschaft und auf den dort diskutierten intrinsischen Zusammenhang der Motive, die Bürgerinnen und Bürger veranlassen, ihr Engagement auch durch wirtschaftliche Aktivität auszudrücken.

# **Engagement und Erwerbsarbeit**

Das Verhältnis von Engagement zu Erwerbsarbeit (BBE 2008, 2012) begleitet die Debatten um das bürgerschaftliche Engagement von Anfang an. In der republikanischen Diskussion hat Hannah Arendt das Handeln im Sinne politischer Gestaltung des Gemeinwesens an die Spitze der Tätigkeitsformen gesetzt: Nichts ist ehrenvoller als die Arbeit am Gemeinwesen (Arendt 1985). Diese emphatische Akzentuierung im engen Anschluss an das klassische politische Denken hat sich auch auf das moderne Verständnis des bürgerschaftlichen Engagements ausgewirkt. Der "Eigensinn" des Engagements entfaltet sich über Erfahrungen der Selbstwirksamkeit der engagierten Individuen. Dies wird in den modernen Befunden der empirischen Engagementforschung mit Blick auf die tragende Engagementmotivation bestätigt: Eine klare Mehrheit der Engagierten gibt im Freiwilligensurvey der Bundesregierung als dominantes Motiv an, die Gesellschaft zumindest im Kleinen mitgestalten zu wollen (BMFSFJ 2010: 117). Die von Arendt angesprochene Dimension des Bürgersinns hat empirisch offensichtlich einen vor allem mikropolitischen Kontext.

Aus den genannten Gründen wird das Engagement auch ein immer wichtiger werdender Anknüpfungspunkt für die Formate der politischen Bildung. Sie kann an die Erfahrungshorizonte des bürgerschaftlichen Engagements anknüpfen und über deren Reflexion den politischen Raum entlang der Motive der Selbstwirksamkeit, aber auch der

Erfahrungen der Wirkungslosigkeit ausleuchten (Klein 2016).

# Ökonomische Kolonialisierungseffekte: Instrumentelle Nutzungen des Engagements

Bevor ich mich dem hier anzusiedelnden Thema der Welfare Mix - also den Koproduktionen von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge - aus einer engagementpolitischen Perspektive nähere, muss zuvor jedoch kritisch auf eine stark gewachsene Praxis einer instrumentellen Nutzung des Engagements als Ressource eingegangen werden. Diese Formen stellen Formen der Ökonomisierung des Engagements dar, die der von Jürgen Habermas beschriebenen systematischen "Kolonialisierung der Lebenswelt" zuzurechnen sind und seitens einer kritischen Zivilgesellschaftsforschung zu der Forderung führen, die zivilgesellschaftliche Handlungslogik des gemeinnützigen Bereiches wieder strategisch zu stärken.

Aus der Sicht von sozialen Diensten und gemeinnützigen Organisationen wird die Gestaltungskraft des Engagements in Einrichtungen oft als eine ökonomische Ressource genutzt, die dazu beiträgt, Kosten zu sparen und Finanzknappheit zu bewältigen. Aber wer freiwillig seine Gestaltungskraft anbietet und einsetzt, möchte Anerkennung und Wertschätzung erfahren und vor allem auch mitentscheiden. Daher sind die Mitbeteiligung und die Entwicklung einer demokratischen Kultur und Praxis in den Einrichtungen und Verbänden selbst ein bedeutendes Thema. Der innere Zusammenhang von Gestalten und Entscheiden muss allen Beteiligten bei der Arbeit mit Engagierten klar sein (BBE 2008, 2012; Klein et al. 2011).

Wie wir aus den organisationsempirischen Studien zu gemeinnützigen Organisationen des Stifterverbands der deutschen Wissenschaft und dem Projekt "Zivilgesellschaft in Zahlen" (ZiviZ) mittlerweile wissen, beträgt das Verhältnis von Hauptamt zu Ehrenamt im sozialen Bereich bis zu 2:1, während es sich in den Bereichen Kultur (1:8) oder Sport (1:20) ganz anders verhält (Bertelsmann Stiftung et al. 2013: 39ff). Die massive Verberuflichung

100 Ansgar Klein

der sozialen Arbeit unterscheidet also diesen Engagementbereich folgenreich von den anderen Bereichen. Während in den durch das Engagement dominierten Tätigkeitsbereichen das Hauptamt zwangsläufig auf Formen des guten professionellen Freiwilligenmanagements angewiesen ist, gibt es beim sozialen Engagement eine starke Dynamik der Anpassung des Engagements an die Standards der Erwerbsarbeit mit erheblichen negativen Folgen nicht nur für ein eigensinniges Engagement, sondern auch für "gute Arbeit", wie die Gewerkschaften mit wachsender Intensität kritisieren.

Die Monetarisierung des Engagements (Bagfa 2015) schafft neue Niedriglohnbereiche unterhalb des Mindestlohns und beschädigt den auf Selbstwirksamkeit ausgerichteten Eigensinn des Engagements etwa durch limitierte Tätigkeitsprofile, die den möglichen Erfahrungshorizont des Engagements stark begrenzen und zugleich basale Dienstleistungen den Standards des Arbeitsmarktes entziehen. In diesem Sinne scheint derzeit auch eine wachsende Zahl von Stellen im neu geschaffenen Bundesfreiwilligendienst als "Ersatz des Ersatzdienstes" gehandhabt zu werden ("Fahrer, Pförtner, Möhrenschneider"), um die zuvor im Zivildienst mögliche ökonomische Nutzung eines Pflichtdienstes nunmehr unter Bedingungen eines Freiwilligendienstes fortschreiben zu können. So ist es auch nur konsequent, dass alle als Zivildienstplätze anerkannten Einsatzstellen derzeit grundsätzlich auch antragsberechtigt und anerkannt für den Bundesfreiwilligendienst sind. Eine Loslösung von dieser Routine und eine über Kriterien gesteuerte Auswahl von Tätigkeitsprofilen und Einsatzorten, die den Bedarfen eines zivilgesellschaftlichen Lerndienstes entsprechen, stehen noch aus.

# Aufsuchende Formate der Engagementförderung und die Bedeutung sozialer Bürgerrechte

Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, so aktuelle Evaluationen, wird der *Bundesfreiwilligendienst* derzeit in starkem Maße als *arbeitsmarktpolitisches Programm* genutzt,

über das Menschen mit langen Zeiten der Arbeitslosigkeit wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden sollen (BMFSFJ 2015). In der Tat zeigen Bildungs- wie Engagementforschung immer deutlicher, dass durch Engagement non-formale und informelle Kompetenzen entwickelt werden, die auch für die Anforderungen des Arbeitsmarktes Relevanz haben (Flachmeyer/Schulte Hemming 2013). Doch gilt es in diesem Zusammenhang auch deutlich zu machen, dass die Engagementerfahrungen und der dort mögliche Kompetenzzuwachs nur unter den Bedingungen eines freiwilligen Engagements möglich sind.

Sofern von sanktionsbewehrten Formen des Zugriffs auf Engagement, wie sie noch in den Modellprojekten der "Bürgerarbeit" im Rahmen von Hartz IV praktiziert wurden, Abstand genommen wird, können auch Menschen, die soziale Transfergelder beziehen, sich in Freiwilligendiensten oder anderen Formaten des Engagements betätigen, ohne ihre sozialen Bürgerrechte zu verlieren. Dann könnten zudem die Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung vor Ort über Formate "aufsuchender" Engagementförderung (Klatt 2014) auch den Gruppen einen besseren Zugang zum Engagement ermöglichen, als dies bisher der Fall ist. Dann wäre es möglich, in der ganzen Breite der Engagementformate inkl. auch der Freiwilligendienste die Unterstützung von Freiwilligenagenturen und -zentren, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen u.a. in Anspruch zu nehmen: Beratung, Information, Vernetzung, Fortbildung. Die Gewinnung von Menschen für das Engagement, denen der Zugang nicht leicht fällt, sollte über verstärkte sozialraumnahe Angebote erfolgen. Diese benötigen dann aber auch entsprechende Rahmenbedingungen und Ausstattung.

Die Überlegungen führen zwangsläufig auch zu der Frage, welche Bedeutung soziale Bürgerrechte für Zivilgesellschaft und Engagement haben (Frankenberg 1997: 150ff). Sie ermöglichen in einem ganz basalen Sinne auch denjenigen einen Zugang zu unentgeltlichen Tätigkeiten eigensinnigen Engagements mit ihrer großen Bedeutung für Demokratie und

Gesellschaft, deren Lebenssituation geprägt ist durch Armut und Ressourcenknappheit. Eine wachsende soziale Ungleichheit ist die Voraussetzung für eine anwachsende Monetarisierung des Engagements: Wer wollte es Menschen etwa unter den sich ausweitenden Umständen von Altersarmut verübeln, wenn sie auf monetäre Anreize positiv reagieren. Wer die Monetarisierung des Engagements kritisiert, darf also letztlich gegenüber der Frage der sozialen Bürgerrechte nicht schweigen.

Die bisherigen Überlegungen haben vor allem dazu gedient, das Diskursfeld abzustecken, auf dem die Debatte um Koproduktionen des Engagements geführt wird. In der engagementpolitischen Diskussion gehört die Kritik an einer "Lückenbüßer"-Funktion des Engagements angesichts erschöpfter öffentlicher Kassen ebenso zum guten Ton wie die Forderungen nach einem synergetischen Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamt oder einem guten Freiwilligenmanagement, das den Eigensinn des Engagements fördert und unterstützt. Zudem ist derzeit der Bedarf an einer nachhaltigen Infrastruktur der Engagementförderung in den fachpolitischen Debatten aus guten Gründen ins Zentrum gerückt.

# Engagement-Koproduktionen im Welfare Mix

Mit den bisherigen Vorüberlegungen sind die Voraussetzungen gegeben, um aus Sicht der Zivilgesellschaft das Thema der Koproduktionen mit Wirtschaft und Staat in den Blick zu nehmen. Es entstehen neue Arbeitsteilungen und Kooperationen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft. Und es kommt zu immer mehr Kooperationen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zur Lösung gesellschaftlicher Anliegen. Die Sozialwissenschaft (Evers/Olk 1996) beschreibt diese Entwicklung als eine Entwicklung vom "Wohlfahrtsstaat" hin zur "Wohlfahrtsgesellschaft". Und sie bezeichnet die wachsenden Kooperationen von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als Welfare Mix, als eine zunehmende Koproduktion der drei Sektoren bei der Erstellung sozialer Güter.

# Gestaltungsherausforderungen des Welfare Mix

Während die Wirtschaft Geld und die Politik Macht mitbringt, bringt die Zivilgesellschaft die "Ressource" des bürgerschaftlichen Engagements ein, unauflösbar verbunden mit einem gestaltungsbezogenen Eigensinn und einer Orientierung auch an öffentlichen Anliegen und gemeinsinnigen Kriterien. Für die Politik entstehen aus den neuen Kooperationen des Welfare Mix zugleich neue Gestaltungsaufgaben. Für die Wirtschaft entstehen neue Märkte, aber auch neue praktische Rollen gesellschaftlicher Verantwortung. In der Zivilgesellschaft entstehen innovative Formen des bürgerschaftlichen Engagements mit Bezug auf die Welt der Wirtschaft.

Die Zugänge des Engagements zu Themen der Wirtschaft sind motiviert von Gestaltungsbedarfen und gesellschaftlichen Problemlösungen. Einige Beispiele:

- Im Bereich der internationalen Solidaritätsbewegung sind Fair Trade und Eine-Welt-Läden Ausdruck und Form des Engagements
- Dorfläden im strukturschwachen ländlichen Raum werden zu Kristallisationspunkten eines Kampfes um den Erhalt intakter Kommunen
- Bürgerbusse bieten eine Antwort auf Mobilitätsdefizite
- Das Engagement für Umwelt und Ökologie verbindet sich im Kontext der Energiewende mit dezentralen Formen der Energieerzeugung ("Energiedörfer")

Im Zusammenhang mit der ökonomischen Umsetzung zivilgesellschaftlicher Gestaltungsbedarfe erfahren ehrwürdige Formen der Kooperation in der Wirtschaft wie etwa die Genossenschaft neue Konjunkturen. Das aktuelle und sehr lebendige Diskursfeld bietet uns zahlreiche weitere Stichworte: etwa Tauschringe, Regionalgelder, neuen Modelle der geteilten Nutzung (Sharing Economy), dezentrale Produktionskonzepte, Bürgeraktien. Und es gibt neue Zusammenhänge von Engagement und Konsum. Der "Politische Konsum" begreift den reflektierten Kaufakt mit Blick auf die

102 Ansgar Klein

Produktionsbedingungen von Gütern als einen politischen Akt, der bei wirtschaftlichem Fehlverhalten den Güterkauf verweigert und den Warenkauf als einen Akt der Zustimmung zur Art und Weise der Produkterstellung begreift, die jederzeit entzogen werden kann.

Der wachsende Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements in ökonomische Abläufe und Prozesse erfordert jedoch auch normativ eine Klärung der Bezüge. Thomas Olk und Birger Hartnuß haben dafür plädiert, in ein modernes Grundverständnis des bürgerschaftlichen Engagements das Konzept der "öffentlichen Güter" stärker einzubeziehen. Der Bezug des Engagements auf öffentliche Güter unterstreicht den grundlegenden Gemeinwohlbezug des Engagements insbesondere bei einer Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Koproduktionen: Hier geht es um die Frage, "ob die Bürger fähig sind, immer wieder auch Interessen zu verfolgen, die über ihre unmittelbaren Eigeninteressen hinausgehen und den Angehörigen anderer Gemeinschaften sowie dem übergeordneten Gemeinwohl nützen. Dies würde bedeuten, dass die Organisation eines Straßenfestes, die Mitwirkung an der Errichtung eines Kindergartens oder der Aufbau eines Gemeindezentrums in diesem Sinne als bürgerschaftliches Engagement gelten können, da diese Aktivitäten zur Erzeugung und Vermehrung öffentlicher Güter beitragen und damit das Gemeinwohl bereichern" (Olk/Hartnuß 2011: 158).

Die Rückkoppelung der Koproduktionen der Zivilgesellschaft an die normativen Erwartungen, die Zivilgesellschaft und in wachsendem Maße auch Politik und Wirtschaft im Zusammenhang mit den Diskursen zu Menschen- und Bürgerrechten, Nachhaltigkeit oder den Social Development Goals (SDGs) teilen, und der Bezug der Koproduktion auf die Erstellung öffentlicher Güter geben einen Deutungs- und Entwicklungsrahmen ab, den es weiter zu verfolgen lohnt.

#### Perspektiven

Der Grat zwischen synergetischen Koproduktionen und ökonomistisch verengten Instrumentalisierungen des Engagements ist schmal. In den kommenden Jahren besteht daher Anlass für einen intensivierten fachlichen und politischen Austausch zwischen Engagement- und Wirtschaftsförderern, der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und Verbraucherorganisationen. Nicht nur die kritisch zu bewertenden Prozesse einer instrumentellen Ökonomisierung des Engagements, sondern auch die Chancen, die sich über fortentwickelte Arrangements der Koproduktion für die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Wohlfahrtsgesellschaft ergeben, sollten in diesem Zusammenhang kritisch, aber auch unter Verzicht auf Vorurteile diskutiert werden. Das Thema erfordert auch eine Stärkung der inter- und transdisziplinären Zivilgesellschaftsforschung (Klein et al. 2014b), die Koproduktionen kritisch begleiten sollte.

Engagementpolitisch gilt es die Voraussetzungen für die zivilgesellschaftlich zu spielende Rolle im Welfare Mix zu schaffen. Sie reichen von nachhaltigen Infrastrukturen in der Engagementförderung bis zu lokalen Vernetzungen der Akteure aus Zivilgesellschaft, Kommune/Staat und Wirtschaft. Die sich abzeichnenden Ausweitung von Koproduktion im Welfare Mix erfordert ein besseres Verständnis der gesellschaftlichen Sektoren und ihrer Handlungslogiken und Rahmenbedingungen als Voraussetzung verbesserter und nachhaltiger Kooperationsformen.

Dr. Ansgar Klein ist Mitherausgeber des Forschungsjournals Soziale Bewegungen, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Kontakt: ansgar.klein@b-b-e.de.

#### Literatur

Arendt, Hannah 1985: Vita activa oder: Vom tätigen Leben. München/Zürich: Piper. Baringhorst, Sigrid/Kneip, Veronika/ März, Annegret/Niesyto, Johanna 2010: Un-

ternehmenskritische Kampagnen. Politischer Protest in Zeichen digitaler Kommunikation. Wiesbaden: VS Verlag. Bertelsmann Stiftung/Stifterverband für die deutsche Wissenschaft/Fritz Thyssen Stiftung 2012 (Hg.): ZiviZ-Survey 2012. Zivilgesellschaft verstehen. Berlin.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) 2015: Monetarisierung im Engagement. Was tun? Eine Handreichung für Freiwilligenagenturen. Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hg.) 2008: Engagement und Erwerbsarbeit. Dokumentation einer Fachtagung am 8. und 9. November 2007 in Berlin, Berlin. 188 Seiten. http://www.b-b-e. de/publikationen/publikationen-be-erwerbsarbeit/ [18.01.2016].

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)/Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) (Hg.) 2012: Engagement und Erwerbsarbeit in Europa. Organisationsund gesellschaftspolitische Herausforderungen und Modelle, elektronische Publikation. http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/engagement\_erwerbsarbeit\_europa\_2012.pdf [18.01.2016].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2010: Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Berlin

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) 2015: Abschlussbericht der gemeinsamen Evaluation des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst (BFDG) und des Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten (JFWD). Berlin.

Deutscher Bundestags/Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" 2002: Bericht: Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen: Leske+Budrich.

Deutscher Bundestag 2012: Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung: Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung. Drucksache 17/10580. Berlin.

Evers, Adalbert/Olk, Thomas (Hg.) 1996: Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen: Leske+ Budrich.

Flachmeyer, Marcus/Schulte Hemming, Andreas (Hg.) 2013: Den Schatz der Erfahrungen heben. Kompetenzbilanzen und bürgerschaftliches Engagement (In Kooperation mit dem BBE). Münster: Schriftenreihe Praxisbücher, Bd. 1, 167-173.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen 2015: Themenschwerpunkt: Das Private ist politisch. Konsum und Lebensstile, Jg. 28, Heft 2.

Klatt, Johanna/Walter, Franz 2014: Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement. Bielefeld: transcipt.

Klein, Ansgar 2001: Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen: Leske+Budrich.

Klein, Ansgar 2016: Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation. In: Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.): Jahrbuch Engagementpolitik 2014. Engagement und Partizipation, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 131-139.

Klein, Ansgar/Fuchs, Petra/Flohé, Alexander (Hg.) 2011: Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Reihe "Hand- und Arbeitsbücher" Band 19. Berlin: Eigenverlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.) 2014a: Jahrbuch Engagementpolitik 2014. Engagement- und Demokratiepolitik. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Klein, Ansgar/Priller, Eckhard/Strachwitz, Rupert 2014b: Wir brauchen ein Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Ein Dossier. Berlin. http://www.maecenata.eu/images/documents/mst/resources/Dossier\_ZZ\_27\_I\_2014. pdf [18.01.2016].

Klein, Ansgar/Sprengel, Rainer/Neuling, Johanna (Hg.) 2015: Jahrbuch Engagement-politik 2015. Engagement und Welfare Mix. Trends und Herausforderungen. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Klein, Ansgar/Walk, Heike 2015: Genossenschaften, Bürgerschaftliches Engagement

104 | Sonderschwerpunkt

und Zivilgesellschaft. In: Thomas Beyer/ Edmund Görtler/Doris Rosenkranz (Hg.): Senioren-Genossenschaften. Organisierte Solidarität. Weinheim/Basel: Juventa, 132-138.

Klein, Naomi 2000: No Logo! Der Kampf der Global Players um Marktmacht - Ein Spiel mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. München: Riemann Verlag.

Olk, Thomas/Hartnuß, Birger 2011: Bürgerschaftliches Engagement. In: Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement. Weinheim/ Basel: Juventa, 145-161.

Saage-Maaß, Miriam/Rau, Simon 2015: Transnationale juristische Kämpfe gegen Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28, Heft 4, 106-117.

Schmalz-Bruns, Rainer 1995: Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik. Baden-Baden: Nomos,

# Zusammenarbeit Staat – Markt – Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich

Rupert Graf Strachwitz

Am 9. Juni 2015 jährte sich zum 200. Mal die Unterzeichnung der Schlussakte des Wiener Kongresses. Sie machte die schon seit dem späten 16. Jahrhundert theoretisch - namentlich durch den Franzosen Jean Bodin - entwickelte und 1648 im Westfälischen Frieden erstmals konkretisierte Doktrin von der alleinigen Souveränität der Staaten bis heute zur Grundlage des Völkerrechts und der europäischen Ordnung. In ganz Europa wurde diese Ordnung bestimmend, allerdings mit Unterschieden im Einzelnen, die den historischen und kulturellen Voraussetzungen geschuldet waren. Mehrheitlich setzte sich zugleich ein binäres Ordnungssystem durch, wie es in der frühen Neuzeit von der spanischen Völkerrechtsschule und dem Niederländer Hugo Grotius entwickelt worden war (Münkler 2015: 12f). Es konnte danach immer nur zwei Alternativen geben, etwa Krieg oder Frieden, aber auch Staat oder Nicht-Staat.

Der Anschlag, den der Burschenschafter Karl Ludwig Sand am 23. März 1819 auf den konservativen Staatsrat, russischen Konsul und Schriftsteller August v. Kotzebue verübte, löste eine Welle von Maßnahmen der preußischen Staatsmacht gegen jede politische

Opposition aus. Sie gipfelten in den Karlsbader Beschlüssen, die im August 1819 von den zehn einflußreichsten Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes in Ministerialkonferenzen in Karlsbad erarbeitet, am 20. September desselben Jahres in einem Eilverfahren vom Bundestag in Frankfurt einstimmig beschlossen und zur Grundlage für Repressionen und Beschränkungen vielfältiger Art wurden, darunter die Pressezensur und die Kontrolle der Universitäten. Eine "Immediatkommission zur Ermittlung hochverräterischer Verbindungen und anderer gefährlicher Umtriebe" hatte zu prüfen, ob gegen inhaftierte Anhänger liberaler und demokratischer Ideen Anklage zu erheben sei. Bereits seit Juli 1819 saß beispielsweise Friedrich Ludwig ("Turnvater") Jahn auf Betreiben des preußischen Polizeichefs Carl Albert v. Kamptz im Gefängnis, weil er öffentlich das Ausbleiben der politischen Freiheiten, die dem Volk zu Beginn der Befreiungskriege zugesagt worden waren, kritisiert hatte.

Eines der Mitglieder der Kommission war Ernst Theodor Amadeus (E.T.A.) Hoffmann, der sich freilich mit dem Argument, dahinter stecke "ein ganzes Gewebe heilloser Willkür, frecher Nichtachtung aller Gesetze, persönlicher Animosität" dem Vorgehen der Regierung widersetzte. Er sah keinen Grund, Jahns Haft zu verlängern, strengte hingegen als Mitglied des Kriminalsenats des Berliner Kammergerichts ein Ermittlungsverfahren gegen Kamptz wegen Verleumdung an, weil dieser in von ihm lancierten Zeitungsartikeln den Eindruck erweckt habe, Jahn habe die Jugend zum Meuchelmord an Staatsdienern ermuntert. Als der Kriminalsenat den Polizeichef im November 1819 vorlud, wies Justizminister v. Kircheisen die Richter an, das Verfahren auszusetzen, erhielt aber von diesen die Belehrung, dass er hierzu nicht befugt sei. Allein der König konnte dies befehlen (er tat dies dann auch). Das Handlungsmuster ist im heutigen Verwaltungshandeln deutscher Prägung durchaus noch erkennbar. Der im 19. Jahrhundert nicht untypische Reformwillen und Widerspruchsgeist von Beamten, Soldaten und Richtern ist freilich vielfach abhanden gekommen.

Vorgänge wie diese bildeten aber auch den konkreten Hintergrund, vor dem Georg Wilhelm Friedrich Hegel 1819/20 in seiner "Philosophie des Rechts" sein Staatsverständnis entwickelte. Dem alles überwölbenden und prinzipiell nicht irrtumsfähigen Staat war für ihn die bürgerliche Gesellschaft untergeordnet. Diese, so Hegel, besäße zwar ein Eigengewicht und einen Handlungsfreiraum, könne jedoch dem Staat niemals als gleichberechtigter Partner gegenübertreten und umfasse im übrigen wirtschaftliche wie ideelle Korporationen und Aktionen. Die sich in mehreren Wellen bis in das späte 20. Jahrhundert entfaltende Rezeption Hegels in Deutschland kann in ihrer Wirksamkeit kaum überschätzt werden. Bis 1830 wurden seine Schriften eine Art preußische Staatsphilosophie (Watson 2010: 237). Unabhängig von markanten Unterschieden ist diese Rezeption gleichermaßen im Sozialismus wie im Nationalsozialismus erkennbar, ebenso aber auch im bürgerlich-konservativen wie im sozialdemokratisch geprägten Denken. Der immer wieder erstaunende Einfluß von Carl Schmitt tut ein Übriges. Jedenfalls waren und sind die Voraussetzungen für die Herausbildung eines Ordnungsmodells mit mehreren, unterschiedlich strukturierten, aber gleichrangigen Akteursgruppen deutlich schlechter als in anderen europäischen Gesellschaften. Die Alternative Staat oder Nicht-Staat und die angenommene Hierarchie der beiden Gruppen ließen für eine Idee einer Dreier-Konstellation keinen Raum.

Schon lange ist deutlich, dass diese Systematik die gesellschaftliche Realität nicht zutreffend abbildet. Dies lässt sich nicht nur beispielsweise an der starken gesellschaftlichen Kraft von Kirchen und Glaubensgemeinschaften, politischen Parteien und Gewerkschaften zeigen, sondern auch an der Vielzahl von anderen Organisationen, die sich fundamental von auf Gewinn ausgerichteten Unternehmungen unterscheiden, untereinander jedoch durch gemeinsame Merkmale verbunden sind. Dies hat neben vielen anderen auch Antonio Gramsci herausgearbeitet, indem er im marxistischen Sinn der Basis der Wirtschaft zwei Überbauten. den Staat und die Società Civile gegenübergestellt hat. Insoweit hat Zivilgesellschaft ihre begrifflichen und theoretischen Wurzeln nicht nur im konstatierten Versagen von Markt und Staat, sondern auch in der Beobachtung, dass eine rein binäre Betrachtung grundsätzlich defizitär erscheint.

Im Blick auf Europa finden wir auch andere historische Bedingungen. Während etwa in der Schweiz und den Niederlanden, später auch in Irland, Traditionen des Widerstands gegen eine Staatsmacht einen wesentlichen Teil des Selbstverständnisses als kohärente gesellschaftliche Gebilde darstellen und etwa in Italien das gesellschaftliche Bewußtsein von einer grundsätzlichen Verachtung der Staatsmacht als Zerstörerin der lokalen oder regionalen Kollektivität geprägt ist, ist die französische Gesellschaft traditionell von der unmittelbaren Bindung des Citoyen bzw. der Citoyenne an den Nationalstaat geprägt. Großbritannien pflegt hingegen sein pragmatisches Staats- und Gesellschaftsverständnis und konnte systematische Überlegungen stets den Erfordernissen der konkreten Situation unterordnen. Margaret Thatchers berühmter Ausruf "There is no

106 | Rupert Graf Strachwitz

such thing as society" wurde mit Schmunzeln, nicht mit einer grundlegenden theoretischen Debatte quittiert. Im postkommunistischen Europa ist die Tradition ohnehin eine völlig andere. Die vielfach gehörte Meinung, Zivilgesellschaft setze Demokratie voraus, wird hier durch die spezifische Tradition einer menschen- und bürgerrechtlich bestimmten, dezidiert gegen das staatliche System gerichteten Zivilgesellschaft widerlegt. Ein größerer Unterschied zur deutschen, seit dem 19. Jahrhundert von Wohlfahrtseinrichtungen und bis ins späte 20. von Korporatismus und Anlehnung an den Staat geprägten Tradition läßt sich kaum vorstellen.

Das Bild der drei Arenen Zivilgesellschaft - Staat - Wirtschaft hat sich als Modell weithin durchgesetzt. Es ergibt sich aber die Schwierigkeit, den Gedanken einer europäischen Zivilgesellschaft so zu konkretisieren, dass das Verhältnis zwischen ihr und den anderen Arenen europäisch bestimmt werden könnte. Durch einen funktionalen Ansatz hat die Europäische Kommission versucht, das Problem der nationalen Unterschiede zu überwinden (1997). Heute lassen sich sieben Funktionen von Zivilgesellschaft unterscheiden (Strachwitz 2014: 81ff). Nur wenn man sie alle in den Blick nimmt, erscheint es möglich, europaweit das Verhältnis zwischen den Arenen auszutarieren. Hierzu muss allerdings das gerade in Deutschland gern zur Wahrung der traditionellen Vorrangstellung des Staates angeführte Legitimationsargument abgeräumt werden, das etwa in den Niederlanden oder der Schweiz kaum verständlich erscheint und in den Ländern Mittel- und Osteuropas, wo Zivilgesellschaft "das Gesicht der Erde verändert hatte" (Domaradzka 2015: 110) geradezu empörend wirken muss. Hierzu sollen an dieser Stelle Verweise auf die vier Grundsätze der modernen Gesellschaft (Menschen- und Bürgerrechte, Demokratie, Herrschaft des Rechts und kulturelle Traditionen) sowie auf den Wert der deliberativen Demokratie (Habermas 1962) genügen.

Trotz dieser Schwierigkeiten erleben wir heute ohne Zweifel, dass sich, zum Ersten, Zivilgesellschaft ebenso europäisiert, wenn nicht internationalisiert wie die übrigen gesellschaftlichen Arenen; dass zum Zweiten diese Zivilgesellschaft an Stärke, Kohärenz und Selbstbewußtsein weiter zunimmt (jüngste Erfahrungen in der Betreuung von Geflüchteten sind dafür ein Beispiel) und dass zum Dritten Politik eine Entstaatlichung erfahren hat. Gerade diese, ausgelöst durch die Komplexität der Herausforderungen ebenso wie durch den Vertrauensverlust wegen mangelhafter checks and balances innerhalb des durchaus demokratisch verfassten Staates, weist der Zivilgesellschaft eine Rolle zu, die zwingend neue Überlegungen zur Tektur der gesellschaftlichen Ordnung nach sich ziehen muss. Nicht zuletzt gewinnen, zunehmend und nicht selten enträumlicht, Entwicklung und Verfahren gegenüber der Entscheidung die Oberhand (Gohl 2011: 84), was der Handlungslogik der Zivilgesellschaft entgegenkommt, aber zu einem Machtverlust der Entscheidungsorgane führt. In "postnationalen Zeiten" (Crouch 2011: 243) entwickelt sich eine Dichotomie zwischen national nicht fassbaren Entwicklungen und nationalstaatlich organisierter politischer Macht (ebd.: 239). Dieser kommen die Abwehrkräfte abhanden; sie wird von regionalen und lokalen Kräften ebenso bedrängt wie von der Europäisierung und Internationalisierung (der Probleme ebenso wie der Lösungsansätze), von der faktischen Macht international agierender Wirtschaftsunternehmen und der Zivilgesellschaft. Das 1815 geschaffene Staatensystem ist infolgedessen ebenso überholt wie Hegels Konzept des alles überwölbenden Staates. Angesichts der Tatsache, dass allenfalls Europa eine geographische Begrenzung politischen Handelns anbieten kann, erscheint es unabdingbar, auf dieser Ebene zu versuchen, die Tektur zu finden. Nur unter dieser Prämisse kann die Interaktion zwischen den Arenen neu definiert werden. An einem Erfolg dieser Suche sollte freilich den Nationalstaaten schon deshalb gelegen sein, weil aller durch angebliche oder tatsächliche Sicherheitsfragen ausgelösten Machtdemonstration und Symbolpolitik zum

Trotz die Alternative nur das Fortschreiten von deren Autoritätsverfall sein kann.

Der Vergleich mag in diesem Zusammenhang dazu dienen, Stärken und Schwächen einzelner Beispiele herauszuarbeiten. Es kann aber nicht darum gehen, traditionelle Kooperationsmuster durch punktuelle Optimierung zu perpetuieren. Ebensowenig erscheint eine Negierung der unterschiedlichen Voraussetzungen hilfreich. Und schließlich erscheint auch das überkommene Dialogmuster von Forderungen gegen Förderung und Setzung (finanziell) vorteilhafter Rahmenbedingungen nicht geeignet, das Tekturproblem einer tragfähigen Lösung näherzubringen.

Vor dieser Folie stellen Modelle der Zusammenarbeit, wie sie etwa im sog. Compact (Heuberger/Schwärzel 2014) zum Ausdruck kommen, ebenso Versuche dar, (an staatlicher Gestaltung) zu retten, was zu retten ist, wie die aus Deutschland bekannten, in immer schnellerer Folge angekündigten punktuellen Gesetzesinitiativen, während sie aus zivilgesellschaftlicher Perspektive leicht als Festhalten an überkommenen Interaktionsmustern missverstanden werden können. Der Compact hebt sich allerdings dadurch positiv ab und stellt insoweit einen reizvollen Denkansatz dar, als er zum Einen von der Grundannahme ausgeht, dass Zivilgesellschaft, Staat und Markt zwar unterschiedlicher Handlungslogik folgende und mit unterschiedlichen Aufgaben betraute, aber prinzipiell gleichrangige Akteure im öffentlichen Raum darstellen. Zum Zweiten bezieht er sich auf ein gültiges Grunddokument der Europäischen Union, den Vertrag von Lissabon (Amtsblatt 2010: 83/21), der - nach einer Bekräftigung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in Art. 10 - in Art. 11 ausdrücklich, wenn auch sehr vorsichtig, deren Überwindung einläutet, indem er unter anderem den Dialog mit der Zivilgesellschaft als Vertragsgrundsatz festschreibt (und sich dabei auf eine ganze Reihe von vorausgegangenen EU-Dokumenten stützt). Zum Dritten beinhaltet er stärker als traditionelle nationale Gesetzgebung eine Entwicklungskomponente.

"By taking into account the variety of stakeholders involved in policy making, the introduction of a Compact has been seen by academics as marking the move from a contract culture to a partnership culture between civil society and the government" (Heuberger/Schwärzel 2014: 15).

Der Compact entfernt sich von der in Deutschland vorherrschenden juristischen Betrachtungsweise, die gerne Legalität mit Legitimität gleichsetzt, und nähert sich einer auf der Legitimität von Entwicklungen und Verfahren aufbauenden Betrachtung an. Für den britischen Pragmatismus bildet er kein unüberwindbares Problem; die italienische Tradition radikaler Strategiewechsel läßt ihn, wenngleich anders konnotiert, nicht unwahrscheinlich erscheinen. In einer Reihe von anderen Ländern ist der Weg bereits innerstaatlich beschritten oder zumindest vorbereitet worden. In Deutschland allerdings scheint unverändert der Grundsatz zu gelten: "Verfassungsrecht vergeht - Verwaltungsrecht besteht". Dies macht die Erarbeitung partnerschaftlicher Vereinbarungen überaus schwer - ganz abgesehen von der Schwierigkeit, dass Zivilgesellschaft (wie das Spontan-Engagement der letzten Monate deutlich gezeigt hat,) immer nur Akteure und keine Vertreter kennt, die legitimiert wären, für alle zu sprechen oder gar etwas zu vereinbaren. An Vereinbarungen, die das vor 200 Jahren in Wien geschaffene und 1819 konkretisierte System bewahren wollen, sollten ihre Akteure aus all diesen Gründen kein Interesse haben.

Scheitert der Versuch, Zusammenarbeit zwischen den Arenen im europäischen Kontext zukunftsorientiert zu gestalten, erscheint es für die Zivilgesellschaft vorteilhafter, der normativen Kraft des Faktischen das Regiment zu überlassen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre würde dies in jedem Fall zu einer weiteren Stärkung der Zivilgesellschaft führen.

Dr. Rupert Graf Strachwitz ist Direktor des MAECENATA-Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft. Kontakt: rs@maecenata.eu.

108 | Sonderschwerpunkt

#### Literatur

Amtsblatt 2010: Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. In: Amtsblatt der Europäischen Union, Ausgabe in deutscher Sprache, 53. Jg., 30. März 2010; Informations-Nr. 2010/C 83/01.

*Crouch*, *Colin* 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Postdemokratie II. Berlin: Suhrkamp.

Europäische Kommission 1997: Mitteilung der Kommission über die Förderung der Rolle der Vereine und Stiftungen in Europa. Luxemburg.

Gohl, Christopher 2011: Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. Münster: LIT.

*Gramsci*, *Antonio* [1948/51] 2011: Gefängnishefte. Hamburg: Argument.

Habermas, Jürgen [1962] 1990: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich [1821] 1970: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Heuberger, Frank/Schwärzel, Mirko 2014: The Chances of Framework Agreements for a Citizen-Powered Europe; Conclusions from The European Year of Citizens 2013. Berlin: Bundesnetzwerk Bürgerscahftliches Engagement.

Münkler, Herfried 2015: Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert. Berlin: Rowohlt.

Domaradzka, Anna 2015: Polen. In: Schreier, Christian (Hg.): 25 Years After. Mapping Civil Society in the Visegrad Countries. Stuttgart: Lucius.

Strachwitz, Rupert Graf 2014: Achtung vor dem Bürger. Ein Plädoyer für die Stärkung der Zivilgesellschaft. Freiburg: Herder.

Watson, Peter 2010: The German Genius. Europe's Third Renaissance, the Second Scientific Revolution, and the Twentieth Century. London: Simon & Schuster.

### Für eine Partnerschaft auf Augenhöhe

# Staat und Zivilgesellschaft brauchen sich bei der Bewältigung zukünftiger, gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen

Heiko Geue

Die aktive und vielseitige Zivilgesellschaft unseres Landes, die große Anzahl engagierter Bürgerinnen und Bürger – sie alle stehen seit einigen Monaten im Fokus der öffentlichen, teils sogar internationalen Aufmerksamkeit. Organisationen, Stiftungen, Verbände, Vereine, spontan entstandene Bündnisse, engagierte Einzelpersonen – sie alle unterstützen die vielen Menschen, die vor Krieg, Terror und Armut zu uns flüchten und heißen sie willkommen. Dieses enorme Maß an Hilfsbereitschaft und Engagement ist beeindruckend. Und es ist der Garant für den Zusammenhalt und die

Friedfertigkeit unserer Gesellschaft. Ohne dieses Engagement wären weder unsere demokratischen Strukturen noch der Sozial- und Rechtsstaat in der Lage, ein friedliches, sicheres und faires Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten. Dieses Engagement setzt zudem ein Zeichen gegen den Widerstand, der sich gegen die Aufnahme von geflüchteten Menschen formiert. Es gibt die berechtigten und ernst zu nehmenden Fragen, wie die vielen neu zugezogenen Menschen unser Land auf Dauer verändern werden. Diese Fragen müssen wir diskutieren und die Herausforderungen

frühzeitig erkennen und diesen begegnen. Es mehren sich aber auch rechtspopulistische und rechtsextreme Stimmen und Taten, die unsere tolerante und pluralistische Gesellschaft bedrohen. Hier müssen wir uns entschieden für Vielfalt und Toleranz positionieren.

Auch die dramatischen Anschläge in Paris empfinden wir in diesen Tagen als einen konkreten und bedrohlichen Angriff auf unsere freiheitliche, friedliche und pluralistische Lebensweise. Dies alles sind Werte, die ihren Ausdruck vor allem in unserer vielfältigen Zivilgesellschaft finden. Einer Zivilgesellschaft, die sich aus Menschen zusammensetzt, für die Demokratie nicht an den Wahlurnen endet. Aus Menschen, die sich aktiv in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt, Politik, Sport und Freizeit einbringen, die unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Dieses beeindruckende Engagement, das sowohl Solidarität und Hilfsbereitschaft, aber auch Offenheit für, Neugierde auf und Spaß an Begegnungen mit anderen Menschen beinhaltet, stellt in Kombination mit einer aktuell stabilen wirtschaftlichen Lage unser größtes Potential dar, um die Herausforderungen der nächsten Jahre zu bewältigen. Herausforderungen sind die Fortführung einer gelebten Willkommenskultur, deren Weiterentwicklung zur einer Teilhabe- und Integrationskultur, aber auch der demografische Wandel, die Integration sozial Schwächerer, zunehmend aber auch die Digitalisierung der Gesellschaft.

Dabei steht außer Frage, dass freiwilliges Engagement selbstbestimmt erfolgen muss und nicht als Ausfallbürge für mangelnde staatliche Maßnahmen herhalten darf. Genauso klar ist aber auch, dass der Staat – vor allem mit Blick auf die Flüchtlingshilfe – auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft angewiesen ist. Denn Integration und Teilhabe entstehen nicht allein durch gut gemachte staatliche Integrationsmaßnahmen. Es braucht vor allem Begegnungen zwischen Menschen. Staatliche Programme und zivilgesellschaftliches Engagement müssen ineinandergreifen, um die Willkommenskultur in eine Beteiligungs- und Integrationskultur zu

überführen. Wir gehen davon aus, dass sich weiterhin viele Menschen im Bereich der Integration engagieren möchten. Deshalb stehen wir nun vor der Herausforderung, gute Politik dafür zu machen, dass die aktuelle, spontan entstandene Hilfsbereitschaft in langfristiges Engagement münden kann: Engagierte brauchen Begleitung, Beratung und Qualifizierung. Und deswegen steht auch das Thema der weiteren Stärkung der Engagement-Infrastruktur ganz unverändert oben auf der politischen Tagesordnung.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat als "Engagementministerium" die Aufgabe, gute Rahmenbedingungen zu schaffen und auszubauen und die Anerkennungskultur für den wertvollen Beitrag der bürgerschaftlich Engagierten auszubauen. Dazu brauchen wir eine weitere Verstetigung, Vernetzung und Konzentration in der Engagementförderung. Fest steht dabei für uns, dass dies nur im Zusammenwirken aller relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure gelingen kann. Erfolgreiche Kooperationen basieren vor allem auf Vertrauen. Und Vertrauen kann nur entstehen, wenn sich Partner auf Augenhöhe begegnen. Diese Haltung ist unserer Ministerin, Manuela Schwesig, ausgesprochen wichtig: Deswegen betreibt das "Bundesengagementministerium" mit seiner Engagementpolitik seit rund zwei Jahren eine dialogorientierte, kooperativ-qualitative, auf den Erhalt und den Ausbau von Vertrauen gerichtete Programm- und Prozesspolitik.

Unsere wichtigsten Politikmaßnahmen wie das trisektorale Gemeinschaftsprojekt der "Engagierten Stadt", der Umbau des Deutschen Engagementpreises zu einem "Preis der Preise", die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bündnis für Gemeinnützigkeit und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen bagfa e.V., die Stärkung des BBE-Netzwerkes und die Reaktivierung der Zusammenarbeit mit dem W.I.E-Netzwerk der Wirtschaft, die angestrebte bundesweite Koordinierung der Bundesfreiwilligendienstleistenden mit den Freiwilligen in den Mehr-

110 Heiko Geue

generationenhäusern und den Partnerschaften für Demokratie oder auch die Überlegungen zu einer Deutschen Engagementstiftung sind von diesem Geist getragen.

Um diesen Politikstil weiter mit Leben zu füllen, durch Verbindlichkeit zu verstetigen und das Vertrauen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft noch weiter auszubauen, erarbeiten wir gegenwärtig gemeinsam mit wichtigen Partnerinnen und Partnern aus der Zivilgesellschaft sowie unter Einbindung der Wirtschaft eine Engagementstrategie für das BMFSFI.

#### Die Engagementstrategie des BMFSFJ

Das BMFSFJ will mit der Umsetzung der für die nächsten zwei bis zweieinhalb Jahre geltenden Engagementstrategie seine Rolle als das innerhalb der Bundesregierung und im Rahmen der Bundeszuständigkeit und rechtlichen Handlungsmöglichkeiten für die Engagementpolitik zuständige Ressort definieren und kommunizieren. Die Engagementstrategie soll die Schwerpunkte der Engagementpolitik des BMFSFJ herauskristallisieren und führt idealerweise langfristig zu einem Anstoß der Entwicklung nachhaltiger Prozesse und Strukturen, einer Stärkung der Anerkennungs- und Wertschätzungskultur sowie einem weiteren, verstärkten Ausbau trisektoraler Kooperationen. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir Handlungsansätze, die im Rahmen der Bundeskompetenz ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen, die langfristig angelegt und die vor allem umsetzbar sind. Denn eines wollen wir nicht: eine Hochglanzbroschüre voller wohlgemeinten Absichtserklärungen!

Die Stärkung der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement ist im Rahmen der Bundeszuständigkeit Dreh- und Angelpunkt für eine wirksame Engagementförderung. Denn diese Infrastruktur trägt maßgeblich dazu bei, das Recht auf bürgerschaftliches Engagement, auf Teilhabe vor Ort zu ermöglichen. Beim Stichwort "Bundeszuständigkeit" stellt sich jedoch auch die Frage, was der Bund überhaupt kann und darf. Auch dies sind

wichtige Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement, die wir zumindest in Teilen weiter überdenken müssen.

Verbände und Organisationen bilden wesentlich den Rahmen für freiwilliges Engagement und haben damit eine wichtige Funktion im Hinblick auf Organisation, Aufrechterhaltung und Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements. Wie wichtig die Kompetenzen dieser Akteure sind, zeigt sich aktuell sehr deutlich bei ihrem Beitrag zur Koordinierung, Beratung und Qualifizierung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit. Ihre Förderung ist daher ein überaus wichtiges Instrument, weiter nachhaltige Engagementstrukturen zu stabilisieren. Zu unseren wichtigsten Partnern gehören dabei die Wohlfahrtsverbände. Bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland spielen sie eine zentrale Rolle. Neben der Arbeit, die von den 1,67 Millionen Hauptamtlichen geleistet wird, engagieren sich in den Wohlfahrtsverbänden bis zu 3 Millionen Menschen ehrenamtlich. Hier kommt es in besonderem Maße auf das gemeinschaftliche Zusammenwirken von Fachkräften und Ehrenamtlichen an.

Daneben sind Stiftungen schon heute als Förderer des bürgerschaftlichen Engagements eine besonders starke und wichtige Säule der Zivilgesellschaft. Wir haben in Deutschland glücklicherweise einen starken Stiftungssektor. Mit strategischen Partnern wie dem Bundesverband Deutscher Stiftungen setzen wir die Neukonzeption des Deutschen Engagementpreises um und entwickeln in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit neue, weitreichende Ansätze der Engagementförderung. Im Rahmen des Bündnisses für Gemeinnützigkeit wollen wir mit diesen starken Partnern und dem sich entwickelnden Sektor von Länderstiftungen in Zukunft noch enger zusammenarbeiten, um die Engagementstrukturen in Deutschland weiter auszubauen und zu stärken. Dies sind nur zwei Beispiele für eine ganze Reihe wichtiger Partner für das "Engagementministerium", mit denen wir in diesem Jahr an der Engagementstrategie gearbeitet haben.

# Trotz förderrechtlicher Restriktionen Gestaltungsspielräume nutzen

Da Engagement vor Ort stattfindet, ist es für den Bund ausgesprochen wichtig, dass eine stabile Engagement-Infrastruktur tatsächlich der lokalen, kommunalen Ebene zugutekommt. Doch bereits im Bereich der Förderung von Institutionen, sozialer Infrastruktur und qualitativen Prozessentwicklungen auf lokaler Ebene gibt es für den Bund Restriktionen, die nicht ohne weiteres aufzulösen sind. Solange es keine anderen (grund)gesetzlichen Rahmenbedingungen gibt (im Bereich der Demokratieförderung werden wir mit Fachexperten an dem Auftrag des NSU-Untersuchungsausschusses arbeiten und die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Demokratieförderung und Extremismusprävention prüfen, die gegebenenfalls auch auf den gesamten Bereich der zivilgesellschaftlichen Engagements Auswirkungen haben könnte), ist es umso wichtiger, für die Stärkung der Infrastruktur bürgerschaftlichen Engagements Gestaltungsspielräume zu nutzen, die neben der direkten finanziellen Förderung stehen, im Sinne der angestrebten Nachhaltigkeit jedoch ebenso bedeutend sind.

Im Aufbau erfolgreicher trisektoraler Kooperationen zwischen Stiftungen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, engagierten Unternehmen und der Politik liegt aus unserer Sicht ein wichtiger Schlüssel zur Schaffung nachhaltiger Strukturen und qualitativ wie quantitativ hochwertiger Entwicklungsprozesse des Engagements vor Ort. Während es in der Vergangenheit nicht selten vorkam, dass jeder Akteur für sich zivilgesellschaftliche Leuchtturmprojekte finanziert hat, um möglichst sichtbar Gutes zu tun, ist in den letzten Jahren ganz allgemein die Einsicht gewachsen, dass durch diese Form der Förderung die eigentlichen Herausforderungen im Engagementsektor nicht erfolgreich angegangen werden können. Es gibt eine große Übereinstimmung, dass zur Realisierung des Rechts auf Engagement funktionierende Engagementstrukturen vor Ort notwendig sind. 2015 ist es auf Bundesebene zum ersten Mal gelungen, dieser Einsicht konkrete Maßnahmen folgen zu lassen.

#### Vertrauen als Grundlage der trisekotralen Zusammenarbeit

"Engagierte Stadt" heißt das Netzwerkprogramm zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in mittelgroßen deutschen Kommunen, das Anfang des Jahres von der Bertelsmann Stiftung, der BMW Stiftung Herbert Quandt, der Herbert Quandt-Stiftung, der Körber-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, dem Unternehmen Generali Zukunftsfonds und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gemeinsam ins Leben gerufen wurde und Engagementprozesse in 50 mittelgroßen Städten in ganz Deutschland fördert. Gemeinsam mit unseren Partnern haben wir mit einem Programmbudget von mehr als drei Millionen Euro für die nächsten drei Jahre nicht nur unsere finanziellen Mittel gebündelt, um damit eine größere Wirkung zu erzielen. Neben der finanziellen Hebelwirkung durch die Kooperation bringt jeder Partner auch seine ganz eigene Expertise gewinnbringend ein und ist gleichberechtigt an der Gestaltung des Programms beteiligt. Diese vertrauensvolle Form der Kooperation auf Bundesebene zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Unternehmen hat Vorbildcharakter.

# Engagement verdient öffentliche Anerkennung und Wertschätzung

Wer freiwillig Zeit und Einsatz einbringt, um Gutes zu tun, verdient Anerkennung und Dank. In diesem Sinne wollen wir die Vielfalt von bürgerschaftlichem Engagement besser sichtbar machen und die Anerkennungskultur kontinuierlich weiterentwickeln. Diesem Anliegen dient als eine Maßnahme die Weiterentwicklung des Deutschen Engagementpreises, der 2015 erstmals als "Preis der Preise" verliehen wurde. Das Bundesfamilienministerium verleiht den Preis seit 2009 gemeinsam mit seinen Partnern, dem Bündnis für Gemeinnützigkeit, dem Generali Zukunftsfonds - und seit 2015 der Deutschen Fernsehlotterie. Nach dem neuen Konzept sind die Preisträgerinnen und Preisträger der bestehenden regionalen wie überregionalen Engagement- und Bürgerpreise automatisch für den Deutschen Engagement112 | Heiko Geue

preis nominiert. Mit der Neuausrichtung sollen nicht nur die vielen Engagierten eine öffentliche Würdigung erfahren, sondern auch die Vielfalt der bereits bestehenden Preislandschaft noch besser als bisher sichtbar gemacht werden. 2015 hat das BMFSFJ zudem einen mit 10 000 Euro dotierten Sonderpreis in der Kategorie "Willkommenskultur gestalten" an die Dresdner Initiative "DAMF -Deutschkurse Asyl Migration Flucht" vergeben, mit dem das beeindruckende Engagement in der Flüchtlingshilfe Anerkennung erfahren soll.

# Nachhaltige Engagementförderung braucht eine solide Datenlage

Eine nachhaltige Förderung freiwilligen Engagements braucht zudem eine solide wissenschaftliche Datengrundlage. Die Bundesregierung ist aufgrund des Bundestags-Beschlusses vom 19. März 2009 verpflichtet, in jeder Legislaturperiode einen wissenschaftlichen Bericht zur Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und zum Stand der Engagementpolitik mit Stellungnahme der Bundesregierung vorzulegen. Der zweite Engagementbericht, der in der 18. Legislaturperiode von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erstellt wird, hat den Schwerpunkt "Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung". Er soll aufzeigen, wie Engagement vor Ort gestärkt werden kann, und soll Empfehlungen für Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bieten. Der mit Spannung erwartete Bericht wird in der zweiten Jahreshälfte 2016 zusammen mit der Stellungnahme der Bundesregierung dem Parlament vorgelegt und veröffentlicht.

Mit dem Instrument des Freiwilligensurveys nimmt das BMFSFJ daneben im fünfjährigen Rhythmus eine Dauerbeobachtung zu Umfang und Ausprägungen des freiwilligen Engagements vor. Der Freiwilligensurvey ist ein öffentliches Informationssystem, das umfassende und detaillierte bundes- und landesweite Informationen zum Engagement der deutschen Wohnbevölkerung zur Verfügung stellt. Die Veröffentlichung des neuen Frei-

willigensurveys ist für die erste Jahreshälfte 2016 geplant.

# Engagementförderung, Demokratieförderung und Extremismusprävention stärker verknüpfen

Zur nachhaltigen Infrastruktur und zu deren engagementpolitischer Realisierung gehört für das Engagementministerium des Bundes vor allem auch, die allgemeine Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements mit der zielgerichteten Förderung von Engagement zuallererst für unsere Demokratie und gegen den Extremismus zu verknüpfen. Das BM-FSFJ arbeitet zur Demokratieförderung und Extremismusprävention seit Jahren mit dem Bundesministerium des Inneren, den Ländern, den Kommunen, der Bundeszentrale für politische Bildung, vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren und seit neuestem auch hier mit dem BBE eng zusammen. Darüber hinaus hat das BMFSFJ zusammen mit dem Bundesministerium des Innern (BMI) eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) "Demokratieförderung und Extremismusprävention" gegründet, die bis zum Jahresende eine Gesamtstrategie der Bundesregierung zur Bündelung und Optimierung der Arbeit für Demokratie und gegen Extremismus erarbeiten wird.

Das BMFSFI fördert dieses Netzwerk mit dem Präventionsprogramm "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit". Der Konzeption dieses Programms ging ein intensiver Beteiligungsprozess mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, den Ländern und den anderen Ressorts voraus. Wichtige Erfahrungen und Impulse konnten so in das neue Programm des Ministeriums einfließen. Das Programm besteht aus 16 Demokratiezentren in den Ländern, knapp 220 kommunalen Partnerschaften für Demokratie in ganz Deutschland und erstmals (!) auch 28 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die bundesweit ihre Strukturen für Demokratieförderung und Extremismusprävention aufund ausbauen. Mit diesem jährlich mit rund 40 Mio. € geförderten Netzwerk organisiert

das Ministerium Opfer- und Ausstiegsberatung, finanziert Modellprojekte und stellt für die Jugendlichen vor Ort so genannte Initiativ- und Aktionsfonds zur Verfügung, aus denen sie selbst gewählte Aktionen für Demokratie und gegen Extremismus finanzieren können. In diesem Kontext rücken auch die Migrantenorganisationen immer weiter in die Rolle eines strategischen Partners für das BMFSFJ.

Die Aktivitäten des Ministeriums zur Förderung demokratischer Strukturen werden seit letztem Jahr immer enger mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verzahnt. So zum Beispiel mit den Mehrgenerationenhäusern, die sich als erfolgreiche engagementfördernde Infrastruktureinrichtungen inzwischen auch um die Integration von Flüchtlingen kümmern – und künftig neben dem bisherigen Bundesfreiwilligendienst auch mit Bundesfreiwilligen im Rahmen des BFD-Sonderprogramms mit Flüchtlingsbezug (10.000 neue Plätze) zusammenarbeiten werden.

Ebenso soll eine stärkere Vernetzung zwischen Mehrgenerationenhäusern, Freiwilligendiensten, den "engagierten Städten" und auch der Kinder- und Jugendarbeit stattfinden. Für letztere hat das Bundesfamilienministerium das Programm "Willkommen bei Freunden" ins Leben gerufen, das Kommunen bei der Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher unterstützt. Sechs regionale Servicebüros der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung bieten seit Juli 2015 Beratungen und Qualifizierungen für Mitarbeiter kommunaler Einrichtungen an und helfen bei der Etablierung lokaler Bündnisse aus Behörden, Vereinen sowie Bildungs- und Flüchtlingseinrichtungen vor Ort.

Schon durch eine intensivere Vernetzung bereits laufender Programme kann das Ministerium einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den vom Generali Engagement-Atlas 2015 konstatierten bundesweiten Flickenteppich engagementfördernder Einrichtungen zu einer Engagement-Landschaft weiterzuentwickeln. Bei dieser Vernetzung und nicht zuletzt auch bei der bundesweiten (und lokalen) Koordinierung von Engagementstrukturen gibt es nach wie vor Defizite, die wir systematisch auszugleichen versuchen.

Wir haben unsere Vorstellungen, was dazu in den nächsten Jahren an finanzieller Stärkung, bundesweiter Koordinierung und partnerschaftlicher Einbeziehung der Zivilgesellschaft notwendig ist und was für eine weitere Unterstützung des großartigen Engagements der vielen Freiwilligen für die Integration der geflüchteten Menschen vor Ort getan werden muss.

Aus unserer Sicht braucht es für diese Aufgaben eine Deutsche Engagementstiftung, die das vielfältige Engagement von Millionen Engagierten in Deutschland koordiniert, über private Zustiftungen eine größere Hebelwirkung von Bundesmitteln ermöglicht und die Zivilgesellschaft verstärkt an engagementpolitischen Entscheidungen beteiligt. Diese Pläne werden politisch noch unterschiedlich bewertet. Wir werden an dieser Stelle weiterhin Überzeugungsarbeit leisten.

Genau diese Schwerpunkte besprechen wir in dem laufenden Prozess zur Erarbeitung der Engagementstrategie mit unseren Partnern und setzen sie – wo immer das geht und gewünscht ist – zusammen um. Diese Freiheit zur Partnerschaftlichkeit hat uns unsere Ministerin Manuela Schwesig gegeben. Wir werden sie nutzen.

Dr. Heiko Geue ist Abteilungsleiter für die Zentralabteilung und Engagementpolitik im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kontakt: heiko.geue@bmfsfj.bund.de.

114 | Sonderschwerpunkt

### Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wirtschaft

#### Gelingensbedingungen einer strategischen Engagementförderung vor Ort

Reinhard Lang

Von wem reden wir? Es gibt kaum ein Unternehmen, das nicht auf die eine oder andere Weise gesellschaftlich engagiert ist. Siemens, Daimler, Deutsche Bank, vier Millionen Euro für die "Google Impact Challenge" – beim Engagement von Unternehmen tauchen vor dem inneren Auge sofort die großen Unternehmen und die Milliarden auf, die Sponsoren aus der Wirtschaft jedes Jahr für Sport und Kultur einsetzen. Die Enttäuschung, wenn von diesem Kuchen im Gemeinwesen nicht allzuviel ankommt, ist entsprechend: Wir haben es ja immer gewusst.

Vor Ort ist das Bild ein anderes: Fischer-Chemie, Detektei Adler, Fauth & Gundlach, Huhle Stahl- und Metallbau, Knabenreich Consult, Baumstark - das sind einige der 35 Wiesbadener Unternehmen, die in diesem Jahr mit der "Goldenen Lilie" für besonderes Engagement in ihrer Stadt ausgezeichnet wurden. Und das sind diejenigen Unternehmen, um deren Einbindung es bei der "Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wirtschaft" und der "strategischen Engagementförderung vor Ort" geht. Die Fixierung auf die eher passive Spende finanzieller Mittel verstellt noch viel zu oft den Blick auf das, was an neuen Allianzen, zusätzlichen Ressourcen und gemeinsamen Interessen vor Ort schon vorhanden und was noch möglich ist. Sozialer Zusammenhalt, Bildung, Fachkräftemangel, eine intakte Umwelt, eine funktionierende soziale und kulturelle Infrastruktur: Es gibt kaum ein Thema, das den Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung vor Ort nicht gleichermaßen unter den Nägeln brennen würde.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und die öffentliche Verwaltung sind die zuständigen Experten für diese Themen. Unternehmen jeder Größe erkennen zunehmend die Bedeutung, die die damit verbundenen Entwicklungen in ihrem Umfeld für eine po-

sitive Unternehmensentwicklung haben. Der Ausgangspunkt für eine Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wirtschaft liegt demnach nicht im passiven Transfer zusätzlicher Ressourcen, sondern im aktiven beiderseitigen Interesse an neuen Lösungen für veränderte Problemlagen im gemeinsamen Umfeld. Ziel einer strategischen Engagementförderung wäre es demnach, dass solche sozialen Kooperationen zwischen bürgerschaftlich engagierten Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und der öffentlichen Verwaltung zu einem Faktor regionaler Entwicklung werden und eine lebendige Kooperationskultur zum Normalfall wird. Deren Potenziale müssen vor Ort entfaltet werden - gemeinsam mit den Unternehmen am Standort und in der Nachbarschaft (auch wenn dabei mal eins der großen Unternehmen oder dessen Niederlassung mit von der Partie sein sollte). Das ist gar nicht so schwer.

Eine wachsende Zahl guter Beispiele zeigt, wie die vielfältigen Ressourcen und Kompetenzen, die Unternehmen im Rahmen ihres Engagements einsetzen können, sinnvoll mit den Zielen und Angeboten gemeinnütziger Organisationen verbunden werden, welche Instrumente dabei eingesetzt und welche Vorteile dabei für die Beteiligten wie für die Entwicklung der weichen Standortfaktoren erzielt werden können. Wenn zwischen Wirtschaft und Gemeinwesen belastbare Verbindungen geschaffen werden sollen, die weniger als bisher vom Zufall abhängen, und wir zugleich mit den Themenkonjunkturen und normalen Fluktuationen rechnen, die wir ja auch von Stiftungen und den öffentlichen Händen kennen, dann ist es für das Gelingen wichtig, dass der Transfer von kurzfristigen, besonders aber für den Einstieg geeigneten Projekten (die immer noch das Gros an Unternehmenskooperationen in der Fläche ausmachen) Schritt für Schritt hin zu längerfristigen Programmstrukturen und

einer Vernetzung vor Ort erfolgt; dabei dürfen die Akteure nicht durch zu hohe Erwartungen überfordert werden, während gleichzeitig die erforderliche Verlässlichkeit und Fachlichkeit bei der Bearbeitung der genannten Themen sichergestellt werden muss. Auch dafür gibt es eine Reihe erfolgreicher und übertragbarer Konzepte, die praktische Erfahrungen miteinander vermitteln, die Akteure vor Ort zusammenbringen, in Bewegung setzen und die auf diese Weise neue Horizonte öffnen können.

# 1 | Verbreiten: Impulse für Engagement und neue Kooperationen geben

Zu den Gelingensbedingungen einer strategischen Engagementförderung, die nachhaltige Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und Wirtschaft vor Ort initiieren will, gehört es nach den vorliegenden Erfahrungen, klein anzufangen, Schritt für Schritt vorzugehen und das größere Ziel dabei nicht aus den Augen zu verlieren. Der Einstieg gelingt am besten, wenn zunächst Einstiege ermöglicht und die Beteiligten beteiligt werden: durch gemeinsames Tun praktische Erfahrungen miteinander vermitteln und dabei persönliche Kontakte zwischen den sprichwörtlichen Welten herstellen; niedrigschwellige und im ersten Schritt unverbindliche Einstiege in neue Formen des Engagements ermöglichen; dabei viele mitnehmen und für nicht in erster Linie monetär ausgerichtete gemeinsame Aktivitäten öffnen; praktische Beispiele vor Ort schaffen, die zeigen, was geht, die aber auch auf Engagement und Kooperationen in der Region aufmerksam machen.

Das heißt, es sollte nicht bei einer einmaligen Aktion bleiben, sondern von Beginn an Wachstum angestrebt und eine lokale Marke aufgebaut werden, die am besten selbst schon Ergebnis einer Kooperation ist und Ausgangspunkt für weitergehende Aktivitäten in der Region sein kann. Nicht zuletzt kommen in einfachen und niedrigschwelligen Impulsprojekten viele MitarbeiterInnen von Unternehmen zum ersten Mal mit bürgerschaftlichem Engagement in Berührung und nicht wenige werden danach auch in ihrer Freizeit aktiv – ein nicht unwesentlicher Aspekt der Engagementförderung durch Unternehmen, der durchaus mehr Aufmerksamkeit verdient.

Die beiden am weitesten verbreiteten Formate dafür, die bereits in gut 100 großen und kleinen Kommunen in Ost und West funktionieren, sind der Lokale Aktionstag für Unternehmen und Gemeinnützige und gew. Marktplatz für Gute Geschäfte.

# Lokaler Aktionstag für Unternehmen und Gemeinnützige

An einem Tag im Jahr gehen möglichst viele lokale Unternehmen jeder Größe und Branche in Teams mit möglichst vielen MitarbeiterInnen in möglichst viele zivilgesellschaftliche Organisationen in ihrer Stadt und arbeiten dort mit: Sie packen an in Aktivprojekten bei Renovierungs- und Bauvorhaben in Schulen, Kitas, Stadtteilzentren; sie begleiten Adressaten der Organisationen in 1:1-Begegnungsprojekten, beispielsweise bei einem Tandemausflug mit Sehbehinderten, in der Rollstuhl-Disko oder bei einem Entdeckertag mit jungen Flüchtlingen; sie setzen ihr Wissen in Kompetenzprojekten ein, ob nun für Bewerbungstrainings, die Beratung ehrenamtlicher Vereinsvorstände, die Gestaltung ansprechender Schulungsmaterialien oder die Implementierung eines IT-Vorhabens. Unternehmen und Gemeinnützige finden durch eine Projektbörse zueinander und bereiten anschließend ihr Projekt gemeinsam vor.

Der Aktionstag wird von einem Komitee organisiert, in dem Engagierte aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und der kommunalen Verwaltung mitwirken. Das Komitee plant und führt den Aktionstag gemeinsam durch, sorgt für die Herstellung aller Materialien und ein einprägsames Label, gewinnt die Teilnehmenden, beschafft alle erforderlichen Ressourcen und begleitet die Projekte. Damit ist der Aktionstag selbst schon von Anfang an ein kooperatives Projekt und gewinnt auch so an Überzeugungskraft. Der Tag schließt mit einer After-Work-Party ab, wird von intensiver Öffentlichkeitsarbeit begleitet

116 | Reinhard Lang

und im folgenden Jahr (etwas größer) erneut durchgeführt.

#### Marktplatz für Gute Geschäfte

Nach diesem Prinzip funktionieren auch die Marktplätze für Gute Geschäfte zwischen Unternehmen und Gemeinnützigen: lokale Veranstaltungen für maximal zwei Stunden, bei denen einmal im Jahr in einer netten und informellen Atmosphäre konkrete gemeinsame Aktivitäten von Unternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen zur Verbesserung und Belebung des Gemeinwesens vereinbart und anschließend umgesetzt werden. Auf dem Marktplatz kommt dieses Engagement für ein besseres Zusammenleben in der Kommune oder im Stadtteil zusammen, Angebot und Nachfrage finden zueinander, konkrete Vorhaben werden gematcht. Was der eine übrig hat oder geben möchte, können andere gut gebrauchen: Helfende Hände, Wissen und Kenntnisse, Hilfsmittel und Logistik, Gelegenheiten und Kontakte. Oberste Regel: Es darf über alles gesprochen werden, nur nicht über Geld.

Unternehmen können auf dem Marktplatz engagierte Vereine, Initiativen oder Schulen aus ihrer Stadt kennenlernen und direkt ein passendes Projekt finden, das ihr spezifisches Angebot gut gebrauchen kann und ihren Interessen entspricht. Dies kann auf eine einmalige Kooperation begrenzt sein – oder den Beginn einer längerfristigen Beziehung markieren. Vereine, Projekte und Einrichtungen können neue engagierte Partner in ihrem direkten Umfeld finden, mit denen ein konkretes Vorhaben möglich oder noch besser wird. Und sie können Unternehmen ebenfalls etwas bieten und wie auf einem Marktplatz gleich darüber verhandeln.

Auch der Marktplatz wird jährlich wiederholt und von einem Vorbereitungskomitee organisiert, in dem engagierte Personen aus Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und der Stadtverwaltung mitwirken, die die Idee in ihren jeweiligen Netzwerken verbreiten – und das die Keimzelle für die Entwicklung einer Infrastruktur zum Thema in der Region werden kann.

#### 2 | Vertiefen: Einen programmatischen Rahmen schaffen

Über einen Einstieg hinaus gehen Programme, in denen Unternehmen mit ihren spezifischen Ressourcen und Kompetenzen über einen definierten Zeitraum hinweg a) Angebote für die Adressaten einer Organisation so ergänzen, dass am Ende vor allem eine bessere Leistung erzielt werden kann, oder b) die Organisationen selbst in ihrer Entwicklung unterstützen, damit sie die Arbeit für ihre ideellen Ziele besser oder effektiver oder in größerem Rahmen durchführen können. Für das Gelingen einer solchermaßen verlässlichen und fachlich ausgerichteten Einbindung engagierter Unternehmen vor Ort muss ein klarer und überschaubarer Rahmen geschaffen werden, der eine Mitwirkung vieler ermöglicht, einen klaren Anfang und ein definiertes Ende hat, klare Prozesse und Aufgaben der beteiligten Unternehmen wie ihrer Partner und des Projektmanagements beschreibt, als Programm auf eine gewisse Dauer angelegt und am besten als lokale Marke entwickelt wird.

Das Geschäftsmodell muss Schwankungen und Fluktuationen einkalkulieren, vor allem aber müssen die Programmaktivitäten der Unternehmen sowie die Art ihrer Beteiligung den Sinn und Nutzen ihres Beitrags erlebbar machen, um ausstrahlen und andere (Unternehmen und Organisationen) anstecken zu können. Hilfreich für die Entwicklung eines solchen Programms ist es, wenn es in der Region bereits eines der genannten Impulsprojekte und damit einen Pool an ansprechbaren Akteuren gibt, die bereits praktische Erfahrungen miteinander gemacht und dabei eine Idee von den Möglichkeiten gemeinwesenbezogener Kooperationen jenseits von Spende und Sponsoring entwickelt haben.

WiesPaten - Unternehmen für Bildung und Integration: Ein Beispiel, wie der Spagat zwischen Machbarkeit, Verlässlichkeit und fachlicher Einbindung gelingen kann und wie viele regionale Unternehmen zu einer Erweiterung und Vertiefung ihres Engagements motiviert werden können, ist das Programm WiesPaten in Wiesbaden: Unternehmen übernehmen

für ein Jahr eine Patenschaft für jeweils eine Gruppe von acht bis zwölf SchülerInnen aus Zuwandererfamilien, die sich freiwillig für einen vom Amt für Soziale Arbeit getragenen Förderunterricht gemeldet haben. Jedes Unternehmen verpflichtet sich zu vier Aktivitäten mit seiner Gruppe, die den wöchentlichen Förderunterricht ergänzen: Kennenlernen (die Unternehmen laden ihre Gruppe ins Unternehmen ein und besuchen sie in ihrer Schule), Anpacken (ein Unternehmensteam und die Fördergruppe engagieren sich einen Tag lang gemeinsam in einer sozialen Organisation), Kultur erleben (vom Kinobesuch über gemeinsames Eisessen bis zum gemeinsamen Theaterprojekt) und Feiern (bei einem Dankeschön-Fest des Sozialdezernenten der Stadt Wiesbaden für alle Beteiligten in einem besonderen Rahmen, den ein Fünf-Sterne-Hotel pro bono zur Verfügung stellt).

Für die Organisation dieser Aktivitäten leistet jedes Unternehmen einen finanziellen Beitrag, mit dem die Koordination der zusätzlichen Aktivitäten sowie ein kleiner Teil des Förderunterrichts finanziert werden. Das Ziel ist die Ergänzung des Förderunterrichts durch weitere sinnvolle Angebote für Bildung und Integration. Seit dem Pilotprojekt mit fünf Unternehmen im Jahr 2009 sind mittlerweile regelmäßig 12 bis 18 Unternehmen in jedem Schuljahr beteiligt. Seit 2015 wird das Programm um den fünften Baustein Internationale Begegnung ergänzt: Die FörderschülerInnen können mit Unterstützung der WiesPaten und der Kommune drei Wochen in einer europäischen Partnerstadt verbringen.

Kompetenztransfer: Einen programmatischen Rahmen für eine verlässliche Einbindung von Unternehmen, der die Beteiligten zu einer Erweiterung und Vertiefung ihres Engagements motiviert und den Organisationen hilft, ihre organisatorischen Kompetenzen zu erweitern, um die Qualität ihrer Arbeit zu erhöhen und letztlich ihre Wirksamkeit steigern zu können, bieten zum Beispiel die folgenden Programme:

Partners in Leadership: Führungskräfte von Unternehmen coachen SchulleiterInnen, die in der Regel als PädagogInnen ausgebildet sind und dabei nicht unbedingt für die Leitung einer mittelständischen Organisation qualifiziert wurden, bei ihren Führungsaufgaben und erarbeiten gemeinsam Strategien und Konzepte, um die jeweils einzelne Schule zukunftsfähig zu gestalten.

Kulturpaten: Die Kulturpaten in Leipzig und Köln vermitteln Patenschaften zwischen Wirtschaft und Kultur: Engagierte Unternehmen unterstützen Kulturorganisationen und -betriebe in ihrer Stadt pro bono mit ihrer Fachkompetenz im Rahmen einer von ihnen selbst festgelegte Zahl an Dienstleistungsstunden. Dafür erhalten sie ein Label als Kulturpate. Eine Mittlerorganisation übernimmt jeweils die Recherche und das Matching mit passenden Organisationen sowie die anschließende Kommunikation. In Leipzig wird das Kulturpatenprogramm - das derzeit in mehreren ostdeutschen Städten adaptiert wird - allein durch Spenden lokaler Unternehmen und Institutionen getragen. Die Unternehmen können sich in solchen Programmen engagieren als a) Dienstleister (Fokus: Aufgaben erledigen), b) Coach (Fokus: Wissen in die Organisation transferieren) oder c) Entwicklungspartner (Fokus: Innovation).

### 3 | Verankern: Regionale Netzwerke aufbauen

Zentral für die Verankerung von Kooperationen vor Ort und deren Verstetigung ist ein regionaler Kümmerer – ein Mittler an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat, der die Akteure aus den drei Sektoren Schritt für Schritt zu konkreten gemeinsamen Projekten und Programmen anregt, sie dabei in Verbindung bringt und zu mehr und tieferem Engagement herausfordert. In einer Reihe von Regionen gibt es regionale Corporate Citizenship- oder CSR-Netzwerke, die ein geeignetes Instrument unter anderen für die Verstetigung und Vertiefung sektorübergreifender Kooperationen zur gemeinsamen Bearbeitung gesellschaftlicher Aufgaben vor Ort sind.

Arnheimer Herausforderung: Diese lokale Aktionsrunde von Unternehmen wurde vor zehn Jahren initiiert als Herausforderung an 118 | Reinhard Lang

die lokale Wirtschaft, selbst dafür zu sorgen, dass neue Kooperationen mit praktischen Ergebnissen zustande kommen, um den sozialen Zusammenhalt und die Quartiersentwicklung in der Stadt zu stärken. Jede dieser Aktionsrunden wurde in einem der vier größeren Quartiere der Stadt aufgebaut und kommt viermal im Jahr zusammen. Hier wird über Vorschläge gemeinnütziger Organisationen aus dem jeweiligen Quartier entschieden, die konkrete (nicht-monetäre) Bedarfe an Unternehmensengagement formulieren. Ein "alter Hase" aus der Wirtschafts-Community in der Runde stellt den Kontakt zu einem passenden Unternehmen her, einer der "jungen Hunde" - eine Nachwuchsführungskraft, die ein Unternehmen in die Runde entsandt hat - bittet dort um die jeweilige Unterstützung. Jede Runde verpflichtet sich jährlich zu einer gewissen Anzahl an Kooperationsprojekten. Koordiniert werden die vier Gruppen von einer Gemeinwesensorganisation, die Kommune fördert dafür Personalkapazitäten von 20 Stunden pro Woche.

Der Runde Tisch Jugend und Wirtschaft im Land Brandenburg ist landesweites Praxisnetzwerk und Plattform engagierter Unternehmen, die sich seit Herbst 2003 zwei Mal im Jahr für einen halben Tag treffen, Erfahrungen mit ihrem Engagement im Gemeinwesen austauschen und konkrete Aktivitäten verabreden, die anschließend – alleine oder gemeinsam – durchgeführt werden.

Regionale "Verantwortungspartner"-Netzwerke, "Unternehmen Ehrensache" in Nürnberg, "Unternehmen für München", Lokale Bündnisse für Familie, regionale Netzwerke der Initiative für Beschäftigung, Arbeitskreise Schule-Wirtschaft, das Bundesnetzwerk Schule-Ausbildung oder die regionalen Ökoprofit- und Demografienetzwerke sind weitere Beispiele handlungsorientierter Plattformen, die sektorenübergreifende Kooperationen zur Bearbeitung gesellschaftlicher Herausforderungen verfolgen und als Bausteine einer strategischen Förderung von Unternehmenskooperationen

vor Ort gesehen und entsprechend gestaltet werden sollten.

Als Voraussetzung für den erfolgreichen Beitrag sektorenübergreifender regionaler Netzwerke zur Bearbeitung jeweils drängender gesellschaftlicher Probleme der Region wird unter dem Begriff "Collective Impact" das Zusammenwirken von fünf Faktoren beschrieben: eine gemeinsame Agenda (und damit die Beschreibung eines mit den vorhandenen Ressourcen und Akteuren erreichbaren Ziels in einem realistischen Zeitraum), abgestimmte Aktivitäten, eine regelmäßige Überprüfung der Umsetzung anhand einheitlicher Indikatoren, Lernen voneinander und ein zentrales Management durch eine entsprechend ausgestattete und qualifizierte Backbone-Organisation.

Damit wird eine Entwicklungsperspektive regionaler Mittler an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Staat beschrieben, die über das derzeitige Profil und Selbstverständnis der wachsenden Zahl an Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, kommunalen Stellen, regionalen Gliederungen der Wohlfahrtsverbände und eher themenbezogenen engagementfördernden Organisationen hinausgeht, die in den vergangenen Jahren mit viel Energie und Engagement begonnen haben, als Erweiterung ihrer bisherigen sozialraumbezogenen Arbeit die Aufgabe eines regionalen Mittlers für Unternehmenskooperationen wahrzunehmen - die aber den Horizont beschreibt, auf den sich die beschriebenen Schritte zur Verbreitung, Vertiefung und Verankerung des Engagements von Unternehmen im Gemeinwesen zubewegen müssen, wenn soziale Kooperationen zu einem Faktor regionaler Entwicklung und eine lebendige Kooperations-Kultur zum Normalfall werden sollen. Das Potenzial dafür ist vorhanden.

Dr. Reinhard Lang ist Geschäftsführender Vorstand des Corporate Citizenship- und CSR-Netzwerks engagierter Unternehmen und gemeinnütziger Mittlerorganisationen UPJ. Kontakt: reinhard.lang@upj.de.

### Proteste gegen Groß- und Infrastrukturprojekte – ein Vergleich

Proteste gegen Groß- und Infrastrukturprojekte (GI-Proteste) werden wissenschaftlich und politisch diskutiert. Im Zentrum der Debatte steht die Frage, wie die parlamentarische Demokratie in Deutschland reformiert werden kann, um Derartiges zu vermeiden. Vor allem die Forderung, Bürger durch informelle Beteiligungsverfahren einzubeziehen, erscheint dabei fraktionsübergreifend (Geißel et al. 2014: 13f; Hutter/Teune 2012: 9). Diese Tatsache ist erstaunlich, denn bereits in den 1980er Jahren im Rahmen der Ökologiebewegung gab es massive Proteste gegen den Bau von Großund Infrastrukturprojekten. Teilweise fanden diese im Rahmen von Großdemonstrationen mit mehr als 100.000 Demonstrierenden statt (Nolte 2012: 366; Rucht 1994: 263).

Dieser Artikel geht der Frage nach, welche Unterschiede sich zwischen den aktuellen GI-Protesten (v.a. den Protesten gegen Stuttgart 21, Berlin-Brandenburg-International sowie kleineren Protesten gegen Projekte der Energiewende) und den Demonstrationen im Rahmen der Ökologiebewegung der 1980er Jahre ergeben. Der Vergleich wird auf drei Ebenen vollzogen. Neben einer sozialstrukturellen Ebene werden Unterschiede hinsichtlich der Organisation der Bewegungen sowie der normativen Grundhaltung aufgezeigt. Dabei wird sich erweisen, dass die höchsten Abweichungen zwischen den Protesten vor allem im Bereich der normativen Grundhaltung zu finden sind. Diese Abweichung kann als ein Faktor gesehen werden, der zu zeigen erlaubt, weshalb Bürgerbeteiligung heute als fraktionsübergreifende Forderung in die Politik Einzug gefunden hat. Gleichzeitig kann gezeigt werden, dass andere Entwicklungen, die in den 1980er Jahren zum Abklingen der Proteste beitrugen, wie zum Beispiel die Gründung "grüner" Parteien, derzeit eher als unwahrscheinlich betrachtet werden dürfen.

#### Sozialstrukturelle Merkmale

Auf dieser Ebene ergeben sich zwischen den Protestbewegungen viele Übereinstimmungen. Bei beiden sind bzw. waren die Demonstrierenden überproportional häufig männliche Teilnehmende, wobei der Anteil an Frauen themenbezogen schwankt. Rucht nimmt dies auf Basis von empirischen Daten aus den 1980er Jahren für die Ökologiebewegung an (Rucht 1994: 215). Im Bezug auf die Proteste gegen Groß- und Infrastrukturprojekte ergaben Untersuchungen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung einen Anteil von etwa 40% weiblichen Befragten bei einer Demonstration gegen Stuttgart 21, gegen den BBI betrug er 35% (Bebnowski et al. 2010: 6; Becké et al. 2011: 6).

Bei den Demonstrierenden konnte in beiden Bewegungen eine überdurchschnittlich hohe formale Bildung festgestellt werden. Während der GI-Proteste z.B. in Stuttgart konnte festgestellt werden, dass über 70% der Befragten über Abitur, 40% über eine abgeschlossene Hochschulausbildung verfügten (Bebnowski et al. 2010: 5).

Am stärksten unterscheiden sich die Protestierenden hinsichtlich ihres Alters. Während bei Demonstrationen im Rahmen der Ökologiebewegung überproportional häufig junge Menschen anzutreffen waren, kann für die Demonstrationen im Rahmen der GI-Proteste ein ungewöhnlich hoher Anteil an älteren Menschen festgestellt werden. Für die Proteste in München und Berlin gegen die Erweiterung/Neubau der städtischen Flughäfen und während Protesten gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende wird diese Diagnose gestellt (Becké et al. 2011: 5f.; Butzlaff et al. 2013: 53, 59; Marg et al. 2013: 97; Rucht 1994: 254).

#### Organisation

Für die Ökologiebewegung lässt sich feststellen, dass die Bewegung von lokalen Gruppierungen getragen wurde. Strukturell ähnelten diese Gruppen Bürgerinitiativen. Ihr Fokus schwankte zwischen einer lokalen Ausrichtung und dem Initiieren von Großdemonstrationen mit bis zu 100.000 Teilnehmenden. Besonders um letztere

120 Pulsschlag

zu organisieren, waren die Protestgruppen in losen Netzwerken organisiert. Für diese entwickelten sich meist unter dem Bezug zu einem konkreten politischen Thema regionale und nationale Koordinationsstellen (Nolte 2012: 366; Rucht 1994: 263).

Neben diesen Protestgruppen wurde ein Teil der Ökologiebewegung von Umwelt- und Naturschutzverbänden getragen. Im Bereich der politischen Ökologie wurde als einer der wichtigsten Verbände 1975 der BUND gegründet. Darüber hinaus erweiterte sich das Spektrum der Naturschutzverbände um Umweltschutzorganisationen wie Greenpeace Deutschland oder eine deutsche Sektion des WWF (Rucht 1994: 264).

Als drittes Grundmuster kann die 1980 erfolgte Gründung der Grünen als Bundespartei interpretiert werden. (Rucht 1994: 265f.). Bei den Protesten im Rahmen der Energiewende spielen auf lokaler Ebene ebenfalls Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle. Diese lokalen Protestgruppen umfassen einen "harten Kern" weniger Aktivisten. Dies ist meist dem Umstand geschuldet, dass die absolute Zahl der Protestierenden z.B. gegen Windkraftanlagen auf Grund der geringen Siedlungsdichte auf dem Land eher klein ist. Die lokalen Protestgruppen organisieren zwar Demonstrationen, können aber nur selten mehr als einige hundert Menschen aktivieren (Marg et al. 2014: 94-99).

Von den lokalen Protestgruppen müssen Proteste gegen Großprojekte in urbanen Gebieten unterschieden werden: So umfassten die Demonstrationen gegen Stuttgart 21 teilweise mehrere tausend Personen (SpiegelONLINE 2013: o.S.).<sup>2</sup>

#### Normative Grundhaltung

Von Anhängern der Ökologiebewegung wurde ihr Protest als Einsatz für übergeordnete Ziele verstanden, indem z.B. der unbelebten Umwelt eine politische Stimme verliehen wurde. Entsprechend lässt sich die Ökologiebewegung mit postmaterialistischen Wertehaltungen in Verbindung bringen. Diese Wertehaltung war mit der politischen Linken assoziiert. Als "links" ordneten sich 52,2% der Befragten mit

Werten von vier oder niedriger auf der linksrechts-Skala von 1 "ganz links" bis 10 "ganz rechts" ein (Rucht 1994: 246, 250).

Neben ökologischen Themen, allgemeiner Kritik an Profitgier und Kapitalismus sowie der Forderung nach mehr bürgerschaftlicher Teilhabe standen pragmatische Ziele auf der Agenda. Beispielweise die Verhinderung von infrastrukturellen Großprojekten. Dabei wurden neben den übergeordneten ökologischen Zielen auch lokal verwurzelte Ängste adressiert. Diese resultierten aus einer empfundenen Bedrohung der eigenen Lebenswelt (Nolte 2012: 366f).

Insgesamt kann für die Ökologiebewegung festgestellt werden, dass sie sich zunächst ideologisch stark von den konservativen Parteien in Deutschland abgrenzte. Deren Ziel belief sich auf "Ökonomie", im Sinne industriellen Wachstums. Einzig die Forderungen nach der Erweiterung der bürgerschaftlichen Partizipation führte nicht von Beginn an zu einer Frontstellung zwischen beiden Lagern: Während die SPD und FDP hier eine relativ offene Haltung einnahmen, wurde diese Forderung von der CDU/CSU abgelehnt. Im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre wichen diese konfrontativen Haltungen pragmatischeren. Dies liegt zum einen daran, dass grüne Parteien in die Parlamente einziehen konnten. Zum anderen liegt es daran, dass ökologische Ziele nach und nach auch von anderen Parteien in die politischen Programme aufgenommen wurden (Rucht 1994: 249).

Auch im Rahmen der GI-Proteste schätzen die Demonstrierenden sich selbst als überwiegend politisch linksorientiert ein. Bei der Demonstration gegen den Bau des BBI stuften sich selbst 45% der Befragten auf einer Skala von 1 "ganz links" bis 10 "ganz rechts" auf den Werten 4 oder darunter ein. 20% der Befragten ordneten sich in der Mitte ein (Becké et al. 2011: 19). Gegner von Projekten der Energiewende verwenden häufig Argumente, die auf den Wunsch, die Umwelt zu schützen, schließen lassen. Diese Tatsache ist angesichts weiterer Argumente der Protestierenden auffällig: Denn der Schutz der Umwelt wird

häufig auf einen bestimmten Lebensraum bezogen: die Region, in der die Protestierenden wohnen und mit der sie sich stark identifizieren. Mit anderen Worten beziehen sich die Protestierenden auf Heimat. Nehmen sie diese als stark durch Veränderungen belastet wahr, steigt die Wahrscheinlichkeit, weitere Veränderungen abzulehnen. Insofern geht es bei dieser Argumentation nicht um Umwelt im Sinne der ökologischen Bewegungen der 1970er Jahre, sondern um Natur (Marg et al. 2013: 106f). Mit anderen Worten lassen diese Argumente den Rückschluss auf konservative Werte zu.

Die Durchmischung von alternativen und konservativen Vorstellungen bei Beteiligungsverfahren oder öffentlichen Diskussionen kann als eine Annäherung zwischen politischen Positionen interpretiert werden. Aber auch das umgekehrte Phänomen kann beobachtet werden: So können Auseinandersetzungen zwischen vermeintlich nahestehenden politischen Positionen beobachtet werden, z.B. beim Bau neuer Windanlagen. Hier streiten sich Umweltschützer bzw. Grüne über den Nutzen bzw. die möglichen Schäden die mit solchen Anlagen verbunden sind. Während die einen auf Vogel- und Fledermausunfällen hinweisen, sehen die anderen einen Beitrag zum Klimaschutz. Eine derartige Auseinandersetzung konnte z.B. bei der Ausweisung einer Vorrangfläche in Ehingen (BW) beobachtet werden. Dabei lehnte der NABU die Vorstöße von BUND und Grünen ab (Schröter 2015: 3; Südwestpresse 2015: o.S.).3

Auch wenn die meisten Protestierenden schon Vorerfahrungen mit politischen Aktionen wie Demonstrationen haben, gibt die überwiegende Mehrheit an, sich nur gelegentlich bis selten an Aktionen im Rahmen anderer thematischer Kontexte beteiligt zu haben. Bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 gaben 64% der Befragten an, gelegentlich oder selten anderweitig aktiv zu werden. Nur 15-20% der Befragten gab an, häufig oder sehr häufig an anderen politischen Aktionen teilzunehmen (Bebnowski et al. 2010: 8). Der Protest kann insofern als projektspezifisch verstanden werden.

Zwar spielen übergreifende Wertehaltungen eine wichtige Rolle in der Argumentation der Demonstrierenden, doch diese werden auf einen konkreten Fall bezogen und weniger als politisches Ziel an sich verfolgt (Schröter 2015: 2).

Die Demonstrierenden weisen hinsichtlich ihrer normativen Grundhaltung eine hohe Identifikation mit demokratischen Werten auf. Im Bezug auf die Aussage "Ich identifiziere mich mit demokratischen Werten (z.B.: Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit)" (Bebnowski et al. 2010: 13) stimmten in Berlin 71% der Befragten voll und ganz zu (Bebnowski et al. 2010: 13; Becké 2011: 12; Schröter 2015: 2).

Allerdings sind die Befragten gleichzeitig mit dem Zustand des demokratischen Systems in Deutschland unzufrieden. Über 60% der Befragten lehnten die Aussage, dass sie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden sind, eher oder ganz ab. (Becké et al. 2011: 13). Die Protestierenden fühlen sich nicht ausreichend in die Planung der Großprojekte mit ihren Interessen und Argumenten einbezogen und ernst genommen. Sie werfen den politischen Entscheidungsträgern vor, wirtschaftliche Interessen gegen ihren Willen durchzusetzen und glauben, dass die Politik der Wirtschaft unnötigerweise einen Teil ihrer Macht abgetreten hat. Insofern misstrauen sie "der Politik" und der "Wirtschaft". Den Parteien trauen die Protestierenden nur in begrenztem Maße zu, Probleme angemessen bzw. effizient lösen zu können (Becké et al. 2011: 16; Bebnowski 2011:16).

#### Fazit

Zusammenfassend lassen sich die zentrale Ergebnisse der Überlegungen wie folgt darstellen: Im Vergleich zu Demonstrationen in den 70er Jahren nehmen heute mehr ältere Menschen an den Demonstrationen teil. In der Literatur gibt es derzeit Spekulationen vor allem über die Veränderungen in der Altersstruktur, gerade bei den Protesten gegen Groß- und Infrastrukturprojekten (Baumgarten/Rucht 2013: 103). Das folgende Zitat fasst die wesentlichen Argumente, die

122 | Pulsschlag

für eine Ausweitung der Proteste sprechen, zusammen: "Ein bisschen salopp orakelt: Spätestens zwischen 2015 und 2035 werden sich Hunderttausende hochmotivierter und rüstiger Rentner (sic!) mit dem gesammelten Rüstzeug der in den Jugendjahren reichlich gesammelten Demonstrationserfahrungen in den öffentlich vorgetragenen Widerspruch begeben" (Walter 2013: 7f.). Auch die Neugründung von Parteien, die zu einer Befriedung der Situation führen könnten, scheint vor dem Hintergrund der eher negativen Haltungen der Protestierenden gegenüber den politischen Eliten unwahrscheinlich.

Allerdings lassen sich auch Argumente finden, die gegen eine Ausweitung der Proteste sprechen. Die Ökologiebewegung verstand sich konfrontativ und setzte alternative Werte konservativen entgegen (zunächst außerparlamentarische Opposition). Der Wegfall dieser Konfrontation lag einerseits in der Gründung von Interessensgruppen und der angesprochenen Veränderung des Parteiensystems. Die GI-Proteste zeichnen sich durch diesen Wegfall in der Nachfolge eher durch die Durchmischung konservativer und alternativer Argumente aus. Sie stehen meist im Bezug zu einem konkreten Projekt, ohne einen übergeordneten normativen Kern zu verfolgen. Besonders der Bezug auf konkrete Projekte lässt sich als Argument verstehen, das gegen eine neue Protestwelle älterer Menschen spricht.

Gerade der Wegfall der Konfrontation zwischen konservativen und alternativen Haltungen dürfte zu einer Verbreitung der Forderung nach mehr Beteiligung beigetragen haben, welche nun auch von konservativeren Parteien mitgetragen werden kann. Auch das könnte einer neuen Protestwelle entgegenwirken.

Regina Schröter ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet für ZIRIUS, Universität Stuttgart. Kontakt: regina.schroeter@sowi.uni-stuttgart.de.

#### Anmerkungen

<sup>1</sup> Eine Zusammenfassung der Merkmale aktueller Proteste wurde bereits in Schröter

2015 veröffentlicht. Der Artikel wird aus Gründen der Transparenz an einigen Stellen zitiert

- <sup>2</sup> SpiegelONLINE: Protest gegen Stuttgart 21 nimmt wieder Fahrt auf.http://www.spiegel. de/politik/deutschland/demo-protest-gegenstuttgart-21-nimmt-wieder-fahrt-auf-a-885194. html [18.08.2015].
- <sup>3</sup> Südwestpresse vom 26.02.2015: NABU gegen Windkraft auf Ehinger Alb. http://www.swp. de/ehingen/lokales/ehingen/Print-Entruestung-Windkraft-Ortsverband-Ablehnung-Windrad-Naturschutzbund-Osterholz-Gruene-Nabu-gegen-Windkraft-auf-der-Ehinger-Alb;art4295,3070841 [14.04.2015].

#### Literatur

Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter 2013: Die Protestierenden gegen "Stuttgart 21" einzigartig oder typisch?" In: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden, Springer VS, 97-125.

Bebnowski, David/Herman, Christoph/ Heyne Lea/Hoeft, Christoph/Kopp, Julia/Rugenstein, Jonas 2010: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21. http:// www.demokratie-goettingen.de/content/ uploads/2010/11/Neue-Dimensionen-des-Protests.pdf [09.03.2015].

Becké, Ana Belle/Hartmann, Franz/Hermann, Christoph/Heyne, Lea/Hoeft, Christoph/Marg, Stine 2011: Die Proteste gegen den Flughafen Berlin Brandenburg (BER/BBI). Eine explorative Analyse der Protestteilnehmer. http://www.demokratie-goettingen.de/content/uploads/2011/08/Stuttgart21\_II.pdf [06.03.2015].

Butzlaff, Felix/Hoeft, Christoph/Kopp Julia 2013: "Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!" Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung. In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.) Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 46-91.

Geißel, Brigitte/Kersting, Norbert 2014: Zwischen Parteiendemokratie und partizipativen Innovationen – Beteiligungskultur in Deutschland. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 12/2014. http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/beitrag\_geissel\_kersting\_140620\_end.pdf [26.08.2015].

Hutter, Swen/Teune Simon 2012: Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 25-26, 9-16.

Marg, Stine/Hermann, Christopher/ Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle 2013: ,Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin'. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zug der Energiewende. In: Marg, Stine/Geiges Lars/Butzlaff Felix/ Walter, Franz (Hg.) Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 92-136.

Nolte, Paul 2012: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart. Nördlingen, Beck.

Rucht, Dieter 1994: Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt/New York, Campus.

Schröter, Regina 2015: Großprojekte im Spannungsfeld zwischen Pluralismus und Schließung. Welchen Beitrag können Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren im Umgang mit Protesten – auch gegen Projekte der Energiewende – leisten? http://www.netzwerkbuergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter\_beitraege/nbb\_beitrag\_schroeter\_150709.pdf [14.08.2015].

Walter, Franz 2013: Bürgerlichkeit und Protest in der Misstrauensgesellschaft. Konklusion und Ausblick. In: Marg, Stine/Geiges Lars/Butzlaff Felix/Walter, Franz (Hg.) Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 299-341.

ANALYSE

### Größtenteils links und protesterfahren – Befragung der Teilnehmenden der TTIP-Demonstration in Berlin

Am 10. Oktober 2015 erlebte Berlin die größte Demonstration seit dem Protest gegen den Irakkrieg am 15. Februar 2003. Zwischen 150.000 (Polizeiangaben) und 250.000 (Angaben der Veranstalter) Menschen versammelten sich, um die Freihandelsverträge TTIP und CETA in Frage zu stellen. Dass eine Demonstration dieser Größe ausgerechnet internationale Handelspolitiken zum Thema hat, ist bemerkenswert. Handelspolitik ist üblicherweise ein Politikbereich, der wenig öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Die Demonstration in Berlin ist umso erstaunlicher, da Deutschland aufgrund seiner Exportorientierung als potentieller Gewinner des TTIP-Abkommens in Europa zählt. Dennoch fand in keinem anderen europäischen Land auch nur annähernd eine so große Mobilisierung gegen TTIP statt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, aus welchen Beweggründen sich Menschen an der TTIP-Demonstration beteiligt haben. Wer sind die Demonstrierenden? Welche Motive und Überzeugungen haben sie? Welchem politischen Spektrum ordnen sie sich zu?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, haben wir, eine Gruppe von Wissenschaftler\_innen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung, die Teilnehmenden der TTIP-Demonstration befragt. Dabei konnten wir auf Erfahrungen bei früheren Demonstrationsbefragungen zurückgreifen - bei den Protesten gegen den Irakkrieg (2003), gegen Hartz IV (2004), bei den Sozialforen in Erfurt (2005) und Athen (2006), bei der Montagsdemonstration gegen Stuttgart 21 (2010), den "Montagsmahnwachen für den Frieden" (2014) und zuletzt bei den Pegida-Demonstrationen in Dresden (2015).

Durchgeführt haben wir die Befragung als Online-Befragung von zuvor bei der Demonstration zufällig ausgewählten Demonstrieren124 | Pulsschlag

den: Während der Demonstration verteilten 13 Zweierteams nach einem Zufallsprinzip insgesamt 3.393 Hinweiszettel, mit denen die angesprochenen Demonstrierenden zur Beteiligung an der Befragung aufgerufen wurden. Mit einem individuellen Passwort wurde sichergestellt, dass mit jedem Handzettel nur eine Person an der Umfrage teilnehmen konnte. 482 der Angesprochenen füllten schließlich den Onlinefragebogen aus. Eine erste ausführliche Auswertung ist inzwischen auf der Webseite des Instituts verfügbar. Im Folgenden präsentieren wir einige zentrale Befunde.

Die Befragung liefert ein differenziertes Bild der Demonstrierenden, ihrer Motive und ihrer Einstellungen. Dabei zeigen sich einige markante Muster.

# Wer geht zur "TTIP & CETA stoppen"-Demonstration?

Im Vergleich mit Teilnehmenden anderer Demonstrationen sind die TTIP-Demonstrierenden relativ alt. Das Durchschnittsalter der Befragten in unserer Stichprobe liegt bei 47 Jahren und damit leicht über dem Durchschnittsalter der Bevölkerung in Deutschland im Jahre 2013 (42,8 Jahre für Männer und 45,5 Jahre für Frauen). Frauen und Männer haben sich in etwa gleichen Teilen an der Demonstration beteiligt (47% Frauen und 53% Männer). Bis auf die Montagsmahnwachen¹ (70% Männer) und Pegida² (76% Männer) war die paritätische Geschlechterverteilung bei den vorangegangenen Befragungen die Regel.

Generell beteiligen sich Menschen mit einem höheren Bildungsgrad eher an Demonstrationen als Personen ohne höhere formale Bildung. Dieser Zusammenhang zeigt sich bei der TTIP-Demonstration ausgesprochen deutlich. Auch im Vergleich mit anderen Demonstrationen ist der sehr hohe Bildungsgrad unter den TTIP-Demonstrierenden auffällig: 60 Prozent der Befragten verfügen über einen Hochschulabschluss (Bevölkerungsdurchschnitt: 16%) und 9 Prozent führen einen Doktortitel (Bevölkerungsdurchschnitt: 1%). Insgesamt haben 86 Prozent der Befragten die Fachhochschulreife beziehungsweise das

Abitur abgelegt. Damit liegt das Bildungsniveau der TTIP-Demonstrierenden weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt (29% mit Fachhochschulreife/Abitur³), aber auch über dem der Teilnehmenden anderer Demonstrationen. Allein die Demonstrierenden gegen den Irakkrieg im Jahre 2003 (82% mit Abitur) (Rucht 2003) und gegen Stuttgart 21 (72%) (Baumgarten/Rucht 2013) hatten ein ähnliches Bildungsprofil.

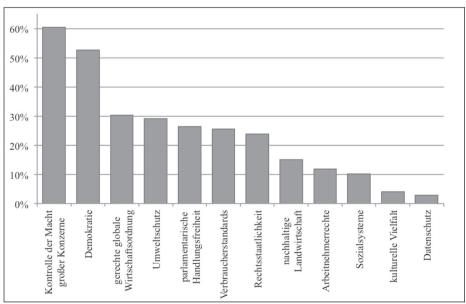
Die Befragten in unserer Stichprobe sind zudem ausgesprochen protesterfahren und überdurchschnittlich stark politisch engagiert - sowohl im Vergleich zur Gesamtbevölkerung als auch im Vergleich zu anderen Demonstrationen. Nur ein Fünftel gab an, im Verlauf der letzten fünf Jahre an keinem Protest teilgenommen zu haben - bei den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 waren dies fast die Hälfte der Befragten. Ein Drittel hat sich zuvor an den Protesten für einen Atomausstieg beteiligt, 22 Prozent waren zuletzt gegen Pegida und deren Ableger aktiv. Die Mitgliedschaft in Gewerkschaften (29%) liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt (12%), was auch die zentrale Rolle von Gewerkschaften im "TTIP & CETA stoppen"-Bündnis wiederspiegelt. Die wichtigsten Themenfelder des politischen Engagements sind Umweltschutz und Frieden. Auch die Tatsache, dass mehr als zwei Drittel der Teilnehmenden nicht aus Berlin kommen, sondern aus ganz Deutschland angereist sind, verdeutlicht, dass diese bereit sind, einiges auf sich zu nehmen, um ihre Kritik an TTIP und CETA sicht- und hörbar zu machen. Die Größe der Demonstration ist dabei auch ein Ausdruck der erfolgreichen Mobilisierung insbesondere des Kampagnen-Netzwerks Campact sowie von Gewerkschaften und Umweltorganisationen. Sie haben in der Mobilisierung eine entscheidende Rolle gespielt. Allein das Kampagnennetzwerk Campact wurde von 37 Prozent der Befragten als wichtige Organisation für die eigene Mobilisierung genannt.

#### Motive und Einstellungen

Ein zentrales Interesse der Umfrage war es, etwas über die Motive der Demonstrierenden zu erfahren. Dabei interessierten wir uns zuerst dafür, in welchen Bereichen die TTIP-Demonstrierenden die stärksten negativen Folgen von Handelsabkommen wie TTIP oder CETA befürchten. Die Befragten konnten hier bis zu drei Themenbereiche auswählen, TTIP und CETA werden von den Demonstrierenden vor allem als Ausdruck der Macht der Konzerne (61%) und als Gefährdung der Demokratie interpretiert (53%). Es sind also nicht überwiegend die in der Medienberichterstattung prominenten Themen der Sozial- oder Verbraucherschutzstandards (26%) - etwa das Bild des "Chlorhühnchens" -, die die Menschen mobilisiert haben, in Berlin zu demonstrieren. Es geht vielmehr um die grundsätzliche Befürchtung, TTIP und CETA stellten eine Gefahr für die Demokratie und die staatliche Kontrolle ökonomischer Akteur innen dar. Abbildung 1 liefert einen Überblick über die zentralen Themen.

Auch wenn einzelne Medienberichte das behaupteten – große Überschneidungen zwischen der TTIP-Demonstration und ressentimentgeladenen Demonstrationen wie Pegida legen die Befragungsergebnisse nicht nahe. Zwar waren einzelne Plakate mit diesem Tenor auf der Demonstration nicht übersehbar, aber im Unterschied zu Pegida gibt es unter den Befragten auf der TTIP-Demonstration trotz deutlicher Kritik kein geschlossenes Feindbild gegenüber etablierten Medien und Regierenden. Das Vertrauen in politische Institutionen ist vergleichsweise hoch. So schenken die TTIP-Demonstrierenden den Parteien und dem Bundestag ein höheres Vertrauen als die Gesamtbevölkerung: 66 Prozent der Gesamtbevölkerung misstrauen den Parteien (TTIP: 52%) und 55 Prozent dem Bundestag (TTIP: 43%). Während das Misstrauen gegenüber Großkonzernen (97%) und Banken (92%) unter den TTIP-Demonstrierenden ausgesprochen groß ist, wird den Medien vergleichsweise viel Vertrauen entgegengebracht (Zeitungswesen: 29% Misstrauen). Diese Ergebnisse stehen in einem starken Kontrast zu den Antworten der Pegida-Demonstrierenden und dem Slogan der sogenannten "Lügenpresse"; hier erreichten Parteien, Bundestag und Medien Misstrauenswerte von über 90 Prozent bis annähernd 100 Prozent.

Abbildung 1: "In welchen Bereichen fürchten Sie am meisten negative Folgen von Abkommen wie TTIP oder CETA?" (Nennung als einer der drei gefährdetsten Bereiche)



126 Pulsschlag

Das recht hohe Vertrauen in politische Institutionen geht einher mit einer relativ positiven Einschätzung der Einflussmöglichkeiten auf das Handeln der Regierung und der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland ein funktionierendes politisches System sei. Tabelle 1 fasst die Antworten zu diesen beiden Fragen zusammen.

Tabelle 1: Funktionieren des politischen Systems und eigener Einfluss auf Regierung, in %

|   | Lehne<br>völlig ab | Lehne<br>überwie-<br>gend ab | Stimme<br>teils zu/<br>teils nicht<br>zu |      | Stimme<br>ganz zu |
|---|--------------------|------------------------------|--|------|-------------------|
| Leute wie ich haben<br>keinen Einfluss darauf,<br>was die Regierung tut.                                    | 7,0                | 19,0                         | 41,3                                     | 26,0 | 6,8               |
| Unser politisches System,<br>also die Demokratie in der<br>Bundesrepublik Deutschland,<br>funktioniert gut. | 7,5                | 24,3                         | 43,3                                     | 23,8 | 1,3               |

33 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie keinen Einfluss auf die Regierung haben. Diese Werte liegen weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt – hier geben ganze 78 Prozent an, keinen Einfluss zu haben (Decker et al. 2012). Unter den TTIP-Demonstrierenden sehen immerhin mehr als ein Viertel einen eigenen politischen Gestaltungsspielraum.

In den Medien wurde im Vorfeld der Demonstration mehrfach nahegelegt, dass viele der Demonstrierenden dem rechten Spektrum zuzuordnen seien und nationalistische oder antisemitische Motive die Ablehnung des Abkommens mit den USA befeuerten. Betrachtet man die Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala und die Parteienpräferenz, so lässt sich die Spekulation über eine Beteiligung von Rechten nicht bestätigen: Ein Großteil der TTIP-Demonstrierenden positioniert sich politisch eindeutig links. Die Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hätten unter den befragten Demonstrierenden eine komfortable absolute Mehrheit. Lediglich 1,5 Prozent der TTIP-Demonstrierenden verorten sich rechts der Mitte. 19 Prozent positionieren sich in der Mitte und der überwiegende Teil der Befragten positioniert sich links (70%). Dieser Wert liegt deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt

(laut Allbus 2012: 31% links). Auch im Vergleich zu den Montagsmahnwachen (38% links) und – kaum verwunderlich – Pegida (9%) ist der Anteil der Befragten, die sich links einordnen, unter den TTIP-Demonstrierenden hoch.

#### Ein Profil der TTIP-Demonstrierenden

Die Demonstrationsbefragung liefert ein differenziertes Bild der Demonstrierenden, ihrer Motive und ihrer Einstellungen. Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Insgesamt können wir auf der Basis der Umfrage sagen, dass am 10. Oktober 2015 in Berlin - auf der größten Demonstration seit über zehn Jahren in Deutschland - politisch engagierte, gebildete und in der Mehrheit deutlich links der Mitte verortete Menschen ihren Unmut gegenüber einem Handelsabkommen auf die Straße getragen haben, das in den Augen der Demonstrierenden die notwendige staatliche Kontrolle der Macht großer Konzerne einschränken und die Demokratie gefährden wird. Gut zwei Drittel haben für ihre Teilnahme an der Demonstration z.T. erhebliche Anfahrtswege in Kauf genommen. Die Größe der Demonstration ist Ausdruck der erfolgreichen Mobilisierung insbesondere des Kampagnen-Netzwerks Campact sowie von

Gewerkschaften und Umweltorganisationen. Dabei hatte sich schon zuvor gezeigt, als über drei Millionen Menschen eine selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP unterzeichnet haben, dass das hinter verschlossenen Türen verhandelte Handelsabkommen vielen Menschen keineswegs egal ist und sie die Entscheidung darüber nicht der Europäischen Kommission, dem US-Handelsministerium und den privilegiert in die Verhandlungen einbezogenen Unternehmensverbänden überlassen wollen.

Angesichts der Größe der Demonstration ist es allerdings auch bemerkenswert, wie wenige Spuren der Protest in der medialen Öffentlichkeit hinterlassen hat. Zwar haben alle größeren Zeitungen und Nachrichtensendungen über die Demonstration berichtet, aber über die abgesehen von ihrer Größe wenig spektakuläre, friedlich und ohne Zwischenfälle verlaufene Demonstration wurde in den überregionalen Medien nicht ausführlich auf der Titelseite, sondern meist nur im Innenteil der Zeitungen berichtet.

Die in einigen Medien suggerierte "Querfront", also eine gemeinsame Mobilisierung des rechten und linken Spektrums, können wir auf der Basis der Umfrage klar widerlegen. Trotz vereinzelter Aufrufe aus dem Umfeld der AfD und von Pegida hat tatsächlich nur eine sehr kleine Zahl an Personen aus diesem Spektrum an der Demonstration teilgenommen. Auch wenn es sicherlich stimmt, dass das Handelsabkommen TTIP sowohl von Linken als auch von Rechten abgelehnt wird, so legen die Ergebnisse unserer Umfrage nahe, dass Rechte, gemessen an ihren Wahlentscheidungen und ihrer Selbsteinschätzung, nur eine marginale Rolle gespielt haben. Die Demonstrationsbefragung zeigt darüber hinaus, dass die Demonstrierenden dem politischen System der Bundesrepublik überwiegend positiv gegenüberstehen und davon überzeugt sind, durch ihr Handeln Politik mitgestalten zu können.

Priska Daphi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Goethe Universität Frankfurt am Main. Kontakt: daphi@soz.uni-frankfurt.de. Sebastian Haunss, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Kontakt: sebastian. haunss@uni-bremen.de.

*Moritz Sommer*, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Freie Universität Berlin. Kontakt: sommer.moritz@fu-berlin.de.

Wolfgang Stuppert, freiberuflicher Sozialwissenschaftler und Doktorand an der Humboldt-Universität zu Berlin. Kontakt: wstuppert@gmail.com.

Simon Teune, Postdoc-Stipendiat am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Kontakt: teune@ztg.tu-berlin.de.

Sabrina Zajak, Junior-Professorin am Institut für Soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum. Kontakt: sabrina.zajak@rub.de.

Die Autor\_innen sind Mitglieder des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung. Online unter: www.protestinstitut.eu.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Siehe online unter: https://protestinstitut. files.wordpress.com/2014/06/occupy-frieden\_befragung/montagsmahnwachen\_protestinstitut-eu rev.pdf [21.10.2015].
- <sup>2</sup> Siehe online unter: https://protestinstitut. files.wordpress.com/2015/03/protestforschung-am-limit\_ipb-working-paper\_web.pdf [21.10.2015].
- <sup>3</sup> Statistisches Bundesamt nach Zensus 2011. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/ GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/ Bildungsstand/Tabellen/Bildungsabschluss. html [21.10.2015].

#### Literatur

Baumgarten, Britta/Rucht, Dieter 2013: Die Protestierenden gegen "Stuttgart 21" einzigartig oder typisch?, in: Brettschneider, Frank/Schuster, Wolfgang (Hg.): Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz. Wiesbaden: Springer VS, 97-125.

Rucht, Dieter 2003: Die Friedensdemonstranten - wer sind sie, wofür stehen sie? In:

128 | Pulsschlag

Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 16 (2), 10-13.

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2013: Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4614 Datenfile Version 1.1.1.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2012: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn. http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf\_12/mitte-im-umbruch\_www.pdf [21.10.2015].

**TAGUNGSBERICHT** 

### Strafverfahren gegen Rechtsterrorismus

Vom 4. bis 5. Dezember 2015 fand an der Hochschule Düsseldorf die Fachtagung "Legal Proceedings against Right-Wing Terrorism – Perspectives from Political Sociology and the Sociology of Law" statt. Hintergrund der von der Sektion Politische Soziologie in der DGS und dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf getragenen Tagung war die Feststellung, dass es trotz medialer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit für entsprechende Strafverfahren kaum Forschung zu ihnen gibt.

In der Eröffnung betonte Fabian Virchow als Leiter von FORENA unter anderem, dass die interdisziplinäre Aufstellung der Fachtagung mit Vertreter\*innen aus der Soziologie, der Politikwissenschaft, den Geschichtswissenschaften und dem Rechtswesen - eine Stärke sein könne, wenn es darum gehe, die gesellschaftliche Bedeutung dieser Strafprozesse theoretisch und empirisch in den Blick zu nehmen. Beatrice de Graaf (Utrecht) stellte ihren performativitätstheoretisch geschulten Zugriff auf Gerichtsverfahren gegen des Terrorismus Verdächtigte vor und hob die dynamische Struktur und das interaktive Handeln in den Gerichtssälen hervor. Dabei sei von besonderer Bedeutung, dass es sich dort um den einzigen Moment handele, in dem sich alle Akteure begegnen.

Das Verfahren werde zur Bühne, auf welcher die involvierten Akteure verschiedene Strategien einsetzen, um ihre jeweilige Zielgruppe innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals von ihrer Version von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit zu überzeugen. Schließlich trügen sie auch zum kollektiven Gedächtnis und Verständnis der Wertvorstellungen bei, die in einer Gesellschaft als gültig angesehen würden. Zugleich ließen sich empirisch auch Verfahren finden, die aufgrund der spezifischen Art ihrer Durchführung zu weiterer Radikalisierung beigetragen hätten.

Maik Fielitz (Frankfurt) beschäftigte sich in dem von ihm vorgestellten Konferenzpapier mit den Aussichten und Fallstricken des Gerichtsverfahrens gegen die griechische neonazistische Partei "Golden Dawn". 2013 wurden der Parteivorsitzende Michaloliakos sowie mehrere weitere Mitglieder der Parteiführung unter dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung festgenommen. Da das griechische Parteienrecht die Möglichkeit eines Verbots nicht vorsieht, galt die Kriminalisierung als einzige, jedoch heikle Möglichkeit, der an Gewalttaten beteiligten Partei mit juristischen Mitteln zu begegnen. Der Ausschluss der Öffentlichkeit für Teilöffentlichkeiten sei dabei ein problematisches Mittel der Kontrolle des Ablaufs der Verfahren.

Tore Bjørgo (Oslo) gab einen Einblick in das Gerichtsverfahren gegen Anders Breivik und fokussierte dabei auf die Bedeutung von psychiatrischen Gutachten und den Umgang der verschiedenen Beteiligten mit ihnen. Aufgrund des vollständigen Geständnisses des Täters beschäftigte sich das Gerichtsverfahren stark mit der Frage der Schuldfähigkeit. Ein erstes Gutachten, dass eine geistige Erkrankung diagnostiziert hatte, hätte die Möglichkeit seiner Freilassung nach 5 Jahren Unterbringung in einer Einrichtung der psychiatrischen Gesundheitsfürsorge denkbar gemacht - eine auch in Norwegen unakzeptable Vorstellung. Erst mit einem weiteren Gutachten wurde Breiviks volle Schuldfähigkeit festgestellt. Breivik hatte die erste Diagnose als starke Erniedrigung interpretiert und sein Verhalten daraufhin geändert. Die Staatsanwaltschaft hielt dennoch über einen längeren Zeitraum an den Ergebnissen des ersten Gutachtens fest.

Galadriel Ravelli (Bath) stellte die Machtbeziehung zwischen nationalen und internationalen Akteuren im Fall des Mordversuchs an dem chilenischen Christdemokraten Bernardo Leighton dar. Leighton hatte Chile nach dem Putsch gegen Allende verlassen und wurde im Exil in Rom Opfer eines Anschlags seitens italienischer Faschisten. Ravelli arbeitete verschiedene strukturelle Dimensionen des Falles heraus, etwa die Beteiligung von Geheimdiensten sowie das langjährige Scheitern einer angemessenen juristischen Aufarbeitung aufgrund mangelnder transnationaler Kooperation der Justizbehörden in Italien, den USA und Chile.

Als Abschluss des ersten Tages wurde in einem Kulturzentrum in Anwesenheit der Regisseurin Eszter Hajdú der Dokumentarfilm "Judgement in Hungary" gezeigt. Der Film begleitet den Prozess gegen vier Männer, die aufgrund rassistisch motivierter Anschläge auf die Roma-Bevölkerung angeklagt waren. Im anschließenden Gespräch mit der Regisseurin wurden Fragen nach der Rolle des Richters, dem Setting des Gerichtssaals sowie der aktuellen Migrationspolitik Ungarns diskutiert.

Matthew Feldman (Teesside) eröffnete vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen als Gutachter in Terrorismusstrafverfahren den zweiten Tag der Veranstaltung mit Überlegungen zu den Auswirkungen des Konsums neonazistischer Texte auf die Bereitschaft zur Durchführung von schweren Gewalttaten. Basierend auf den Erkenntnissen der Forschung zu "Lone Wolf"-Terroristen, die ohne direkten Einfluss einer Führungsperson oder im Rahmen einer Organisationshierarchie handeln, stellte Feldman die beiden Fälle von Neil Lewington und Ian Davison (beide UK) exemplarisch vor und diskutierte die Wechselwirkung zwischen Internetnutzung, biografischen Erfahrungen und sozialen Kontakträumen.

Marc Schwietring (Göttingen) stellte mit Blick auf den in München seit Mai 2013 stattfindenden NSU-Prozess Überlegungen zu einem Forschungsprojekt vor, das die Rolle der Nebenkläger\*innen in stark von der Öffentlichkeit beachteten Strafverfahren beleuchtet und deren Möglichkeiten zur Einflussnahme und zur Aufklärung untersucht.

Joost van Spanje (Amsterdam) präsentierte ein unter dem Titel "Defending or Damaging Democracy?" stehendes Forschungsprogramm, das in international vergleichender Perspektive der Frage nachgeht, welche Auswirkungen strafrechtliche Maßnahmen gegen extrem rechte Parteien beziehungsweise deren Führungspersonal auf deren Erfolgsaussichten bei Wahlen haben. Zudem wird untersucht, inwiefern entsprechende Gerichtsverfahren als Verteidigung oder aber Schädigung von Demokratie erfahren werden.

Im Mittelpunkt des Beitrages von Badrinath Rao (Flint) stand der erstarkende hinduistisch geprägte Nationalismus in Indien, damit verbundenes rechtsextremes terroristisches Handeln und eine staatliche Praxis, die islamistische Gewalt signifikant stärker sanktioniert als hindu-nationalistischen Terrorismus.

Zum Abschluss der Fachtagung riefen Massimiliano Livi (Münster) und Hartmut Aden (Berlin) einige der diskutierten, aber auch der weiterhin zu untersuchenden Fragen in Erinnerung: Ist die Performance der jeweiligen Akteure in Gerichtsverfahren zu terroristischen Attentaten wichtiger als die begangene Straftat, welche verhandelt wird? Zumindest Täter\*innen scheinen sich über den performativen Aspekt innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals bewusst zu sein und nutzen den Prozess häufig als letzten kommunikativen Akt. Wie lässt sich die Rolle der Nachrichtendienste hinsichtlich rechtsterroristischer Gewalt und Strukturen jenseits von Verschwörungstheorien einerseits und Bagatellisierung oder Leugnung andererseits angemessen verstehen? Welchen Stellenwert haben Transparenz und Öffentlichkeit in Strafverfahren hinsichtlich der "Herstellung von Gerechtigkeit<sup>2</sup> Von welchen Faktoren wird die Art der Prozessführung der Richter\*innen in solchen Strafprozessen bestimmt? Welcher Stellenwert kommt politischen Überzeugungen, professionellem Selbstverständnis, der Verhinderung des Gebrauchs des Strafprozesses zu propagandistischen Zwecken zu?

130 | Pulsschlag

Insgesamt stieß die Fachtagung bei allen Teilnehmenden neue Fragen an und ermöglichte den wissenschaftlichen Austausch mit einer Vielzahl von Aspekten der Thematik. Eine Veröffentlichung ausgewählter Beiträge ist denkbar.

Sabrina Hosono, Düsseldorf

SELBSTDARSTELLUNG

### Unabhängig und universitätsübergreifend – das Institut für Protest- und Bewegungsforschung

Proteste und soziale Bewegungen stehen auf der öffentlichen Agenda weit oben; in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften bleibt die Forschung dazu aber versprengt; ein institutioneller Anker fehlt. Um der Forschung in diesem Themenfeld einen Ort zu geben, haben Sozialwissenschaftler\_innen 2012 den Verein für Protest- und Bewegungsforschung gegründet mit dem Ziel, ein Institut für Protest- und Bewegungsforschung zu etablieren.

De facto hatte eine Kerngruppe des Vereins bereits seit 2013 ein informelles Institut auf den Weg gebracht, Forschungsanträge gestellt und Projekte in Gang gesetzt. Es ist allerdings nicht gelungen, diesen Arbeitszusammenhang institutionell in einer bestehenden universitären oder außeruniversitären Einrichtung zu verankern. Deshalb wurde bei einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins im September 2015 eine Grundsatzentscheidung gefällt: Der Verein betreibt das Institut ab sofort autonom und macht sich damit von den bisherigen Partnern TU Berlin und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) unabhängig. Diese Option war schon länger diskutiert worden. In mehreren Strategietreffen hatte die Idee Konturen angenommen.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand eine Vernetzungstagung statt, auf der Möglichkeiten der Gestaltung eines Netzwerkinstituts erörtert wurden. Unter dem Titel "Bridging and Bonding. Die Forschung zu Protest, Bewegung und Widerstand vernetzen" kamen gut 100 Bewegungsforscher\_innen aus ganz Deutschland zusammen. Ziel war es, thematisch orientierte Arbeitskreise ins Leben zu rufen, die eigenständige Aktivitäten entwickeln, aber dem Instituts verbunden sind. Im Rahmen der Tagung wurden neben einem bereits bestehenden Arbeitskreis zehn weitere Arbeitskreise ins Leben gerufen.

Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung ist ein bundesweites universitätsübergreifendes Netzwerk von einschlägig Forschenden, das eine koordinierende Geschäftsstelle in Berlin betreibt. Das Institut wird dabei eng mit vorhandenen Einrichtungen und Initiativen im Wissenschafts- und Bildungsbereich in Berlin, im übrigen Bundesgebiet und auch im Ausland kooperieren. Es soll theoretisch angeleitete, empirisch fundierte und wissenschaftlich wie politisch-praktisch relevante Forschung zu Protest und Bewegungen anregen bzw. selbst durchführen. Um dies zu gewährleisten, bietet das Institut verschiedene Möglichkeiten der Mitarbeit und des Austausches, Hierzu zählen sowohl regelmäßige Veranstaltungen wie Kolloquien und Workshops als auch spezielle Tagungen. In thematischen Arbeitskreisen kommen Mitglieder und Nicht-Mitglieder zusammen, organisieren Workshops und erstellen Publikationen, darunter auch Beiträge für die bereits existierende Reihe IPB working papers. Zudem werden in einer kooperativen Arbeitsweise Demonstrationsbefragungen und Analysen aktueller Konflikte durchgeführt, Forschungsgelder eingeworben und Forschungsergebnisse in die öffentliche Debatte eingebracht.

Die Organisation des Instituts tragen die 70 Mitglieder des Vereins selbst. Die Kosten werden durch Mitgliedsbeiträge und Spenden gedeckt. Jede und jeder, der/die in dem Forschungsfeld arbeitet, ist als neues Mitglied willkommen. Allen anderen steht die Fördermitgliedschaft offen. Aktuelle Informationen über die Aktivitäten des Instituts findet man auf der Webseite http://protestinstitut.eu und auf dessen Facebook-Seite https://www.facebook.com/Protestinstitut.

Priska Daphi/Roland Roth/Dieter Rucht/ Simon Teune/Sabrina Zajak, Institut für Protest- und Bewegungsforschung

| Arbeitskreise¹                            | Ansprechpersonen  | Wichtige Termine   |  |
|---|---|--|--|
| AK Ökonomie und Arbeit                    | Sabrina Zajak<br>Sabrina.zajak(at)rub.de  | Workshop,<br>78.04.2016, Berlin                                  |  |
| AK Bewegungen und<br>Institutionen        | Jan-Philipp Vatthauer<br>vatthauer(at)hsfk.de;<br>Nina-Kathrin Wienkoop<br>wienkoop(at)leuphana.de    | Workshop,<br>12.12.2015, Berlin<br>Workshop,<br>April, Frankfurt |  |
| AK Medien                                 | Armin Scholl<br>Scholl(at)uni-muenster.de<br>Simon Teune<br>teune(at)ztg.tu-berlin.de                 | Workshop,<br>Februar 2016  |  |
| AK Geschlechterbewegungen                 | Ilse Lenz<br>ilse.lenz(at)ruhr-uni-bochum.de<br>Sebastian Scheele<br>sebastian.scheele(at)gmx.de      | Workshop,<br>Januar 2016, Berlin                                 |  |
| AK Klima- und<br>Umweltbewegung           | Jana Bosse<br>jana.bosse(at)gmx.net<br>Jochen Roose<br>jochen.roose(at)fu-berlin.de                   | Workshop,<br>30.01.2016, Berlin                                  |  |
| AK Poststrukturalistische<br>Perspektiven | Judith Vey<br>judith.vey(at)googlemail.com<br>Ingmar Hagemann<br>ingmar.hagemann(at)uni-due.de        |  |  |
| AK Riots and Resistance                   | Ingo Schröder<br>schroedl(at)staff.uni-marburg.de<br>Fatma Umul<br>fatmaumul(at)gmail.com             |  |  |
| AK Soziale Bewegungen in<br>Afrika        | Bettina Engels<br>bettina(at)zedat.fu-berlin.de<br>Melanie Müller<br>mueller(at)ztg.tu-berlin.de      |  |  |
| AK Stadt/Raum                             | Margit Mayer<br>mayer(at)zedat.fu-berlin.de<br>David Scheller<br>David.Scheller(at)gcsc.uni-giessen.  | Workshop,<br>2627.02.2016, Frankfurt<br>de                       |  |
| AK Technik und<br>soziale Bewegungen      | Peter Ullrich<br>ullrich(at)ztg.tu-berlin.de<br>Sebastian Haunss<br>sebastian.haunss(at)uni-bremen.de |  |  |
| AK Theorien sozialer Bewegungen           | Dieter Rucht<br>dieter.rucht(at)wzb.eu  |  |  |

Weitere Informationen zu den Arbeitskreisen sind zu finden auf protestinstitut.eu. Bei Interesse an einem Arbeitskreis bitte die Ansprechpersonen kontaktieren. Die Gründung weiterer Arbeitskreise ist willkommen.

#### Großspender pro und contra

Die Mitteilung des Milliardärs Mark Zuckerberg, anlässlich der Geburt seiner Tochter 99 Prozent seiner Facebook-Aktien im Wert von geschätzt 45 Milliarden US-Dollar zu spenden, hat die Diskussion um die gesellschaftspolitische Auswirkung von Großspenden erneut aufflammen lassen. Neu ist Zuckerbergs Spendenabsicht nicht, der Mitgründer der Internetplattform Facebook war bereits 2010 der Wohltätigen-Initiative "The Giving Pledge" von Microsoft-Gründer Bill Gates und Großinvestor Warren Buffet beigetreten. So erfreulich ein entsprechender Geldfluss für "gute" Zwecke sein mag, besteht doch das Problem des (zu) großen Einflusses von Großspendern, etwa auf die Themensetzung in der Entwicklungspolitik. Diesem Thema widmet sich die im November 2015 durch die Hilfsorganisationen Misereor, Global Policy Forum und Brot für die Welt veröffentlichte Studie "Philanthropic Power and Development". Die AutorInnen der Veröffentlichung, Jens Martens und Karolin Seitz, gehen auf 78 Seiten der Frage nach, wer die Agenda globaler Politik mitbestimmt - problematisiert wird insbesondere die Frage der Legitimation, aber auch der Entscheidungsqualität selbst, wenn nur sehr wenige Akteure beteiligt sind. Martens, Jens/Seitz, Karolin 2015: Philanthropic Power and Development. Who shapes the agenda? Aachen/Berlin/Bonn/New York. Frei zugänglich unter:

misereor.de/fileadmin/publikationen/study-philantrophic-power-and-development-2015. pdf.

#### #ausnahmslos

553 Strafanzeigen im Zusammenhang mit den Ereignissen der Silvesternacht liegen der Kölner Polizei inzwischen vor (Stand: 12. Januar 2016). Nach Polizeiangaben gingen sexuelle Übergriffe, Diebstähle und Raubübergriffe rund um den Kölner Hauptbahnhof vor allem von Nordafrikanern sowie Menschen aus dem arabischen Raum aus. Exemplarisch für die Diskussionen darüber sei auf den Artikel von Hamed Abdel-Samad im Magazin Cicero sowie auf den Kommentar von Alice Schwarzer ver-

wiesen. Beide AutorInnen bringen die Attacken mit einer gescheiterten oder unzureichenden Integration in Verbindung. Ein offener Brief, verfasst von knapp zwei Dutzend Feministinnen, u.a. der Berliner Rapperin Sookee, mahnt, Sexismus nicht nur bei den fremden "Anderen" zu suchen, sondern konsequent und überall zu begegnen. Begleitet wird der Brief von einer Kampagne mit dem Hashtag #ausnahmslos. Hamed Abdel-Samad: Das hat auch mit dem Islam zu tun, cicero.de/berliner-republik/zu-den-ereignissen-koeln-religion-ist-mitverant-wortlich/60341 sowie

Alice Schwarzer: Die Folgen der falschen Toleranz aliceschwarzer.de/artikel/das-sind-die-folgen-der-falschen-toleranz-331143.

Offener Brief: "Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos" http://ausnahmslos.org/

#### Im Auftrag von Coca Cola

Der durch die New York Times aufgedeckte Fall des Wissenschaftssponsorings durch Coca Cola hatte im August 2015 hohe Wellen geschlagen. Der US-Konzern musste in Folge der Berichterstattung zugeben, in den vorangegangenen fünf Jahren mehr als 100 Millionen Dollar für Wissenschaftskooperationen ausgegeben zu haben. Coca Cola, so die Kritik, beeinflusse auf diesem Weg die globale Debatte über die Ursachen von Übergewicht; unter den unterstützten Einrichtungen findet sich auch eine Organisation, die bestreitet, dass zuckerhaltige Getränke Übergewicht verursachen. Eine Liste der nordamerikanischen Spendenempfänger hat der Konzern bereits veröffentlicht. Jetzt fordert Foodwatch eine Auflistung von Zahlungen an europäische Einrichtungen und WissenschaftlerInnen. Nach Angaben des Vereins hat Coca Cola eine Veröffentlichung einer entsprechenden Liste bis Ende Januar 2016 zugesagt. Nachzulesen unter: foodwatch.org/de/presse/pressemitteilungen/ > Gekaufte Forschung.

#### Stop-TTIP-Befragung

Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung hat Ende letztes Jahres erste Ergebnisse einer Befragung unter "Stop TTIP"-DemonstrantInnen veröffentlicht, Am 10. Oktober 2015 hatten in Berlin zwischen 150.000 (Polizeiangaben) und 250.000 (Veranstalterangaben) Menschen gegen die Freihandelsverträge TTIP und CETA demonstriert - das Protestinstitut befragte die Demonstrierenden zu ihren Motiven und Einstellungen. Eine erste Auswertung zeigt, dass der Protest der Teilnehmenden sich insbesondere gegen die Macht der Konzerne und eine Gefährdung der Demokratie richtet, die sie mit den Freihandelsverträgen verbinden. Große Überschneidungen zwischen TTIP-DemonstrantInnen und Demonstrationen wie Pegida, wie in einigen Presseberichten beschrieben, konnten nicht festgestellt werden. Der Bericht kann von der Projektseite des Instituts heruntergeladen werden: http:// protestinstitut.eu/befragung-stop-ttipceta-demonstration-2015/.

#### Deutscher Engagementpreis 2015

Seit 2009 wird der durch das BMFSFJ, die deutsche Fernsehlotterie und den Generali Zukunftsfond geförderte Deutsche Engagementpreis verliehen. Im letzten Jahr wurde er erstmals als Dachpreis aller Engagementpreise in Deutschland vergeben: Alle bereits regional geehrten Personen oder Institutionen wurden automatisch für den Preis nominiert. Die Verleihung an die sieben PreisträgerInnen des Jahres 2015 fand am 8. Dezember in Berlin statt: Die Initiative DAMF - Deutschkurse Asyl Migration Flucht erhielt den mit 10.000 Euro dotierten "Sonderpreis 2015 Willkommenskultur gestalten". Alle weiteren Preise waren mit 5000 Euro dotiert. Die Auszeichnung "Chancen gestalten" ging an die gemeinnützige Perspektiva GmbH aus Fulda, die benachteiligte Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt unterstützt. Darüber hinaus haben das trinationale Kinderreporter-Projekt Grand méchant loup, Böser Wolf e. V. aus Berlin, die Online-Jugendberatung Youth-Life-Line des Arbeitskreises Leben e.V. aus Reutlingen, die Integrative Montessori Schule in München sowie das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. den Preis 2015 erhalten. Den Publikumspreis 2015 erhielt der Kinder- und Jugendzirkus Blamage e.V. aus Erlenbach. deutscher-engagementpreis.de/der-preis/ preisverleihung-2015/

#### Freiwilligendienst von und für Flüchtlinge

Zusätzliche 10.000 Menschen können seit November 2015 jährlich einen Bundesfreiwilligendienst ableisten. Der "Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug" ist (zunächst) bis Ende 2018 eingerichtet. Flüchtlinge können unter bestimmten Bedingungen selbst den Dienst antreten – weitere Informationen hierzu finden sich auf www.bundesfreiwilligendienst.de sowie im Merkblatt zum Sonderprogramm (> Service > Download).

#### Soziale Bewegungen in Postsozialismen

Die aktuelle Ausgabe des Online-Magazin Interface (Volume 7, Issue 2) widmet sich dem Thema "Movements in post/socialims". Ein Artikel vergleicht die unterschiedliche Thematisierung von sozialen Ungleichheiten in Ost- und Westeuropa, weitere Texte untersuchen die polnische Anti-Atomkraft-Bewegung und die Entwicklung der slowakischen Gewerkschaftsbewegung. Interface erscheint frei zugänglich im Netz. Die in unterschiedlichen Sprachen veröffentlichten Artikel durchlaufen einen Peer-Review-Prozess. Die aktuelle, 275 Seiten umfassende Ausgabe kann vollständig oder in einzelnen Artikeln als PDF-Datei heruntergeladen werden. www.interfacejournal.net/current.

# Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit in Rumänien

Seit dem Systemwechsel von 1989 befinden sich das politische System und die Zivilgesellschaft Rumäniens in einem Demokratisierungsprozess. Das im Verlag der AG SPAK 2015 veröffentlichte Buch "Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit" geht den Entwicklungen von Gemeinwesenarbeit, Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement im Perspektivwechsel zwischen Deutschland und Rumänien nach. Den Fokus legt es auf die Soziale Arbeit.

134 | Treibgut

Sagebiel, Juliane/Muntean, Ana/Sagebiel, Bettina 2015 (Hg.) 2015: Zivilgesellschaft und Soziale Arbeit. Herausforderungen und Perspektiven an die Arbeit im Gemeinwesen in Rumänien und Deutschland. Neu-Ulm: AG SPAK Bücher, ISBN 978-3-940865-88, 313 Seiten, 28 €. agspak-buecher.de.

#### Gemischtwarenladen mit Revolutionsbedarf

Seit über 25 Jahren verkauft Hans-Georg Lindau alias HG in der Kreuzberger Manteuffelstraße 99 "Gemischtwaren mit Revolutionsbedarf". Angefangen hat er mit linken Broschüren, inzwischen findet sich von Trillerpfeifen und Pfeffer-Spray über Parkas und Gasmasken bis zu Stickern, Postkarten und Flaggen alles, was das Viertel begehrt – oder eben nicht: Die Gentrifizierung hat vor dem ehemals recht protestgeprägten Berliner Bezirk Kreuzberg nicht Halt gemacht. HG hat eine Kündigung für den Verkaufsraum erhalten. Dagegen regt sich nun Protest. Am 9. Januar 2016 protestierten laut Veranstalterangaben rund 1.400 Menschen für den Erhalt des Ladens.

Über die Internetseite von Bizim Kiez (www. facebook.com/bizimkiez/), einer Nachbarschaftsinitiative aus dem Berliner Wrangelkiez, die "verhindern möchte, dass Berlins gewachsene Kieze mit ihrer unterschiedlichen und immer einzigartigen Mischung weiter von der spekulativen Immobilienwirtschaft ausverkauft werden" (http://www.bizim-kiez.de/), finden sich Infos zum Laden sowie zu geplanten und früheren Protesten für dessen Erhalt. Artikel über den Gemischtwarenladen und seinen Betreiber u.a. in der taz (www.taz.de/!5129491/).

#### **Resistance Studies**

Die Resistance Studies Initiative der UM Amherst (Massachusetts) bietet "critical support of people power and social change". Auf den Seiten der Initiative finden sich eine News-Sektion, ein Blog, Veranstaltungstipps sowie eine kleine (Link-)Sammlung zentraler Literatur und wichtiger Websites. Die Initiative sowie die an der Universität ansässige weltweit erste Professur für gewaltfreien Widerstand (Endowed

Chair in the Study of Nonviolent Direct Action and Civil Resistance), geht auf Spenden einer aktivistischen Quäker-Familie zurück. umass. edu/resistancestudies/.

#### Resistance Studies II

Das Netzwerk http://resistancestudies.org/ist ein Zusammenschluss von ForscherInnen aus Massachusetts, Sussex und Göteborg und bietet Möglichkeiten zum Austausch über das Thema. Das Netzwerk gibt das "Journal of Resistance Studies" heraus, die erste Ausgabe erschien im Juni 2015. Ziel ist es, Resistance Studies zu etablieren. Ausgabe 1 und 2 sind oder werden kostenfrei zugänglich sein (http://resistance-journal.org/).

#### Bürgerbeteiligung kommunal

Das Netzwerk Bürgerbeteiligung stellt in seinem Schwerpunkt zur kommunalen Beteiligungspolitik eine umfassende Sammlung kommunaler Leitlinien zu Bürgerbeteiligung bereit, die kontinuierlich aktualisiert wird. Hierüber sind wichtige Informationen und Dokumente aus den diversen Kommunen abrufbar.

netzwerk-buergerbeteiligung.de > Kommunale Beteiligungspolitik gestalten, Kommunale Leitlinie Bürgerbeteiligung.

#### Deutsche Tafel benötigt Hilfe

Das erste Mal seit Bestehen hat der Bundesverband Deutsche Tafeln e.V. den Staat um finanzielle Unterstützung ersucht. Nach Angaben des Verbandes versorgen die 900 Tafeln bundesweit zusätzlich zu den bisher 1,5 Millionen Menschen nun auch mehr als 200.000 Flüchtlinge. Dafür brauchen die Tafeln nun Geld – um Flüchtlinge zu betreuen, zu dolmetschen und ihre rund 60.000 ehrenamtlichen HelferInnen zu schulen. Weitere Informationen, auch zu Spenden, auf tafel.de.

#### Kinderrechte

Das Institut für Menschenrechte greift im aktuellen Policy Paper Nr. 34 die Frage auf, wie Kinder und Jugendliche besseren Zugang zum Recht bekommen können. Die Autorin des Papers hebt die entscheidende Bedeutung kindgerechter Gestaltung von Gerichtsverfahren hervor. Für die Studie wurden qualitative Interviews mit Kindern und Jugendlichen geführt, der Schwerpunkt lag auf straf- und familienrechtlichen Verfahren. Darüber hinaus geht der Text auf europäische und internationale Vorgaben für eine kindgerechte Justiz ein. Das Paper kann auf der Seite des Instituts heruntergeladen werden. Dort liegt auch eine Zusammenfassung in kindgerechter Sprache vor.

Graf-van Kesteren, Annemarie 2015: Policy Paper Nr. 34: Kindgerechte Justiz. Wie der Zugang zum Recht für Kinder und Jugendliche verbessert werden kann. ISBN: 978-3-945139-78-3 (PDF), 24 Seiten.

#### Gotteslästerung erschwert

Einen Tag nach den Anschlägen auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo hatte der Vorstandssprecher der giordano bruno stiftung (gbs), Michael Schmidt-Salomon, beim Deutschen Bundestag eine Petition zur Streichung des so genannten Gotteslästerungsparagrafen (166 StGB) eingereicht. Die von über 11.000 Menschen unterzeichnete Petition wurde im Dezember 2015 abgelehnt. "Angesichts der Dominanz von CDU/CSU-Vertretern im Petitionsausschuss haben wir mit diesem Ergebnis gerechnet", sagte Schmidt-Salomon. "Dennoch verblüfft die realitätsfremde Argumentation, die in der Begründung zum Ausdruck kommt. Die politisch Verantwortlichen scheinen es völlig zu ignorieren, dass dieser reaktionäre Paragraph religiöse Fundamentalisten zusätzlich motiviert, kritische Künstlerinnen und Künstler zu bedrohen" (giordano-bruno-stiftung.de/meldung/petition-166-abgelehnt). Eine Streichung des Paragrafen hätte unmissverständlich klargestellt, dass der Freiheit der Kunst ein höheres Gewicht zukomme als verletzten Gefühlen religiöser Fundamentalisten. Der Paragraf habe in der praktischen Anwendung schließlich das Täter-Opfer-Verhältnis umgekehrt, indem Künstler gemaßregelt worden seien, obwohl der öffentliche Friede nie durch deren kritische Kunst gefährdet worden sei, sondern durch politische oder religiöse Fanatiker, die eine künstlerische Infragestellung ihrer Weltsicht nicht ertragen können. Die 2004 gegründete giordano bruno stiftung bezeichnet sich selbst als Denkfabrik für (evolutionären) Humanismus und Aufklärung und setzt sich für eine säkulare Gesellschaft ein. Auf ihrer Homepage finden sich neben aktuellen Beiträgen auch Linksammlungen sowie Kontaktdaten der in vielen Städten bestehenden Regionalgruppen (giordano-bruno-stiftung.de).

#### Aufklären statt Verschleiern

Zusammen mit der giordano bruno stiftung setzt sich der Zentralrat für Ex-Muslime e.V. unter dem Motto "Aufklären statt Verschleiern" gegen das Kopftuch ein (giordano-bruno-stiftung.de/aktivitaeten/ -> Aufklären statt verschleiern). Die im Iran in Abwesenheit zum Tode verurteilte Frauenrechtlerin und Mitgründerin des Vereins Mina Ahadi hielt im November 2015 an der Universität Bonn einen Vortrag, in dem sie ausgehend von der Einführung des Kopftuchzwangs im Iran Hintergründe zum Thema erläuterte (http://exmuslime. com/mina-ahadis-rede-uni-bonn-2015/). Der Zentralrat der Ex-Muslime und sonstiger nichtreligiöser Menschen e.V. wurde 2007 in Köln gegründet. Mitglieder sind Menschen, die muslimischen Glaubens waren oder aus so genannten islamischen Ländern stammen, und ihren Glauben aufgegeben haben. Der Verein möchte darauf aufmerksam machen, dass es in den sogenannten islamischen Ländern zahlreiche dem Humanismus und der Aufklärung verpflichtete Menschen gibt. Vor dem Hintergrund, dass viele in Deutschland lebende "(Ex-)Muslime" vor islamischen Machthabern in ihrem Heimatland fliehen mussten, möchten sie nicht tolerieren, dass nun auch in Deutschland muslimische Funktionäre in ihrem Namen sprechen. Vom Zentralrat der Muslime oder dem Islamrat sehen sie sich nicht vertreten. Auf den Seiten des Vereins kann man die politischen Forderungen nachlesen und findet Informationen zu aktuellen Events, Links zu Partnern und Literaturtipps zum Thema (exmuslime.com).

136 | Treibgut

#### Sozialer Zaun - Spenden in Darmstadt

Eine neue Möglichkeit, Spenden direkt an den Mann oder die Frau zu bringen, wird in Darmstadt erprobt: Am sogenannten sozialen Zaun können Sachspenden aller Art an einen langen Zaun geknotet werden – regensicher in durchsichtige Tüten verpackt und idealerweise beschriftet. Die Bedürftigen können sich dann abholen, was sie benötigen. Der Zaun steht an der Stadtbücherei. Der ehemals obdachlose Benjamin Nover hatte das Projekt angeleiert (http://urbanshit.de/der-sozialer-zaun-darmstadt/).

#### Online-Wegweiser zu Flüchtlingen

Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) hat Anfang November 2015 einen Online-Wegweiser zum Thema Flüchtlinge in Kommunen veröffentlicht. Der Wegweiser versammelt Links zu nützlichen Internetressourcen, sortiert nach kommunal relevanten Themenfeldern wie Arbeitsmarktintegration, Mobilität, Bildung, Unterbringung und Umgang mit Fremdenfeindlichkeit. Darüber hinaus werden auch Informationsquellen genannt, die die Kommunen den BürgerInnen bzw. Flüchtlingen selbst bereitstellen können. Der rund 30 Seiten lange Text, der kontinuierlich aktualisiert wird, kann online genutzt oder heruntergeladen werden unter: difu.de/fluechtlinge/online-wegweiser. html.

#### Vergnügter Protest

Der Bedeutung von Vergnügen und Spaß am Protest geht eine aktuelle Publikation aus dem Hause Springer nach. In seiner Monografie "Vergnügter Protest. Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams" wertet Gregor Betz ethnografisch drei Fallbeispiele aus, um den neuen Formen des "eventisierten Protests" auf die Spur zu kommen. Der Autor ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl

für Allgemeine Soziologie der TU Dortmund. Betz, Gregor J. 2016: Vergnügter Protest. Erkundungen hybridisierter Formen kollektiven Ungehorsams. Wiesbaden: Springer-VS.

#### Kinderarmut in Deutschland

Die Verbreitung von Kinderarmut stagniert in Deutschland auf hohem Niveau. Nahezu iedes fünfte Kind (19 Prozent) lebt in einem von Einkommensarmut betroffenen Haushalt. Das zeigt eine aktuelle Auswertung des Mikrozensus durch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Alle Bundesländer und 39 Regionen wurden hierfür ausgewertet, wobei deutliche regionale Unterschiede zutage traten. In den Regierungsbezirken Oberbayern, Oberpfalz und Tübingen sind lediglich rund 9 bis 10,5 Prozent der Kinder von Armut betroffen, im Regierungsbezirk Düsseldorf dagegen 25 Prozent, in Sachsen-Anhalt 28,7 und in Bremen sogar 33,1 Prozent - insgesamt rund 2,5 Millionen Kinder. Als nicht neues, aber wachsendes Problem wird zudem die Armut von Flüchtlingskindern aufgeführt - aufgrund der Einwanderung der letzten Monate ist künftig mit einer starken Verschlechterung der Zahlen zu rechnen. Kinderarmut kann am besten durch Berufsfähigkeit und existenzsichernde Einkommen der Eltern bekämpft werden. "Um aus der Armut herauszukommen, brauchen solche Eltern nicht irgendeinen Job, sondern eine möglichst gute Integration in den Arbeitsmarkt", so WSI-Forscher Dr. Eric Seils. Dazu sind Investitionen in Bildung und Qualifikation, aber ebenso eine funktionierende Kinderbetreuung und Mindestlöhne nötig. Im WSI-Verteilungsmonitor mit dem Schwerpunkt Kinderarmut kann dies detailliert nachgelesen werden. Dort finden sich zudem noch weitere Karten, die das Zahlenmaterial veranschaulichen boeckler.de/wsi\_62998.htm.

### Von der Krise des Neoliberalismus zu einer neuen Dynamik sozialer Bewegungen?

Karyotis, Georgios/Gerodimos, Roman (Hg.) 2015: The Politics of Extreme Austerity: Greece in the Eurozone Crisis. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Della Porta, Donatella 2015: Social Movements in Times of Austerity. Bringing Capitalism Back into Protest Analysis. Cambridge: Polity Press. Kaldor, Mary/Selchow, Sabine (Hg.) 2015: Subterranean Politics in Europe. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Die Krise des Neoliberalismus, 2007 als globale Finanzmarktkrise virulent geworden, ist als Eurokrise weiterhin diskursbestimmend. Sie hat zu einer Verschärfung der Repräsentationsund Legitimationskrise des Spätkapitalismus (Habermas 1973) geführt, die einerseits zu gesellschaftlicher Desintegration, andererseits aber auch zu neuer politischer Mobilisierung geführt hat. In dieser Sammelbesprechung werden drei jüngst (2015) erschienene Bücher rezensiert, die das Thema Krise und Politisierung, insbesondere durch soziale Bewegungen, aus unterschiedlichen Perspektiven und mit jeweils eigener Schwerpunktsetzung behandeln. Der von Georgios Karvotis und Roman Gerodimos herausgegebene Sammelband The Politics of Extreme Austerity: Greece in the Eurozone Crisis behandelt die unterschiedlichen Ebenen der griechenlandbezogenen Krisenpolitik und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Politik. Donatella Della Porta hat mit Social Movements in Times of Austerity nicht nur eine überzeugende empirische Analyse der neuen Mobilisierungsdynamik, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur Theoriebildung vorgelegt. Schließlich wird sich die Rezension dem Sammelband Subterranean Politics in Europe von Mary Kaldor und Sabine Selchow zuwenden, der die Vielfältigkeit von "Politik von unten" adressiert. Die drei Bände werden jeweils einzeln diskutiert; zum Schluss sollen

Anknüpfungspunkte für die weitere Forschung benannt werden.

# Austeritätspolitik in Griechenland und ihre Folgen

Um Krisen zu verstehen und zu überstehen reicht es nicht, Wirtschaftsdaten und -programme aufzulegen und die Performanz von Regierungen anhand von Wahlerfolgen und Wirtschaftsdaten zu messen; das zeigt der Band von Georgios Karyotis und Roman Gerodimos. Die Herausgeber geben vier Leitfragen vor, die das Buch übersichtlich und nachvollziehbar strukturieren: Erstens fragt der Band, wie und durch wen die Krise in der Öffentlichkeit geframed wurde. Zweitens wird untersucht, welche politischen Reformen und Entscheidungen auf die Krise reagieren sollten und wie erfolgreich diese in der Vergangenheit waren. Im dritten Teil wenden sich die Autor\*innen den Folgen für Politik und Gesellschaft zu. Schließlich werden Vergleiche mit anderen Ländern (Argentinien, Irland, Spanien, Türkei) gezogen und der ehemalige griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou kommt in einem Interview zu Wort.

Der erste Beitrag des Bandes von Andrew Hindmoor und Allan McConnell greift die These der sozialen Konstruktion von Krisen auf, argumentiert diese überzeugend und liefert außerdem ein hilfreiches Analysemuster, um die Motivationen von in Konflikt miteinander stehenden Akteuren und ihrer divergierenden Krisenverständnisse zu untersuchen und zu erklären. Als Erklärungen für parteipolitisches Verhalten in Krisen und ob die Krise eher heruntergespielt oder herbeigeredet wird, führen sie unter anderem Stimmmaximierung bei der Wahl, Machterhalt aber auch das Vertreten von politischen Prinzipien an. Je nach (partei-)politischer Konstellation und politischem System wird also eine Krise anders konstruiert, so die Autor\*innen. Wie Krisen und insbesondere die Schuldfrage in den Medien geframed werden, zeigen im Anschluss Dimitris Papadimitriou und Sotirios Zartaloudis. Die diskursive Verfestigung eines "greek exceptionalism" (38) führe zu dem harten Fazit: "The discursive

138 | Literatur

polarisation during the Greek crisis may not necessarily be proof of the EU's terminal descend towards disintegration, but it is certainly reflective of an increasingly militant discourse on competiveness and ,self-help" (44). Hervorzuheben ist außerdem, dass mit dem discursive institutionalism (Schmidt 2011) eine innovative und erklärungsstarke Theorie zur Analyse herangezogen wird. Der dritte Beitrag dieses Abschnitts von Tereza Capelos und Theofanis Exadaktylos nimmt die Beschäftigung mit Stereotypen, Schuldzuweisungen und Vorurteilen auf. Außerdem wird das Thema der diskursiven Konstruktion von Krise und auch die Bedeutung im Zeitverlauf thematisiert (Kiess 2015): "What started as a debt crisis in Europe in 2008, transformed into a currency crisis compromising the stability and value of the euro, and evolved into a crisis of confidence in financial institutions, lack of trust in political organisations and leaders, financial and personal hardship for millions of citizens in (mainly) Southern Europe, and fuelled fears, angry protests and uncertainty that are alive and growing today" (47). Der Beitrag ist theoretisch und methodisch gut begründet und präsentiert umfangreiches empirisches Material, wenngleich es aufgrund von vielen Tabellen und Zahlen im letzten Abschnitt für den/die Leser\*in manchmal nicht ganz leicht ist, den Überblick zu behalten.

Im zweiten Teil erörtern zunächst Sotiria Theodoropoulou und Andrew Watt die Auswirkungen der Austeritätspolitik in Griechenland. Der Beitrag behandelt die denkbar schlechte Ausgangssituation der griechischen Wirtschaft, aber auch der Staatsfinanzen und der Steuerpolitik. Die Konstellation innerhalb der Eurozone und das Fehlen jeglicher europäisch koordinierter Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ließen für Griechenland nur den Weg der internen Abwertung offen, so die Autor\*innen (83). Genau vor diesem Hintergrund aber, so die weitere Analyse, war das Konzept der Austerität von Beginn an zum Scheitern verurteilt, und zwar innerhalb des vorherrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Paradigmas: "In the context of the Greek stabilisation programme, those structural reforms that were planned could very largely not have been expected ex ante, according to the literature, to positively complement the fiscal adjustment component via expansionary effects on demand" (87). Hinzu kam, so der folgende Beitrag von Platon Tinios, dass insbesondere im Bereich der Rentenpolitik auf Reformvorschläge zurückgegriffen wurde, die zwar in den Schubladen bereit lagen (und bis zur Krise politisch nicht umsetzbar waren), jedoch nicht mehr situationsadäguat waren. So wurden die strukturellen Probleme (hohe Kosten bei gleichzeitig geringer Verteilungsgerechtigkeit) nicht gelöst, und dies trotz der unübersehbaren sozialen und politischen Folgen. In ihrer Analyse des griechischen Wohlfahrtsregimes kommen Antigone Lyberaki and Platon Tinios zu dem Schluss, dass das formale Wohlfahrtssystem an Solvenz- und nicht an Liquiditätsproblemen kranke und Reformen deshalb unumgänglich seien. Gleichzeitig müsse aber das informale System (Familie, Nachbarschaft, Freundeskreise), das eher an Liquiditäts- denn an Solvenzproblemen zu kollabieren drohe, unterstützt werden.

War die Austeritätspolitik ökonomisch (bisher jedenfalls) nicht erfolgreich, so war sie politisch kontraproduktiv. Genauer, so Georgios Karyotis und Wolfgang Rüdig, seien die Narrative der Austeritätspolitik nicht überzeugend gewesen - und Überzeugung sei für das Krisenmanagement nun einmal die "main currency" (123). Ihre empirische Analyse des Protestverhaltens in Griechenland lässt die Autoren bilanzieren, dass der "degree of persuasiveness of political narratives plays an important role in averting or encouraging protest, a finding that also tentatively applies to vote choices" (141). Als Ablenkungsmanöver charakterisieren Sappho Xenakis und Leonidas Cheliotis die Politisierung von Kriminalität und Zuwanderung durch die politischen Parteien. Diese sei nicht nur normativ ein Problem, wenn Einwanderer\*innen zu Sündenböcken gemacht werden. Diese Strategie der Mainstream-Parteien habe auch zu einer Stärkung der extremen Rechten beigetragen, die zumindest mittelfristig nicht in ihrem Interesse sein könne und das politische Klima vergiftet habe - schlechte Voraussetzungen für auf rationaler Überzeugung beruhende Krisenpolitik, Athanasia Chalari argumentiert in ihrem Beitrag, dass die Krise auf unterschiedliche Altersgruppen bzw. Generationen unterschiedliche Auswirkungen hat: Während die Älteren eher mit Wohlstandsverlusten zu kämpfen haben, ist für die Jüngeren die Auseinandersetzung mit problematischen Mentalitäten (Korruption, Steuerhinterziehung, etc.) zentral. Die Jüngsten, die sich nicht als Verursacher der Krise sehen, sind vor allem auf Grund der schlechten Zukunftsaussichten beunruhigt. Folglich habe die Krise und die hiermit verknüpfte Austeritätspolitik auch für das soziale Gefüge negative - im Sinne von desintegrative - Auswirkungen.

Im vierten Teil des Sammelbands vergleicht Dimitris Tsarouhas die Griechenlandkrise mit der Krise der Türkei Anfang der 2000er Jahre. Der Vergleich ist insofern schwierig, als die jeweiligen Probleme und auch institutionellen Ausgangssituationen stark auseinanderfallen. Gewinnbringend ist die Betrachtung der politischen Taktiken, wie Reformen umsetzbar sein können. Allerdings übersieht der Autor, dass diese in der Türkei bei der Entwicklung von Zivilgesellschaft und Demokratie - vorsichtig formuliert - nicht hilfreich waren. Das Kapitel ist in diesem Sinne und vor dem Hintergrund der Ergebnisse der anderen Beiträge weniger plausibel. Der Blick nach Spanien und Irland von Sebastian Dellepiane-Avellaneda und Niamh Hardiman ist in dieser Hinsicht fruchtbarer. Zwar sind die Ausgangssituationen und auch die politischen Krisenstrategien durchaus andere gewesen, im Ergebnis aber sei für alle drei Länder zu erwarten dass "[t]he consequences in terms of loss of political legitimacy may yet prove costly" (221). Sebastian Dellepiane-Avellaneda setzt sich in seinem Beitrag mit dem im Diskurs immer wieder herangezogenen Vergleich der Griechenlandkrise mit der Krise in Argentinien zehn Jahre zuvor auseinander. Dabei seien solche Vergleiche zumeist politisch motiviert und würden deshalb wirkliche Erkenntnisse und Lerneffekte verhindern. Die

gebe es aber, zum Beispiel seien die Wurzeln des griechischen Glaubwürdigkeitsdefizits wie in Argentinien vor allem politische (230). Weiter folgert Dellepiane-Avellaneda das bei "design and implementation of crisis management strategies" ökonomische und politische Imperative gleichermaßen und in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit adressiert werden sollten (234). Ähnlich argumentiert letztlich auch der ehemalige griechische Ministerpräsident Griechenlands, Georgios Papandreou. Das Interview mit Papandreou, mit dem der vierte Buchteil schließt, ist eher als persönlicher Standpunkt denn als wissenschaftliche Auseinandersetzung zu werten. Der Rückblick hilft vielleicht gerade deshalb, das Handeln und Scheitern seiner Regierung besser zu verstehen.

Das Buch hält, was es verspricht, nämlich "to offer a pluralistic but coherent account of austerity politics" (6) und ist für alle an der Griechenlandkrise Interessierte empfehlenswert. Die Behandlung der Eurozonenkrise am (Extrem-)Beispiel Griechenlands hält darüber hinaus wichtige Erkenntnisse und Anregungen über das Funktionieren von Politik im Allgemeinen und speziell im europäischen Mehrebenensystem bereit. Das abschließende Fazit der Herausgeber bringt eine Kerneinsicht auf den Punkt: "public policy does not exist in a vacuum" (268). Sie fordern damit zu Recht und gut begründet, dass technokratische und ökonomische Reformvorhaben wie Krisenmanagement immer auch die (mittelfristige) politische Machbarkeit einkalkulieren müssen. Vor allem aber bietet der Band eine gut belegte Übersicht einer in der Öffentlichkeit oft unsachlichen Debatte.

#### Soziale Bewegungen und die Krise des Neoliberalismus

In Social Movements in Times of Austerity von Donatella Della Porta spielt Griechenland nur als ein Schauplatz unter mehreren eine Rolle. Die Fragestellung des Buches richtet sich auf die aktuelle Welle sozialer Bewegungen im Allgemeinen und ihre Bedingungen in Zeiten der Krise des Neoliberalismus, womit ein zentraler Erklärungsansatz der Bewegungsforschung – die

140 | Literatur

Betonung von political opportunity structures – aufgegriffen wird. Dennoch ist die Stoßrichtung Della Portas grundsätzlich dieselbe wie die der beiden anderen rezensierten Bücher. Es geht um die Folgen einer in wachsenden Bevölkerungsteilen zunehmend als ungerecht empfundenen neoliberalen Globalisierung. Die hieraus resultierende Unzufriedenheit habe spätestens seit der Finanzmarktkrise und den folgenden orthodoxen politischen Reaktionen zu einer wachsenden Legitimationskrise (mit hier expliziter Referenz auf Habermas 1973) geführt – welche dann wiederum als Voraussetzung und Beschleuniger einer neuen Welle politischer Mobilisierung wirke.

Lesenswert ist das Buch aber vor allem, weil es der Autorin mehr um Theoriebildung als um das Testen und empirische Anreichern bisheriger Annahmen geht (18). Der Anlass hierfür ist die Beobachtung der "strange disappearance" of debates on capitalism from social movement studies" (4). Die Ausgangsthese ist, dass sich durch den Neoliberalismus und verstärkt mit Ausbruch der Krise eine neue Klasse gebildet habe, das "social precariat" (4). Für ihre weiteren Überlegungen bezieht sich Della Porta (folgerichtig) auf die cleavage-Theorie, wonach eine solche Klassenbildung eine Voraussetzung für das Entstehen einer neuen Konfliktlinie (cleavage) ist, und zwar in diesem konkreten Fall vermittelt durch eine "legitimacy crisis of/ in a late neoliberal system which takes the form of a crisis of responsibility" (6). Um Mobilisierung zu erklären, so Della Porta, müsse das Augenmerk auf soziale Strukturierungsprozesse gelegt werden, die die Identifikation mit neuen sozialen Normen und Werten ermöglichen. Auf dieser Grundlage können politische Unternehmer ("organizational entrepreneurs") Konflikte politisieren und mit kollektiven Interessen verknüpfen. So kann das framing von Konflikten und Krisen zu einer neuen Mobilisierung oder dem Erhalt bestehender Mobilisierung führen (14). Mit dieser knappen, aber umso überzeugenderen theoretischen Skizze allein lässt sich schon sehr viel anfangen - sie ist letztlich auf Podemos in Spanien und Pegida in Sachsen gleichermaßen anwendbar.

Um ihre Hypothese eines neuen globalen Mobilisierungspotenzials, das wieder stärker auf den Kapitalismus und seine Kritik zurückzuführen wäre, zu überprüfen, untersucht Della Porta anhand vielfältiger Bezugnahme die Protestbewegungen in Nordafrika (arabischer Frühling), den USA (Occupy) und Europa (Anti-Austeritätsbewegung; insbesondere in Griechenland, Italien und Spanien) und vergleicht diese mit dem Global Justice Movement (GJM) in der Dekade davor. Das Neue und gleichzeitig verbindende Element der Anti-Austeritätsbewegungen in den unterschiedlichen geographischen Regionen sei dabei die soziale Basis der Protestierenden, eben die neue Klasse des sozialen Prekariats und die Rebellion gegen die Folgen des Neoliberalismus hier wie dort. Gegenüber der "alten" Arbeiterbewegung und der postmodernen GJM sei die neue Mobilisierung nicht mehr nur von der (klassischen) Arbeiterklasse oder den relativ gut situierten und gut ausgebildeten sozialen Eliten getragen, sondern von den Verlierern der neoliberalen Globalisierung. Der Frage, ob in der Tat ein neuer, auf Klassenbildung beruhender cleavage entstehen würde, weicht Della Porta am Ende mit dem Verweis auf die klassenübergreifende Mobilisierung aus.

Einzig Kapitel 4 bietet Ansatzpunkte für Kritik: Hier referiert Della Porta ausführlich die Befunde prominenter Autoren\*innen der politischen Ökonomie wie Streeck, Scharpf, Crouch und Stiglitz, um ihre These der (Legitimations-) Krise des Neoliberalismus zu untermauern. Phasenweise wirkt die Suche nach einer Erklärung für die neue Mobilisierungsdynamik eher wie eine Begründung: "The separation of state and market is in reality a mystification, as state interventions are needed for increasing profits and rents, through policies of deregulation, liberalization and privatization. Competition is fictitious, as concentration of capital (especially financial capital) into huge corporations is the main force against social protection" (118). Jedenfalls folgt aus dieser Kritik der politischen Ökonomie nicht zwangsläufig eine Mobilisierung. Letztlich bleibt das aber wenn überhaupt ein Schönheitsfehler, da die Autorin dennoch

zeigen kann, dass die Beschäftigung mit der Kritik des neoliberalen Kapitalismus unabdingbar ist, um die Proteste auf dem Tahrir-Platz, dem Syntagma-Platz, der *acampadas* und von Occupy Wall Street zu verstehen.

Das verständlich und klar geschriebene Buch ist nicht nur ein geglückter Auffrischungsversuch der Konzepte der Bewegungsforschung. Es lässt sich nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Relevanz sehr gut als Einführung in das Forschungsfeld insgesamt lesen.

#### Neue politische Dynamik von unten: "Subterranean Politics"

Der Ausgangspunkt des Bandes Subterranean Politics in Europe, herausgegeben von Mary Kaldor und Sabine Selchow, ist ebenfalls die Beobachtung einer Legitimationskrise politischer Ordnung in Europa (2), die unterschiedliche Phänomene wie Occupy (London), 15M (Spanien), die Piratenparteien in ganz Europa und die sogenannten Wutbürger in Deutschland (Stuttgart 21) ins Rollen bringe. Subterranean politics als "Politik von unten" sei durch fünf Merkmale gekennzeichnet: ihre öffentliche Wirksamkeit, die Rolle sozialer Medien (Web 2.0), die neue Thematisierung von Demokratie, die Unsichtbarkeit Europas, sowie die Beschäftigung mit Demokratie und Politik generell anstatt einer Fokussierung nur auf Austeritätspolitik (2). Eine große Rolle spielten dabei die Horizontalität politischer Entscheidungsprozesse (11) und der Anspruch, mit der Veränderung des eigenen Verhaltens Schritt für Schritt die Gesellschaft insgesamt zu verändern (13). Schließlich möchten die Herausgeberinnen mit dem Buch auch einen Weckruf aussenden, dass Europa neu politisiert werden müsse, um die Krise von Politik und Demokratie zu überwinden (27). Die eingenommene Perspektive und explorative Stoßrichtung lässt somit spannende Beiträge und wichtige Denkanstöße erwarten.

Der erste Beitrag von Mario Pianto und Paolo Gerbaudo ist relativ deskriptiv gehalten, bietet aber einen guten Einstieg. Die Autoren stellen fest: "Besides the lack of international coordination of anti-austerity protests, the

incapacity of movements to articulate a clear Europe-wide strategy is rooted in the different visions of Europe that have emerged and in widespread euro-scepticism" (46). Bisher seien also die *subterranean politics* nur regional, bestenfalls national wirksam und insbesondere eine europäische Ebene fehle den Protesten, könne und sollte aber künftig entwickelt werden (57).

Der Beitrag von Donatella Della Porta, Lorenzo Mosca und Louisa Parks versteht subterranean politics als "essentially all extra-institutional manifestations of politics, expressed by any one of a variety of informal or formal actors, but all united in some form of dissatisfaction with institutional politics and its outputs" (60). In ihrer Untersuchung der italienischen Bewegungslandschaft weisen die Autor\*innen insbesondere das gestiegene gesellschaftliche Misstrauen und die Enttäuschung gegenüber dem neoliberalen Europa nach - ohne dass dies die europäische Ebene von Politik völlig irrelevant werden ließe (83). Aktivist\*innen werden folglich als "critical Europeanists" charakterisiert.

Problematisch wird es im dritten Beitrag. Anne Nassauer und Helmut K. Anheier versuchen unterschiedliche Phänomene in Deutschland auf einen Nenner zu bringen und unter dem Stichwort subterranean politics zusammenzuführen. Sie fassen dazu Anonymous Deutschland, GuttenPlag and Occupy Deutschland unter dem Konzept der Schwarmintelligenz zusammen, was aus zwei Gründen unstimmig bleibt: Erstens ist Schwarmintelligenz ein Begriff, der gerade in der Piratenpartei als Organisationskonzept zur Einbindung der Mitglieder und als Ermöglichung direkter Demokratie weit verbreitet ist - diese taucht aber im Beitrag nicht auf. Zweitens wird nicht klar, ob "Schwarmintelligenz" nicht eher eine Aktions- denn eine Organisationsform ist: Bei der Piratenpartei hätte man für Organisationsform argumentieren können, bei GuttenPlag scheint es doch eher eine Aktionsform zu sein - die Organisation des Blogs selbst wird nicht weiter analysiert. Unklar ist auch die Zusammensetzung der Anonymous-Gruppen in Deutschland,

142 Literatur

die inzwischen immer wieder im rechtsextremen und verschwörungstheoretischen Milieu auftauchen. Schließlich bleibt im Dunkeln, in welcher Beziehung Schwarmintelligenz und subterranean politics stehen.

Leider ist auch der Beitrag von *Jordi Bonet i Marti* zu Spanien und der 15-M Bewegung ausschließlich deskriptiv gehalten. Das Fazit – "The strength of the 15-M resides in its capacity to generate a response to the decline of a public democratic sphere increasingly conditioned by the power of the financial and economic elites, with its growing tendency towards post-democracy" (137) – bleibt so eine Behauptung, die nur anekdotisch unterfüttert wird.

Auch der Beitrag von Jody Jensen über das Demonstrationsgeschehen in Ungarn vermag es nicht die unterschiedlichen Fälle in einen gemeinsamen analytischen Rahmen zu bringen. Das ist schade, denn gerade aus dem Vergleich so unterschiedlicher Beispiele wie Deutschland, Spanien und Ungarn wäre bezüglich der subterranean politics sicherlich viel zu lernen gewesen.

Sean Deel und Tamsin Murray-Leach hingegen überzeugen mit zentralen Forschungsfragen, in diesem Fall zu Occupy London. Auf welchen Ebenen sind die Teilnehmer\*innen der Proteste aktiv, wo formulieren sie Kritik und versuchen sie Lösungen zu finden, was macht für sie politische Zugehörigkeit aus, welche Rolle spielte Europa im Sinne von Zugehörigkeit, und schließlich "[d]id the apparent ,invisibility' of Europe suggest its irrelevance, its suffusion as a political and social fact - or something else?" (169). Und so kann auch ein überzeugendes und nachdenklich stimmendes Ergebnis vorgelegt werden: "Failing to create horizons for democratic participation or a shared sense of political identity, and understood mainly as a facilitator for markets, Europe remains irrelevant or invisible for the majority of subterranean political actors in London, whether those actors are British or from other European nations" (196).

Ähnlich ernüchternd sind die Ergebnisse des letzten empirischen Beitrages von Geoffrey Pleyers: "[F]or the current generation of young

protest activists, *Indignados* and local transition activists, the EU has come to embody a ,democracy without choice "(227). Als *subterranean politics* unterscheidet Pleyers vier Typen von politischer Bewegung, namentlich "square movements", "ecological *transitioners*", "expert activists" and "mobilisers" (204). Es zeigt sich, dass eine klarere analytische Vorgehensweise das Konzept *subterranean politics* durchaus fruchtbar zur Anwendung bringen kann.

Der abschließende Betrag von *Ulrich Beck* und *Mary Kaldor* weist auf ein Problem hin, das im Buch weniger explizit zur Sprache kommt: "The problem is that in the absence of a bottom-up emancipatory cosmopolitanism, a project of European solidarity, that lack of political trust can easily be manipulated by xenophobic, eurosceptic and exclusivist parties of various stripes" (234). Damit wird nochmals das Potenzial einer analytischen Fokussierung auf *subterranean politics* betont und dies bietet eventuell anderen Forscher\*innen Anknüpfungspunkte.

Fast alle Beiträge definieren für sich und für ihren Fall noch einmal neu, was unter subterranean politics verstanden werden soll. Das ist nicht unbedingt problematisch, kann aber unter Umständen die Erklärungskraft des explorativen Vorstoßes einschränken. Hinzu kommen die teilweise fast ausschließlich deskriptiv gehaltenen Beiträge, die mit meist über 30 Seiten teilweise zäh zu lesen sind. Der Begriff und die Perspektive "subterranean politics" bleiben so am Ende zu unbestimmt, da die meisten Beiträge es nicht schaffen, analytisch und über reine Beschreibungen hinaus gehende Erkenntnisse zu generieren. Der Band ist eine interessante Inspiration, eine Lektüre des gesamten Buches erfordert aber Durchhaltevermögen.

#### **Fazit**

Alle drei Bücher sind Ausdruck des im Kontext der Eurozonenkrise gestiegenen Forschungsbedarfs der Sozialwissenschaften, insbesondere zu den Themen Politisierung, Demokratie, politische Einstellungen und soziale Bewegungen. Die Legitimationskrise der politischen Systeme des Westens stellt eine Herausforderung dar, Literatur | 143

die aktualisierte analytische Konzepte fordert – wie zum Beispiel den *framing*-Ansatz im Band von *Karyotis* und *Gerodimus*. Darüber hinaus lohnt es sich, theoretisch ambitioniert zu sein, wie *Della Porta* es in ihrem Buch unternimmt und Fragen der politischen Ökonomie des zeitgenössischen Neoliberalismus in die Analyse einzubinden oder die Perspektive neu einzustellen, zum Beispiel auf *subterranean politics*. Diese, aber auch einige weitere Fragen bieten Ansätze für weitere Forschung.

Die Frage der Ungleichheit politischer Beteiligung in ihren unterschiedlichen Dimensionen müsste noch umfassender und konzeptionell besser eingebunden werden. Auch die weniger politischen als vielmehr sozialen Folgen und bouncing-back-Strategien gegen die Krise des Neoliberalismus, also das alltägliche Umgehen mit Herausforderungen und Überwinden schwerer Zeiten, sollten in diesem Zusammenhang mehr Aufmerksamkeit erfahren. Die oftmals diffusen, aber auch in der sie untersuchenden Forschung diffus bleibenden politischen und philosophischen Theorien der neuen Bewegungen könnten stärker untersucht werden (siehe für den Fall Griechenland zum Beispiel Douzinas 2014). Wie die hier diskutierten Bücher aufzeigen bieten "[i]nteresting times" (Slavoj Žižek) vielversprechende Forschungsfelder für die Sozialwissenschaften - wenn diese sich nicht nur auf Modelle versteifen, sondern auch zeitgenössischen Fragestellungen gegenüber offen zeigen.

Johannes Kiess, Siegen

#### Literatur

Douzinas, Costas 2014: Philosophie und Widerstand in der Krise: Griechenland und die Zukunft Europas. 1. Aufl. LAIKAtheorie 41. Hamburg: Laika-Verl.

Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kiess, Johannes 2015: Konfligierende Krisenframings deutscher Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. In: Preunkert, Jenny/Vobruba, Georg (Hg.): Krise und Integration. Gesellschaftsbildung in der Eurokrise. Wiesbaden: Springer, 21-46.

*Schmidt*, *Vivien* 2011: Speaking of Change: Why Discourse is Key to the Dynamics of Policy Transformation. In: Critical Policy Studies, Jg. 5, Heft 2, 106-26.

M

### Im Schraubstock der Austeritätspolitik Zivilgesellschaft und Schuldenkrise in Griechenland

Clarke, Jennifer/Huliaras, Asteris/Sotiropolous, Dimitri (Hg.) 2015: Austerity and the Third Sector in Greece. Civil Society at the European Frontline. Franham: Ashgate.

Wie entwickelt sich eine Zivilgesellschaft in Zeiten, in denen große Teile der Bevölkerung verarmen, selbst gut ausgebildete junge Menschen nur noch vor der Wahl zwischen Emigration oder beruflicher Perspektivlosigkeit stehen und der Wohlfahrtsstaat immer weiter geschliffen wird? Diese Frage untersuchen die Autorinnen und Autoren des Sammelbandes am Beispiel der griechischen Zivilgesellschaft nach Ausbruch der Staatsschuldenkrise 2010. Die Herausgeberinnen und Herausgeber haben ihnen dafür ganz bewusst keine einheitliche Definition von Zivilgesellschaft vorgegeben. Stattdessen behandeln die Beiträge verschiedene Aspekte, die sich in den weiten Grenzen der sozialwissenschaftlichen Zivilgesellschaftsforschung verorten lassen. Im Mittelpunkt der elf Beiträge vorwiegend griechischer Kolleginnen und Kollegen stehen vier Problemstellungen: (1) Wie hat sich soziales und politisches Vertrauen seit Beginn der Staatsschuldenkrise entwickelt? (2) Was bedeutet der Rückbau des Wohlfahrtsstaates für die Arbeit griechischer Nonprofit-Organisationen? (3) Gab es eine Radikalisierung der griechischen sozialen Bewegungen? (4) Welche Auswirkungen hatte die Staatsschuldenkrise auf die Freiwilligenarbeit

im Land? Um diese Fragen zu beantworten, bemühen die Autorinnen und Autoren sowohl quantitative Studien als auch ethnographische Fallstudien und organisationsoziologische Ansätze.

### Kontextbedingungen griechischer Zivilgesellschaft

Im ersten Teil des Sammelbandes untersuchen fünf Beiträge die Kontextbedingungen der griechischen Zivilgesellschaft und arbeiten eine Reihe von Strukturbesonderheiten heraus. So zeigt Asteris Huliaras, dass Griechenland im europäischen Vergleich seit jeher eine vergleichsweise gering organisierte Zivilgesellschaft aufweist. Die Mitgliedschafts- und Beteiligungsquoten in Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen sind niedrig. Einzig der Gewerkschaftssektor ist in Griechenland vergleichsweise stark organisiert, allerdings auch nicht besonders gut dachverbandlich. Das griechische Verbändewesen ist fragmentiert und hat kaum politischen Einfluss. Charakteristisch für die griechische Zivilgesellschaft sind vielmehr ein ausgeprägter Klientilismus, weitverzweigte informelle Beziehungen und die starke Bindung der Bevölkerung an die orthodoxe Kirche. Familiäre Strukturen spielen in Griechenland eine wesentlich größere Rolle als in anderen EU-Staaten und die griechischen Bürgerinnen und Bürger pflegen ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den staatlichen Institutionen. Gleichzeitig besteht auch von Seiten des Staates kein Interesse an einer starken organisierten Zivilgesellschaft: Politische Bildung findet nicht statt, steuerliche Begünstigungen für Spenden sind kaum vorhanden und wurden in den vergangenen Jahren weiter zurückgefahren. Insgesamt bescheinigt Huliaras Griechenland eine sehr schwach organisierte Zivilgesellschaft, deren Infrastruktur für die Bewältigung der sozialen Verwerfungen nicht im Ansatz gewappnet sei.

Nikoleta Jones, Marina Proikaki und Spyridon Roumeliotis greifen diese Erkenntnisse auf und untersuchen die Entwicklung von Sozialkapital in Griechenland nach Einsetzen der Krise. Dabei unterstreichen auch sie das

extrem geringe Vertrauen, das die griechischen Bürgerinnen und Bürger in die staatlichen Institutionen setzen und das seit 2010 ins Bodenlose gestürzt ist. Interessanterweise können sie aber auch belegen, dass das soziale Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger untereinander – obwohl im internationalen Vergleich nie sonderlich hoch – nicht weiter zurückgegangen ist. Im Gegenteil: Die Bereitschaft der Griechen, sich in sozialen Netzwerken einzubringen und Solidarität zu zeigen, ist deutlich gestiegen. Die Autoren schließen daraus, dass die Schwäche des Staates zivilgesellschaftliche Kompensationsleistungen ausgelöst hat, die allerdings vielerorts nur kosmetischer Natur sind.

Auch *Tina Mavrikos-Adamou* widmet sich in ihrem Beitrag informellen sozialen Strukturen in Griechenland und betont die zentrale Funktion von (Groß-)Familie und Nachbarschaft, die nach dem Wegbrechen wohlfahrtstaatlicher Leistungen einen immensen Bedeutungszuwachs erfahren haben. Sie argumentiert, dass die im internationalen Vergleich überaus geringen Beteiligungsraten in formalen Organisationen durch die persönlichen Netzwerke ausgeglichen werden, was allerdings auch zu einer großen Abhängigkeit geführt hat. Wer über keine Netzwerke verfügt, steht in Griechenland schnell im Regen.

Jennifer Clarke knüpft hier an und untersucht die Auswirkungen der Krise auf das ehrenamtliche Engagement der Griechinnen und Griechen und kommt zu einem ambivalenten Ergebnis: Einerseits stimme es, dass im Zuge der Krise ehrenamtliches Engagement in Griechenland stark zugenommen hat (auch in formalen Organisationen). Allerdings haben Freiwilligendienste vor allem Menschen angezogen, die hier nicht unbedingt aus Solidarität mit anderen, sondern aus verzweifelter Hoffnung tätig werden, davon irgendwie selbst zu profitieren.

## Soziale Bewegungen und der "Schweine-Affront"

Lila Leontidou untersucht in ihrem Beitrag die Entwicklung der sozialen Bewegungen und illustriert, wie die Kategorisierung der Literatur | 145

südlichen Eurostaaten als "Schweine-Staaten" (PIGS) eine empörte Graswurzelbewegung in den griechischen Städten ausgelöst hat, die eine Art nationale Besinnung nach sich gezogen und alle politischen Lager – vom ganz linken bis zum ganz rechten Rand – elektrisiert habe. Sie plädiert für eine stärkere Berücksichtigung sozialer Bewegungen als besonderes Strukturmerkmal mediterraner Zivilgesellschaften.

Die Beiträge im zweiten und dritten Teil des Sammelbandes fokussieren die Auswirkungen der Krise auf den griechischen Dritten Sektor als organisatorisches Herzstück der Zivilgesellschaft und die zivilgesellschaftliche Infrastruktur in zwei Kommunen. Periklis Polyzoidis verdeutlicht am Beispiel der kommunalen Wohlfahrtsdienste, dass sich in Griechenland wie in vielen anderen Staaten über die Jahre hinweg eine Art des Third-Party-Governments herausgebildet hat, also eine historisch gewachsene Kooperation von staatlichen und gemeinnützigen Organisationen, die häufig vor Ort tätig sind und viel eher klientenbezogen arbeiten können, als dies der uniforme Wohlfahrtsstaat kann. Diese Kooperationen sind im Zuge der radikalen Austeritätspolitik massiv beschnitten worden. Zwar zeigt Polyzoidis auch, dass einige wenige große Organisationen des Dritten Sektors ihre Dienste durch gestiegene Spenden und freiwilliges Engagement sogar ausweiten konnten. Insgesamt sei der griechische Dritte Sektor in den vergangenen Jahren jedoch erheblich beschädigt worden.

Zu einem ähnlichen Bild kommen *Iosif Botetzagias* und *Eirini Koutiva* sowie *Dimitris Skleparis*, die Umweltschutzorganisationen und Migrantenhilfevereine untersuchen. Sie zeigen, dass diese Organisationen eine Art Schattenstaat errichtet haben, in dem die NGOs ehemals öffentliche Aufgaben übernehmen und sich dabei sehr erfolgreich als Spendensammler betätigen, ohne dabei jedoch die nötige Effektivität zu erreichen.

### Ganz viel Schatten, wenig Licht

Im Ergebnis zeichnen die Beiträge ein düsteres Bild der griechischen Zivilgesellschaft. Strukturell seit jeher schwach hat sie dem Zusammenbruch des griechischen Wohlfahrtsstaates kaum etwas entgegenzusetzen und leidet zudem wie auch der griechische Staat unter Klientelismus und Korruption. Zudem hat die Krise zu einer Radikalisierung von Teilen der griechischen Zivilgesellschaft beigetragen. Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft haben massiv zugenommen. Immerhin zeigen die Autorinnen und Autoren auch den einen oder anderen Hoffnungsschimmer: Freiwilliges Engagement und soziales Vertrauen wurden in Zeiten des staatlichen Niedergangs angeregt und haben ein beachtliches Maß an Solidarität unter den Menschen zu Tage gefördert. Alleine damit wird sich das Land jedoch sicher nicht erholen.

Dr. Matthias Freise, Münster

# Frei.Wild – Zum Abschuss frei gegeben?

Farin, Klaus 2015: Frei.Wild. Südtirols konservative Antifaschisten. Berlin: Archiv der Jugendkulturen Verlag.

Die Auseinandersetzung mit dem neuen Band von Klaus Farin zu Frei. Wild bereitete mir ein Déjà-vu - bezogen auf meine akademische Beschäftigung mit Rechtsextremist/innen. Im Rahmen meiner sozialpsychologischen Dissertation zur Jahrtausendwende zu "Rechtsextremismus und kollektive Identität" hatte ich unter anderem auch Redakteure der Jungen Freiheit und Mitglieder der Republikaner interviewt. Auf einer Party im erweiterten Freundeskreis in Bonn kam ich zu späterer Stunde mit einem Antifa-Aktivisten ins Gespräch. Was ausgesprochen freundlich und informativ begann, drohte zu entgleisen, als ich ihm auf Nachfrage von meiner Dissertation erzählte. Hätte eine Freundin - damals selber ,autonome Aktivistin' - nicht interveniert, wäre ich wohl nicht unverletzt nachhause gekommen, denn: "Mit Nazis redet man nicht, du A\*\*\*\*!". Der aufmerksameren "Bonner Antifa" - in Gestalt einer weiteren Aktivistin - verdankte ich etwas

später auch, dass ich von einer "braunen Liste" der Antifa Bochum gestrichen wurde, auf der ich, offenbar bei Treffen mit Interviewten in NRW beobachtet, überraschend gelandet war.

Die den Neuen Sozialen Bewegungen affine Sozialwissenschaft reagierte mitunter verschnupft darauf, als Konzepte und Methoden der Bewegungsforschung erstmals Anwendung auf "unsoziale" bzw. "unzivile", vor allem rechtsradikale Bewegungen fanden. Mittlerweile erscheint der Erkenntnisgewinn einer Bewegungsforschung, die ihren Blick zum Beispiel auch auf sub- oder jugendkulturelle Kontexte, Mobilisierungspotentiale und Gelegenheitsstrukturen rechtsradikaler Bewegungen richtet, unstrittig.

Gut eine Woche, bevor ich dies schreibe, besuchte mich ein Freund, der neben anderen Qualitäten durchaus auch Erfahrungen im Bereich der Rechtsextremismusprävention hat. Als er vom Vorhaben dieser Rezension erfuhr, empörte er sich: "Den Leuten [Frei. Wild] gibt man keinen Raum, schon gar nicht in Zeiten von AfD und Pegida, in der Fremdenfeindlichkeit wieder salonfähig wird". Und: "Mit einem solchen 'Prunk-Band' dient sich Farin Frei. Wild an". Und: "Farin ist doch viel zu sehr seinem Rocker-Sein verhaftet, die politischen Implikationen seines Tuns hat er nicht im Blick." Es entspann sich eine lebhafte Diskussion um die normative Verantwortung der Sozialwissenschaften in und für öffentliche(n) Demokratie-Diskurse(n), um den Wert der Arbeit des Archivs der Jugendkulturen, um Erfordernisse und Standards im Bereich sozialwissenschaftlicher Forschung im Feld, um political correctness...

Obgleich ich zu diesem Zeitpunkt weder das Buch gelesen hatte, noch mir präsent war, wer Frei. Wild sind und wofür sie stehen, war ich für die erhellende Diskussion vorab sowohl Farin als auch dem Freund dankbar. Letzterer ließ mir anschließend einen Satz kritischer Artikel aus der taz¹ hierzu zukommen. Hier wird Farin im Kern zweierlei vorgeworfen: zum einen mangelnde kritische Distanz zum Untersuchungsgegenstand, die vor allem in Format und Ausführung des "Prachtbandes"

zum Ausdruck käme, zum anderen – aber auch damit in Verbindung gesetzt – ein Missgriff in der Titelwahl, womit Frei.Wild als "Südtirols konservative *Antifaschisten*" nicht alleine "frei gesprochen", sondern darüber hinaus "geadelt" werde.

(M)eine eigene Meinung setzt freilich die Lektüre voraus: "Denn: Wer nicht liest, wird alles glauben!" (29).

### Biographische Zugänge

Der "Materialband" widmet sich zunächst den Biographien der vier Bandmitglieder, die der Autor jeweils vorstellt und interviewt; alles gerahmt von Fotos aus dem "Familienalbum". Bereits hier wird die kulturelle Einbettung der Band in den Kontext des deutschsprachigen, katholischen, ländlichen Südtirols deutlich: Dort ticken die Uhren ganz offensichtlich anders, bestimmt ein konservativer Mainstream den Alltag, ist "ja eigentlich fast jede Partei tendenziell rechts" (Bandmitglied Jochen "Zegga" Gargitter: 51): "Viele Südtiroler sind sich zum Beispiel einig darin, dass eine einheimische Familie mit fünf Kindern nicht am Lebensminimum leben soll, während eine Familie aus weiß Gott woher zugewandert hier ankommt und sofort eine Wohnung sowie Sozialleistungen für mindestens drei Jahre, auch in den Krankenhäusern eine kostenlose Behandlung bekommt (...)" (ebd.).

Gerade weil die Jungs so "bodenständig" und "ehrlich" rüberkommen, ihre Jugenderinnerungen zuweilen gewaltaffine Rituale im ländlichen Raum widerspiegeln – Prügeleien zwischen "Italienern" und "Deutschen" am Wochenende? Heute sind wir zum Teil befreundet! – und weil Familie, Freundschaft, Heimat sowie regionaler Patriotismus die Grundlage für das geteilte Frei. Wild-Selbstverständnis ausmachen, ist mir die Band suspekt.

In den biographischen Zugängen finden sich auch die Anknüpfungspunkte für die Rechtsradikalismus-Vorwürfe an Frei.Wild: Der Frontmann Philipp Burger war vor 15 Jahren Nazi-Skin und Kopf der "Kaiserjäger", einer "in der Neonazi-Szene der Region Österreich/Italien/Bayern" (103) über kurze Zeit

mit begrenzter Strahlkraft auftretenden Band. Burger bereut.

Im "schwarzen September" 2008 standen Frei. Wild aufgrund ihrer Nähe zu "Die Freiheitlichen" (Burger war für die Partei in die Bezirksgruppe Eisacktal/Brixen gewählt worden, einer fremdenfeindliche, rechtspopulistische Abspaltung der Südtiroler Volkspartei, SVP), und der darauf folgenden Kritik am Scheideweg. Burger distanziert sich (146f), die Band entzieht sich einer Instrumentalisierung durch "Die Freiheitlichen", indem sie ein von der "Freiheitlichen Jugend" organisiertes Konzert absagt.

In der Folgezeit entstehen Song-Texte, in denen sich Frei.Wild explizit von "Neonazis und (...) Anarchisten" abgrenzen ("Das Land der Vollidioten") und sich und ihre "Heimatliebe" gegen "Faschisten, Nationalsozialisten" positionieren ("Wahre Werte"). Als die NPD aufsatteln will, organisieren Fans und Band kurzerhand eine Demonstration gegen die Partei bzw. gegen "Rassismus und Extremismus". Macht das Frei.Wild zu Antifaschisten? Hierzu abschließend mehr.

### Identitätsrock?

Mit Blick auf den Erfolg von Frei.Wild spricht Farin vom "strahlendste[n] Stern am derzeit aufgehenden Deutschrock-Himmel" (26). Deutschrock, das ist ein Genre zwischen Punk und Hardcore, "handgemacht", schlicht. Das spiegelt sich auch im Auftreten wider: keine aufwendige Kostümierung (Tattoos sind angesagt und werden im Buch ausführlich illustriert), kein extravagantes Styling, kein exzessives Verhalten, "Werten wie Freiheit, Selbstbestimmung, Treue, Ehrlichkeit, Freundschaft" kommt besondere Bedeutung zu – so beschreibt der Musikwissenschaftler Thorsten Hindrichs die Szene im Interview (231).

Mehr oder minder explizit ordnen sich die Bandmitglieder in die Tradition der Onkelz ein. Die Szene ist vernetzt, hat ihre eigenen Festivals – etwa G.O.N.D., die Größte Onkelz-Nacht Deutschlands, AlpenFlair oder Echt & Laut – und ihre eigenen Medien. In ihrem Selbstverständnis sind sowohl Bands als auch Fans unpolitisch. Farin deutet diese "Selbststilisierung als "unpolitisch" als "Abwehrreaktion auf stigmatisierende Fremdzuschreibungen" (27), was die Interviews mit mehreren Deutschrock-Bands untermauern.

Von ihren inzwischen 15 Alben haben Frei. Wild etwa 1,1 Millionen verkauft, ihre 2015er Tournee werden rund 200.000 Menschen live erleben (22). Besonderen Anklang findet die Südtiroler Band in Deutschland (bei 91,8% der von Farin befragten Fans)<sup>2</sup>. Wenn Philipp Burger – Frontmann von Frei.Wild – feststellt (123), dass "der Großteil der Frei.Wild-Fans Arbeiter oder Angestellte sind", die Arbeit, "egal ob in der Bank (…) oder auf dem Gerüst" nicht scheuen, ist er damit nahe an den Ergebnissen der Fanstudie Farins.

Eine Kernfrage, die Farin antreibt, ist, was die Band so attraktiv macht. Antworten hierauf geben die von Farin befragten Fans. Auf den Punkt bringt es meines Erachtens Hindrichs im Interview: Die Fans dürften "das immer wieder artikulierte Gefühl der "Einschränkung" (durch Arbeitgeber, Staat, Medien, "Gutmenschen", Paragraphenreiter usw.)" sowie "den Wunsch, sich dagegen bzw. gegen "die" zur Wehr setzen zu müssen", teilen (231). Freundschaft (vgl. "Feinde deiner Feinde" von Frei.Wild) und Zusammenhalt – gekoppelt mit eher altbackenen Geschlechterrollen – bilden die Grundlage für eine gemeinsame "Deutschrock"-Identität.

Auf die Nachfrage, was in diesem Kontext unter "Identitätsrock" zu verstehen sei, erläutert Hindrichs, Frei.Wild besetze entsprechende "Sujets wie Heimat, Volk, Patriotismus", was bei Frei.Wild letztlich auf Konzepte wie "nationale Identität" oder "Volksidentität" hinauslaufe. So treibe die Fans auf Facebook auch immer wieder die Frage "eines "normalen' Patriotismus "als Deutsche" um (231).

Hindrichs problematisierende Einschätzung teile ich: Jegliche territorial begründete Bezugsgröße von Identität – also auch Patriotismus und Heimat (als "Volk, Tradition, Sprache, wahre Werte" von Frei.Wild) – ist potentiell ausgrenzend.

"Das Problem ist, dass wir gesamtgesellschaftlich mal eine Debatte darüber führen

müssten, wer 'wir' sein wollen, wer 'zu uns' gehören soll und anhand welcher Parameter 'wir' 'unsere' 'Identität' eigentlich bestimmen wollen" (ebd.).

Gleichwohl sei das Label "Rechtsrock" mit Blick auf Frei. Wild fehl am Platz: Zum einen ist es klar definiert und Formen von Musik der radikalen Rechten vorbehalten. Frei. Wild fortdauernd als Rechtsrock zu bezeichnen bagatellisiere demzufolge die rechtsradikale Musikszene. Zum anderen skandalisiert dies Frei. Wild und die gesamte Deutschrock-Szene in einem Maße, das "für die (...) längst überfällige "Identitätsdiskussion" alles andere als förderlich ist" (ebd.).

#### Was sonst noch?

Der 'Prachtband' hat einiges mehr zu bieten: Besonders spannend ist der geschichtliche Exkurs zu Südtirol, das immer auch ein "Zankapfel!" mächtiger Akteure war: zuvorderst Habsburg/Österreich, Deutschland und Italien. Stark eingeschränkt durch die Administration des faschistischen Italiens sind die Südtiroler den zum Ende des Zweiten Weltkriegs einmarschierenden Nationalsozialisten gleichsam als Befreiern positiv zugewandt, obschon sie neues Leid mit sich bringen. Und die Autonomie der Bergregion innerhalb Italiens kann mittlerweile durchaus als Modell für Europa und seine Regionen herhalten. Farin ergänzt diese Hintergrundinformation, um den Heimat-Bezug in der Prägung von Frei. Wild verständlicher zu machen (26).

Jens Uthoff (vgl. Anm. 1) liest dies, als wolle Farin damit um Nachsicht für die reaktionäre Heimatbezogenheit der Band heischen. Doch wird der Teil abgeschlossen von einem Interview mit Armin Mutschlechner, Jugendarbeiter, Literat und Künstler, in dessen Jugendzentrum Frei. Wild ihr erstes Album aufnahm: "Sie liefern die Rhythmen für Kreise mit einem fragwürdigen Patriotismus, welcher vor allem uns Südtirolern in [.../ihrer] Vielfalt nicht gerecht wird. Diese Kreise haben meist ein sehr konservatives Geschichtsbild. Dieser Patriotismus hat wenig mit gesunder Heimatliebe am Hut. In diesem Sinne ist die Band ein zweifelhafter

Botschafter für Südtirol." (196) Mutschlechner (ebd.) ergänzt, grundsätzlich mangele es in Südtirol an einer Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalismus.

Aus den folgenden Ausführungen zum Deutschrock habe ich mich ja bereits ausgiebig bedient: Neben dem aufschlussreichen Interview mit Thorsten Hindrichs finden sich hier Selbstdefinitionen des Genres durch 17 Deutschrock-Bands, ein Interview mit Kai Michelmann, Booking Agent und Tourleiter verschiedener Deutschrocker, auch von Frei. Wild, zwei Seiten zu Boykott-Maßnahmen (s.u.) gegen Frei.Wild, ein Interview mit einem G.O.N.D.-Veranstalter, ein Exkurs über die "Großfamilie" Deutschrock-Szene und ihre Segmente, der um Fan-Zuschreibungen ergänzt wird, sowie eine Note zum "Mythos progressiver Rockkultur". Reichhaltig bebildert ist der Ausflug in die Tattoo-Mode-Welt des Deutschrocks (insbesondere der Frei. Wild-Fans).

Anschließend werden die Fans von Frei. Wild mit der Fanstudie unter die Lupe genommen, die quantitativen Ergebnisse einer Online-Befragung (N=4.206; vgl. Anm. 2) sowie die qualitativen Ergebnisse biographischer Interviews (N=18) dargestellt. Hier bestätigt sich nicht nur die große Bedeutung der Szene und ihrer Deutungsangebote für die Fans, sondern sowohl ihre Selbstzuschreibung als "unpolitisch" als auch eine weitgehende Abgrenzung von jeglichem politischen Extremismus. Viele Fans seien indes in der Auseinandersetzung mit dem Vorwurf, einer "rechten Band" anzuhängen, politisiert worden und hätten sich deshalb erstmalig mit Themen wie (Rechts-)Extremismus, Rassismus, Patriotismus, aber auch mit Medienberichterstattung befasst (324).

Dem Heimatbegriff, der für eine geteilte Identität der Szene um Frei.Wild eine besondere Rolle spielt, widmet Farin einen Extra-Exkurs, nicht ohne dies kritisch einzuleiten.

Aufmerken lässt auch Farins Einschätzung, dass Frei. Wild für Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene attraktiv ist: Frei. Wild als Einstiegsdroge oder als Methadon für Rechtsradikale? Dazu interviewt Farin nicht

nur Bernd Wagner von der Aussteigerinitiative *Exit*, sondern auch ehemalige und nach wie vor aktive rechtsradikale Aktivisten. Zur Diskussion steht hier grundsätzlich die politische Wirkung von Musik.

### Ein Fanbuch?

Medi Kuhlmann von "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" und Nils Raupauch, Opferberater im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben" (vgl. *taz* vom 14.07.2015, Anm. 1) jedenfalls kaprizieren sich in ihrer Kritik zuerst darauf, dass der Farin-Band ein "Fanbuch" sei, kritische Stimmen nur kurz zu Wort kämen.

Wo aber steht geschrieben, dass der Mitbegründer des Archivs der Jugendkulturen aus einem Buch über eine "rechte" Deutsch-, Proll- oder Identitätsrockband keinen "Prachtband" machen darf, der für Fans attraktiv ist? Daraus macht Farin auch keinen Hehl, wenn er den eher "fannish an Informationen" zu Frei. Wild Interessierten im Vorwort explizit offen lässt, das Kapitel zur Südtiroler Geschichte zu überblättern, oder wenn er weniger Kundschaft aus dem Fan-Kreis antizipiert, weil er einen vermeintlich auf Extremismus ("Antifaschisten") rekurrierenden Titel wählte.

Als Fanbuch finde ich den Band übrigens gelungen, da er es nicht bei "Star-Schnitten" belässt – ja, die Bebilderung bedient das –, sondern die Geschichte der Band und ihrer Mitglieder in den kritischen öffentlichen Diskurs einbettet und auch ideologisch-ausgrenzende Fallstricke in den Texten von Frei. Wild thematisiert.

Insofern habe ich den Band auch als Intervention durch Farin gelesen: Deutschrock – so der Autor in seinem Fazit (364) – ist mittlerweile selbst Teil des Mainstreams und bildet das "einzige musikalische Bindeglied zwischen den großen Stars kritischer Popmusik" (Farin nennt Lindenberg, Grönemeyer, die Hosen) und den Subkulturen:

"Deutschrock ist heute bei aller Widersprüchlichkeit ein durch sozialkritische Texte geprägtes Genre, dessen Fans sich tendenziell stark mit den Texten ihrer bevorzugten Bands auseinandersetzen. Sinn und Spaß, die beiden zentralen postmodernen Komponenten, die vor allem Junge in Bewegung setzen, kommen hier zusammen. Darin liegt eine Chance, die jene, die stets mehr Engagement, politisches Interesse und Medienkompetenz von Jüngeren einfordern, nutzen sollten – anstatt (...) Deutschrock-Fans in die 'rechte Ecke' zu treiben und ihre kritischen Fragen an diese Gesellschaft zu tabuisieren" (ebd.).

Mit Blick auf die Band teile ich die Lesart nicht, Farin habe ein "verharmlosendes, stellenweise verherrlichendes (fast an die Beschreibung von Heiligendarstellungen erinnerndes) Buch veröffentlicht" (Uthoff, vgl. Anm. 1). Nein, Farin ist der neuen, dem öffentlichen Druck geschuldeten Selbstinszenierung der Band nicht auf den Leim gegangen, er wirkt daran mit:

"Statt Frei. Wild-T-Shirts auf Schulhöfen zu verbieten, sollten die Lieder der Band lieber Unterrichtsthema werden; statt die Band selbst aus Festivals, Benefizveranstaltungen und anderen Events auszugrenzen, sollte sie eher gefordert und eingeladen werden, ihr Engagement für eine tolerante Gesellschaft fortzusetzen und zu verstetigen" (364).

Wie auch immer: Für einen allein sozialwissenschaftlich interessierten, neugierigen Rezensenten ist das Format dennoch zu sehr Fanbuch. Eine Freundin merkte an: "Zwei Kilo in dem Format als Bettlektüre? Da laufe ich ja Gefahr, mir die Hüfte zu brechen." Tatsächlich benötigte auch ich mit dem Band in seinem Format und auf "Glanzpapier" eine mit Blick auf Licht und Haltung sorgsam austarierte Positionierung, um überhaupt damit arbeiten zu können. Insofern ist die Frage, welchem Genre der Band zuzuordnen ist – Fanbuch, Materialband, Lehrbuch... – nicht völlig aus der Luft gegriffen.

#### Der Verstörer

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Farin seine Arbeit gewohnt gut gemacht hat. Das heißt nicht, dass mir Frei.Wild (nun) gefällt. Vielmehr wird meine selektive Aufmerksamkeit mit Blick auf die Band künftig umso geschärfter

und nach wie vor misstrauisch ausfallen.

Aufgabe des Archivs – und damit des Autors – ist es, jugendkulturellen Trends und Strömungen nachzugehen, ihre Potentiale und Risiken offenzulegen und sich ein differenziertes Bild vom Gegenstand des Interesses zu machen. Dazu gehören im vorliegenden Fall auch die feinen Schattierungen einer politischen Skala, auf der Frei. Wild und ihre Fans zu verorten ist.

Den Vorwurf, dass Farin dabei an Selbstpositionierung ("Schlussfolgerungen") respektive Distanz mangelt, kann ich nicht wirklich nachvollziehen: Wer lesen kann, findet alle erforderlichen Informationen im Band, um sich selbst ein Bild zu machen.

"Wer sich auf die Realität einlässt, muss die beruhigende Eindeutigkeit aufgeben", so das Motto der Arbeit von Klaus Farin. Und in seinem Vorwort (24) schreibt er: "Mein Job ist die Verstörung. Das Zerstören von Gewissheiten. Ideologien und Ideologen, die sich die Welt passend biegen, kneten und lügen, waren mir schon immer zuwider. "Wer sich auf die Realität einlässt, muss die beruhigende Eindeutigkeit aufgeben".

Wenn sich Kritiker/innen mutmaßlich "traditionell-antifaschistischer" Provenienz gegen den neuen Band von Farin reflexartig empören, verwundert das wenig. Ideologiegeleitete Urteile (beziehungsweise Verurteilungen), die mit einer beachtlichen Sicherheit gleichsam aus dem Stand über "richtig/falsch" oder "gut/ böse" befinden, sind meiner Einschätzung nach wenig diskursfördernd, mit Blick auf Entwürfe einer vielfältigen, toleranten Gesellschaft sogar undemokratisch.

In einem Punkt indes hat mich "der Verstörer" selbst kalt erwischt: mit dem Titel. Als ich den Band erstmalig sah, machte mich "Südtirols konservative Antifaschisten" ausgesprochen neugierig: Sowas gibt es? Nein, stelle ich nach der Lektüre fest, gibt es nicht. Bei aller Vorliebe – als jemand, der aus der (Selbst-)Kategorisierungs-Forschung kommt – für ein differenziertes Set an Schubladen, in die wir die Welt und ihre Erscheinungsformen "sortieren" müssen, um

sie "handhabbar" zu machen: Diese Schublade klemmt! Frei.Wild selbst grenzt sich von der "linken" autonomen Antifa entschieden ab; entschiedener und meiner Meinung nach "genuiner" als vom Faschismus. Und "Südtiroler (...) Antifaschisten" mutet nach der Lektüre an sich wie ein Oxymoron an, wobei ich nicht bezweifele (zumindest hoffe), dass es dort welche gibt.

Da wäre der ursprünglich vorgesehene Titel – "Deutschrock aus Südtirol" – angemessener gewesen. Und Thorsten Hindrichs erinnert Klaus Farin im Interview, daran, dass Farin Frei.Wild zutreffend als "reaktionäre Rebellen" bezeichnet habe, was Hindrichs selbst anderenorts "rechtsoffen" nannte (233). Südtirols reaktionäre Rebellen? Warum, Herr Farin: Widerspruch als Verstörungsstrategie?

Ludger Klein, Frankfurt am Main.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. taz, insbesondere den Artikel "Ausgerechnet" von Jens Uthoff am 14.07.2015 www.taz. de/!5212428/ und den Artikel von Andreas Speit "Rechts? Nicht rechts? Rechts?" am 15.07.2015: www.taz.de/!5212452/. [beide: 20.12.2015].
- <sup>2</sup> Befragt wurden in der Fanstudie über 4.000 Fans, 3.042 Fragebogen gingen in die quantitative Analyse ein. Warum dann ein N=2.952 (minus 90) zur Grundlage dieser Prozentangabe wird, ist nicht nachvollziehbar.

# Zwischen Krisenreaktion und Spaßmobilisierung

Werte, politische Kultur und Protest im Fokus der empirischen Kultursoziologie

Rössel, Jörg/Roose, Jochen (Hg.) 2015: Empirische Kultursoziologie. Festschrift für Jürgen Gerhards zum 60. Geburtstag. Wiesbaden: Springer VS.

Jürgen Gerhards zählt zu den einflussreichsten deutschen Soziologen der vergangenen Jahrzehnte und hat in seiner überwiegend empirisch ausgerichteten Arbeit viele Felder der Kultursoziologie beackert. Seine Schüler Jörg Rössel und Jochen Roose haben nun seinen 60. Geburtstag zum Anlass genommen, zahlreiche seiner Weggefährten in einer Festschrift zu versammeln und sie gebeten, in ihren Beiträgen an das Werk Jürgen Gerhards' anzuknüpfen. Entstanden ist ein bunter Sammelband von beachtlichem Umfang, der sich den vier Haupttätigkeitsgebieten des Jubilars zuwendet: (1) Der soziologischen Kunst-, Freizeit- und Lebensstilforschung, (2) der Werte-, politischen Kultur- und Protestforschung, (3) der soziologischen Öffentlichkeitsforschung und (4) der Europäisierungs- und Transnationalisierungsforschung.

Für den Rezensenten sind derartig breit angelegte Bände ein hartes Brot, ist es doch schlichtweg unmöglich, allen Beiträgen in einer Buchbesprechung mit enger Zeichenvorgabe gerecht zu werden. Im Folgenden sollen deshalb sechs der insgesamt 16 Kapitel näher betrachtet werden, die in den speziellen Fokus des Forschungsjournals fallen und deshalb für die Leserinnen und Leser von besonderem Interesse sein dürften.

### Wie entwickelt sich die Protestszene?

Protestkulturen im Wandel werden in zwei Kapiteln beleuchtet. Gregor Betz und Ronald Hitzler haben sich dabei ein originelles Thema ausgeguckt: Sie stellen fest, dass positive Emotionen bei Protestereignissen in den vergangenen Jahren eine immer wichtigere Rolle spielen. An die Stelle von schrillem Trillerge-

pfeife und wütend skandierten Slogans treten heute häufig geradezu karnevaleske Protestformen. Demonstrierende treten als Clowns auf, andere tanzen sich ihren Frust von der Seele oder wählen das Instrument der politischen Satire. Damit entstehen hybride Protestformen. die um event-artige Elemente angereichert werden. Bislang ist diese Entwicklung seitens der Protestforschung jedoch weitgehend unbeachtet geblieben, weshalb die Autoren zunächst explorative Fallstudien anregen und mit ihrer Untersuchung eines Fallbeispiels, der dritten Duisburger Nachttanzdemo, auch gleich einen Aufschlag machen. Im Ergebnis zeigt ihre Beobachtung, dass Spaß, Freunde und Erlebnis (zunehmend) auch von Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Protestereignissen erwartet werden und nicht nur eine rein instrumentelle Funktion haben. Die Autorinnen und Autoren betonen aber auch das Spannungsverhältnis, in das Organisatorinnen und Organisatoren von Protestereignissen mit Eventcharakter geraten können. Für sie gilt es, behutsam zwischen den beiden Polen Spaßversprechen und langfristigem Engagement auszubalancieren, wenn sie einerseits eher unpolitische Menschen ansprechen, aber gleichzeitig ihre politischen Anliegen wirksam formulieren möchten.

Der Beitrag von Dieter Rucht knüpft an diese Erkenntnis an und zeichnet einen sehr lesenswerten (weil knappen und gleichzeitig umfassenden) Überblick über den Wandel von Protestkulturen in westlichen Gesellschaften mit einem Schwerpunkt auf Deutschland. Aus Perspektive der Bewegungsforschung sind dabei vor allem drei Ergebnisse interessant: Rucht zeigt, dass sich die Bandbreite sowie die (Re-)Kombination von Protestformen in den vergangenen Jahren stark ausdifferenziert hat und sich Proteste seit einiger Zeit immer stärker aus ihren spezifischen sozialen oder regionalen Kontexten lösen, wenngleich nach wie vor raum-zeitliche Besonderheiten von Protestkulturen fortbestehen. Darüber hinaus konstatiert Rucht eine teilweise sehr ausgeprägte Professionalisierung der Protestszene, mit der eine immer elaboriertere Nutzung der Massenmedien einhergeht. Gleichzeitig 152 | Literatur

bedeutet diese Professionalisierung allerdings auch, dass Protestbewegungen verstärkt um das knappe Gut Aufmerksamkeit konkurrieren. Da sich innerhalb der Protestszene große Unterschiede feststellen lassen, plädiert der Autor abschließend dafür, die Vorstellung einer einheitlichen Protestkultur zu überwinden und stattdessen vom Nebeneinander verschiedener Protestkulturen zu sprechen.

### Politische Kulturen im Vergleich

Eine anspruchsvolle Aufgabe stellt sich Michael Hoelscher, indem er nach den Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs von politischen Kulturen in Europa fragt. Ausgangspunkt seiner Studie ist die Feststellung, dass in vielen europäischen Ländern mittlerweile ergiebige Datensätze vorliegen, politische Kultur aber nicht überall gleich gefasst wird, weshalb die Datenerhebungen Unterschiede aufweisen und den Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler beim Vergleich nationaler politischer Kulturen vor Herausforderungen stellen. Am Beispiel der Einstellungen zur Demokratie in den Mitgliedsländern der Europäischen Union demonstriert Hoelscher Vor- und Nachteile zweier Methoden zum Ländervergleich (DA- und CFA-Ansatz) und verdeutlicht anschaulich die Eignung der portraitierten Vorgehensweisen für verschiedene Fragestellungen.

Auch Jochen Roose widmet sich in seinem Beitrag einer europäischen Thematik und untersucht, ob und ggf. wie die europäische Finanzkrise die Diskussion EU-politischer Fragestellungen in der Bevölkerung beeinflusst hat. Sein Ergebnis ist interessant: Obwohl die europäische Krisenpolitik über Monate hinweg die Massenmedien dominierte, kann von einer europaweiten Politisierung nicht die Rede sein. Zwar kann Roose durchaus Indizien für einen Bedeutungsaufwuchs europapolitischer Themen und eine vor allem in den Krisenländern stärker werdende Polarisierung europapolitscher Auseinandersetzungen nachweisen. Die Politisierung war aber - mit Ausnahme Griechenlands - nur von kurzer Dauer, Offenbar ist das Thema so komplex, dass es der europäische

Integrationsprozess trotz seiner tiefgreifenden Effekte auf das tägliche Leben nicht dauerhaft in die Tagesgespräche der Menschen schafft.

Donatella della Porta greift einen Teilaspekt der politischen Kultur auf und untersucht in ihrem Beitrag die Rolle des Demokratievertrauens in Sozialen Bewegungen in Zeiten der Krise. Sie hinterfragt dabei eine Feststellung der liberalen Demokratietheorie, die Protest zwar zum unbedingten demokratischen Grundrecht erhebt, aber auch vor zu vielen zu kritischen Bürgerinnen und Bürgern warnt, die das System ins Wanken bringen können. Was bedeutet es nun für die Demokratie, wenn das Misstrauen in die demokratischen Institutionen beständig abnimmt? Della Porta argumentiert und untermauert empirisch, dass Soziale Bewegungen in den Krisen der vergangenen Jahre nicht die Demokratie als solche in Frage gestellt haben, sondern vielmehr ihre institutionelle Architektur. Sie plädiert deshalb für eine Umgestaltung bestehender Ordnungen, in denen stärker deliberative und partizipative Elemente Eingang finden sollten.

## Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit

Ruud Koopmans untersucht schließlich auf der Basis einer umfangreichen sekundärstatistischen Auswertung den Zusammenhang von religiösem Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa und vergleicht dabei Muslime und Christen. Dabei stellt er fest, dass Feindseligkeit gegenüber anderen Gruppen wie Schwulen oder einer anderen Religionsgemeinschaft mit religiösem Fundamentalismus sowohl bei Christen als auch bei Muslimen stark miteinander korrelieren und sich durchaus ähnlich sind. Allerdings unterscheidet sich die Ausprägung des Fundamentalismus innerhalb der verschiedenen Glaubensrichtungen des Islam und des Christentums voneinander und Koopmans betont, dass sich aus seinen Ergebnissen keine direkten Rückschlüsse von der Bereitschaft Gewalt anzuwenden auf die tatsächliche Durchführung ziehen lassen.

In der Zusammenschau haben die Herausgeber einen gut editierten Sammelband vorgelegt, der eindrucksvoll das Wirken ihres akademischen Lehrers illustriert und seine Ergebnisse handhabbar macht. Die Beiträge des Buches bringen neue Forschungsergebnisse ein und leisten somit wesentlich mehr als von einer Festschrift üblicherweise zu erwarten ist. Wohltuend ist zudem, dass sich die Autorinnen und Autoren ihren Untersuchungsgegenständen konsequent empirisch nähern und nicht in eine normativ gefärbte Berufsnörgelei an gesellschaftlichen Zuständen verfallen, wie es in der deutschen Kultursoziologie bis heute nicht selten der Fall ist.

Dr. Matthias Freise, Münster

## Marx mit Marx verstehen

Schillo, Johannes (Hg.) 2015: Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. Hamburg: VSA.

# Die Rezeption der Marxschen Werte erfolgt seit jeher in Wellen.

Mal ist es "up to date" Marx zu lesen, mal gilt diese als "Schmudell-Theorie" – selten, oder so gut wie nie – glaubt man den Autoren – gehen WissenschaftlerInnen und TheoretikerInnen neutral an die alten Lehren des Karl Marx heran. Johannes Schillo, Herausgeber des vorliegenden Bandes, beschreibt die Situation so: Es gäbe "eine deutliche Einstimmigkeit bei der Verurteilung der Marxschen Theorie. Statt Vielstimmigkeit dominiert ein Unisono" (7).

So wird des Weiteren die These aufgestellt: "Auf dem Globus gibt es gegenwärtig so gut wie keine politischen Regime oder nennenswerte sozialen Bewegungen mehr, die sich auf den Marxismus berufen" (7).

Ob das wirklich so ist, kann die Leserschaft in den darauf folgenden Artikeln selbst nachlesen. Neu sind die Artikel alle nicht die meisten Texte sind bereits seit Längerem veröffentlicht. Wer aber eine gute Zusammenfassung der aktuellen Auseinandersetzung sucht, ist bei dem

Band "Zurück zum Original" richtig. Bei dem Titel wundert es nicht, dass mehrfach dazu aufgefordert wird, die Theorien von Marx im Original zu lesen und nicht nur den Wiedergaben, Fußnoten und Auslegungen Glauben zu schenken.

### Alle gegen Marx

Der Sammelband beginnt mit einem Beitrag von Uwe F. Findeisen, der den Titel "Die Marxsche Kapitalismuskritik und die neue Marx Lektüre" trägt. Findeisen nimmt die Leserschaft mit auf eine Reise hochaktueller Fragen, insbesondere der nach der Bedeutung der Marxschen Theorie für die neue Marxismuskritik. An klassischen Fragestellungen von Marx, beispielsweise solche nach dem Wert der Ware, dem Gebrauchswert oder der Arbeit, zeigt der Autor, wer sich in jüngster Zeit bei der Interpretation alles einen Namen gemacht hat. Auch hier gilt: eine gute Zusammenfassung für einen ersten Überblick. Die Lektüre der Originale wäre aber auch in einem solchen Fall dringend zu empfehlen. Trotzdem: Es werden auch jene LeserInnen mitgenommen, die sich nicht täglich der Marx-Lektüre widmen. Findeisen schafft es in seinem sehr komprimierten Text trotzdem, wichtige Ansätze Marx' so zu beschreiben, dass man der Auseinandersetzung um die Marxsche Theorie gut folgen kann.

Findeisen kommt zu dem Schluss: "Diese Art der Neu-Lektüre hilft nicht, Marx zu verstehen.(...) Marx ist mit Marx zu verstehen, und auch wenn man einen Kommentar zu Hilfe nimmt, entbindet das nicht von der Notwendigkeit, ihn am Original zu überprüfen" (82). Recht hat er: Eine so komplexe Theorie muss man selbst einordnen. Auch wenn der Beitrag nicht das Lesen des Originals überflüssig macht, alleine das Literaturverzeichnis liefert eine wirklich gute Übersicht, wer sich aktuell mit der Marx-Lektüre beschäftigt. Diese ist aktualisiert und reicht bis ins Jahr 2015.

#### Zwischen Extremismus und Marxismus

Weiter geht es mit einem Beitrag des Herausgebers zur Frage des Antimarxismus. Johannes

Schillo zeigt, dass in der politischen Debatte Bewegung ist. Aktuell wird nicht mehr, wie vor den letzten großen Wirtschaftskrisen, der Antikommunismus verteufelt, nun kommt noch ein neu erstarkter Antimarximus hinzu. Und selbst wenn in den großen Feuilletons wieder häufiger das Konterfei des alten Karls zu sehen ist: Viele WissenschaftlerInnen und AutorInnen haben offenbar doch alle ein unbedingtes Bedürfnis, sich möglichst von den alten Theorien abzugrenzen. Eine solche Notwendigkeit gibt es für Schillo auch seitens des Staates. Schillo (124) beschreibt unter Rückgriff auf einen Text von Freerk Husiken, es ist "vom Standpunkt herrschender Politik nicht überflüssig, sondern die zeitgemäße Zuspitzung des Auftrages der hiesigen Staatsschule, die Schüler gegen jede Systemkritik an Demokratie und Marktwirtschaft zu immunisieren (127)." Dass diese Immunisierung noch nicht gänzlich aufgeht, kann man jedoch bei jedem Wirtschaftsgipfel beobachten. Es gibt offenbar noch Menschen. die sich kritisch mit gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen auseinandersetzen.

### Opium für das Volk

Im Anschluss daran geht Schillo auf einen weiteren Aspekt der Marxschen Lesart - die Religionskritik - ein. "Religionskritik ist, wenn man den neueren Einlassungen zum Verhältnis von Religion und Politik Glauben schenken darf, das Gebot der Stunde (...)" (131). Auf knapp 20 Seiten wird auch hier zunächst eine gute Übersicht über die aktuelle Debatte gegeben. Über das Fazit Schillos kann gestritten werden. So heißt es: "Toleranz - das bleibt die Schlussfolgerung - ist keine Lösung, wenn es um konkurrierende Wahrheitsansprüche geht." (147). Wie aber nun konkurrierende Glaubensarten miteinander gelebt und vereinbart werden können, ist eine durchaus zeitgemäße Frage. Darauf geht Schillo nicht weiter ein.

Zum Ende geht es bei einem dritten Text Schillos um die aktuelle Auseinandersetzung mit Thomas Piketty, seiner Rezeption von Marx' Schriften und um die Frage nach einer neuen Armutsforschung. Dieser enthält noch ein kurzes Streiflicht von Freerk Huisken zur Neid-, oder wie er es nennt Gerechtigkeitsdebatte um die Frage nach Managergehältern.

### Aktuelle Diskussionen

Ein weiteres aktuelles Diskussionsfeld öffnet sich mit den Artikeln von Ulrich Irion über Staat und Wirtschaft und Manfred Henle über Armut und Sozialstaat.

Beiden Artikeln merkt man im positiven Sinne an, dass es sich dabei offensichtlich ursprünglich um Vorträge gehandelt hat. Man findet hier kurze und knappe Übersichten mit aktuellen Bezügen und Darstellungen der gegenwärtigen Debatte.

Gerade der Artikel von Henle zeigt in nachvollziehbarerer Art und Weise, mit welchen Folgen Europa bereits jetzt zu kämpfen hat, seit der Sozialstaat immer weiter abgebaut wird und mehr und mehr Menschen in Armut leben. Nicht nur fehlendes Geld sei dabei ein Problem, sondern auch die Möglichkeiten, überhaupt am Warenaustausch als Arbeitskraft teilzuhaben. Am Beispiel französischer Banlieues wird gezeigt, wohin der Abbau des Sozialstaats führen kann.

Hans-Jörg Tauchert, Performance Künstler und Autor, fragt zum Schluss, ob der Kapitalismus unübertrefflich sei: "So gesehen hat der wilde Osten eben doch eine rasante Karriere hinter sich. Die osteuropäischen Staaten haben es zu keiner eigenen flächendeckenden kapitalistischen Ökonomie gebracht, aber ihr Volk weltrekordlich verarmt und zugleich wirtschaftlichen Potenzen hingestellt, die der weltweiten kapitalistischen Benutzung zur Verfügung stehen" (236), so das Fazit des Autors.

Es bleibt eine negative Stimmung: keine Aufbruchstimmung, nur das leise Gefühl, wenn nichts mehr zu retten ist, dann kann man sich wenigstens die Zeit nehmen und in Ruhe Marx lesen.

Stephanie Schmoliner, Hamburg

## Transparenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit

*Graf Strachwitz, Rupert* 2015: Transparente Zivilgesellschaft. Accountability und Compliance in Non-profit-Organisationen. Schwalbach: Wochenschau Verlag.

Zwar ist der Titel des Bandes "Transparente Zivilgesellschaft?" noch mit einem Fragezeichen versehen, aber beim Lesen wird schnell klar, wie der Autor die Lage sieht: Das Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen ist in Deutschland nicht transparent, sollte es aber sein. Laut Rupert Graf Strachwitz, der den 160 Seiten schlanken Band verfasst hat, mangelt es der Zivilgesellschaft hierzulande jedoch nicht nur an einer Transparenzkultur, sondern auch an einer Debatte über eine solche Kultur. Das ist der Ausgangspunkt seiner explorativen Studie, mit der er sich zum Ziel setzt, die verschiedenen Facetten dieser Debatte zusammenzuführen. Er tut das in elf angenehm kompakten Kapiteln und es gelingt ihm, das Thema Transparenz, das teilweise stark durch formale Regeln geprägt ist - und dessen Darstellung damit schnell Gefahr läuft, dröge und/oder sehr kleinteilig zu werden anschaulich und auf die wesentlichen Aspekte beschränkt zu beschreiben.

### Warum Transparenz?

In den ersten vier Kapiteln geht es vor allem um grundlegende Fragen: Aus welchem Grund ist die Debatte um Transparenz in der Zivilgesellschaft relevant, vor welchem Hintergrund spielt sie sich ab, und welche Rolle spielen das Verständnis von Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang? Indem er diese Fragen untersucht, arbeitet er heraus, worin der Kern der mangelhaften Transparenzkultur in Deutschland liegt: Auskunftspflichten bestehen vor allem gegenüber dem Staat, nicht iedoch gegenüber einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit. Ein derart verkürztes Verständnis von Transparenz, das die Deutungshoheit über das Gemeinwohl beim Staat belasse, verkenne jedoch die Bedeutung einer demokratisch verfassten Gesellschaft mit aktiven Bürgerinnen

und Bürgern und einer deliberierenden Öffentlichkeit. Erschwerend komme hinzu, dass die Finanzbehörden, denen gegenüber ein Großteil der Auskunftspflichten zivilgesellschaftlicher Organisationen besteht, überhaupt nicht kompetent für die vielfältigen Aufgaben sind, die mit der Schaffung einer umfassenden Transparenzkultur einhergehen. Dafür liege ihr Fokus zu sehr auf staatlichen Aufgaben. Bei Akteuren, die der Öffentlichkeit und politischen Entscheidungsträgern ein umfassenderes Wissen zur Verfügung stellen könnten, zum Beispiel wissenschaftlichen Einrichtungen, fehle hingegen das Wissen über die Struktur der Zivilgesellschaft weitestgehend oder es könne nur aufwendig generiert werden. Eine zielgerichtete Ausrichtung der Politik für eine an Bedeutung gewinnende Zivilgesellschaft sei so praktisch unmöglich.

### One size does not fit all

In den folgenden vier Kapiteln beschäftigt sich Strachwitz vor allem mit den Organisationsstrukturen zivilgesellschaftlicher Organisationen und den daraus folgenden Konsequenzen in Bezug auf das Thema Transparenz. Er legt dar, aus welchen Gründen und wem gegenüber zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre handelnden Akteure überhaupt zu Transparenz verpflichtet sind. Dabei arbeitet er deutlich heraus, dass dies nicht nur bei externen Akteuren wie Spendern, Geldgebern und Kooperationspartnern wichtig sei, sondern dass auch organisationsintern Transparenz eine wichtige Rolle spielt, zum Beispiel gegenüber Gremien und leitenden Mitarbeitern. Im Zentrum dieses Abschnitts stehen außerdem die Herkunft und die Verwendung von Mitteln. Indem er ausführlich darstellt, auf wie viele unterschiedliche Arten zivilgesellschaftliche Organisationen Mittel erhalten - finanzielle und ideelle -, zeichnet er zugleich ein anschauliches Bild, das zeigt, wie vielfältig die Zivilgesellschaft und die Organisationsstrukturen ihrer Akteure sind. Damit macht er zudem deutlich, wie vielschichtig die Anforderungen sind, die an unterschiedliche Akteure in Bezug auf das Thema Transparenz gestellt werden. Das reicht von Fragen der Wirksamkeit des eigenen Handelns über das Werben um Spenderinnen und

Spender bis hin zur Legitimation steuerlicher Privilegierung. Damit wird deutlich: Es bedarf sehr ausdifferenzierter Transparenzregeln für eine heterogene Zivilgesellschaft.

### Schlussfolgerungen für die Praxis

In den abschließenden drei Kapiteln führt Strachwitz die vorherigen Ausführungen noch einmal zusammen. Dabei beschränkt er sich nicht auf eine analytische Differenzierung der Begriffe - von Transparenz über Compliance, Rechenschaftslegung, Publizität bis hin zu Verantwortlichkeit. Er legt auch ausführlich dar, welche praktischen Konsequenzen daraus gezogen werden können - und seiner Ansicht nach auch sollten. Anhand der Beispiele anderer Länder - meist geht der Blick ins angelsächsische Ausland - zeigt er auf, wie Regeln geschaffen werden könnten, die die Transparenz der Zivilgesellschaft erhöhen. Er benennt die konkreten Defizite bei gesetzlichen und organisationsinternen Regelungen und macht konkrete Vorschläge, wie man die Praxis in Deutschland ändern könnte. Gefragt sind dabei Staat und Zivilgesellschaft.

Den Grund der mangelhaften Transparenzkultur Deutschlands in einer historisch gewachsenen Tradition einer starken Rolle des Staates zu sehen, mag nicht besonders überraschend sein. Falsch wird die Analyse dadurch nicht. Außerdem legt Strachwitz sehr plausibel dar, warum diese Kultur einer modernen, demokratischen Gesellschaft nicht angemessen ist. Er beschränkt sich zudem nicht darauf, "mehr Transparenz" anzumahnen, sondern er buchstabiert dezidiert aus, wie sich ein notwendiger Wandel in der Praxis umsetzen ließe. Der Band gibt daher nicht nur einen sehr guten Überblick über die vielfältigen Facetten des Themas Transparenz in der Zivilgesellschaft. Er zeigt auch Wege auf, welche Konsequenzen dies in der Praxis hat und wie sich eine Verbesserung des Status Quo erreichen ließe. Damit verbindet er auf gelungene Weise die normative Dimension des Themas Transparenz mit Fragen der praktischen Umsetzung.

Tobias Quednau, Berlin

Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer: Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung (FJ SB 1/2016, S. 9-17)

Die wachstumskritische Diskussion um eine sozial-ökologische Transformation hat in den letzten Jahren unter dem Label "Degrowth" deutlich an Fahrt aufgenommen, zuletzt vor allem durch die mit über 3.000 Teilnehmenden überraschend große internationale Degrowth-Konferenz im September 2014 in Leipzig und die Degrowth-Sommerschule im rheinischen Braunkohlerevier im August 2015. In der öffentlichen und akademischen Debatte werden neben viel Zustimmung auch immer wieder Unsicherheiten, Verständnisschwierigkeiten und Skepsis gegenüber Degrowth und Postwachstum geäußert. In diesem Aufsatz werden - basierend auf einer Fragebogenerhebung unter gut 800 Teilnehmenden der Leipziger Konferenz und einer Clusteranalyse dieses Datensatzes - erste empirische Befunde zum Charakter dieser Bewegung in Form von vier Thesen präsentiert. Erstens wird gezeigt, dass "Degrowth" in der großen Mehrheit für eine herrschafts- und zunehmend auch kapitalismuskritische Transformationsperspektive steht. Zweitens, dass sich dieses Spektrum auch nach Kriterien der sozialen Bewegungsforschung als entstehende soziale Bewegung verstehen lässt. Drittens charakterisieren die Autoren diese als in sich heterogene und vielfältige Bewegung, die unterschiedliche Strömungen vereint, deren Orientierungen und Ansätze oft nicht mit der verbreiteten Wahrnehmung von Degrowth übereinstimmen. Fünf Strömungen sind nachweisbar: suffizienzorientierte Zivilisationskritik, immanenter Reformismus, voluntaristisch-pazifistischer Idealismus, modernistisch-rationalistische Linke und libertäre Praxislinke. Viertens schließlich argumentiert der Beitrag, dass Degrowth für eine Kapitalismus- und Herrschaftskritik steht, die die individuelle und kollektive Praxis im Hier und Jetzt zum zentralen Ausgangspunkt umfassender Gesellschaftsveränderung macht.

Dennis Eversberg/Matthias Schmelzer: On the Self-Problematisation in Capitalism Critique. Four Theses on the Emerging Degrowth Movement (FJ SB 1/2016, pp. 9-17)

During the last years, growth-critical discussions focused on social-ecologic transformation have gained momentum, most recently through the astonishingly large international Degrowth conference in September 2014 in Leipzig, at which 3,000 participants attended, and the Degrowth summer school in the Rhenish lignite area in August 2015. In public and academic discourse, there is a lot of agreement, but also insecurity, comprehension problems and scepticism in relation to Degrowth and post-growth. This contribution presents first empirical findings on the character of the movement in the form of four theses, based on a survey data collection among 800 participants of the Leipzig conference and a cluster analysis of this data set. First, we show that "Degrowth" mainly stands for a transformation perspective critical of institutionalised power and, increasingly, of capitalism. Second, when looking at this spectrum with criteria of social movement research, it can be understood as an emerging social movement. Third, the authors characterise this heterogeneous and diverse movement, which unites many voices and whose orientations and approaches often do not correspond with common perceptions of degrowth. Five strands are discernible: eco-sufficiency focused civilisation critiques, immanent reformism, voluntaristic-pacifistic idealism, modernist-rational left and libertarian practical left. Fourth, the contribution argues that degrowth stands for a criticism of capitalism and institutional power which takes individual and collective practices in the here and now as the starting point for comprehensive societal change.

158 | Abstracts

Jochen Roose: Was lernt die Bewegungsforschung aus der Eurozonen-Krise? (FJ SB 1/2016, S. 20-28)

Die Proteste in den südeuropäischen Ländern im Kontext der Eurozonen-Krise sind Anlass für die Bewegungsforschung, scheinbar feststehende Gewissheiten neu zu hinterfragen. Insbesondere fünf Themen stehen für die Forschung auf der Tagesordnung. Während die Forschung lange der Ansicht war, materielle Deprivation sei als Erklärung für Protest nicht relevant, scheinen die aktuellen Ereignisse in eine andere Richtung zu weisen. Der Konfliktlinien-Ansatz verdient mehr Aufmerksamkeit, um die Beziehung von objektiver Lage und Protestbeteiligung theoretisch zu fassen. Die Diskussion über die Bedeutung politisch-ökonomischer Kontexte und des Kapitalismus hat neuen Schwung erhalten, wobei der theoretische Status noch weitgehend ungeklärt ist. Die soziale Zusammensetzung der Protestierenden ist breiter unter partiellem Einschluss auch niedrigerer Klassen als bisherige Ergebnisse zeigten. Damit ist auch diese Frage offener als im Zusammenhang mit den Neuen Sozialen Bewegungen angenommen wurde. Neu in den Blick rücken die Entwicklungen die selbstorganisierte Lebensbewältigung durch Bewegungen und die möglicherweise davon ausgehende gesellschaftsverändernde Kraft sowie die Beachtung auch südeuropäischer Länder.

Jochen Roose: What Will Social Movement Studies Learn from the Eurozone Crisis? (FJ SB 1/2016, pp. 20-28)

Protest in Southern European countries in the context of the Eurozone crisis lead to a reconsideration of findings formerly taken for granted. Especially five topics are on the agenda. While for a long time social movement research regarded deprivation as inadequate for explaining protest, recent developments point to a different direction. The cleavage approach deserves more attention to grasp theoretically the relation of objective situation and protest participation. The debate on the relevance of the political-economic context and capitalism has revived, while the theoretical role of this context is not yet clarified. The social composition of protesters now including also lower social strata questions well established findings derived around the New Social Movements. New is the attention for self-help initiatives to cover basic needs and the attention for Southern European countries.

Manlio Cinalli/Marco Giugni: Öffentliche Reaktionen auf die große Rezession im europäischen Vergleich (FJ SB 1/2016, S. 28-39)

Dieser Beitrag untersucht die Reaktionen organisierter kollektiver Akteure im öffentlichen Raum im Kontext der 2008 begonnenen Wirtschaftskrise. Er zielt darauf ab, zu zeigen, wie europäische Bürger im öffentlichen Raum, vermittelt durch die Medien, auf die Wirtschaftskrise reagiert haben – oder zumindest, wie sie mit den daraus entstehenden Themen umgegangen sind. Uns interessieren öffentliche Debatten zur großen Rezession, wobei wir eine breite Definition öffentlicher Debatten verwenden, die sowohl eine diskursive Dimension (Sprachakte) als auch eine Verhaltensdimension (kollektive Mobilisierung) abdeckt. Die Untersuchung verwendet einen weiten Blickwinkel, der nicht nur Länder einschließt, die unter der Krise gelitten haben, sondern auch Länder, die zum Teil von ihr verschont geblieben sind. Diese Länder sind Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Polen, Spanien, die Schweiz und Großbritannien.

Manlio Cinalli/Marco Giugni: Public Responses to the Great Recession in European Countries (FJ SB 1/2016, pp. 28-39)

This paper examines the responses by organized collective actors in the public domain in the context of the economic crisis that started in 2008. The goal is to show how European citizens have reacted to the economic crisis – or at least how they have dealt with issues pertaining to

Abstracts | 159

it - in the public domain, that is, as conveyed by the media. In brief, we are interested in the public debates around the Great Recession, whereby we adopt a broad definition of public debates which includes both a discursive (speech acts) and a behavioural (collective mobilizations) dimension. We do so through a broad focus that includes not only countries having suffered much from the crisis but also others that have been in part spared by it. These countries are France, Germany, Greece, Italy, Poland, Spain, Sweden, Switzerland, and the UK.

Jochen Roose/Franziska Scholl/Moritz Sommer: Schuldenkrise und Schuldfragen. Verantwortungszuschreibungen zwischen Deutschland und Griechenland in der Eurozonen-Krise (FJ SB 1/2016, S. 39-50)

Die Eurozonen-Krise hat das Verhältnis zwischen Griechenland und Deutschland ins Rampenlicht gerückt. Als am stärksten von der Krise betroffenes Land auf der einen Seite und als prominentester Verfechter der rigiden Sparpolitik auf der anderen Seite, repräsentieren sie zwei sich grundsätzlich gegenüberstehende Pole. Die gegenseitige Bezugnahme im Krisendiskurs so suggerieren es theoretische Annahmen aus der Europäisierung- und Politisierungsliteratur sowie der Forschung zur Vermeidung von Schuldzuweisungen - müsste dabei ausgesprochen stark ausgeprägt und negativ sein. Auch die medial vielbeachteten Vorurteile und Beschimpfungen zwischen beiden Seiten legen diese Vermutung nahe. Der Beitrag untersucht die Intensität und Art dieser gegenseitigen Bezugnahme. Dabei fokussieren die Autor innen einen Kernaspekt der Debatte: die öffentliche Zuschreibung von Verantwortung. Bei dieser wird zwischen Erfolgszuschreibungen, Schuldzuschreibungen und Forderungen differenziert. Der Beitrag stützt sich auf Daten, die im Rahmen eines deutsch-griechischen Forschungsprojekts unter Rückgriff auf die Discursive Actor Attribution Analysis öffentliche Verantwortungszuschreibungen in der Zeitungsberichterstattung zur Eurokrise von 2009 und 2013 systematisch kodiert wurden. Die Ergebnisse der deskriptiven Analyse widersprechen den Erwartungen: Die Auseinandersetzung zwischen deutschen und griechischen Akteuren in der Krise ist keineswegs die dominante Konfliktlinie in der Debatte. Die gegenseitige Bezugnahme ist weder besonders stark ausgeprägt, noch überdurchschnittlich negativ. Während die Verantwortungszuschreibungen deutscher Politiker innen an griechische Politiker innen noch vergleichsweise ausgeprägt (aber auch überdurchschnittlich positiv) sind, konzentrieren sich Krisendiskurs und Schuldfrage in Griechenland vornehmlich auf die nationale Regierung, den politischen Gegner oder die Gesamtheit der politischen Elite.

Jochen Roose/Franziska Scholl/Moritz Sommer: Debt Crisis and Questions of Guilt. Attributions of Responsibility between Germany and Greece in the Eurozone Crisis (FJ SB 1/2016, pp. 39-50)

The Eurozone crisis has cast a spotlight on relations between Germany and Greece. As country most affected by the crisis on the one side vis-a-vis the most prominent proponent of rigid austerity politics on the other side, they represent two diametrically opposed poles. Theoretical approaches from Europeanization and politicization literature suggest that these two countries should relate to each other in markedly distinct and negative ways. Prejudices and name-calling between both sides, which gained a lot of media attention, also support this claim. The contribution examines the intensity and nature of this mutual referencing. The authors focus on a core aspect of the debate: The public attribution of responsibility, differentiating between attributions of success, attributions of blame and demands. The contribution is based on data gained as part of a German-Greek research project using Discursive Actor Attribution Analysis, in which press reporting on the Euro crisis between 2009 and 2013 was systematically coded. The results of this descriptive analysis defy expectations: Arguments between German and

160 | Abstracts

Greek crisis actors do not constitute the debate's dominant conflict line. Mutual referencing is neither marked nor overly negative. German politicians attribute a degree of blame to Greek politicians (but also do so in above-average positive ways), the crisis discourse and question of blame in Greece focus mainly on the national government, the political opponent or the political elite as a whole.

# Maria Kousis/Stefania Kalogeraki/Marina Papadaki/Angelos Loukakis/Maria Velonaki: Alternative Formen von Resilienz in Griechenland (FI SB 1/2016, S. 50-61)

Die Krise hat Teile der griechischen Bevölkerung sehr hart getroffen und soziale Probleme haben deutlich zugenommen. Als eine Reaktion darauf sind zahlreiche Initiativen entstanden, die jenseits staatlicher Wohlfahrtsstrukturen soziale Unterstützung leisten. Der Beitrag bietet einen ersten Überblick über solche Initiativen landesweit und genauer für zwei Kommunen. Mittels einer Internet-basierten Analyse alternativer Aktions-Organisationen identifizieren die Autor\_innen ein breites Spektrum von Organisationen im ganzen Land. Fast die Hälfte der Gruppen unterstützt die Bevölkerung bei dringenden Bedürfnissen. Eine Analyse von Aktivitäten in Chania und Heraklion (beides Kreta) belegt eine Zunahme von unterstützenden Aktivitäten, die von Initiativen, lokalen Behörden und formalen Organisationen getragen werden. Dabei geht es wiederum um Grundbedürfnisse bei der kostenlosen Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und ähnlichem. Der Überblick zeigt, dass in Reaktion auf die Krise vielfältige Aktivitäten und Initiativen der unmittelbaren Hilfe entstanden sind. In welchem Ausmaß diese Aktivitäten grundlegende Bedürfnisse abdecken können und ob dabei Ideen einer alternativen Gesellschaft entstehen, bleiben zentrale Forschungsthemen.

# Maria Kousis/Stefania Kalogeraki/Marina Papadaki/Angelos Loukakis/Maria Velonaki: Alternative Forms of Resilience in Greece (FJ SB 1/2016, pp. 50-61)

The crisis has hit parts of the Greek society severely and social problems increased. As a reaction several organizations were founded to provide social support beyond the welfare state. The article provides a first overview over such initiatives for the whole country and specifically for two localities. Using a web-based analysis of alternative action organizations, the authors identified a wide spectrum of organizations in the whole country. Nearly all of the groups provide support for basics needs for the population. Focusing on Chania and Heraklion (both on Crete), the analysis shows an increase in supportive activity, organized by independent groups, local authorities and formal organizations. Again basic daily needs are at the centre of the actions, like free meals and clothes. In reaction to the crisis a broad range of initiatives and organizations appeared to help. In which way these activities are sufficient to cover the needs and whether new ideas for a new society are linked to these initiatives, remain important research issues.

# Hara Kouki/Joseba Fernandez Gonzalez: Syriza, Podemos und die Anti-Austeritäts-Mobilisierungen: Bewegungen und Parteien in Zeiten der Krise (FJ SB 1/2016, S. 61-71)

Von der Wirtschafts- und Finanzkrise war besonders der europäische Süden betroffen, wo Sparvorgaben internationaler und europäischer Institutionen, die von den jeweiligen Regierungen durchgesetzt wurden, zu massiven Protesten führten. Die *Indignados* in Spanien und Griechenland stellten Parteipolitik und Institutionen der repräsentativen Demokratie in Frage und wandten in ihrer Mobilisierung horizontale und partizipatorische Strategien an. Kurz darauf schaffte das linke Parteibündnis *Syriza* in Griechenland den Sprung in die Regierung. In Spanien entstand mit *Podemos* eine echte Alternative zum traditionellen Zweiparteiensystem. Beide Parteien wandten sich gegen innerstaatliche und europäische politische Eliten und schufen einen Anti-Austeritätsdiskurs sowie eine Agenda, die den weitverbreiteten Unmut aufgriff. Aber in welchem Ausmaß

Abstracts | 161

haben die überwältigenden Proteste in Griechenland und Spanien Parteipolitik verändert? Der Beitrag nähert sich der Beantwortung dieser Frage mithilfe von Quellenarbeit und Feldforschung (Tiefeninterviews mit Parteimitgliedern und Aktivisten) in drei Schritten an. Zunächst untersuchen die Autor\_innen den Aufbau der beiden Parteien und fragen, ob dieser Struktur und Anliegen der Mobilisierung widerspiegelt. Zweitens fragen sie, inwieweit das Framing des Krisendiskurses in den Parteien die Forderungen der Basis reflektiert. Zuletzt versuchen sie, zu verstehen, wie das Abebben der Bewegungsaktivitäten nach 2012 mit dem parallelen parlamentarischen Erfolg beider Parteien zusammenhängt. Der Beitrag berücksichtigt innerstaatliche Traditionen und politische Kulturen, geht jedoch von einem Ansatz aus, der die Auswirkungen der jüngsten Proteste gegen die Sparmaßnahmen auf die Politik in Südeuropa und auf die Bewegungsforschung allgemein verstehen will.

Hara Kouki/Joseba Fernandez Gonzalez: Syriza, Podemos and Mobilizations against Austerity: Movements and Parties in Times of Crisis (FJ SB 1/2016, pp. 61-71)

The economic and financial crisis has particularly hit the European South, where austerity policies imposed by international and European institutions and adopted by national governments have provoked a strong wave of massive protests. The Indignados in the squares of Spain and Greece both challenged party politics and representative democracy institutions putting forward horizontal and participatory types of mobilization. Soon afterwards, the left wing Syriza became a ruling party in Greece and Podemos in Spain a real alternative to traditional bipartisanism: both parties dispute domestic and European political elites and adopt an anti-austerity discourse and agenda reflecting popular grievances. To what extent the overwhelming wave of protests in Greece and Spain has modified party politics? In this article we aim to explore this ongoing relation in three steps and through desk research and fieldwork (in depth interviews with party members and activists). Firstly, we examine the organizational structures of those parties and whether these reflect mobilizations' structures and concerns. Secondly, we ask to what extent the framing of the crisis in party discourse echoes grassroots demands. Finally, we attempt to understand how the decrease in movement activity after 2012 is related with the parallel rise of parliamentary parties in both countries. While taking into account domestic traditions and political cultures, this paper adopts a comparative approach that attempts to understand the consequences of recent anti-austerity protests upon politics in Southern Europe and upon social movement studies in general.

Ivan Molina Allende: Widerstand gegen Zwangsräumungen in Spanien: Eine soziale Bewegung in Zeiten politischer Unsicherheit (FJ SB 1/2016, S. 71-76)

Die Plattform gegen Zwangsräumungen in Spanien (Plataforma de Afectados por la Hipoteca, PAH) hat, zusammen mit anderen Bewegungen, als einer der ersten Akteure im Land auf die sozialen Auswirkungen der Krise in Spanien reagiert. Sie etablierte eine Vielzahl gegen-hegemonialer Praktiken und schärfte das allgemeine Bewusstsein für die unüberbrückbaren Interessengegensätze zwischen Eliten und der breiten Bevölkerung. In der momentanen Lage, die einerseits durch unberechenbare politische Dynamiken und andererseits durch das Auftreten austeritätskritischer Haltungen in Politik gekennzeichnet ist, besteht nach wie vor ein Spannungsverhältnis zwischen den Bemühungen, soziale Rechte zu wahren und zu festigen und gleichzeitig Strategien zu entwerfen, weitere Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat zu vermeiden. Derweilen gelingt es den Akteuren der Finanzindustrie, sich am Wohnungsmarkt neu aufzustellen, um auf die Kontinuität eines Wirtschaftsmodells zu drängen, das auf Spekulation von Wohnraum als Ware basiert. Es zeichnet sich durch das Auftreten internationaler Akteure (Investmentfonds) aus, die es nationalen Akteuren noch schwerer machen, ihre bereits beschädigte politische Souveränität auszuüben. Vor diesem

162 Abstracts

Hintergrund reflektiert der Beitrag die politischen Herausforderungen für soziale Bewegungen in Spanien und überlegt, was vonnöten wäre, um wirksame soziale Gegenkräfte zu etablieren, die in der Lage sind, die demokratischen und sozialen Rückschritte der letzten Jahre nicht nur zu begrenzen, sondern umzukehren.

Ivan Molina Allende: Lessons from the Anti-Evection Movement in Spain: Social Movements between Restauration and Rupture (FJ SB 1/2016, pp. 71-76)

The anti-eviction movement in Spain (Plataforma de Afectados por la Hipoteca, PAH), is – among other movements – at the forefront of the social response to the crisis and its effects, generating a wide array of counter-hegemonic practices and conforming a new disruptive common sense that reflects the antagonistic and irreconcilable interests between the elites and the popular classes. In the current phase, with a volatile political scenario and the appearance of anti-austerity forces in the entire country (from the local to the central level), the tension remains between attempts to consolidate and protect social rights and strategies to contain further attacks on the social model. Meanwhile, the financial sector aims in recomposing the housing sector, pushing for the continuation of an economic model based on speculation around housing assets as a commodity. This development is characterised by the entrance of international actors (i.e. investment funds) that foster the hollowing out of political sovereignty. The article briefly reflects on the political challenges for social movements to build effective social 'counter-powers' that would be able, not only to contain, but to revert the democratic and social regressions suffered throughout the last years.

Aaron Bruckmiller/Franziska Scholl: Blockupy - Ziviler Ungehorsam als Solidarität (FJ SB 1/2016, S. 76-82)

Mit den Blockupy-Protesten zwischen 2012 und 2015 wurde die Entrüstung über die Sparpolitik in den südeuropäischen Ländern nach Deutschland getragen. Blockupy, im Anschluss an die Occupy-Bewegung, gelang es über mehrere Jahre hinweg in Frankfurt am Main bis zu 20.000 Menschen gegen Austeritätspolitik auf die Straße zu bringen. Mit dem Höhepunkt der Proteste, der Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank im März 2015, konnte Blockupy sich als Akteur etablieren, der Protestierende aus unterschiedlichen europäischen Staaten nach Deutschland mobilisierte. Der Wahlerfolg von Syriza in Griechenland konnte der Linken in Europa kurzzeitig Auftrieb verleihen. Doch mit Unterzeichnung des dritten Spardiktats steht die europäische Linke vor einem zentralen Wendepunkt. Der vorliegende Beitrag gibt einen Abriss über die Entwicklung der Blockupy-Proteste und setzt sich mit deren Erfolgskonzept auseinander. Die Autor innen diskutieren mögliche Entwicklungen, v.a. in Hinblick auf die deutsche Linke.

Aaron Bruckmiller/Franziska Scholl: Blockupy - Civil Disobedience as Solidarity (FJ SB 1/2016, pp. 76-82)

With the 2012-2015 Blockupy protests, the outrage over austerity politics prevalent in southern European countries spilled over to Germany. Following on from the Occupy movement, Blockupy in Frankfurt am Main managed to mobilize several 10,000s of people to protest austerity policies over several years. The protest peaked at the opening of the new building of the European Central Bank in 2015, allowing Blockupy to establish itself as an actor able to mobilize protesters from different European countries. In Greece, Syriza's election success gave a short-term boost to left-leaning forces in Europe. But after signing the third austerity package, the European left is at an important turning point. The contribution describes the development of the Blockupy protests and examines its successful mobilization. Moreover, the authors discuss possible future developments, especially in relation to the German left.

Abstracts | 163

Ulrike Guérot: Europas "Bewegungslandschaft" oder was ist europäische Zivilgesellschaft? (FJ SB 1/2016, S. 82-93)

Was ist europäische Zivilgesellschaft? Vor dem Hintergrund persönlicher Beobachtungen der europäischen Krisenlandschaft, argumentiert der Artikel – teilweise bewusst provozierend – gegen eine auch im Forschungsjournal Soziale Bewegungen häufig vertretene pauschal-enthusiastische Befürwortung zivilgesellschaftlicher 'Politik von unten'. Auch wenn die multiple Krise in Europa den Ruf nach zivilgesellschaftlicher Partizipation verstärkt hat und tatsächlich eine Vielzahl von Bewegungen auf den Plan gerufen hat, so fehlt diesen Akteuren doch eine adäquate, umfassende Antwort auf die fundamentale Systemkrise Europas. Aber Partizipation und Protest reicht nicht. An dem wirklichen Problem – dem nicht länger funktionierenden Institutionengefüge der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Politiksteuerung – indes, vermögen zivilgesellschaftliche Akteure bestenfalls an der Oberfläche zu kratzen. Die europäische Zivilgesellschaft ist somit zwar Vorbote einer europäischen Politisierung – aber noch keine europäische Politik. Der Artikel plädiert für eine Rückbesinnung auf die Bedeutung institutioneller Politik in Europa und für eine konsequente Europäisierung politischer Prozesse, Bürokratien und Entscheidungsstrukturen.

Ulrike Guérot: Europe's "Movement Landscape" or What is European Civil Society? (FJ SB 1/2016, pp. 82-93)

What is European Civil Society? Against the background of personal observations of the European crisis landscape, this deliberately provocative article argues against an uncritically enthusiastic support for "grassroots-driven" civil society politics – an attitude that is often encountered, including in the Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Even though Europe's multiple crises have increased calls for civil society participation and indeed led to the emergence of multiple movements, these actors – according to the author – lack adequate and comprehensive answers to Europe's fundamental systemic crisis. Calls for participation and protest are not enough. Civil society actors can at best scrape at the surface of the real problem, which is that the institutional set of the European Community and its actors have ceased to function. European civil society thus heralds European politicisation, but not European politics. The article argues for a return to the emphasis on institutional politics in Europe and for a consistent Europeanization of political processes, bureaucracies and decision-making structures.

Tobias Quednau/Nina Leseberg: Mehr Selbstbewusstsein - Voraussetzungen für eine starke Zivilgesellschaft (FJ SB 1/2016, S. 94-97)

Nina Leseberg und Tobias Quednau fassen in ihrem Beitrag die wichtigsten Ergebnisse des Forums Bürgergesellschaft 2015 zusammen. Die Expertinnen und Experten diskutieren darüber, wie das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft gestaltet werden kann, damit die Idee einer aktiven Bürgergesellschaft verwirklicht werden kann, in der alle Akteure ihre spezifischen Stärken einbringen können, sodass ein qualitativer Mehrwert entsteht. Das wichtigste Fazit: Die Zivilgesellschaft ist gefordert ihre Stärken deutlicher herauszustellen und sowohl gegenüber der Wirtschaft als auch gegenüber dem Staat selbstbewusster aufzutreten.

Tobias Quednau / Nina Leseberg: More Self-Confidence – a Precondition for a Strong Civil Society (FJ SB 1/2016, pp. 94-97)

Nina Leseberg and Tobias Quednau sum up the most important results of the Forum Bürgerge-sellschaft 2015. The experts discussed how civil society, state and corporations should interact in order to reach the aim of a strong civil society. All protagonists should bring in their specific strengths. But civil society has to point out much more it strengths against state and corporations and has to act more self-confident.

164 | Abstracts

Ansgar Klein: Engagement-Koproduktionen im Welfare Mix - Herausforderungen, Voraussetzungen, Perspektiven (FJ SB 1/2016, S. 97-104)

Ansgar Klein skizziert in seinem Beitrag die vielfältigen Facetten der Debatte um den Welfare-Mix. Dabei geht es neben der Bedeutung politischen Konsums und dem fließenden Übergang zwischen Formen des Engagements und der Erwerbsarbeit auch um die Ambivalenzen, die die stärkere Einbeziehung freiwilligen Engagements in die Koproduktion öffentlicher Güter mit sich bringen. Zu begrüßenden Synergieeffekten stehen Gefahren der Instrumentalisierung des Engagements gegenüber. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass der Grat zwischen synergetischen Koproduktionen und ökonomistisch verengten Instrumentalisierungen des Engagements schmal ist und es vor diesem Hintergrund einer stetigen Diskussion der beteiligten Akteure darüber braucht.

Ansgar Klein: Engagement Co-Productions in the Welfare Mix - Challenges, Conditions, Perspectives (FJ SB 1/2016, pp. 97-104)

In his contribution, Ansgar Klein looks at the diverse facets of debates on the welfare mix. In addition to the importance of political consumption and the continuum between forms of engagement and gainful employment, he also discusses ambivalences arising from the greater inclusion of voluntary engagement in the co-production of public goods. Welcome synergy effects stand alongside dangers of engagement being instrumentalised. The author concludes that the line between synergetic co-production and rigid economy-focused instrumentalisations of engagement is fine and that, against this background, a sustained discussion including all participating actors is necessary.

Rupert Graf Strachwitz: Zusammenarbeit Staat – Markt – Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich (FJ SB 1/2016, S. 104-108)

Rupert Graf Strachwitz zeichnet zunächst historisch die unterschiedlichen Verständnisse von Staat und Zivilgesellschaft nach um ausgehend davon aufzuzeigen, welche Möglichkeiten, aber auch welche Hindernisse mit sogenannten Compacts einhergehen. Mittels dieser Compacts wird ein Zusammenspiel zwischen den Akteuren unterschiedlicher Sektoren vereinbart. Sie sind in den verschiedenen europäischen Ländern auf unterschiedliche Weise anschlussfähig an bestehende Traditionen. Trotz aller Skepsis gegenüber einer in Deutschland nach wie vor stark verankerten Fixierung auf den Staat, sieht der Autor in den Compacts einen begrüßenswerten Fortschritt, der die Bedeutung der Zivilgesellschaft anerkennt.

Rupert Graf Strachwitz: Cooperation between State and Market - a European Comparison of Civil Society (FJ SB 1/2016, pp. 104-108)

Rupert Graf Strachwitz first provides a historic description of the different conceptions of state and civil society. He then shows which possibilities and obstacles arise from so-called compacts. These compacts serve to establish cooperation between actors from different sectors. They can be connected in different ways to local traditions in different European countries. Although there is a wide-spread skepticism in Germany about compacts, which can be explained by a strong focus on the state, the author regards compacts as welcome progress which acknowledges the importance of civil society.

Heiko Geue: Für eine Partnerschaft auf Augenhöhe. Staat und Zivilgesellschaft brauchen sich bei der Bewältigung zukünftiger, gesamtgesellschaftlicher Herausforderungen (FJ SB 1/2016, S. 108-113)

Der Autor legt dar, welche Rolle aus Sicht des Bundesministeriums für Familie, Senioren Frauen und Jugend, der Staat auf Bundesebene bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement

Abstracts | 165

spielen sollte. Dabei geht es vor allem um die Stärkung der Infrastrukturen für Engagement, um die Freiwilligen zu entlasten. Zugleich müsse sichergestellt werden, dass die Zivilgesellschaft selber angemessen in die Entwicklung der Förderpolitik einbezogen wird. Zugleich macht er deutlich, dass die Förderung von Engagement eine demokratiepolitische Bedeutung hat.

Heiko Geue: For a Partnership on Equal Terms. State and Civil Society Need Each Other in Addressing Future Challenges (FJ SB 1/2016, pp. 108-113)

From the perspective of the Federal Ministry for Family, Senior Citizens, Women and Youth, the author addresses which role the state should play in promoting civic engagement. An important element is to strengthen engagement infrastructures to reduce the burden on volunteers. At the same time, it needs to be ensured that civil society itself is appropriately included in the development of promotional policies. He also makes clear that engagement promotion is important in terms of democracy policy.

Reinhard Lang: Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wirtschaft: Gelingensbedingungen einer strategischen Engagementförderung vor Ort (FJ SB 1/2016, S. 114-118)

Der Autor zeigt in seinem Beitrag anhand konkreter Beispiele auf, wie die Kooperation zwischen gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen gelingen kann. Damit das Engagement von Unternehmen zur Normalität werde, müsse in drei Schritten vorgegangen werden: Verbreiten, Vertiefen, Verankern. Im Rahmen dieser drei Schritte können sich Unternehmen auf unterschiedlich starke Weise – von sehr niedrigschwellig bis relativ stark institutionalisiert – mit Unternehmensengagement sowie Kooperationen mit gemeinnützigen Akteuren auseinandersetzen und sie in der Praxis einüben.

Reinhard Lang: Cooperation between Civil Society and Industry: How Strategic on-site Engagement Policy Can Succeed (FJ SB 1/2016, pp.114-118)

In his contribution, the author uses concrete examples to show how cooperation between charitable organisations and companies can succeed. For company engagement to become normal, it is necessary to follow three steps: disseminate, deepen, stabilise. In using these three steps, companies can examine and practice company engagement and cooperations with charitable organisations at different levels – from low-threshold to more firmly institutionalised models.

Karin Scherschel: Flucht, Gender, Menschenrechte. Neue Herausforderungen für die Soziale Arbeit (FJ SBPlus 1/2016)

Die Bedeutung von Gender im Asylkontext und die Rolle der Sozialen Arbeit waren Thema des zweitägigen Workshops "Flucht, Gender, Menschenrechte. Neue Herausforderungen für die Soziale Arbeit" an der Hochschule Rhein-Main (Wiesbaden) im November 2015. Im Workshop kamen sowohl internationale Perspektiven als auch die konkrete Situation in Deutschland zur Sprache. Der Beitrag kommentiert die Workshopbeiträge der Referent\*innen und hält zentrale Ergebnisse der Diskussion fest.

Karin Scherschel: Flight, Gender, Human rights. New Challenges for Social Work (FJ SBPlus 1/2016)

In November 2015, a two-day workshop contextualized the topic of asylum with the meaning of gender and the role of social work. The workshop, called "Flight, gender, human rights. New challenges for social work", took place at the Rhein-Main University of Applied Science in Wiesbaden. During the work process, international perspectives have been addressed as well as specific situations in Germany. The article comments on the contributions and it outlines central results of the discussion.

166 Abstracts

Hannah Cornelsen: Wer sind "die" Freihandelsgegner? Zur Collective Identity zivilgesellschaftlicher Organisationen der Anti-TTIP Bewegung (FJ SBPlus 1/2016)

Die Verhandlungen des Transatlantischen Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den USA (*TTIP*) erregten den Protest zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland. Der Artikel geht der Frage nach, inwiefern die gemeinsamen Bündnisse der verschiedenen Akteure im Anti-TTIP Protest in Deutschland zu einem Wir-Gefühl der Gegner des Freihandelsabkommens beitragen. Auf der Basis der Ergebnisse qualitativer Leitfadeninterviews stellt die Autorin dieser Analyse vor dem Hintergrund des *Collective-Identity-*Ansatzes Alberto Meluccis die These auf, dass sowohl die Europäische Bürgerinitiative "*Stop TTIP!*" als auch das deutsche NGO-Bündnis *TTIP-UnFAIRhandelbar* wichtige gemeinschaftsbildende Koalitionen geschaffen haben.

Hannah Cornelsen: Who are the Free-Trade-Opponents? Collective Identity in Civil Society Organizations of the Anti-TTIP Movement (FJ SBPlus 1/2016)

The negotiations about the Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), between the European Union and the USA, cause protest by numerous organizations in the German civil society. This article elaborates the question of how successful alliances encourage a group-identity among TTIP- opponents. Based on the results of a collective-identity-analysis of qualitative guided interviews, the author claims that both the European citizen's initiative *Stopp TTIP!* and the German NGO-alliance *TTIP-UnFAIRhandelbar* managed to establish community-building processes among their networks.

Impressum | 167

#### Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Gegründet 1988, Jg. 29, Heft 1, März 2016

**Für die Forschungsgruppe SB herausgegeben von** PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Abstracted/Indexed in: SCOPUS, Gesis, GBI/Genios, SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts, BLPES (International Bibliography of Sociology)

Preis- und Bezugsinformationen, Hinweise zur Manuskripteinreichung und zu älteren Jahrgängen stehen unter www.degruyter.de/journals/fjsb zur Verfügung.

ISSN 2192-4848 • e-ISSN 2365-9880

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Peter Kuleßa, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Melanie Müller, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin/Wroclaw; Dr. Gabriele Schmidt, Hannover/Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Miriam Küller, Berlin; Maria Langethal, Berlin; Dr. Aleksandra Lewicki, Bristol; Regina Vierkant, Berlin; Markus Mertens, Mannheim; Laura Sasse, Berlin; Franziska Scholl, Berlin; Moritz Sommer, Berlin

Verantwortlich für Themenschwerpunkt: Prof. Dr. Jochen Roose (V.i.S.d.P.), Franziska Scholl und Moritz Sommer

Verantwortlich für den Sonderschwerpunkt "Forum Bürgergesellschaft": Tobias Quednau

Rubrikenverantwortlichkeiten: für Aktuelle Analyse PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de; für Pulsschlag Alexander Flohé, E-Mail: alex.flohe@web.de; für Treibgut Vera Faust, E-Mail: vera.faust@gmx.de; für Literatur Dr. Karin Urich, E-Mail: karin.urich@online.de, und Moritz Sommer, E-Mail: moritzsommer@gmail.com; für FJSB+PD Dr. Ansgar Klein, E-Mail: ansgar.klein@snafu.de, und Laura Sasse, E-Mail: laura.sasse@gmail.com; für Homepage und Social Media Regina Vierkant, E-Mail: regina.vierkant@sevenminds.de, und Franziska Scholl, E-Mail: franziska.scholl@posteo.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Prof. Dr. Andreas Buro (†); Volkmar Deile, Berlin; Dr. Warnfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Detlef Wetzel, Frankfurt/M.; Heidemarie Wieczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, E-Mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

**Förderverein:** Soziale Bewegungen e.V., c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, E-Mail: ansgar. klein@snafu.de; Spendenkonto: Sparkasse KölnBonn, BIC: COLSDE33XXX, IBAN: DE76 3705 0198 0007 5146 07

Journal Manager: Jana Kuchta, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany,

Tel.: +49 (0)30 260 05-228, Fax: +49 (0)30 260 05-250,

E-Mail: jana.kuchta@degruyter.com

Anzeigenverantwortliche: Claudia Neumann, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany,

Tel.: +49 (0)30 260 05-226, Fax: +49 (0) 30 260 05-264, E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

© 2016 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Druck: Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Ettenheim

Printed in Germany

